



Deutsche
Bundesbank
Monatsbericht
Oktober 1997

49. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf (0 69) 95 66-1
Durchwahlnummer (0 69) 95 66 . . .
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax (0 69) 5 60 10 71

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 15. Oktober 1997

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. 7. 1957 veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Kurzberichte	5
<hr/>	
Monetäre Entwicklung	5
Wertpapiermärkte	8
Öffentliche Finanzen	10
Konjunkturlage	12
Zahlungsbilanz	15
Zinsbeschluß vom 9. Oktober 1997	17
<hr/>	
Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen seit Anfang der neunziger Jahre	19
<hr/>	
Zur Unternehmensrentabilität im internationalen Vergleich	33
<hr/>	
Der verbriefte Geldmarkt in Deutschland	45
<hr/>	
Schätzung von Zinsstrukturkurven	61
<hr/>	
Statistischer Teil	1*
<hr/>	
Wichtige Wirtschaftsdaten	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen	8*
Deutsche Bundesbank	14*
Kreditinstitute	16*
Mindestreserven	41*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen	53*
Konjunkturlage	61*
Außenwirtschaft	68*
Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
<hr/>	

Kurzberichte

Monetäre Entwicklung

Nach dem mäßigen Anstieg im Juni und Juli ist die Geldmenge M3¹⁾ im August – saisonbereinigt und im Monatsdurchschnitt betrachtet – wieder stärker gewachsen. Die Geldmengenausweitung wurde in diesem Monat insbesondere von einem Einbruch der Geldkapitalbildung gefördert. Ferner hat sich die Kreditgewährung an den privaten Sektor verstärkt, und die Kreditnachfrage der öffentlichen Haushalte blieb lebhaft. Dämpfende Impulse gingen dagegen von Mittelabflüssen im Auslandszahlungsverkehr der inländischen Nichtbanken aus. Schließlich haben die inländischen Nichtbanken – wie bereits im Vormonat – in geringem Umfang Geldmarktfondsanteile erworben. Die Geldmenge M3 übertraf ihren Durchschnittsstand vom vierten Quartal 1996 im August saisonbereinigt um 4,4 %; auf Jahresrate hochgerechnet sind dies 5,8 % nach 5,7 % im Juli und 6,4 % im Juni. Damit lag die Geldmenge M3 weiterhin im diesjährigen Zielkorridor von 3 ½ % bis 6 ½ %.

Geldmenge M3

Unter den saisonbereinigten Komponenten der Geldmenge expandierten im Verlauf des August die Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist stärker. Die Sichteinlagen stiegen ebenfalls. Der Bargeldumlauf und die kürzerlaufenden Termingelder wurden dagegen zurückgeführt.

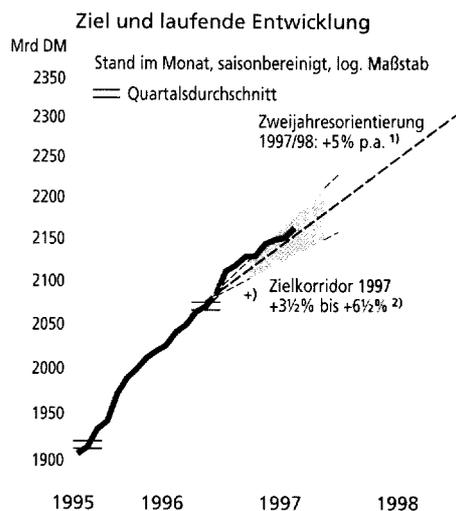
Komponenten der Geldmenge

Die inländischen Nichtbanken haben im August erneut Geldmarktfondsanteile erworben;

Geldmarktfonds

¹ Bargeldumlauf sowie die von inländischen Nichtbanken – ohne den Bund – bei hiesigen Kreditinstituten gehaltenen Sichteinlagen, Termingelder unter 4 Jahren und Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist.

Wachstum der Geldmenge M3 *)



* Gemittelt aus fünf Bankwochenstichtagen; dabei Ultimostände jeweils zur Hälfte angerechnet. — + Der Zielkorridor wurde bis März nicht schraffiert, weil M3 um die Jahreswende i.d.R. stärkeren Zufallsschwankungen unterliegt. — 1 Vom 4. Quartal 1996 bis zum 4. Quartal 1998. — 2 Vom 4. Quartal 1996 bis zum 4. Quartal 1997.

Deutsche Bundesbank

sie kauften solche Zertifikate für einen Betrag von 0,7 Mrd DM (netto). Gleichzeitig haben die inländischen Geldmarktfonds ihre Einlagen bei den inländischen Banken um 0,2 Mrd DM zurückgeführt und die Einlagen bei den Auslandstöchtern und Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute um 0,1 Mrd DM aufgestockt.

Die Anlagen inländischer Nichtbanken in Geldmarktfonds werden nicht in der Geldmenge M3, sondern in der Geldmenge M3 erweitert²⁾ erfaßt. Angaben für dieses Aggregat sind erst bis einschließlich Juli verfügbar. In diesem Monat ist die saisonbereinigte Geldmenge M3 erweitert recht kräftig gestiegen. Im Verlauf der letzten sechs Monate (Februar bis Juli) nahm sie mit einer Jahresrate von 3 1/2 % und damit in einem ähnlichen Tempo wie die Geldmenge M3 zu.

Das Geldkapital inländischer Nichtbanken bei den Kreditinstituten, dessen Wachstum sich in den beiden Vormonaten belebt hatte, ist im August zurückgegangen. Hierzu dürften der Anstieg der Kapitalmarktzinsen in diesem Monat und die dadurch ausgelösten Unsicherheiten über die weitere Zinsentwicklung beigetragen haben, die offenbar insbesondere die Bereitschaft zum Erwerb von kursrisikotragenden Bankschuldverschreibungen beeinträchtigten. Insgesamt haben sich im August die längerfristigen Anlagen inländischer Nichtbanken bei den Kreditinstituten um 1,2 Mrd DM vermindert, verglichen mit einem Anstieg von 6,1 Mrd DM vor Jahresfrist. In den vergangenen sechs Monaten weitete sich das Geldkapital bei Banken mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 4 % aus. Vor allem die Bestände an Bankschuldverschreibungen in Händen inländischer Nichtbanken nahmen im August deutlich ab (um 5,9 Mrd DM). Die Spareinlagen mit mehr als dreimonatiger Kündigungsfrist wurden um 2,5 Mrd DM abgebaut. Die langlaufenden Termingelder und die Sparbriefe sind dagegen weiter gewachsen (um 4,2 Mrd DM bzw. 0,2 Mrd DM). Kapital und Rücklagen der Kreditinstitute erhöhten sich um 2,9 Mrd DM.

Geldkapital-
bildung

Nach einer Abschwächung in den beiden Vormonaten hat sich die Kreditgewährung der Banken an Unternehmen und Privatpersonen im August wieder verstärkt. Die kurzfristigen

Kredite an
Unternehmen
und Privat-
personen

2 Geldmenge M3, Bankeinlagen inländischer Nichtbanken bei Auslandstöchtern und Auslandsfilialen deutscher Banken sowie kurzfristige Bankschuldverschreibungen und Anteile an in- und ausländischen Geldmarktfonds in Händen inländischer Nichtbanken abzüglich der Bankeinlagen und kurzfristigen Bankschuldverschreibungen der inländischen Geldmarktfonds, aus zwei Monatsendständen gemittelt.

Wirtschaftskredite, die im Juli kräftig zurückgeführt worden waren, stiegen nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen deutlich. Hierzu dürften die hohen Geldabflüsse ins Ausland beigetragen haben. Ferner nahm das Expansionstempo bei den längerfristigen Direktkrediten zu. Die Wertpapierkredite an den Unternehmenssektor wurden um 1,0 Mrd DM aufgestockt. Insgesamt wurden die Bankkredite an den privaten Sektor im August um 16,5 Mrd DM ausgeweitet, verglichen mit 17,0 Mrd DM vor Jahresfrist. Im Verlauf der letzten sechs Monate wuchsen sie mit einer saisonbereinigten Jahresrate von knapp 6 ½ %.

Öffentliche
Haushalte

Von der Verschuldung der öffentlichen Hand bei Banken gingen im August erneut expansive Impulse auf den Geldschöpfungsprozeß aus. Die Kreditgewährung an die öffentlichen Haushalte schwächte sich im Vergleich zum Vormonat zwar etwas ab, blieb jedoch mit 10,8 Mrd DM kräftig. Der größere Teil hiervon entfiel auf Direktkredite (6,8 Mrd DM). Seine Einlagen im Bankensystem, die nicht zur Geldmenge M3 gezählt werden, ließ der Bund praktisch unverändert.

Netto-
Auslands-
forderungen

Im Zahlungsverkehr der inländischen Nichtbanken mit dem Ausland, in dem im Juni und im Juli umfangreiche Mittel zugeströmt waren, flossen im August wieder Gelder ab. Die Netto-Auslandsforderungen des Bankensystems, in deren Rückgang dies seinen statistischen Niederschlag findet, verminderten sich um 18,2 Mrd DM, verglichen mit einem Anstieg um 6,6 Mrd DM im Juli und 3,4 Mrd DM vor Jahresfrist.

Entwicklung der Geldbestände
im Bilanzzusammenhang ¹⁾

Mrd DM

Position	1997		Zum Ver- gleich: 1996
	Juli	Aug.	Aug.
I. Kredite der Kreditinstitute an inländische Nichtbanken insgesamt ¹⁾	+ 28,4	+ 27,3	+ 16,3
davon:			
an Unternehmen und Private	+ 4,5	+ 16,5	+ 17,0
darunter:			
kurzfristige Kredite	- 17,8	- 2,0	+ 2,6
an öffentliche Haushalte	+ 23,8	+ 10,8	- 0,7
II. Netto-Forderungen der Kreditinstitute und der Bundesbank an das Ausland	+ 6,6	- 18,2	+ 3,4
III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen insgesamt	+ 14,8	- 1,2	+ 6,1
darunter:			
Termingelder von 4 Jahren und darüber	+ 3,4	+ 4,2	+ 5,6
Spareinlagen mit Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	- 1,9	- 2,5	- 2,3
Sparbriefe	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,8
Bankschuldverschreibungen im Umlauf ²⁾	+ 8,2	- 5,9	+ 1,2
IV. Einlagen des Bundes im Bankensystem ³⁾	- 1,0	+ 0,0	- 0,2
V. Sonstige Einflüsse	+ 26,0	+ 3,3	+ 4,2
VI. Geldmenge M3 (Saldo: I + II - III - IV - V)	- 4,8	+ 7,0	+ 9,7
Bargeldumlauf	+ 1,0	- 1,3	+ 0,8
Sichteinlagen	- 4,7	+ 1,9	+ 1,4
Termingelder bis unter 4 Jahre	- 1,3	+ 3,5	+ 2,3
Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist	+ 0,1	+ 2,9	+ 5,2
Saisonbereinigt: Geldmenge M3 im Monatsdurchschnitt ⁴⁾			
Jahresrate gegenüber dem 4. Vj. 1996 in %	+ 5,7	+ 5,8	.
Jahresrate in den letzten 6 Monaten in %	+ 3,8	+ 4,3	+ 7,2
Geldmenge M3 erweitert ⁵⁾			
Jahresrate in den letzten 6 Monaten in %	+ 3,6	...	+ 5,4

* Die Ergebnisse für den neuesten Monat sind als vorläufig zu betrachten. — 1 Einschl. Schatzwechsel- und Wertpapierkredite. — 2 Ohne Bankbestände. — 3 Sichteinlagen und Termingelder bis unter 4 Jahre. — 4 Aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimo jeweils zur Hälfte) gerechnet. — 5 Geldmenge M3 zuzüglich Euroeinlagen, kurzfristige Bankschuldverschreibungen und Geldmarktfonds; als Mittel aus zwei Monatsständen gerechnet.

Deutsche Bundesbank

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

*Absatz von
Rentenwerten*

Die Absatztätigkeit am deutschen Rentenmarkt hat sich im August abgeschwächt. Inländische Emittenten begaben Schuldverschreibungen im Kurswert von 56,6 Mrd DM gegenüber 79,7 Mrd DM im Vormonat und 50,1 Mrd DM im August 1996. Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten verblieb ein Netto-Absatz von 13,6 Mrd DM, verglichen mit 20,4 Mrd DM im Juli und 21,1 Mrd DM vor Jahresfrist. Im Ergebnis wurden nur längerfristige Titel (mit Laufzeiten von über 4 Jahren) verkauft. Ausländische Schuldverschreibungen wurden im August für 4,4 Mrd DM (netto) im Inland untergebracht; dabei handelte es sich per saldo ausschließlich um Fremdwährungsanleihen (4,7 Mrd DM). Insgesamt belief sich der Absatz in- und ausländischer Rentenwerte im Berichtsmonat auf 17,9 Mrd DM nach 40,1 Mrd DM im Juli und 20,6 Mrd DM vor einem Jahr.

Bankschuldverschreibungen

Fast das gesamte Mittelaufkommen aus der Plazierung inländischer Schuldverschreibungen kam im August den Kreditinstituten zugute (12,6 Mrd DM). Etwa die Hälfte davon entfiel mit 6,0 Mrd DM auf den Verkauf Öffentlicher Pfandbriefe. Der Marktumlauf von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute und von Sonstigen Bankschuldverschreibungen stieg um 3,1 Mrd DM beziehungsweise 2,6 Mrd DM. Aus dem Absatz von Hypothekendarlehen kamen netto 0,9 Mrd DM auf.

Absatz und Erwerb von Rentenwerten

Mrd DM

Position	1997		1996
	Juli	August	August
Absatz			
Inländische Rentenwerte 1)	20,4	13,6	21,1
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	25,0	12,6	13,8
Öffentliche Anleihen	- 4,5	1,0	7,4
Ausländische Rentenwerte 2)	19,7	4,4	- 0,5
Erwerb			
Inländer	24,9	14,7	3,1
Kreditinstitute 3)	27,9	13,1	4,9
Nichtbanken 4)	- 3,0	1,6	- 1,8
darunter:			
ausländische Rentenwerte 2)	11,3	3,6	0,8
Ausländer 2)	15,2	3,2	17,5
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	40,1	17,9	20,6

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Transaktionswerte. — 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. — 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Die öffentliche Hand beanspruchte den Rentenmarkt im August mit 1,0 Mrd DM (netto) nur wenig. Der Bund nahm über eigene Emissionen per saldo 1,6 Mrd DM auf. Der Verkauf von Bundesobligationen und dreißigjährigen Anleihen erbrachte im Ergebnis 8,0 Mrd DM beziehungsweise 1,3 Mrd DM. Bundeschatzbriefe und zweijährige Schatzanweisungen wurden für netto 0,3 Mrd DM beziehungsweise 0,2 Mrd DM abgesetzt. Der Umlauf zehnjähriger Anleihen sowie von Bundeschatzanweisungen mit vierjähriger Laufzeit ging dagegen um 2,6 Mrd DM beziehungsweise 5,0 Mrd DM zurück (jeweils Nominalwerte). Die Länder tilgten per saldo für 0,6 Mrd DM eigene Schuldverschreibungen. Die übrigen öffentlichen Emittenten traten am Rentenmarkt praktisch nicht in Erscheinung.

*Anleihen der
öffentlichen
Hand*

*DM-Auslands-
anleihen*

Am Markt für DM-Auslandsanleihen war die Emissionstätigkeit im August mit einem Nominalwert von 6,4 Mrd DM deutlich schwächer als im Vormonat (16,5 Mrd DM). Nach Abzug der Tilgungen verblieb mit 2,9 Mrd DM auch ein geringerer Netto-Absatz als im Juli (11,8 Mrd DM). Die Papiere wurden ausschließlich im Ausland untergebracht.

*Erwerb von
Rentenwerten*

Auf der Erwerberseite des deutschen Rentenmarktes ragten im August erneut die heimischen Kreditinstitute heraus. Ihre Anleihebestände stiegen um 13,1 Mrd DM, wobei es sich zu knapp drei Vierteln um inländische Bankschuldverschreibungen handelte (9,2 Mrd DM). Öffentliche Anleihen nahmen die Banken für 3,0 Mrd DM und ausländischen Rentenwerte für 0,8 Mrd DM in ihre Portefeuilles. Die im Vormonat noch sehr ausgeprägte Nachfrage ausländischer Investoren am heimischen Anleihemarkt ließ im August mit Nettokäufen von 3,2 Mrd DM deutlich nach (Juli: 15,2 Mrd DM). Öffentliche Anleihen gaben ausländische Investoren per saldo für 3,5 Mrd DM ab, nachdem sie solche Papiere im Vormonat noch für 10,3 Mrd DM erworben hatten. Der Rentenerwerb der inländischen Nichtbanken blieb im August mit netto 1,6 Mrd DM recht gering. Ausländische Anleihen kauften sie für 3,6 Mrd DM. Ihre Bestände an inländischen Schuldverschreibungen ließen die Nichtbanken dagegen um 2,0 Mrd DM abschmelzen.

Aktienmarkt

Aktienabsatz

Am deutschen Aktienmarkt plazierten inländische Unternehmen im August junge Aktien im Kurswert von 2,7 Mrd DM gegenüber 1,4 Mrd DM im Juli und 0,5 Mrd DM vor Jah-

resfrist. Ausländische Beteiligungstitel wurden per saldo für 0,6 Mrd DM im Inland abgesetzt. Insgesamt belief sich das Mittelaufkommen am Aktienmarkt im August damit auf 3,3 Mrd DM, verglichen mit 5,1 Mrd DM im Vormonat und 2,4 Mrd DM im August 1996.

Auf der Käuferseite des deutschen Aktienmarktes standen im August mit einem Nettoerwerb von 2,4 Mrd DM weiterhin hauptsächlich ausländische Investoren; allerdings war ihr Engagement deutlich niedriger als im Vormonat (netto 14,5 Mrd DM). Die heimischen Nichtbanken kauften im Ergebnis für 1,9 Mrd DM Dividendenwerte. Die Aktienportefeuilles der Kreditinstitute verringerten sich um 1,0 Mrd DM.

Aktienwerb

Investmentfonds

Die inländischen Investmentfonds erzielten im August ein Mittelaufkommen von 10,0 Mrd DM, das nahezu vollständig den Spezialfonds (9,5 Mrd DM) zugute kam. Den Gemischten Fonds unter den Spezialfonds flossen 6,8 Mrd DM zu, den Rentenfonds und den Aktienfonds 1,8 Mrd DM beziehungsweise 0,6 Mrd DM. Bei den Geldmarktfonds unter den Spezialfonds kamen 0,2 Mrd DM auf. Die Publikumsfonds erlösten im Ergebnis nur 0,5 Mrd DM. Im einzelnen kamen bei den Geldmarktfonds 0,5 Mrd DM und bei den Aktienfonds sowie den Gemischten Fonds jeweils 0,1 Mrd DM auf; die Rentenfonds mußten hingegen per saldo für 0,2 Mrd DM Zertifikate zurücknehmen. Anteilscheine ausländischer Investmentfonds wurden per saldo für 3,5 Mrd DM im Inland abgesetzt. Insgesamt belief sich das Mittelaufkommen aus dem

Mittelaufkommen

Verkauf von Investmentzertifikaten auf 13,5 Mrd DM.

Erwerb von
Investment-
zertifikaten

Die Investmentzertifikate wurden im August ausschließlich im Inland untergebracht. Die Nachfrage konzentrierte sich dabei erneut auf die heimischen Nichtbanken, die für netto 11,5 Mrd DM derartige Wertpapiere erwarben; Anteile an in- und ausländischen Geldmarktfonds kauften sie im Ergebnis für 0,7 Mrd DM. Die Bestände der inländischen Kreditinstitute an Investmentzertifikaten stiegen um 2,1 Mrd DM. Ausländische Anleger verkauften per saldo für 0,1 Mrd DM hiesige Fondsanteile.

Öffentliche Finanzen

Kassenentwicklung des Bundes

September

Das Kassendefizit des Bundes belief sich im September auf 2 ½ Mrd DM und fiel damit um gut 2 Mrd DM niedriger aus als im gleichen Vorjahrsmonat. Während die Einnahmen um 6 % wuchsen, war ein Ausgabenanstieg in Höhe von gut 1% zu verzeichnen. In den ersten drei Quartalen zusammengenommen betrug das Defizit 64 Mrd DM und lag damit um 10 Mrd DM höher als vor Jahresfrist, was auf die ungünstige Entwicklung im ersten Quartal zurückzuführen ist. Diese kassenmäßige Darstellung kann allerdings von der haushaltsmäßigen Verbuchung abweichen; darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß der Ausgaben- und Einnahmenfluß starken und unregelmäßigen Schwankungen im Jahresverlauf unterliegt. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, daß sich die Entwicklung im vierten Quartal erheblich günstiger darstellen wird als im Vorjahr, in dem ein

Januar bis
September

Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts *)

Mrd DM

Position	Januar/Sept.		September	
	1996	1997 p)	1996	1997 p)
Kasseneinnahmen	381,48	404,32	46,82	49,63
Kassenausgaben	435,47	468,23	51,68	52,24
Kassenüberschuß (+) bzw. -defizit (-) 1)	-54,00	-63,93	-4,86	-2,61
Finanzierung				
1. Veränderung der Kassenmittel 2)	-2,70	-1,38	-0,15	-2,06
2. Veränderung der Geldmarkt- verschuldung	-2,50	+11,54	-0,06	+0,79
3. Veränderung der Kapitalmarkt- verschuldung insgesamt	+53,61	+50,95	+4,75	-0,24
a) Unverzinsliche Schatzanwei- sungen	+10,79	-0,43	-	-
b) Finanzierungs- schätze	+0,36	-1,78	-0,17	-0,13
c) Bundesschatz- anweisungen	-2,49	+18,27	+8,14	+8,12
d) Bundesobliga- tionen	-3,43	+11,70	-4,74	-5,21
e) Bundesschatz- briefe	+15,67	+3,28	+0,52	-0,68
f) Anleihen	+35,82	+30,72	-2,00	-2,34
g) Bankkredite	-2,27	-5,51	+3,00	-0,01
h) Darlehen von Sozialversiche- rungen	-0,01	-	-	-
i) Darlehen von sonstigen Nichtbanken	-0,82	-5,29	-	-
j) Sonstige Schulden	-0,00	+0,01	+0,00	-
4. Einnahmen aus Münzgutschriften	0,19	0,06	0,02	0,00
5. Summe 1-2-3-4	-54,00	-63,93	-4,86	-2,61
Nachrichtlich: Zunahme bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr in %				
Kasseneinnahmen	+5,1	+6,0	+6,1	+6,0
Kassenausgaben	+12,6	+7,5	+6,7	+1,1

* Bei den hier nachgewiesenen Kasseneinnahmen und -ausgaben handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf die bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes. Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen sie vor allem deshalb ab, weil diese Transaktionen nicht zum Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern zum Zeitpunkt des effektiven Zu- bzw. Abflusses erfaßt werden und weil über die Konten des Bundes nicht im Bundeshaushalt verbuchte Transaktionen für die Europäischen Gemeinschaften abgewickelt werden. — 1 Einschl. Sondertransaktionen. — 2 Einlagen bei der Bundesbank und im Geldmarkt.

Deutsche Bundesbank

Defizit in Höhe von 22 ½ Mrd DM entstanden war. Dies ist vor allem auch darin begründet, daß die für das laufende Jahr eingeplanten umfangreichen Privatisierungserlöse zum überwiegenden Teil erst in den letzten drei Monaten des Jahres kassenwirksam werden.

Öffentliche Verschuldung

August

Die Gebietskörperschaften nahmen im August die Kreditmärkte mit netto 6 ½ Mrd DM in Anspruch. Zurückgegriffen wurde dabei insbesondere auf Schuldscheindarlehen (annähernd 4 Mrd DM), während die Verschuldung in Wertpapieren nur leicht zunahm. Die kurzfristigen Überbrückungskredite wurden um knapp 2 ½ Mrd DM ausgeweitet. Die Verschuldung des Bundes erhöhte sich um annähernd 3 Mrd DM. Hierbei stand der Absatz von Bundesobligationen im Vordergrund, der insbesondere aufgrund des „Abschlußtenders“ einer auslaufenden Serie netto mehr als 7 Mrd DM erbrachte. Anleihen des Bundes wurden per saldo um gut 1 Mrd DM zurückgezahlt, wobei der Tilgung einer Emission aus dem Jahr 1987 (4 Mrd DM) umfangreiche Abgaben im Rahmen der Marktpflege gegenüberstanden. Am Geldmarkt beschaffte sich der Bund 1 ½ Mrd DM. Die Länder griffen in Höhe von mehr als 3 ½ Mrd DM auf die Kreditmärkte zurück; während die Schuldscheindarlehen um knapp 4 Mrd DM und die kurzfristigen Kassenkredite um annähernd 1 Mrd DM erhöht wurden, nahm die Verschuldung in Wertpapieren um 1 Mrd DM ab. Die Nettokreditaufnahme der kommunalen Haushalte betrug knapp 1 Mrd DM. Die Nebenhaushalte zusammengekommen tilgten netto annähernd 1 Mrd DM. Die Rückführung der Schuldscheindarlehen des Erblastentilgungsfonds (um mehr als 1 Mrd DM)

Marktmäßige Nettokreditaufnahme

Kreditnehmer	1996		1997
	insgesamt ^{ts)}	darunter: Jan./Aug.	Jan./Aug. ^{ts)}
Bund	+ 83,0	+ 46,4	+ 61,9
Länder	+ 46,7	+ 21,4	+ 25,1
Gemeinden ^{1) ts)}	+ 7,1	+ 3,6	+ 1,6
ERP-Sondervermögen	- 0,1	- 1,3	- 0,5
Fonds „Deutsche Einheit“	- 3,6	- 2,6	- 2,0
Bundeseisenbahnvermögen	- 0,6	- 1,8	+ 0,7
Erblastentilgungsfonds	- 10,1	- 6,2	- 15,2
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1
Gebietskörperschaften, insgesamt	+ 123,3	+ 60,0	+ 71,7

1 Einschl. Zweckverbände.

Deutsche Bundesbank

wog dabei eine erhöhte Verschuldung des Bundeseisenbahnvermögens (um knapp ½ Mrd DM) mehr als auf. In den ersten acht Monaten des Jahres zusammengekommen belief sich die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften auf gut 71 ½ Mrd DM; sie lag damit um mehr als 11 ½ Mrd DM über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums.

Im September führte der Bund seine Verschuldung an den Kapitalmärkten zurück. Zwar belief sich die Bruttokreditaufnahme auf 13 ½ Mrd DM, wobei insbesondere die Emission von Bundesschatzanweisungen mehr als 8 Mrd DM erbrachte und auch der Absatz von Bundesobligationen (mit gut 2 ½ Mrd DM) rege war. Dagegen standen allerdings umfangreiche Tilgungen vor allem von Bundesobligationen (8 Mrd DM), Bundesanleihen (4 Mrd DM) sowie Bun-

September

desschatzbriefen (1 Mrd DM). Die Finanzierung des Kassendefizits des Bundes von 2 ½ Mrd DM erfolgte am Geldmarkt. Zum einen wurden die Kredite um knapp 1 Mrd DM ausgeweitet, zum andern wurden die Einlagen um 2 Mrd DM reduziert. In den ersten drei Quartalen des Jahres zusammengenommen beschaffte sich der Bund netto 51 Mrd DM am Kapitalmarkt; dabei stand einem Nettoabsatz von Wertpapieren in Höhe von annähernd 62 Mrd DM eine Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen um knapp 11 Mrd DM gegenüber. Auf den Geldmarkt wurde per saldo in Höhe von 13 Mrd DM zurückgegriffen.

Konjunkturlage

Verarbeitendes Gewerbe

Die Nachfrage nach Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes war im August – den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge – saisonbereinigt deutlich höher als im Vormonat. In den Sommermonaten Juli und August zusammen überschritten die Bestellungen den durchschnittlichen Stand des zweiten Quartals um 2 ½ %. Sie waren damit im Zweimonatsabschnitt – ebenfalls in konstanten Preisen gerechnet – um gut 7 % höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, verglichen mit einem Plus von 6 % im zweiten Quartal.

Besonders kräftig nahmen wiederum die Bestellungen aus dem Ausland zu. Hier übertrafen die Auftragseingänge im Mittel der Monate Juli und August das Niveau der Frühjahrsmonate um nicht weniger als 5 %, was auch auf einige Großaufträge zurückzuführen

ist. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine reale Zunahme von fast 14 %. Demgegenüber blieben die Inlandsaufträge im August saisonbereinigt hinter dem Vormonat zurück. Dies hing sicherlich damit zusammen, daß in diesem Monat der Ferieneinfluß besonders groß gewesen ist. Juli und August zusammengefaßt ergibt eine Ausweitung der Nachfrage um gut ½ % gegenüber dem Frühjahr. Im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit belief sich der Zuwachs auf 3 %.

Weit deutlicher noch als die Auftragseingänge wurde die Produktion von der diesjährigen Lage der Ferientermine beeinflusst. Nach einem steilen Anstieg im Juli ist die Erzeugung im August wieder deutlich zurückgefallen; im Mittel der beiden Monate wurde das durchschnittliche Niveau des zweiten Quartals nach Berücksichtigung der jahreszeitlich üblichen Schwankungen gleichwohl noch um 4 ½ % übertroffen. Selbst unter Berücksichtigung etwaiger Korrekturen der noch vorläufigen August-Werte nach unten war die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in den ersten beiden Sommermonaten also weiter kräftig aufwärtsgerichtet. Das Vergleichsniveau des Vorjahres wurde nach den vorliegenden Angaben um 6¾ % übertroffen.

Bauhauptgewerbe

Die Nachfrage nach Leistungen des Bauhauptgewerbes ist saisonbereinigt im Juli, dem derzeit letzten statistisch erfaßten Monat, etwas hinter dem Volumen des Vormonats zurückgeblieben; den durchschnittlichen Stand des Frühjahrsquartals unterschritt sie –

Produktion

Auftragseingang

Auftragseingang

*Inlands- und
Auslandsnachfrage*

in konstanten Preisen gerechnet – aber nur geringfügig. Damit haben sich die Auftrags-
einträge nach dem merklichen Einbruch zu
Jahresbeginn weitgehend auf dem damals er-
reichten Niveau behauptet. Wenn sich gleich-
wohl der Rückstand gegenüber dem ver-
gleichbaren Vorjahrsergebnis im Juli auf
8¼% nach 6% im zweiten Quartal ver-
größert hat, so hängt das nicht zuletzt mit
der vor einem Jahr noch deutlich aufwärts ge-
richteten Nachfrage insbesondere im ostdeut-
schen Wohnungsbau zusammen; hier sind
zum Beginn dieses Jahres Steuervergünsti-
gungen reduziert worden.

Einzelne
Bausparten

In den alten Bundesländern haben im Juli die
Auftragseingänge für Wohnungsbauleistun-
gen saisonbereinigt kräftig zugenommen; sie
waren auch nur noch wenig niedriger als ein
Jahr zuvor. In Ostdeutschland ist die Nach-
frage demgegenüber in diesem Bereich wei-
ter deutlich rückläufig gewesen. Hier liegt sie
inzwischen um rund ein Fünftel unterhalb des
Niveaus vor Jahresfrist. Erneut abgeschwächt
haben sich, auf ganz Deutschland bezogen,
ferner die Orders aus der gewerblichen Wirt-
schaft und von seiten öffentlicher Auftrag-
geber.

Produktion

Die Produktion des Bauhauptgewerbes – hier
liegen bereits erste Angaben für August vor –
war in diesem Monat nach Ausschaltung der
jahreszeitlich üblichen Schwankungen deut-
lich niedriger als im Vormonat. Berücksichtigt
man, daß auch hier Ferieneinflüsse eine Rolle
gespielt haben, und faßt man aus diesem
Grund Juli und August zusammen, so ergibt
sich gegenüber dem zweiten Quartal eine
weitgehend unveränderte Bauleistung. Im

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Auftragseingang (Volumen); 1991 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe 1)				
	insgesamt	davon:		Bau- haupt- gewerbe
		Inland	Ausland	
1996 4. Vj.	98,0	90,1	114,0	102,5
1997 1. Vj.	99,1	89,4	118,5	100,3
2. Vj.	103,0	92,9	123,6	100,6
1997 Mai	102,0	92,0	122,1	101,9
Juni	103,8	93,6	124,8	101,4
Juli	104,8	94,4	125,5	100,4
Aug.	106,6	92,6	134,4	...
Produktion; 1991 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe				
	insgesamt	darunter:		Bau- haupt- gewerbe
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten 2)	Investi- tions- güter- produ- zenten	
1996 4. Vj.	97,2	101,5	96,4	120,9
1997 1. Vj.	99,2	102,9	98,4	109,6
2. Vj.	100,0	105,5	99,6	110,9
1997 Mai	98,7	104,1	97,2	108,0
Juni	101,7	107,4	102,2	112,2
Juli	106,1	111,4	106,9	115,3
Aug.	103,0	110,5	102,1	107,0
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige 3)	Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in % 4)
Anzahl in 1 000				
1997 1. Vj.	34 064	326	4 265	11,1
2. Vj.	34 015	331	4 330	11,3
3. Vj.	...	341	4 438	11,6
1997 Mai	34 014	331	4 362	11,4
Juni	33 998	337	4 385	11,4
Juli	33 988	337	4 411	11,5
Aug.	...	346	4 463	11,6
Sept.	...	345	4 497	11,7
Preise; 1991 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Pro- dukte 5)	Gesamt- wirt- schaft- liches Baupreis- niveau 6)	Preis- index für die Lebens- haltung 7)
1997 1. Vj.	100,0	104,1	114,8	117,8
2. Vj.	100,4	104,5	114,4	118,1
3. Vj.	114,2	119,0
1997 Mai	100,5	104,5	.	118,2
Juni	100,6	104,7	.	118,4
Juli	101,4	104,8	.	118,8
Aug.	102,4	105,0	.	119,1
Sept.	119,2

* Angaben vielfach vorläufig. — 1 Ohne Ernährungs-
gewerbe und Tabakverarbeitung. — 2 Ohne Energie-
versorgung sowie ohne Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden. — 3 Inlandskonzept. — 4 Gemessen
an allen Erwerbspersonen. — 5 Im Inlandsabsatz. —
6 Eigene Berechnung. Stand zur Quartalsmitte. — 7 Alle
privaten Haushalte.

Deutsche Bundesbank

Vorjahrsvergleich hat sich ungeachtet dessen das Minus auf knapp 10 % vergrößert, wobei jedoch – ähnlich wie bei den Aufträgen – die besondere Situation im vergangenen Jahr zu beachten ist.

Arbeitsmarkt

Beschäftigung

Der Beschäftigungsabbau hat sich auch nach der Jahresmitte fortgesetzt. Einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes zufolge, ist die Zahl der Erwerbstätigen im Juli – über den die Angaben gegenwärtig nicht hinausreichen – saisonbereinigt auf 33,99 Millionen gesunken. Damit wurde der Stand vom zweiten Quartal um 27 000 unterschritten. In der Vorjahrsbetrachtung waren 508 000 Personen weniger erwerbstätig als zur damaligen Zeit.

*Erwerbs-
losigkeit*

Die Zahl der Arbeitslosen ist im September weiter auf saisonbereinigt 4,50 Millionen gestiegen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrsmonat bedeutet dies eine Zunahme um 460 000. Davon entfielen etwa 60 % auf die neuen Bundesländer. Die Arbeitslosenquote stieg in Ostdeutschland saisonbereinigt auf 19,2 % nach 18,8 % im August. In Westdeutschland blieb die Arbeitslosenquote unverändert bei 9,9 %. Insgesamt waren damit in Deutschland saisonbereinigt 11,7 % aller Erwerbspersonen ohne Beschäftigung.

*Arbeitsmarkt-
politische
Maßnahmen*

Ende September nahmen 376 000 Personen an Kursen und Projekten zur beruflichen Weiterbildung teil, das waren 158 000 weniger als im vergleichbaren Vorjahrsmonat. Die Zahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Be-

schäftigten sank innerhalb der letzten zwölf Monate um 75 000 auf 295 000.

Preise

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe, gemessen an der Veränderung gegenüber dem Stand zwölf Monate zuvor, hat sich im September etwas abgeschwächt. Die Vorjahrsrate sank auf 1,9 % nach 2,1 % im August. Auch gegenüber dem Vormonat war die Teuerung saisonbereinigt zuletzt verhalten. Wesentlich beigetragen zu diesem Ergebnis haben Preisrückgänge für Mineralölzeugnisse. Hierfür war ausschlaggebend, daß es auf den internationalen Märkten zu einer Preisberuhigung kam, und auch die D-Mark gegenüber dem US-Dollar, der für den weltweiten Energiehandel maßgeblichen Währung, wieder merklich an Wert gewann. Die damit verbundene Entlastung machte sich insbesondere im Vorjahrsvergleich bemerkbar, da 1996 zur gleichen Zeit die Preise heraufgesetzt worden waren. Darüber hinaus hat sich der Anstieg der Wohnungsmieten zuletzt etwas verlangsamt.

*Verbraucher-
preise*

Auch im Bereich der Industrierohstoffe waren auf den internationalen Märkten im September überwiegend Preisrückgänge zu verzeichnen. Bei den Nahrungs- und Genußmitteln hat sich die zuvor beobachtete Preiskorrektur nach unten dagegen zuletzt nicht weiter fortgesetzt. Aus deutscher Sicht waren Rohstoffe insgesamt angesichts der Höherbewertung der D-Mark im Berichtszeitraum gleichwohl deutlich preiswerter als im August.

*Weltmarkt-
preise*

Einfuhrpreise

In den Einfuhrpreisen, die derzeit nur bis August vorliegen, hat sich dies noch nicht niedergeschlagen. Vielmehr sind sie im Gefolge der damaligen Verteuerungen auf den internationalen Rohstoffmärkten und der Wertverluste der D-Mark nochmals kräftig gestiegen. Der Abstand zum Vorjahr vergrößerte sich auf 5,4 %. Vor allem Grundstoffe mit enger Preisbindung zu den Weltmärkten haben sich binnen Jahresfrist spürbar stärker verteuert, bei Fertigwaren hielt sich der Preisanstieg demgegenüber in deutlich engeren Grenzen.

*Industrielle
Erzeugerpreise*

Die Abgabepreise der Industrie wurden bisher von den Preisbewegungen auf den Rohstoffmärkten weniger stark beeinflusst. So haben sich die im Inland abgesetzten Waren auch im August saisonbereinigt nur leicht verteuert, die Vorjahrsrate nahm hier auf 1,5 % zu, verglichen mit 0,7 % zu Beginn des Jahres. Ohne Energie gerechnet, deren Preise erfahrungsgemäß unmittelbar und stark auf internationale Einflüsse reagieren, fiel der Abstand zum Vorjahr deutlich niedriger aus.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz – das zusammengefaßte Ergebnis des Außenhandels, der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen und der Laufenden Übertragungen – wies im Juli ein Defizit von 2,7 Mrd DM auf, verglichen mit einem Überschuß von 4,6 Mrd DM im Juni dieses Jahres. Die Passivierung war jedoch weitgehend saisonbedingt. Nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse schloß der Leistungsverkehr mit dem Ausland mit einem leichten Überschuß ab.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd DM

Position	1996 1)		1997 1)	
	Juli	Juli r)	Aug. p)	
I. Leistungsbilanz				
1. Außenhandel 2)				
Ausfuhr (fob)	69,1	78,6	...	
Einfuhr (cif)	58,8	67,5	...	
Saldo	+ 10,3	+ 11,1	...	
nachrichtlich:				
Saisonbereinigte Werte				
Ausfuhr (fob)	67,3	76,5	...	
Einfuhr (cif)	57,1	65,5	...	
2. Ergänzungen zum Warenverkehr 3)	- 0,3	- 0,6	...	
3. Dienstleistungen				
Einnahmen	11,7	12,9	12,2	
Ausgaben	18,4	18,5	18,4	
Saldo	- 6,7	- 5,5	- 6,2	
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 4,1	- 2,4	- 1,6	
5. Laufende Übertragungen				
Fremde Leistungen	2,2	1,7	2,1	
Eigene Leistungen	7,3	7,0	7,6	
Saldo	- 5,1	- 5,3	- 5,6	
Saldo der Leistungsbilanz	- 6,0	- 2,7	...	
II. Vermögensübertragungen				
Fremde Leistungen	0,6	0,7	1,0	
Eigene Leistungen	0,1	0,1	0,1	
Saldo	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	
III. Kapitalbilanz				
(Nettokapitalexport: -)				
Direktinvestitionen	- 3,8	- 4,1	- 2,0	
Deutsche Anlagen im Ausland	- 5,0	- 7,4	- 2,6	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 1,2	+ 3,4	+ 0,6	
Wertpapiere 4)	+ 5,9	- 1,7	- 4,8	
Deutsche Anlagen im Ausland	- 8,9	- 28,6	- 8,5	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 14,8	+ 26,8	+ 3,7	
Kreditverkehr 4)	- 0,7	- 13,5	+ 20,3	
Kreditinstitute	- 6,1	- 5,2	+ 11,5	
langfristig	+ 4,1	+ 0,6	- 1,2	
kurzfristig	- 10,3	- 5,8	+ 12,7	
Unternehmen und Privatpersonen	+ 0,0	- 3,8	+ 7,3	
langfristig	- 0,2	+ 0,8	- 0,2	
kurzfristig 5)	+ 0,2	- 4,6	+ 7,6	
Öffentliche Stellen	+ 5,4	- 4,5	+ 1,5	
langfristig	+ 0,4	- 3,1	- 0,6	
kurzfristig	+ 5,0	- 1,4	+ 2,0	
Sonstige Kapitalanlagen	- 0,5	- 0,6	- 0,9	
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	+ 0,9	- 19,9	+ 12,6	
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)				
	+ 1,8	+ 18,6	...	
V. Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten (Zunahme: +) 6)				
(I + II + III + IV)	- 2,7	- 3,4	- 2,3	

1 Ergebnisse durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik. — 3 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 4 Ohne Direktinvestitionen. — 5 Ohne die noch nicht bekannte Veränderung der Finanzbeziehungen zu ausländischen Nichtbanken und der Handelskredite für August 1997. — 6 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Außenhandel

Im Außenhandel ergab sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ein Überschuß von 11,1 Mrd DM, nach 13,1 Mrd DM im Juni. Die aufwärtsgerichtete Ausfuhrentwicklung setzte sich im Juli fort; in saisonbereinigter Rechnung sind die Exporte gegenüber dem hohen Stand des Vormonats um weitere 1½ % gestiegen. Die Importe erhöhten sich im Berichtsmonat mit gut 4 % noch stärker. Betrachtet man – um Zufallsschwankungen möglichst auszugleichen – die Entwicklung im Zweimonatsvergleich, so sind die Ausfuhren im Juni/Juli gegenüber April/Mai saisonbereinigt um fast 6 % gestiegen; die Einfuhren nahmen um 5 % zu.

*„Unsichtbare“
Leistungs-
transaktionen*

Zur saisonbedingten Passivierung der Leistungsbilanz hat vor allem beigetragen, daß die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen mit dem Ausland – der jahreszeitlichen Entwicklung entsprechend – mit einem deutlich höheren Passivsaldo abschlossen. Das Gesamtdefizit erhöhte sich hier von 8,3 Mrd DM im Juni auf 13,3 Mrd DM im Juli. Im August – für den in diesem Bereich des Leistungsverkehrs bereits die Ergebnisse vorliegen – blieb das Gesamtdefizit der „Invisibles“ mit 13,3 Mrd DM unverändert hoch. Der Passivsaldo im Dienstleistungsverkehr stieg von 5,5 Mrd DM im Juli auf 6,2 Mrd DM, da sich im Hauptreisemonat August das Defizit im Auslandsreiseverkehr für sich genommen auf 6,2 Mrd DM ausweitete. Die übrigen Dienstleistungen schlossen mit einem insgesamt ausgeglichenen Saldo ab. Bei den Laufenden Übertragungen ergab sich mit 5,6 Mrd DM

ebenfalls ein etwas höherer Minussaldo (Juli: 5,3 Mrd DM). Im Bereich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, wo stärkere monatliche Schwankungen üblich sind, sank dagegen der Passivsaldo von 2,4 Mrd DM im Juli auf 1,6 Mrd DM im August.

Im Wertpapierverkehr mit dem Ausland – für den ebenfalls die Angaben für August verfügbar sind – kam es erneut zu geringen Netto-Kapitalexporten, und zwar von 4,8 Mrd DM, nach 1,7 Mrd DM im Juli dieses Jahres. Ausländische Anleger, die im Juli noch für netto 26,8 Mrd DM inländische Wertpapiere erworben hatten, reduzierten ihre Käufe im August auf 3,7 Mrd DM. Dabei wurden vor allem Bankschuldverschreibungen und Aktien erworben, während öffentliche Anleihen per saldo verkauft worden sind. Gleichzeitig haben sich im August aber auch inländische Anleger beim Kauf ausländischer Wertpapiere deutlich zurückgehalten; mit 8,5 Mrd DM lag der Netto-Erwerb erheblich unter der Vormonatshöhe (28,6 Mrd DM). Die Käufe erstreckten sich vor allem auf Fremdwährungsanleihen (4,7 Mrd DM, nach allerdings noch 17,0 Mrd DM im Juli) sowie auf ausländische Investmentzertifikate (3,5 Mrd DM). Außerdem sind im August auch durch Direktinvestitionen Mittel ins Ausland abgeflossen (netto 2,0 Mrd DM).

Die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (zu Transaktionswerten gerechnet) sind im Juli um 3,4 Mrd DM und im August um weitere 2,3 Mrd DM gesunken.

Kapitalverkehr

*Netto-Auslands-
position der
Bundesbank*

Zinsbeschluß vom 9. Oktober 1997

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am 9. Oktober beschlossen, den Festsatz für die Wertpapierpensionsgeschäfte am 15. und 22. Oktober 1997 von bisher 3,00 % auf 3,30 % heraufzusetzen.

Hierzu gab der Zentralbankrat folgende Erläuterungen:

Die Geldpolitik der Bundesbank ist seit längerem expansiv. Die Notenbankzinsen liegen seit den Zinssenkungen im April und August 1996 insgesamt auf historischen Tiefständen. Die Geldbestände sind 1996 und Anfang 1997 kräftig gewachsen. Aufgrund der Abschwächung des Außenwertes der D-Mark im bisherigen Verlauf dieses Jahres haben sich die monetären Bedingungen weiter gelockert.

Gleichzeitig hat sich das geldpolitische Umfeld gewandelt. Das Preisklima hat sich in den Sommermonaten verändert. Sowohl die Einfuhr- als auch die Erzeuger- und die Verbraucherpreise sind gestiegen. Hierzu trugen die Entwicklung des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar und Anhebungen administrierter Preise maßgeblich bei.

Bisher stellen sinkende Lohnstückkosten ein Gegengewicht zu „importierten“ und administrativen Preisanstößen dar. Deshalb besteht kein Anlaß, die aktuelle Preisentwicklung zu dramatisieren. Die Stabilitätsrisiken haben jedoch zugenommen. Ihnen rechtzeitig entgegenzuwirken, verbessert die Chancen für eine Verstetigung des Wachstumsprozesses und verhindert den Aufbau eines Inflationspoten-

tials im Vorfeld der Europäischen Währungsunion.

Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags und ihrer geldpolitischen Möglichkeiten hat die Bundesbank vor allem darauf zu achten, daß die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft keinen Spielraum für eine Beschleunigung des

Preisauftriebs bietet. Um dies für die Zukunft sicherzustellen, ist – wie der Zentralbankrat bereits bei der Überprüfung des Geldmengenziels im Juli festgestellt hat – eine weitere Abschwächung des Geldmengenwachstums geboten. Die mit der Anhebung des Wertpapierpensionssatzes verbundene leichte Straffung der Geldpolitik dient diesem Zweck.

Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen seit Anfang der neunziger Jahre

Höhe und Struktur der Arbeitseinkommen gehören zu den wichtigsten volkswirtschaftlichen Schlüsselgrößen. Sie bilden zusammen mit den auf das Arbeitsentgelt bezogenen Abgaben für die Unternehmen einen zentralen Kostenfaktor und beeinflussen in hohem Maße den Stand der Beschäftigung sowie deren Zusammensetzung. Der seit Anfang 1991 anhaltende Beschäftigungsrückgang dürfte nicht zuletzt auf Fehlentwicklungen in der Lohnpolitik zurückzuführen sein. Wieviel an marktfundierter Beschäftigung längerfristig möglich ist, wird von der Entwicklung des Lohnniveaus, aber auch von der Spreizung und Flexibilität des Lohngefüges bestimmt. Hierfür muß im beschäftigungs- wie einkommenspolitischen Interesse das tarifvertragliche Regelwerk hinreichend Raum lassen, zumal mit der geplanten Währungsunion in Europa die Verbindung zwischen Lohnentwicklung und Beschäftigung noch deutlicher als bisher schon zutage treten wird. Die neuen tarifpolitischen Ansätze der letzten Jahre weisen hier in die richtige Richtung.

Besondere Bedeutung für die Arbeitseinkommen haben die zwischen den Sozialpartnern vereinbarten Tarifverdienste. Sie stellen für die tarifgebundenen Unternehmen sowie die in Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer die Basis der Arbeitsvergütungen dar. Die Deutsche Bundesbank berechnet bereits seit Ende der fünfziger Jahre einen Index für

*Tarifverdienst-
statistik...*

das westdeutsche Tariflohn- und -gehaltsniveau (einschl. Beamtenbezüge). Im August 1994 wurden erstmals auch entsprechende Indexwerte für Ostdeutschland vorgestellt,¹⁾ deren aktuelle Entwicklung seitdem ebenso wie die der Tarifentgelte in den alten Bundesländern eine wichtige Grundlage für gesamtwirtschaftliche Analysen darstellen und regelmäßig im Statistischen Teil des Monatsberichts veröffentlicht werden.

Die Berechnung eines zusammengefaßten Index für das gesamte Bundesgebiet war zu diesem Zeitpunkt aus mehreren Gründen noch nicht sinnvoll. Das insbesondere in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung stark unterschiedliche Niveau in den Tarifverdiensten zwischen Ost- und Westdeutschland, vor allem aber die sehr verschiedenartige Entwicklung, die durch das Bestreben einer möglichst raschen Angleichung der niedrigeren ostdeutschen Tarifvergütungen an vergleichbare westdeutsche Standards geprägt gewesen war, machten aus analytischer Sicht zunächst einen regional getrennten Ausweis erforderlich. Zudem fehlten noch mehrere Jahre nach der deutschen Vereinigung für zahlreiche ostdeutsche Tarifbezirke einigermaßen zuverlässige Angaben zur Beschäftigtenzahl, die für das Wägungsschema bei der Berechnung der Tariflohnindizes benötigt werden. Darüber hinaus war der Erfassungsgrad der ostdeutschen Tarifverdienststatistik mit etwa der Hälfte der abhängig Beschäftigten damals deutlich geringer als in den alten Bundesländern, wo er bei rund zwei Dritteln liegt. Nach Beseitigung dieser Lücken können nun erstmals Ergebnisse der

Tarifverdienststatistik auch für das gesamte Währungsgebiet vorgestellt werden.

Tarifverdienste in West- und Ostdeutschland

Auf dieser Grundlage gerechnet, sind die Tarifverdienste unter Einbeziehung tariflicher Nebenvereinbarungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf Monatsbasis in Deutschland während des Zeitraums von 1991 bis 1996 um insgesamt fast 30 % beziehungsweise um 5 ½ % pro Jahr gestiegen. In zeitlicher Perspektive flachten sich dabei nach starken Tariflohnsprüngen von fast 11 % im Jahr 1992 und 6 ½ % im darauffolgenden Jahr die Tariflohnsteigerungen bis auf 2 ¼ % im vergangenen Jahr ab.

Tarifverdienste

Dahinter verbergen sich in regionaler Hinsicht sehr unterschiedliche Verlaufprofile. So nahmen die tariflichen Entgelte in Ostdeutschland mit jahresdurchschnittlich 13 ½ % um fast das Vierfache pro Jahr stärker zu als in den alten Bundesländern. Mit der durch automatisierten Tarifverbund und Stufenregelungen forcierten Annäherung beziehungsweise Angleichung der Tarifverdienste an das entsprechende westdeutsche Niveau gingen hier freilich die Zuwachsraten der Tarifverdienste zurück, und zwar von fast 30 % im Jahr 1992 auf 5 % im vergangenen Jahr. In den alten Bundesländern vereinbarten die Sozialpartner Anhebungen der tariflichen Monatsentgelte

1 Vgl. hierzu im einzelnen: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der Tarif- und Effektivverdienste seit Mitte der achtziger Jahre, Monatsbericht, August 1994, S. 29 ff.

Tarif- und Effektivverdienste sowie Lohnkosten in der Gesamtwirtschaft *)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Zeit	Tariflohn- und -gehaltsniveau		Löhne und Gehälter je abhängig Beschäftigten	Lohndrift 1)	Bruttoein- kommen aus unselbstän- diger Arbeit je abhängig Beschäftigten	Nachrichtlich:		
	Stundenbasis	Monatsbasis				Bruttoinlands- produkt in Preisen von 1991 je Erwerbs- tätigen	Lohnkosten je Wert- schöpfungs- einheit 2)	
Westdeutschland								
1991	6,8	6,3	5,9	-0,4	5,9	2,5	3,3	
1992	6,4	6,3	5,8	-0,5	5,9	0,8	5,0	
1993	4,5	3,7	2,9	-0,8	2,7	-0,5	3,3	
1994	2,1	1,7	2,0	0,2	3,2	3,3	-0,1	
1995	4,0	3,7	3,1	-0,6	3,6	2,1	1,4	
1996	2,3	1,9	2,0	0,0	2,2	2,4	-0,2	
1997 1. Hj.	1,3	1,4	1,4	0,1	2,3	3,4	-1,1	
Ostdeutschland								
1991	
1992	31,7	29,4	37,2	6,1	37,6	23,6	11,3	
1993	19,2	18,4	15,7	-2,3	15,0	12,3	2,4	
1994	9,4	8,7	6,1	-2,4	6,8	7,7	-0,8	
1995	8,3	7,5	6,1	-1,4	6,0	4,1	1,8	
1996	5,2	5,0	2,9	-2,0	3,4	3,8	-0,3	
1997 1. Hj.	3,4	3,2	2,8	-0,5	3,8	4,6	-0,8	
Gesamtdeutschland								
1991	
1992	11,8	10,9	10,5	-0,4	10,6	4,1	6,2	
1993	7,5	6,5	4,6	-1,8	4,3	0,6	3,7	
1994	3,4	2,9	2,4	-0,5	3,5	3,4	0,1	
1995	4,6	4,3	3,5	-0,8	3,9	2,1	1,7	
1996	2,6	2,3	2,1	-0,2	2,4	2,6	-0,1	
1997 1. Hj.	1,7	1,6	1,7	+0,1	2,6	3,6	-1,0	

* Inlandskonzept; die Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind ab 1995 vorläufig. — 1 Abweichungen der Löhne und Gehälter je abhängig Beschäftigten von den Tarifverdiensten auf Monatsbasis. — 2 Quotient

aus dem im Inland entstandenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten und dem realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

in den Jahren 1993 bis 1996 von durchschnittlich $2\frac{3}{4}\%$, verglichen mit jeweils $6\frac{1}{4}\%$ in den beiden Jahren zuvor, als im Zuge der durch die deutsche Vereinigung ausgelösten Sonderkonjunktur die Tarifverdienste weit über das stabilitäts- und beschäftigungspolitisch gebotene Maß hinaus erhöht worden waren. Für den gesamten Zeitraum stiegen sie um fast 4 % pro Jahr.

Zusätzlich zu den Aufbesserungen der monatlichen Tarifentgelte kamen die Arbeitnehmer in den Genuß einer rückläufigen tariflichen Jahresarbeitszeit, was sich in der Tarifverdienststatistik in entsprechend höheren Zuwachsraten der Verdienste auf Stundenbasis niederschlug. Der Verzicht auf ansonsten mögliche Einkommenserhöhungen zugunsten vermehrter Freizeit läßt sich für den Untersuchungszeitraum auf gut einen halben Prozentpunkt pro Jahr veranschlagen; damit spielte der tarifliche Arbeitszeitfaktor eine etwa ebenso große Rolle wie in den Jahren von 1982 bis 1990 für Westdeutschland betrachtet. Für den fortgesetzten Trend in der Arbeitszeitverkürzung war – wie schon bei der Verdienstkomponente – die rasche Konvergenz zwischen West und Ost ausschlaggebend. So nahm in den neuen Ländern die tarifliche Jahresarbeitszeit von 1991 bis 1996 um 0,8 % pro Jahr ab, während es im alten Bundesgebiet jahresdurchschnittlich 0,3 % waren. Dabei ist inzwischen die Angleichung der Urlaubsdauer mit 29 Tagen gegenüber $29\frac{1}{2}$ Tagen im Westen weitgehend abgeschlossen. Auch die Wochenarbeitszeit, die in den ostdeutschen Betrieben anfangs bei durchschnittlich 42 Stunden gelegen hatte, wurde wie in Westdeutschland nach unten angepaßt.

Gleichwohl überstieg sie Ende 1996 mit $39\frac{1}{2}$ Stunden diejenige im Westen noch um etwa zwei Stunden.

In mehreren wichtigen Wirtschaftszweigen haben die tariflichen Grundvergütungen auf Monatsbasis in Ostdeutschland inzwischen das Niveau in den alten Ländern erreicht. Hierzu zählen unter anderem die Eisen- und Stahlindustrie, die Metall- und Elektroindustrie, Unternehmen des Druckgewerbes (mit mehr als 50 Beschäftigten) sowie das private Bankgewerbe. In anderen Branchen, wie etwa dem Versicherungsgewerbe und dem Einzelhandel, ist die volle Angleichung für das kommende Jahr vereinbart worden. Für das ostdeutsche Bauhauptgewerbe wurde in Anbetracht des anhaltend scharfen Anpassungsdrucks und der fortschreitenden Erosion des Flächentarifsystems im Juli dieses Jahres der vor zwei Jahren verabredete Stufenplan, der zum 1. Oktober 1997 die volle Angleichung der Osttarife an das Westniveau vorsah, aufgehoben. Hier beträgt die Ost-West-Relation seit diesem Frühjahr nunmehr 93,8 %. Der Öffentliche Dienst, bei dem im Unterschied zu anderen Branchen Tarif- und Effektivverdienste weit weniger voneinander abweichen, liegt mit einer seit dem 1. September 1997 geltenden Relation von 85 % im mittleren Bereich der „Anpassungsskala“. Am unteren Spektrum befindet sich die Bekleidungsindustrie mit einem Ost-West-Verhältnis von etwa zwei Drittel. Im Durchschnitt beliefen sich damit die tariflichen Grundvergütungen in Ostdeutschland im ersten Halbjahr 1997 auf etwa 90 % der entsprechenden Westbeträge. Zu Beginn des Jahres 1991 lag das tarifliche Lohngefälle noch bei 53 %.

*Lohnan-
gleichung
Ost/West*

*Tarifliche
Arbeitszeit*

Auch bei den tariflichen Nebenabsprachen gab es in den vergangenen Jahren eine rasche Annäherung der ostdeutschen an die westdeutschen Regelungen, wenngleich diese deutlich schwächer war als bei den monatlichen Grundvergütungen. So wurde in den neuen Ländern das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld von 1991 bis 1996 in Höhe von weniger als 60 % auf 80 % eines tariflichen Monatsentgelts aufgebessert; in den alten Ländern machen diese beiden Sonderleistungen zusammen etwa ein volles Monatsentgelt aus. Unter Einschluß der nicht so umfangreichen Sonderzahlungen in Ostdeutschland errechnet sich eine Ost-West-Relation der Tarifverdienste von durchschnittlich 86 % im Jahr 1996 (1991: 54 %). Umgerechnet auf Stundenbasis erreichte das Tarifentgelt wegen der in Ostdeutschland um gut 5 % längeren tariflichen Jahresarbeitszeit knapp 82 % des Westniveaus.

Lohnpolitik: Alte Muster, neue Akzente

Sektorale Lohnstruktur

Ein traditionelles Charakteristikum des Lohnfindungsprozesses in Deutschland ist, daß dem ersten Abschluß für eine neue Periode in einem bedeutsamen Tarifbereich oft eine Pilotfunktion zukommt, dem sich die Sozialpartner in den anderen Wirtschaftszweigen im Hinblick auf die vereinbarte Anhebung der tariflichen Entgelte weitgehend anschließen. So zeigt sich über einen längeren Zeitraum betrachtet nur eine eher mäßige Streuung in der sektoralen Tariflohnentwicklung. Auf Stundenbasis gerechnet – eine Betrachtungsweise, die sich aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen der tariflichen Jahresar-

beitszeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen anbietet – erhöhten sich die Tarifverdienste in Westdeutschland von 1985 bis 1996 um 4,3 % pro Jahr. Den stärksten Anstieg unter den größeren Wirtschaftszweigen verzeichnete dabei das Metallverarbeitende Gewerbe mit jahresdurchschnittlich 4,8 %. Am unteren Ende der Skala rangieren der Öffentliche Dienst, das Bankgewerbe (jeweils 3,7 %) sowie der Bergbau (2,6 %). Sieht man einmal vom „Sonderfall“ Bergbau ab, ergibt sich damit über den gesamten Zeitraum betrachtet eine beiderseitige Differenz von jeweils einem halben Prozentpunkt zum Gesamtdurchschnitt.

Immerhin hat sich in Westdeutschland – worauf verschiedene statistische Kennziffern zur Messung der Variabilität hindeuten – die sektorale Lohnstruktur etwas aufgefächert. Auffallend ist aber, daß die Tarifverdienste im Produzierenden Gewerbe, das dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzt ist, auch in den neunziger Jahren überdurchschnittlich angehoben wurden. Eine größere Zurückhaltung hier hätte vermutlich dazu beitragen können, mehr rentable Arbeitsplätze in der Industrie zu erhalten.

Innerhalb der Wirtschaftszweige blieb zudem eine stärkere Spreizung der Tariflöhne aus. Vielmehr wurde vereinzelt das Tarifverdienstniveau ungeachtet der qualifikatorischen Unterschiede durch eine überproportionale Anhebung der Tarife in den unteren Verdienstgruppen weiter nivelliert. Auch kam es, mit Ausnahme der Baubranche, nicht zu einer weiteren Differenzierung der Lohn- und Gehaltsgruppen im unteren Tarifbereich. Hier

Lohnspreizung

verbleibt für die Zukunft noch erheblicher Handlungsbedarf, um vor allem Personen mit vergleichsweise geringer Qualifikation eine bessere Chance zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen oder zumindest das hier besonders hohe Arbeitsplatzrisiko zu verringern.

*Neue Akzente
bei Entlohnung
und ...*

Andererseits sollte aber auch nicht übersehen werden, daß die Tarifpartner hierzulande vor dem Hintergrund eines starken Beschäftigungsabbaus und der voranschreitenden Verbandsflucht in den letzten Jahren sowohl bei den Entgelten als auch in bezug auf die Arbeitszeit mehr Flexibilität bewiesen haben. Was die Höhe der Tarifvergütungen angeht, so umfassen die bislang verabredeten Schritte zur Beschäftigungsförderung eine ganze Palette verschiedenartiger Maßnahmen. In der Chemischen Industrie etwa besteht seit 1994 die Möglichkeit, Langzeitarbeitslose zu einem Lohn unter dem Tarifverdienstniveau einzustellen. Im westdeutschen Bauhauptgewerbe wurde für Problemgruppen am Arbeitsmarkt in diesem Jahr das Tarifgitter nach unten ausgedehnt und eine neue Lohngruppe eingerichtet. In der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie besteht seit 1996 eine Klausel, wonach Unternehmen in wirtschaftlich schwieriger Lage Tarifverdienstaufbesserungen zeitlich befristet ganz oder teilweise aussetzen können, wenn gleichzeitig auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wird.

Im Rahmen der Neuregelung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist in einigen Tarifbezirken der Metall- und Elektroindustrie seit diesem Jahr die Höhe der Jahressonderzahlungen an den Krankenstand gekoppelt. Bei

der Höhe der Lohnfortzahlung selbst setzten die Gewerkschaften die tarifvertragliche Absicherung der vollen Bezüge durch, nachdem der Gesetzgeber die Mindestsicherung für die ersten sechs Wochen bei Krankheit auf 80 % der Entgelte gesenkt hatte. Im Gegenzug wurden das Weihnachtsgeld gekürzt und die Tarifverdienste weniger stark angehoben.²⁾

Besondere Beachtung verdient die Einführung eines ab Januar 1998 nutzbaren Entgeltkorridors in der Chemischen Industrie Westdeutschlands. Hierdurch ist es möglich, die Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmer eines Unternehmens zeitlich befristet um bis zu 10 % gegenüber den tariflich vereinbarten Sätzen abzusenken. Im Unterschied zu anderen bislang verabredeten Öffnungsklauseln steht dabei nicht allein die kurzfristige Vermeidung von Entlassungen im Vordergrund, sondern auch die Wiederherstellung oder Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung des Standorts. Eine vergleichbare Regelung wurde 1997 ebenfalls für die Baubranche in den neuen Bundesländern vereinbart.

Im Hinblick auf die tarifliche Arbeitszeit lassen sich die in den vergangenen Jahren verabredeten Flexibilisierungen im wesentlichen in drei Grundkonzepte einteilen. Erstens kann in einer Reihe von Wirtschaftszweigen die zuschlagsfreie Regelarbeitszeit stärker den betrieblichen Erfordernissen nach verteilt werden. Der Ausgleichszeitraum, innerhalb des-

... Arbeitszeit

2 Im Endergebnis dürften damit weniger die gesamten Arbeitskosten von der Neuregelung berührt werden als vielmehr ihre Zusammensetzung in direkt leistungsbezogene und eher leistungsunabhängige Bestandteile.

Entwicklung der Tarifverdienste *) auf Stundenbasis in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Westdeutschland; 1985 = 100

Wirtschaftszweig	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Gesamtwirtschaft	104,2	108,4	112,1	116,5	122,9	131,2	139,6	145,9	148,9	154,8	158,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	104,5	108,5	113,4	118,3	125,1	133,4	141,2	149,2	152,1	160,4	166,1
darunter:											
Bergbau	103,6	106,9	110,9	112,7	117,9	123,7	130,7	134,6	130,9	136,9	133,2
Eisen- und Stahlindustrie	102,3	106,6	109,3	114,1	117,4	126,1	132,4	138,2	139,5	147,1	152,8
Chemische Industrie	104,0	108,4	112,4	117,4	125,2	133,0	140,8	148,8	152,9	158,0	161,7
Metallverarbeitendes Gewerbe	105,0	108,6	114,0	118,8	125,6	134,0	141,0	149,6	151,9	161,2	167,5
Textilgewerbe	104,1	108,1	111,8	116,3	121,0	129,2	138,0	145,5	150,0	155,7	159,3
Bekleidungsindustrie	104,3	108,8	112,6	117,1	121,4	131,1	139,2	145,5	149,3	156,1	159,4
Baugewerbe	103,2	106,3	110,1	113,8	123,2	131,8	140,3	150,5	154,7	160,2	163,7
Handwerk (ohne Bauhandwerk)	103,3	108,2	112,1	116,6	122,6	130,2	139,1	145,7	149,6	154,3	158,2
Handel	104,9	109,8	113,6	117,9	122,9	134,4	142,9	148,9	153,3	159,1	163,6
davon:											
Groß- und Außenhandel	103,1	109,6	113,0	117,3	123,1	133,2	142,2	147,6	151,2	156,6	160,3
Einzelhandel	106,2	110,0	114,0	118,4	122,7	135,2	143,5	149,6	154,6	160,6	165,5
Bankgewerbe	104,2	108,7	111,8	115,9	123,1	128,5	136,2	140,1	142,7	147,6	149,4
Versicherungsgewerbe	103,2	109,8	113,4	117,6	121,9	130,9	138,0	143,8	147,0	152,3	154,4
Öffentlicher Dienst	104,0	108,4	110,5	114,7	120,9	128,6	137,1	140,9	142,4	147,5	148,9

* Einschl. Nebenvereinbarungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Vermögenswirksame Leistungen); um-basiert von der Originalbasis 1991=100.

Deutsche Bundesbank

sen im Durchschnitt die tarifliche Arbeitszeit erbracht werden muß, wurde dabei ausgeweitet und beträgt nun in der Regel ein Jahr. Zweitens ist es möglich, die Wochenarbeitszeit innerhalb gewisser Fristen zu verringern oder zu erhöhen. In der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie kann sie beispielsweise bei schlechter Auftragslage zur Beschäftigungssicherung um bis zu fünf Stunden abgesenkt werden; dementsprechend niedriger fallen die Monatslöhne oder -gehälter aus. Drittens schließlich gilt im Baugewerbe in den Wintermonaten eine kürzere tarifliche Wochenarbeitszeit als im Sommer.

Effektivverdienste und Lohndrift

Die Höhe der Bruttoverdienste wird durch den Abschluß von Tarifverträgen für deren Laufzeit weitgehend, aber keineswegs vollständig festgelegt. Je nach relativer Stärke der Arbeitskräftenachfrage weichen die effektiv gezahlten Arbeitsentgelte sowohl in ihrer Höhe als auch in ihrer Entwicklung von den Tarifverdiensten ab. Damit besteht zumindest ein gewisses Lohnkostenkorrektiv auf Unternehmensebene; ein Ersatz für mangelndes tarifpolitisches Augenmaß ist damit allerdings nicht gegeben.

Bruttoverdienste

Die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter je Beschäftigten, die sogenannten Effektivverdienste, nahmen in Deutschland von 1991 bis 1996 um jahresdurchschnittlich 4 ½ % zu; sie

Lohndrift

blieben damit um jährlich drei Viertel Prozentpunkte hinter den Tarifverdiensten (auf Monatsbasis) zurück. Diese negative Lohndrift kann, abgesehen von anderen Einflüssen wie etwa vermehrter Teilzeitarbeit oder Verringerung geleisteter Überstunden, als Indiz einer aus Sicht der Unternehmen zu kräftigen Anhebung der Tarifentgelte gewertet werden, der sie durch Abbau übertariflicher Leistungen entgegenzuwirken versuchten. In den neuen Bundesländern war der hierzu erforderliche Spielraum allerdings sehr gering oder in den meisten Fällen praktisch nicht vorhanden. Von daher blieb vielen Unternehmen dort noch mehr als in Westdeutschland als Ausweg lediglich die Aufweichung der Tarifbindung oder der explizite Verzicht auf Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband. Erst durch diese „Notlösungen“ war es den Unternehmen in den neuen Bundesländern möglich, den Anstieg der Effektivverdienste in den Jahren 1993 bis 1996 auf insgesamt 34 % zu begrenzen und dem tarifbedingten Kostenschub von 45 % in Grenzen zu entgehen.³⁾

Die durchschnittlichen Effektivverdienste in Ostdeutschland haben sich folglich nicht so stark wie die Tarifverdienste an das westdeutsche Niveau angenähert; die entsprechende Ost-West-Relation unterschritt im vergangenen Jahr diejenige der Tarifentgelte um zehn Prozentpunkte. Mit einer Quote von 76 % verglichen mit weniger als 50 % im Jahr 1991 fiel die relative Verteuerung der Arbeitsleistungen gleichwohl immer noch sehr hoch aus. Im Verhältnis zum in den neuen Bundesländern vielfach erheblich subventionierten Sachkapital dürften sich die Faktorpreisrela-

tionen dort in noch stärkerem Maße zu Lasten des Faktors Arbeit verschoben haben.

Für die Arbeitnehmer war diese Entwicklung mit einem erhöhten Arbeitsmarkt- und damit auch Einkommensrisiko verbunden. Für jene allerdings, die weiterhin am Erwerbsleben teilnehmen, hat sich die materielle Lebenslage deutlich verbessert. Netto, also nach Abzug der Lohnsteuer und der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, betrug die Einkommensrelation – gemessen am westdeutschen Standard – 1996 bereits 84 % gegenüber 55 % im Jahr 1991. Hierbei war auch von Bedeutung, daß wegen des noch bestehenden Lohnabstands zum Westen der fiskalische Zugriff seitens der progressiven Einkommensteuer weniger scharf ist. Darüber hinaus kam der Kaufkraft des verfügbaren Einkommens zugute, daß die neuen Bundesländer wegen der vielfach geringeren Mieten sowie des ausgeprägten Preisgefälles bei Dienstleistungen noch einen beachtlichen Preisvorteil haben, der sich nicht allein mit der unterschiedlichen Beschaffenheit der nachgefragten Leistungen erklären lassen dürfte.

*Nettoverdienste
Ost/West*

Arbeitskosten in zeitlicher und regionaler Betrachtung

Für das Bestreben der Unternehmen in Ost- wie in Westdeutschland, die Löhne und Gehälter nicht in gleichem Umfang wie die Tarifverdienste ansteigen zu lassen, dürfte auch

*Bruttoeinkommen und
Personalzusatzkosten*

³⁾ Der statistische Ausweis einer positiven Lohndrift in Ostdeutschland für das Jahr 1992 spiegelt hingegen primär den Sachverhalt wider, daß die Zahl der Kurzarbeiter nach einer massiven Ausweitung im Jahr 1991 um über 1,2 Millionen im folgenden Jahr zurückgeführt wurde.

Bruttoeinkommen, Abgaben und Nettolohn *)

Deutschland

Zeit/Zeitraum	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	Durchschnittliches Bruttoentgelt	Abzüge (Lohnsteuer und Arbeitnehmerbeiträge zur SV)	Durchschnittliches Nettoentgelt
	Tsd DM				
1991	48,6	9,0	39,6	12,5	27,1
1992	53,8	10,0	43,8	14,3	29,4
1993	56,1	10,3	45,8	14,9	30,8
1994	58,0	11,2	48,9	15,9	31,0
1995 p)	60,3	11,8	48,5	17,3	31,2
1996 p)	61,8	12,2	49,5	17,1	32,4
	in % des Bruttoeinkommens				
1991	100	18,5	81,5	25,7	55,8
1992	100	18,6	81,4	26,7	54,8
1993	100	18,4	81,6	26,6	55,0
1994	100	19,3	80,7	27,4	53,4
1995 p)	100	19,6	80,4	28,7	51,7
1996 p)	100	19,8	80,2	27,8	52,4
	% gegen Vorjahr				
1992	10,6	11,1	10,5	14,8	8,5
1993	4,3	3,3	4,6	4,1	4,8
1994	3,5	8,3	2,4	6,4	0,5
1995 p)	3,9	5,5	3,5	9,0	0,7
1996 p)	2,4	3,6	2,1	-0,9	3,8
1991 - 1995 1)	5,5	7,0	5,2	8,5	3,6
1991 - 1996 1)	4,9	6,3	4,6	6,6	3,6

* Je abhängig Beschäftigten im Inland. — 1 Jahresdurchschnittliche Veränderung in %.

Deutsche Bundesbank

die zunehmende Belastung mit Sozialabgaben eine Rolle gespielt haben. Denn letztendlich sind aus Arbeitgebersicht die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die zusätzlich zu den Löhnen und Gehältern den Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungsbeiträgen enthalten, die relevante Kosten- und Entscheidungsvariable in bezug auf den Produktionsfaktor Arbeit. Diese gesetzlich fixierten Arbeitskosten sind wegen der heraufgesetzten Beitragssätze zur Sozialversicherung mit 6¼ % um 1¾ Prozentpunkte pro Jahr stärker gestiegen als die Effektivverdienste. Im Ergebnis hat sich auch deshalb in den zurückliegenden Jahren die Schere zwischen Bruttoeinkommen und Nettoverdienst weiter geöffnet. Betrug die Nettoverdienste 1991 noch 55¾ % der Bruttoeinkommen, so waren es 1996 nur noch 52 ½ %.⁴⁾

Von der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge waren die ostdeutschen Betriebe besonders empfindlich betroffen, da bei ihnen im allgemeinen der Lohnanteil an der Wertschöpfung vergleichsweise hoch ist und Überwälzungsspielräume in den Absatzpreisen insbesondere auf überregionalen Märkten nach wie vor nur sehr begrenzt vorhanden sein dürften. Zudem ist hier die Ertrags- und Finanzkraft vieler Unternehmen trotz Besserungstendenzen noch immer als schwach ein-

⁴ Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der kräftige Anstieg der Nettoverdienste im Jahr 1996 nicht nur auf die steuerliche Freistellung des Existenzminimums, sondern auch auf die Umstellung bei der Buchung des Kindergeldes in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückzuführen und damit zum Teil lediglich rein statistisch bedingt ist. Zudem werden steuerliche Rückerstattungen an Arbeitnehmer zu Lasten der veranlagten Einkommensteuer und nicht der Lohnsteuer verbucht. Vgl. hierzu im einzelnen: Deutsche Bundesbank, Neuere Entwicklung der Steuereinnahmen, Monatsbericht, August 1997, S. 83 ff.

zustufen; bereits geringe zusätzliche Kostenbelastungen können dann rasch zu ernstesten Rentabilitäts- und Liquiditätsschwierigkeiten führen. Generell ist im übrigen darauf hinzuweisen, daß mit zunehmendem Gewicht der gesetzlich fixierten Personalzusatzkosten auch die Flexibilität des gesamten Lohnkostenblocks beeinträchtigt wird.

Wieviel an Produktionskosten auf Dauer angemessen beziehungsweise noch verkraftbar ist, hat man auch an der Ergiebigkeit der am Wertschöpfungsprozeß beteiligten Produktionsfaktoren zu beurteilen. Deren jeweiliger Beitrag zur betrieblichen Leistungserstellung läßt sich allerdings nur theoretisch exakt bestimmen. So ist namentlich die statistisch berechnete Arbeitsproduktivität hierfür nur ein unvollkommenes Maß. Dieses weist sogar in die falsche Richtung, wenn infolge überhöhter Arbeitskosten verstärkt Personal freigesetzt wird. Ein zunächst nicht marktadäquater Faktorpreis kann über diesen Weg die zu ihm passende Arbeitsproduktivität finden, was sich in der ex-post-Betrachtung dann als produktivitätskonforme Entlohnung darstellt. Vergleicht man eingedenk dessen den Anstieg der (betragsmäßigen) Arbeitskosten mit dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität im Zeitraum 1991 bis 1996, zeigt sich gleichwohl für Deutschland insgesamt, daß die Löhne der Produktivität erheblich vorausgeeilt sind. Dies gilt vor allem für die Jahre bis 1993; danach war der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten moderat beziehungsweise das Niveau leicht rückläufig, ohne daß freilich der vorausgegangene Kostenschub hiervon auch nur näherungsweise kompensiert worden wäre. Dieser Befund gilt

für West- wie für Ostdeutschland, obgleich in den neuen Bundesländern das Mißverhältnis zwischen Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität ungleich stärker ausfällt.

In Ostdeutschland wurde 1996 ein nominales Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen erwirtschaftet, das lediglich 59 % des westdeutschen Niveaus entsprach. Da sich auf der anderen Seite beim Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer der Abstand bereits auf 73 % verkürzte, waren die gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten je nominale Wertschöpfungseinheit in Ostdeutschland um rund ein Viertel höher als im alten Bundesgebiet. Im Vergleich zum Jahr 1991 hat sich der Lohnkostenabstand zwar deutlich verringert, seit 1994 waren aber praktisch keine Fortschritte mehr bei dieser für die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen zentralen Kostengröße zu verzeichnen.

Gegen einen solchen Lohnkostenvergleich ist verschiedentlich eingewandt worden, daß dieser Indikator nur einen Teil der Kosten abdecke und systematische Verzerrungen nicht auszuschließen seien. Denkbar sei, daß eine Wirtschaft wie die ostdeutsche, in der die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten im vergangenen Jahr um rund ein Viertel niedriger waren als im früheren Bundesgebiet, durchaus komparative Kostenvorteile bei weniger kapitalintensiver Produktion haben könne. Stehen beispielsweise für die Unternehmen unterschiedliche Produktionstechniken zur Auswahl, so wären möglicherweise – gleich hohe Preise für Kapitalgüter in Ost- und Westdeutschland unterstellt – auch weniger kapitalintensive

Lohnstückkostenvergleich

Arbeitsproduktivität

Produktionsverfahren wettbewerbsfähig. Von daher wäre also nicht auszuschließen, daß trotz höherer Lohnkosten je nominale Wertschöpfungseinheit in Ostdeutschland die Ertragslage nicht ungünstiger als im Westen ist.

Diese Argumentation ist insofern zutreffend, als die Lohnstückkosten in der vielerorts verwendeten Definition letztlich nur eine leicht modifizierte gesamtwirtschaftliche Lohnquote darstellen, aus deren regionalem Vergleich allein nicht automatisch auf ein Rentabilitätsgefälle, insbesondere nicht für den Unternehmensbereich, geschlossen werden kann. Richtig ist auch, daß das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten vom Stand der verfügbaren Produktionstechnik und der Bedeutung einzelner Wirtschaftssektoren abhängig ist. Regionen mit unterschiedlichen Branchen- und Produktionsstrukturen dürften sich deshalb auch in ihrem (optimalen) Kostenprofil unterscheiden.⁵⁾ Ein globaler und isolierter Lohnstückkostenvergleich greift deshalb in der Tat zu kurz für eine Gesamtbeurteilung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit.

Durchschnittliche Stückkosten

Aussagekräftiger ist vielmehr ein regionaler Vergleich der gesamten Durchschnittskosten. Faßt man zu diesem Zwecke die Arbeitskosten und die Kosten der Kapitalnutzung zusammen,⁶⁾ wobei letztere sich nur näherungsweise bestimmen lassen, so ergibt sich für das Jahr 1991 bei den ostdeutschen Produktionsunternehmen ein substantieller Kostenüberhang im Vergleich zur nominalen Wertschöpfung, was auf nicht unbeträchtliche Verluste im operativen Geschäftsergebnis hindeutet. Die Durchschnittskosten waren

damit um mehr als zwei Fünftel höher als in den alten Bundesländern. In den darauf folgenden Jahren hat sich der Abstand zwar deutlich verringert, seit 1995 ist aber wieder eine relative Verschlechterung festzustellen. Im vergangenen Jahr wurde diesen Berechnungen zufolge das vergleichbare westdeutsche Niveau um fast drei Zehntel übertroffen.

Die Analyse der durchschnittlichen Gesamtkosten der Produktionsunternehmen bestätigt damit ebenso wie der Vergleich der Lohnstückkosten eine im Aggregat gesehen unzureichende Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Produktionsunternehmen. Einer durchgreifenden Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stand in den neuen Ländern, abgesehen von mannigfachen „historischen“ Altlasten und dem Wegbrechen traditioneller Absatzmärkte in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, in erster Linie die massive Verteuerung des Faktors Arbeit entgegen. Je geleistete Arbeitsstunde sind die Arbeitskosten von 1991 bis 1996 in Ostdeutschland um 66 %, das heißt etwa dreimal so rasch wie bei den westdeutschen Produktionsunternehmen gestiegen. Nimmt man die Schwierigkeiten auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie die Defizite im organisatorischen Bereich hinzu, wird die strategische Rolle dieses Kostenfaktors noch unterstrichen. Unter den

Fazit

5 So hat beispielsweise das relativ arbeitsintensiv produzierende Baugewerbe in den neuen Bundesländern mit einem Anteil von 12 % an der gesamten realen Wertschöpfung ein mehr als doppelt so hohes Gewicht wie in Westdeutschland.

6 Um dabei einen – bei allen Unterschieden im einzelnen – möglichst homogenen Unternehmenssektor abzuleiten, empfiehlt es sich, die gesamtwirtschaftlichen Ausgangsgrößen um die Angaben für den Staat, die privaten Haushalte, die Wohnungsvermietung und die finanziellen Institutionen zu bereinigen.

genannten Bedingungen blieben für viele Unternehmen nur defensive Anpassungsstrategien, die sich in entlassungsbedingten Rationalisierungsgewinnen, Spezialisierungstendenzen und einer schwindenden Bindungskraft des Flächentarifvertrags niederschlugen.

Realer Verteilungsspielraum und Lohnentwicklung

Verteilungs-
maßstab

In hochentwickelten und offenen Volkswirtschaften wie der deutschen sollte sich eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik auf mittlere Frist grundsätzlich am realen Lohnerhöhungsspielraum orientieren. Dieser wird, gesamtwirtschaftlich betrachtet, maßgeblich bestimmt durch den Zuwachs der im Inland erstellten Waren und Dienstleistungen. Daneben sind jene Aufwendungen von Bedeutung, die zur Erhaltung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks erforderlich sind. Außerdem müssen noch die über das reale Austauschverhältnis gegenüber dem Ausland hervorgerufenen Veränderungen (Terms-of-Trade-Effekt) sowie die laufenden (unentgeltlichen) Netto-Übertragungen an andere Länder berücksichtigt werden, da beide Umverteilungsvorgänge den letztlich im Inland verbleibenden inflationsneutralen Verteilungsspielraum schmälern oder erweitern können.⁷⁾ Zentrale Voraussetzung bei der so spezifizierten Norm ist ein Zustand hoher Beschäftigung. Je mehr eine Volkswirtschaft ein solches Ziel verfehlt, desto mehr müssen danach die durchschnittlichen Reallohnsteigerungen hinter diesem Maß zurückbleiben, ohne daß sich freilich hinreichend genau die Höhe marktkonformer Löhne quantifizieren ließe.

Entwicklung des realen gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums und seiner Komponenten

Deutschland					
Jahr	Gesamtwirtschaftlicher Verteilungsspielraum in Preisen von 1991		Davon Beitrag durch:		
	Mrd DM	% gegen Vorjahr	Nettoinlandsprodukt	Terms of Trade	Saldo der laufenden Übertragungen 1)
			Prozentpunkte 2)		
1992	2 522,4	2,5	1,8	0,7	-0,0
1993	2 463,8	-2,3	-2,0	0,4	-0,7
1994	2 520,0	2,3	2,7	0,1	-0,5
1995 p)	2 568,9	1,9	1,7	0,4	-0,2
1996 p)	2 590,3	0,8	1,2	-0,2	-0,2

1 Mit der übrigen Welt. — 2 Abweichungen in den Summen rundungsbedingt.

Deutsche Bundesbank

Der Verteilungsspielraum im vereinten Deutschland hat sich gemäß der zugrunde gelegten Konzeption von 1991 bis 1996 insgesamt lediglich um 5 ¼ % oder durchschnittlich 1% pro Jahr vergrößert. Dieser im Vergleich zu den westdeutschen Verhältnissen in den achtziger Jahren schwache Anstieg reflektiert zum einen den schweren Konjunkturunbruch in 1993, der hauptsächlich in den alten Bundesländern tiefe Spuren hinterließ. Damals war das reale Nettoinlandsprodukt in Deutschland um 2 % gesunken. Andererseits spiegeln sich darin auch die tendenzielle Wachstumsschwäche und die Schwierigkeiten wider, den Aufbau in Ostdeutschland auf

Verteilungs-
spielraum

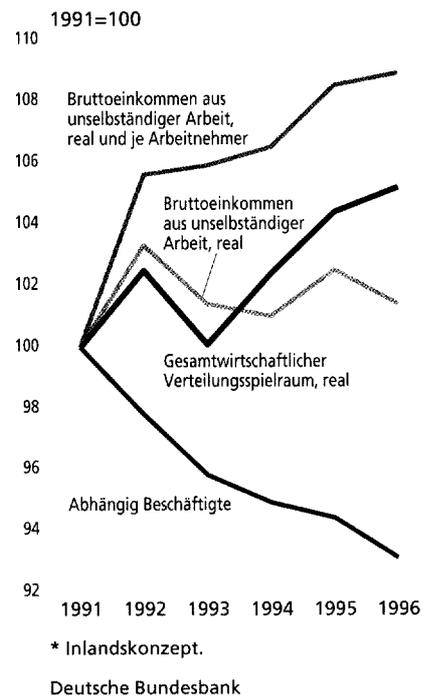
7 Zur ausführlichen Begründung vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der Tarif- und Effektivverdienste seit Mitte der achtziger Jahre, Monatsbericht, August 1994, S. 37 f.

eine selbsttragende Basis zu stellen. Durch die Verbesserung der Terms of Trade, die mit der DM-Aufwertung (bis 1995) einherging, wurde der reale Verteilungsspielraum im Untersuchungszeitraum insgesamt um 1½ % ausgeweitet. Dieser Zugewinn ging allerdings per saldo durch die an das Ausland geleisteten laufenden Übertragungen, die einen Entzug von ansonsten im Inland vorhandener Verteilungsmasse bedeuten, wieder vollständig verloren. In diesem Jahr dürften sich mit der Abschwächung der D-Mark die Terms of Trade erheblich verschlechtern, was eine entsprechende „Vorab-Verteilung“ zugunsten des Auslands impliziert.

Tarifpolitisches Verhalten

Der – wie beschrieben – vergleichsweise schwachen Zunahme des Verteilungsspielraums haben die Tarifpartner zunächst nur zögerlich Rechnung getragen. So standen die Tarifrunden der Jahre 1991 und auch 1992 noch im Zeichen von durch den deutschen Einigungsboom überzogenen Abschlüssen. Daher haben die – durch Deflationierung mit dem Preisindex für den privaten Verbrauch ermittelten – Realeinkommen je im Inland beschäftigten Arbeitnehmer von 1991 bis 1996 insgesamt um 9 % oder durchschnittlich 1¾ % und damit deutlich mehr als der reale Lohnerhöhungsspielraum zugenommen. Mit der 1993 in Westdeutschland eingeleiteten Neuorientierung der Lohnpolitik haben sich die Voraussetzungen für die Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze jedoch zunehmend verbessert. Die Rückkehr zu moderaten Lohnabschlüssen wurde in ihren Wirkungen auf die gesamten Arbeitskosten allerdings dadurch geschmälert, daß – wie bereits dargelegt – im Zusammenhang mit der Anhebung

Gesamtwirtschaftlicher Verteilungsspielraum und Lohnentwicklung *)



der Beitragssätze zur Sozialversicherung die gesetzlichen Lohnzusatzkosten für die Unternehmen kräftig gestiegen sind. Rein rechnerisch wurde dadurch im Durchschnitt der vergangenen vier Jahre jeweils gut ein Viertel Prozentpunkt pro Jahr oder fast die Hälfte des ohnehin bescheidenen Wachstums des Verteilungsspielraums beansprucht. Diese Tendenz hat sich auch 1997 vor allem wegen des erneuten Anstiegs der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung beschleunigt fortgesetzt.

Die beschäftigungspolitisch erhofften Effekte einer gemäßigten Lohnpolitik stellen sich erst mittelfristig ein. So blieb in den achtziger Jahren, als in Westdeutschland die Zahl der Beschäftigten von 1982 bis 1990 um gut zwei Millionen Personen zugenommen hatte, der

Anstieg der Realeinkommen durchschnittlich um eineinhalb Prozentpunkte pro Jahr hinter der Ausweitung des Lohnerhöhungsspielraums zurück. Die hohe Arbeitslosigkeit gebietet daher eine Fortsetzung des in den letzten Jahren eingeschlagenen Kurses.

Erfordernisse für mehr Beschäftigung und Einkommen

Eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik wird auch in den kommenden Jahren darin bestehen, die Beschäftigungsmöglichkeiten auszuweiten und die auf Dauer nicht akzeptable hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Hier liegt auch der Schlüssel für mehr Arbeitseinkommen im ganzen. Notwendig ist dazu eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumskräfte. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß sich Investitionen hierzulande vor allem in neue Sachanlagen, aber auch in Humankapital rentieren, und zwar nicht nur im Vergleich zu Finanzvermögen, sondern auch im Verhältnis zu alternativen Produktionsstandorten im Ausland. Reformmaßnahmen erzielen allerdings erst dann ihre volle Wirkungskraft, wenn sie gut aufeinander abgestimmt sind und konsequent mit einem langen Atem verfolgt werden; auch dies lehrt die Erfahrung mit erfolgreichen Reformpolitiken in anderen Ländern sowie das positive Beispiel der achtziger Jahre hierzulande. Tarif- und Sozialpolitik sind dabei eng miteinander verbunden.

Gerade die Problematik der Personalzusatzkosten hat gezeigt, daß unter Anreiz- wie Verteilungsaspekten beide als Einheit zu verstehen sind.

Die Tarifpartner bleiben gefordert, für eine moderate Lohnentwicklung über mehrere Jahre hinweg zu sorgen. Eine dauerhafte Stärkung der „Massenkaufkraft“ läßt sich nicht am Verhandlungstisch verordnen; sie muß und kann angesichts der bestehenden Problemlage nur über eine Zunahme der Zahl sich im Wettbewerb behauptender Arbeitsplätze gelingen. Eine tendenziell mit Kosteneffekten erkaufte Stärkung der „Massenkaufkraft“ kann dagegen gesamtwirtschaftlich das Arbeitsplatzangebot nicht verbessern. Die Tariflohnvereinbarungen der letzten Jahre zeigen in die richtige Richtung, obgleich die Wirkung der Tarifabschlüsse auch in 1997 durch gesetzliche Mehrkosten eingeeengt wird. Neben moderaten Lohnabschlüssen ist insbesondere die größere Flexibilität sowohl bei der Arbeitszeit- wie bei der Entlohnungskomponente zu begrüßen. Ergänzend wäre eine stärkere Lohndifferenzierung in qualifikatorischer Hinsicht hilfreich. Damit könnten insbesondere die Beschäftigungschancen für jenen Personenkreis verbessert werden, der vom Strukturwandel besonders hart betroffen ist. Schließlich ist auch der Gesetzgeber gefordert, den „Steuer- und Abgabenkeil“ zwischen Produzenten- und Konsumentenlohn, das heißt den Abstand zwischen Bruttoeinkommen und Nettoentgelt, nachhaltig und substantiell zu verringern.

*Tarifpolitische
Verantwortung*

*Wirtschafts-
politische
Prioritäten*

Zur Unternehmensrentabilität im internationalen Vergleich

Die Ertragsverhältnisse der Unternehmen stehen heute mehr denn je im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Unter konjunkturellen Aspekten stellt sich die Frage nach der Gewinnsituation angesichts der anhaltenden Investitionsschwäche. Davon nicht ganz unabhängig spielt die Gewinnlage deutscher Unternehmen vor dem Hintergrund der Verlagerung von Produktion und Investitionen an ausländische Standorte eine wichtige Rolle. Schon verlässliche nationale Daten über die Unternehmenserträge sind spärlich, noch spärlicher aber sind Angaben, die einen internationalen Vergleich ermöglichen. Seit kurzem liegt erstmalig mit der revidierten BACH-Datenbank der EU-Kommission Datenmaterial vor, das den Versuch eines solchen Vergleichs erlaubt.

Im nachfolgenden Beitrag werden zunächst aus den harmonisierten Jahresabschlußstatistiken westdeutscher, französischer und amerikanischer Kapitalgesellschaften verschiedene Rentabilitätsziffern einander gegenübergestellt. Darüber hinaus wird aber auch untersucht, wie aussagefähig solche einfachen länderübergreifenden Vergleiche sind. Tatsächlich sind derartige Betrachtungen mit erheblichen Problemen behaftet, die aus institutionellen Unterschieden in der Unternehmensfinanzierung, aus differierenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften sowie aus statistisch-methodischen Diskrepanzen in den Unternehmensbilanzdaten resultieren.

Unternehmensrentabilität als Ausdruck der Standortqualität

*Stellenwert von
internationalen
Rentabilitäts-
vergleichen*

Die wachsende Globalisierung der Märkte, die neben anderen Faktoren teils eine Ursache, teils eine Folge der Internationalisierung der Produktion durch zumeist weltweit agierende Großunternehmen ist, hat den Standortwettbewerb zwischen den Volkswirtschaften in den letzten Jahren deutlich verschärft. Standortfaktoren haben von daher an Bedeutung gewonnen. Als ein Ausdruck für die Standortqualität einer Volkswirtschaft wird häufig die aus gesamtwirtschaftlichen Angaben oder auch aus aggregierten Jahresabschlußdaten von Unternehmen ermittelte Unternehmensrentabilität angesehen, in der sich das Zusammenwirken vieler Standortfaktoren gebündelt niederschlägt. Infolgedessen stoßen internationale Vergleiche der Unternehmensrentabilität auf großes Interesse in der Öffentlichkeit.

Seit kurzem ist mit der revidierten BACH-Datenbank der EU-Kommission Datenmaterial verfügbar, mit dem sich solche internationalen Rentabilitätsvergleiche auf einer breiteren Basis durchführen lassen als bisher vorliegende Untersuchungen, die zu recht uneinheitlichen und zum Teil widersprüchlichen Ergebnissen führten. Wie in der nachfolgenden Analyse gezeigt wird, sind der Aussagefähigkeit solcher Renditenvergleiche allerdings aus methodischen Gründen wesentlich engere Grenzen gesetzt, als vielfach angenommen wird. Tatsächlich läßt sich deshalb eine jeweils mehr oder minder repräsentative Unternehmensrentabilität nicht ohne weiteres von Land zu Land vergleichen. Daß eine solche

Durchschnittsgröße im konkreten Einzelfall eines bestimmten Unternehmens oder einer Investition nicht unbesehen als Maßstab herangezogen werden kann, liegt auf der Hand.

Das in die Analyse einbezogene Datenmaterial

Für die Untersuchung wurden Angaben der „Datenbank für harmonisierte Jahresabschlußdaten“ der Europäischen Kommission (BACH) verwendet,¹⁾ und zwar für den Zeitraum 1990 bis 1995, dem letzten dort vollständig verfügbaren Jahr. Die BACH-Datenbank umfaßt Jahresabschlüsse für Kapitalgesellschaften aus elf europäischen Ländern, darüber hinaus aber auch aus den USA und aus Japan. So entstammt das Bilanzmaterial für Deutschland und Frankreich den Unternehmensbilanzstatistiken der Deutschen Bundesbank beziehungsweise der Banque de France, für die USA handelt es sich um Daten des US Department of Commerce, die im Rahmen des Quarterly Financial Report (QFR) erhoben werden. Die folgende Untersuchung beschränkt sich auf die USA, Frankreich und Westdeutschland – drei wichtige Wettbewerber auf den internationalen Märkten; überdies werden lediglich Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, also potentielle oder aktuelle globale Anbieter der wichtigsten Kategorie handelbarer Güter, einbezogen.

*Datenbasis
BACH-Daten-
bank*

¹⁾ Der gesamte Datensatz kann auch von anderen Nutzern gegen eine Gebühr von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen) in Brüssel bezogen werden.

*Unterschiede
im Basis-
material*

Der Kreis der in die Analyse einbezogenen Unternehmen ist unterschiedlich: Bei den statistischen Angaben für die USA handelt es sich um auf die Grundgesamtheit von über 170 000 Konzerngesellschaften des Verarbeitenden Gewerbes hochgerechnete Ergebnisse. Diesen Daten liegen die konsolidierten Jahresabschlüsse einer geschichteten Stichprobe von knapp 7 000 Gesellschaften zugrunde. Im Vergleich dazu wurden für Westdeutschland und Frankreich sämtliche Einzelabschlüsse von Kapitalgesellschaften im Verarbeitenden Gewerbe verwendet, die für jeweils zwei aufeinanderfolgende Jahre in den nationalen Unternehmensbilanzstatistiken verfügbar sind. Diese somit wechselnden Berichtskreise setzen sich in beiden Ländern jeweils aus etwa 10 000 Kapitalgesellschaften zusammen, die rund 60 % beziehungsweise 50 % des im Verarbeitenden Gewerbe erzielten Umsatzes repräsentieren.

Zur Messung der Unternehmensrentabilität

*Unterschied-
liche Rentabili-
tätskennziffern*

Der nicht zuletzt in der Wettbewerbsdiskussion häufig verwendete Begriff der Unternehmensrentabilität ist keineswegs eindeutig bestimmt. Ganz allgemein wird unter Rentabilität als Maß für die Ertragsfähigkeit von Unternehmen eine Beziehungszahl verstanden, die eine Ergebnisgröße der Gewinn- und Verlustrechnung zu einer passenden Bezugsgröße ins Verhältnis setzt. Als Nenner kommen dabei im wesentlichen das eingesetzte Kapital und seine Komponenten sowie die Umsatzerlöse in Betracht. Die Wahl der geeigneten Bezugsgröße ist abhängig vom angestrebten Untersuchungsziel. Häufig wird allerdings bei

der Analyse der Unternehmensrentabilität gerade dieses Indikatorproblem übersehen; aufgrund ihrer unterschiedlichen Konstruktion können die verschiedenen Rentabilitätskennziffern nicht alle für den gleichen analytischen Zweck herangezogen werden.

Aus dem Blickwinkel der Standortdiskussion und damit aus Sicht eines potentiellen Anbieters von Risikokapital ist die Eigenkapitalrentabilität sicherlich der wichtigste Ertragsmaßstab, weil darin die Verzinsung des investierten Kapitals zum Ausdruck kommt, das maßgeblich für die Fähigkeit der Unternehmen ist, betriebliche Investitionen zu finanzieren und Risiken zu tragen. Zwischen Rendite und Eigenkapital besteht in mehrfacher Hinsicht eine enge Wechselbeziehung: Im allgemeinen zieht eine hohe Rendite nicht nur weiteres Kapital an, sie ist vielmehr auch im Wege der Gewinnthesaurierung ihrerseits Quelle der Eigenkapitalbildung. Hohe Eigenkapitalrenditen signalisieren damit Standortvorteile im internationalen Wettbewerb und begünstigen den Zufluß von externen Finanzmitteln. Allerdings darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß die Eigenkapitalrendite von dem Finanzierungsrisiko abstrahiert, das aus dem Fremdkapitaleinsatz entsteht.

In der Regel wird die Eigenkapitalrentabilität auf der Basis des Jahresüberschusses nach Steuern berechnet, da die effektive Verzinsung des eingesetzten Kapitals nach Abzug der insgesamt auf den Unternehmensgewinn entfallenden Steuern für den Investor wohl die relevante Entscheidungsgröße darstellt. Mit den in den Jahresabschlußdaten enthaltenen Informationen sind freilich keine

*Eigenkapital-
rendite*

*Brutto- versus
Nettobetrach-
tung*

aussagefähigen Steuerbelastungsvergleiche möglich. Denn diese Daten spiegeln in sehr unterschiedlichem Umfang die Gesamtbelastung der Unternehmensgewinne wider, die unter anderem maßgeblich vom Zusammenwirken der Körperschaftsteuer und der (in den Bilanzdaten nicht erfaßten) Einkommensteuer der Anteilseigner abhängig ist. So unterliegen in den USA die Gewinne der Kapitalgesellschaften der Körperschaftsteuer und Ausschüttungen beim Anteilseigner zusätzlich der Einkommensteuer. In Deutschland und Frankreich wird die von den Kapitalgesellschaften auf ausgeschüttete Gewinne entrichtete Körperschaftsteuer ganz beziehungsweise teilweise auf die Einkommensteuerschuld der Anteilseigner angerechnet. Angesichts dieser Probleme wird im folgenden auf eine Nettobetrachtung (die Gegenstand einer umfangreichen eigenständigen Untersuchung sein müßte) verzichtet, und die Bruttogrößen werden in den Blickpunkt gestellt. Allerdings ist einzuräumen, daß auch der Gewinn vor Steuern angesichts vorhandener bilanzpolitischer Gestaltungsspielräume nicht völlig unabhängig von der Steuerbelastung ist.

Nutzung des sogenannten Leverage-Effekts beeinflußt, das heißt von der Fähigkeit, durch Aufnahme zusätzlichen Fremdkapitals den Gewinn und damit die Eigenkapitalrendite zu steigern. Unter Umständen geht deshalb mit einer hohen Eigenkapitalrendite eine relativ niedrige Gesamtkapitalrentabilität einher, aus der nicht falsche Schlüsse über die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens oder eines Standorts gezogen werden sollten. Im Gegensatz zur Eigenkapitalrendite mißt die Umsatzrendite, welche Erträge das Unternehmen aus dem eigentlichen betrieblichen Leistungserstellungsprozeß erwirtschaften kann. Zwar stellt diese Rentabilitätsgröße einen für internationale Vergleiche häufig verwendeten Indikator dar, weil sich bei ihrer Berechnung aufgrund der weitgehend einheitlich definierten Nennergröße verhältnismäßig wenig Vergleichsprobleme ergeben. Diese Kennzahl weist aber den Nachteil auf, daß dabei die (etwa für die Standortwahl wichtige) Höhe des Kapitaleinsatzes unberücksichtigt bleibt. Zur Erzielung einer Umsatzeinheit ist von Land zu Land Kapital in höchst unterschiedlichem Umfang erforderlich.

*Gesamtkapital-
und Umsatz-
rendite*

Um die Unterschiede in den Fremd- beziehungsweise Eigenkapitalanteilen in ihrer Wirkung auf die Rentabilität auszuschalten, wird bei Vergleichen gelegentlich auf die Gesamtkapitalrentabilität und relativ häufig auf die Umsatzrentabilität, also das Verhältnis von Jahresüberschuß zu Gesamtkapital beziehungsweise Umsatz, abgestellt. Erhebliche Zweifel erscheinen jedoch daran angebracht, ob für Wettbewerbsvergleiche die Gesamtkapitalrentabilität ein geeigneter Indikator ist. Denn diese Größe wird maßgeblich von der

Die Unternehmensrentabilitäten in den drei betrachteten Ländern im Vergleich

Die Unternehmensrenditen der in die Untersuchung einbezogenen französischen, amerikanischen und westdeutschen Kapitalgesellschaften weichen in den Jahren 1990 bis 1995 erheblich voneinander ab (vgl. nebenstehende Tabelle). Niveau und Entwicklung der Rentabilität sind sicherlich auch von dem in den drei Ländern nicht ganz einheitlichen

*Empirische
Ergebnisse*

Konjunkturverlauf abhängig. Gleichwohl dürften konjunkturelle Divergenzen die Durchschnittswerte für diesen Sechsjahreszeitraum nur vergleichsweise wenig beeinflußt haben. Unter den hier betrachteten Ländern standen in der Eigenkapitalrentabilität die amerikanischen Unternehmen mit reichlich 14 % an der Spitze, gefolgt von den westdeutschen Firmen mit 12 ½ % und den französischen Kapitalgesellschaften mit 10 ½ %. Demgegenüber signalisieren die Ergebnisse sowohl für die Gesamtkapitalrentabilität²⁾ als auch für die Umsatzrendite, daß die Ertragssituation der deutschen und französischen Unternehmen im Durchschnitt der ersten sechs Jahre des laufenden Jahrzehnts praktisch gleich war.

Sowohl an der Eigenkapitalrentabilität als auch an der Umsatzrendite gemessen, hatten die betrachteten amerikanischen Unternehmen gegenüber ihren französischen und westdeutschen Wettbewerbern einen Vorsprung. Nimmt man die Umsatzrendite oder auch die Gesamtkapitalrentabilität zum Maßstab, ist der relative Abstand noch wesentlich größer als bei einer Betrachtung der Eigenkapitalrentabilität: Im Untersuchungszeitraum erwirtschafteten die amerikanischen Konzerne eine im Durchschnitt um rund zwei Drittel höhere Gewinn-/Umsatzquote als die hier betrachteten europäischen Kapitalgesellschaften.

² In der Regel wird die Gesamtkapitalrentabilität als das Verhältnis von Jahresüberschuß vor Steuern inklusive Fremdkapitalzinsen zur Bilanzsumme berechnet, weil auch die Zinszahlungen für das Fremdkapital in der Rechnungslegungsperiode erwirtschaftet wurden. Da in den amerikanischen Daten die Zinsaufwendungen nicht getrennt ausgewiesen sind, ist eine Berechnung der Kennzahl nach diesem Konzept nicht möglich.

Unternehmensrentabilitäten im Vergleich

%			
Zeitraum	Eigenkapitalrentabilität ¹⁾	Gesamtkapitalrentabilität ²⁾	Umsatzrentabilität ³⁾
Deutschland			
1990	19,6	5,8	4,1
1991	16,7	5,0	3,6
1992	11,1	3,3	2,4
1993	4,9	1,5	1,2
1994	9,6	2,9	2,3
1995	12,8	4,0	3,1
1990–1995	12,4	3,8	2,8
Frankreich			
1990	16,5	5,3	4,2
1991	11,5	3,9	3,1
1992	7,8	2,7	2,2
1993	3,6	1,3	1,1
1994	11,0	4,0	3,4
1995	11,7	4,2	3,4
1990–1995	10,3	3,6	2,9
USA			
1990	15,0	6,0	5,5
1991	9,5	3,8	3,6
1992	3,5	1,3	1,2
1993	11,8	4,2	4,0
1994	22,3	8,3	7,6
1995	23,2	8,9	8,2
1990–1995	14,2	5,4	5,0

Quelle: BACH-Datenbank der EU-Kommission. — ¹ Jahresüberschuß vor Steuern im Verhältnis zum Eigenkapital. — ² Jahresüberschuß vor Steuern im Verhältnis zur Bilanzsumme. — ³ Jahresüberschuß vor Steuern im Verhältnis zu den Umsatzerlösen bzw. den gesamten betrieblichen Erträgen.

*Einfluß der
Kapitalstruktur*

Daß das Gefälle der Eigenkapitalrentabilität und das der Umsatzrendite deutlich voneinander abweichen, hängt ganz wesentlich mit Unterschieden in der Kapitalstruktur zusammen. Nach den BACH-Daten zu urteilen, weisen die amerikanischen Kapitalgesellschaften mit rund 38 % den höchsten durchschnittlichen Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme auf, gefolgt von den französischen Unternehmen mit etwa 35 %; die Eigenkapitalquote der westdeutschen Kapitalgesellschaften belief sich dagegen nur auf 30 %. Wie bereits an anderer Stelle gezeigt,³⁾ sind die bei internationalen Vergleichen von Jahresabschlüssen sichtbar werdenden Diskrepanzen in der Eigenkapitalausstattung nicht ohne weiteres, wie dies gelegentlich geschieht, als Ausdruck einer Wettbewerbsstärke oder -schwäche zu werten. Vielmehr stehen dahinter oft Unterschiede in der Rechnungslegung, vor allem aber auch in bedeutsamen institutionellen Gegebenheiten. So können bei einer globalen Betrachtung die Abweichungen in den Eigenkapitalquoten der deutschen und französischen Unternehmen überwiegend auf rechnungslegungsbedingte Ursachen zurückgeführt werden.

*Eigenkapital-
quote der
deutschen und
französischen
Unternehmen*

Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Bilanzierung von Rückstellungen für die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen der deutschen Unternehmen. Während in Frankreich die (dort nur relativ wenig verbreiteten) betrieblichen Altersversorgungsmaßnahmen – wie in den Vereinigten Staaten – von Pensionsfonds abgewickelt werden, die aus den Unternehmen ausgelagert sind, dominieren in Deutschland Direktzusagen. In Höhe der während der Laufzeit der Versorgungsver-

träge entstehenden Ansprüche müssen hier Rückstellungen zur unternehmensinternen Vorfinanzierung der künftigen Versorgungsleistungen gebildet werden. Diese Finanzmittel stehen den Unternehmen im Rahmen ihrer Innenfinanzierung als Fremdkapital langfristig zur Verfügung. Soweit diese Fonds zur Finanzierung ohnehin anstehender betrieblicher Ausgaben (beispielsweise für Sachinvestitionen) verwendet werden, ersetzen sie nur ansonsten auf anderem Wege zu beschaffendes Fremdkapital. Zum Teil werden solche Mittel jedoch auch etwa in Finanzaktiva angelegt, die speziell zur Rückdeckung der Pensionsverpflichtungen dienen. In diesem Fall kommt es zu einer Bilanzverlängerung und damit indirekt zu einer entsprechenden Verringerung der Eigenkapitalquote. Nach den Ergebnissen der bereits erwähnten früheren Untersuchung ist davon auszugehen, daß die beim Vergleich der Eigenkapitalrenditen zwischen den deutschen und den französischen Unternehmen sichtbar gewordenen Rentabilitätsunterschiede zu einem großen Teil methodisch bedingt sind.

Eher noch bedeutsamer dürften die mehr oder minder institutionell begründeten Unterschiede im transatlantischen Vergleich sein. Zunächst ist in diesem Zusammenhang zu beachten, daß im traditionell kapitalmarktorientierten Finanzsystem der Vereinigten Staaten besonders günstige Voraussetzungen zur Beschaffung von Risikokapital über den Kapitalmarkt bestehen, die es den Unternehmen erleichtern, ihre Kapitalstruktur stärker mit

*Erhebliche
Vergleichspro-
bleme mit den
amerikanischen
Daten*

³⁾ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Eigenmittelausstattung der Unternehmen ausgewählter EG-Länder im Vergleich, Monatsbericht, Oktober 1994, S. 73 – 88.

Eigenmitteln zu unterlegen. Dort besitzen selbst kleinere und mittlere Firmen einen ungehinderten und kostengünstigen Zugang zum Kapitalmarkt. Demgegenüber tritt angesichts des Trennbankensystems und fehlender Hausbankbeziehungen sowie nicht zuletzt wegen vergleichsweise hoher Kosten die Bankfinanzierung deutlich in den Hintergrund. Dies könnte ein Grund dafür sein, daß der Eigenkapitalanteil der amerikanischen Gesellschaften höher ist als bei den hier betrachteten europäischen Unternehmen. Allerdings sind auch im transatlantischen Vergleich Unterschiede in der Rechnungslegung zu beachten, die hier noch deutlich stärker zu Buch schlagen als bei der Gegenüberstellung deutscher und französischer Gesellschaften. Schließlich spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle, daß das verfügbare Datenmaterial für die USA Konzernabschlüsse, für die europäischen Firmen aber Einzelabschlüsse umfaßt.

Alles in allem lassen die vorangehenden Überlegungen erkennen, daß die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen international nicht ohne weiteres – das heißt ohne eingehende Analyse der aus einem Datensatz übernommenen Ergebnisse – zu vergleichen ist. Zu einem erheblichen Teil können diese die Vergleichbarkeit beeinträchtigenden Unterschiede nicht quantifiziert werden, so daß letztlich nur die Möglichkeit einer qualitativen Bewertung bleibt, in die naturgemäß auch subjektive Elemente einfließen.

Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, eine internationale Gegenüberstellung der Umsatzrenditen sei mit den zuvor im

Zusammenhang mit der Eigenkapitalausstattung geschilderten Problemen nicht oder zumindest weniger behaftet. Das trifft jedoch nur für den Nenner dieser Kenngröße zu. Die noch weitaus größeren Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Wertes für den Zähler, die einem Vergleich des Gewinns entgegenstehen, teilt diese Relation aber mit anderen Indikatoren für die Rentabilität. Auf die Diskrepanzen in der Gewinnermittlung wird im folgenden Abschnitt unter anderem anhand einiger Beispiele näher eingegangen.

Unterschiede in der Gewinnermittlung

Mit der Rechnungslegung der Unternehmen wird in den USA eine deutlich andere Zielsetzung verfolgt als in Frankreich und Deutschland. Schon angesichts des relativ großen Gewichts, das der Kapitalmarktfinanzierung jenseits des Atlantiks zukommt, spielen dort der Informationsbedarf der Kapitalanleger sowie kurzfristige Ausschüttungsinteressen, wie sie sich in der „share-holder-value“-Orientierung der Unternehmen niederschlagen, eine bedeutsamere Rolle als für europäische Firmen. Demgegenüber ist die Rechnungslegung in Europa vor allem durch Gläubigerschutzaspekte und die weitgehende Synchronisation von handelsrechtlicher und steuerlicher Bilanzierung geprägt. Folglich hat in der amerikanischen Bilanzierung mit dem „matching principle“ eine möglichst periodengerechte Gewinnermittlung Priorität vor dem im deutschen und französischen Rechnungslegungsrecht vorherrschenden Vorsichtsprinzip. Aus diesen Unterschieden in der Bilanzierung resultieren wohl nicht nur kurzfristige Abwei-

Unterschiedliche Ausrichtung der Rechnungslegungssysteme und der Bilanzpolitik

chungen im Zeitprofil der Unternehmensgewinne, die sich im Lauf weniger Jahre ausgleichen, sondern auch Diskrepanzen in deren Niveau auf längere Sicht.

Ein für die Erklärung des Renditegefälles zwischen den amerikanischen Unternehmen und ihren europäischen Mitbewerbern bedeutsamer materieller Unterschied ist in der divergierenden bilanziellen Behandlung selbsterstellter immaterieller Anlagewerte zu sehen. Daß es sich dabei durchaus nicht – wie zunächst vielleicht zu vermuten – um eine „quantité négligeable“ handelt, läßt sich zwar nicht anhand der BACH-Daten, jedoch mit Hilfe des Materials aus der Compustat-Datenbank⁴⁾ nachweisen. Danach machten die immateriellen Vermögensgegenstände in den Abschlüssen der etwa 3 000 börsennotierten amerikanischen Unternehmen in den Jahren 1994 und 1995 im Durchschnitt etwa 7 % der Bilanzsumme aus, bei den französischen und deutschen Kapitalgesellschaften betrug dieser Anteil nur rund 1 %.

Nach amerikanischem Recht sind nicht nur entgeltlich erworbene, sondern auch selbsterstellte immaterielle Anlagewerte (z. B. Patente, Lizenzen, Warenzeichen, Software) aktivierungsfähig, und von diesem Recht machen die Unternehmen auch Gebrauch. Hinzu kommen für diese Vermögenswerte sehr lange Abschreibungsfristen (bis zu 40 Jahre). In Deutschland und Frankreich ist der Aufwand für selbsterstellte immaterielle Anlagen unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung zu verbuchen, lediglich entgeltlich erworbene immaterielle Wirtschaftsgüter

können aktiviert werden und sind innerhalb von fünf Jahren abzuschreiben.

Von maßgeblicher Bedeutung für die Höhe des ausgewiesenen Jahresüberschusses sind überdies die Unterschiede in den Bewertungsvorschriften für Sachanlagen sowie beim Ansatz ihrer Abschreibungen. So lassen beispielsweise die amerikanischen Rechnungslegungsvorschriften für die selbsterstellten Anlagen deutlich höhere Wertansätze zu als die deutschen und französischen Regelungen. Die unterschiedliche Zielsetzung der Bilanzierung diesseits und jenseits des Atlantiks wird besonders an den Abschreibungen deutlich. In Deutschland und Frankreich kommen aufgrund des Prinzips der umgekehrten Maßgeblichkeit in der handelsrechtlichen Rechnungslegung vor allem steuerliche Wertansätze zum Tragen, die nicht zuletzt dazu genutzt werden, den steuerpflichtigen Gewinn möglichst gering zu halten. In den USA sind hingegen Handels- und Steuerbilanz vollständig voneinander entkoppelt. Infolgedessen bestehen für die amerikanischen Unternehmen in der Handelsbilanz keine Möglichkeiten zur Nutzung steuerlicher Sonderabschreibungen, und die Abschreibungsmethoden und -zeiträume sind dort viel weniger durch steuerliche Überlegungen (mit dem Ergebnis einer beschleunigten Wertherabsetzung) bestimmt als in Deutschland und Frankreich.

Freilich besteht in allen drei untersuchten Ländern grundsätzlich die Wahlmöglichkeit zwi-

*Bewertungs-
unterschiede
bei den Sach-
anlagen...*

*... und vor allem
Divergenzen im
Abschreibungs-
verhalten*

⁴ Diese von Standard & Poor's kommerziell vertriebene Finanzdatenbank enthält rund 19 000 Jahresabschlüsse amerikanischer und kanadischer Unternehmen.

schen degressiver, linearer oder nutzungsabhängiger Abschreibung. Jedoch greifen amerikanische Unternehmen weniger auf degressive Abschreibungsmethoden zurück und gehen auch bei der Nutzungsdauer deutlich über die Zeiträume hinaus, die in Deutschland oder Frankreich im Steuerrecht (z. B. aufgrund der AfA-Tabellen) als betriebsüblich angenommen werden. Infolgedessen sind die Abschreibungen der amerikanischen Gesellschaften, gemessen an den – freilich vergleichsweise hohen – Restbuchwerten der Sachanlagen, nur etwa halb so hoch wie die der deutschen, wie in nebenstehender Tabelle zu erkennen ist. Der Abstand gegenüber den französischen Gesellschaften fällt zwar etwas niedriger aus; dies ist aber im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in der französischen Rechnungslegung außergewöhnliche Abschreibungen auf das Anlagevermögen unter den außerordentlichen Aufwendungen auszuweisen sind. Abgesehen davon sind im Abschreibungsverhalten der französischen und deutschen Kapitalgesellschaften keine größeren Unterschiede festzustellen. Die abweichende Praxis der amerikanischen Unternehmen führt dagegen in einer wachsenden Wirtschaft insbesondere in Phasen steigender Investitionstätigkeit zu einem deutlich niedrigeren Abschreibungsvolumen und damit zu spürbar höheren Gewinnen.

Abschreibungen auf Sachanlagen

in % des Sachanlagenbestandes

Zeitraum	Deutschland	Frankreich	USA
1990	27,6	21,9	13,3
1991	27,0	23,0	13,3
1992	27,0	23,7	13,8
1993	26,3	23,2	13,7
1994	27,3	22,5	13,6
1995	26,8	22,5	13,7
1990–1995	27,0	22,8	13,6

Quelle: BACH-Datenbank der EU-Kommission.

Deutsche Bundesbank

bindlichkeiten gerechnet. Aus ihrem Schuldcharakter folgt, daß Rückstellungen nur für Verpflichtungen gegenüber Dritten gebildet werden können. Aufwandsrückstellungen, die einen bedeutsamen bilanzpolitischen Parameter der deutschen und französischen Unternehmen darstellen, sind daher in den USA nicht erlaubt. Im übrigen ist dort die Bildung von Rückstellungen an die Voraussetzung gebunden, daß mit dem Eintritt der Verpflichtung fast sicher gerechnet werden muß. (Bei geringerer Eintrittswahrscheinlichkeit ist lediglich eine Angabe im Anhang der Bilanz erforderlich.) Demgegenüber genügt in Deutschland und Frankreich entsprechend dem Vorsichtsprinzip bereits eine voraussichtliche Inanspruchnahme. Hinzu kommt, daß die Quantifizierbarkeit der Verpflichtung strengeren Maßstäben als in Europa unter-

*Unterschiede
im Ansatz und
in der Bewertung
von Rückstellungen*

Wesentliche transatlantische Unterschiede – mit entsprechenden Folgen für die Unternehmensgewinne – bestehen auch bei der Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen. In der amerikanischen Rechnungslegung stellen Rückstellungen keine gesonderte Bilanzposition dar, sondern werden zu den Ver-

worfen ist, weswegen der Ansatz von Rückstellungen für ungewisse Verpflichtungen (z. B. Garantierückstellungen, Rückstellungen für Umweltschutzaufgaben) in der Praxis kaum vorkommt. Schließlich bewerten amerikanische Gesellschaften den erforderlichen Rückstellungsbedarf tendenziell niedriger.

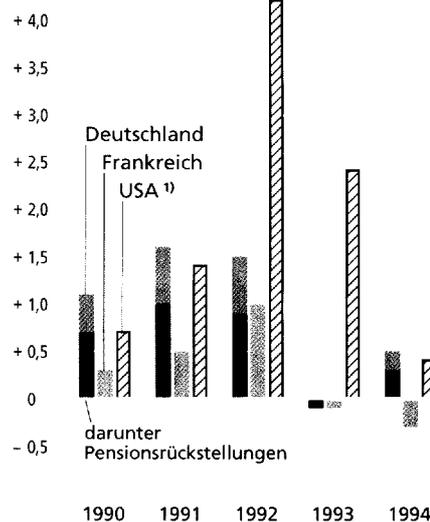
Ausweis der Rückstellungszuführungen der US-Unternehmen

Die Auswirkungen dieser Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede lassen sich anhand der in der BACH-Datenbank verfügbaren Angaben nicht exakt quantifizieren, da die Rückstellungen in den QFR-Daten, wie generell in den US-Abschlüssen üblich, nur zusammen mit sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten (größeren Umfangs) ausgewiesen werden. Allerdings fallen die ungewöhnlich großen Veränderungen dieser Position in den Jahren 1992 und 1993 auf. Sie hängen offensichtlich mit besonders hohen Zuführungen zu den Rückstellungen zusammen. Mit der Einführung neuer Bilanzierungsvorschriften für bestimmte betriebliche Sozialleistungen wurden die amerikanischen Unternehmen nämlich dazu verpflichtet, für solche Versorgungsleistungen, die nach der Pensionierung von den Firmen für Betriebsrentner übernommen werden (insbesondere Erstattung von Kosten der Gesundheitsversorgung und Zuschüsse zu Lebensversicherungen), Rückstellungen zu bilden, die 1992 und 1993 offenbar zu einem erheblichen Teil nachholend für zurückliegende Zeiträume in Ansatz gebracht wurden. In den übrigen Jahren waren die Rückstellungen in den Erfolgsrechnungen der amerikanischen Unternehmen ebenso wie bei den französischen Firmen eher von untergeordneter Bedeutung.

Verzerrung durch Sonderinflüsse

Veränderung der Rückstellungen

in % des Umsatzes



¹ Rückstellungen und nicht gesondert ausgewiesene langfristige Verbindlichkeiten. Quelle: BACH-Datenbank der EU-Kommission.

Deutsche Bundesbank

Die zuvor geschilderten Unterschiede, die den internationalen Vergleich der Unternehmensgewinne beeinträchtigen, resultieren primär aus der Rechnungslegung. Ähnlich bedeutende Verzerrungen ergeben sich aber auch aus der unterschiedlichen Zusammensetzung des Basismaterials der BACH-Datenbank. Wie bereits erwähnt, umfassen die Jahresabschlußstatistiken für die deutschen und französischen Unternehmen Einzelabschlüsse von Kapitalgesellschaften, bei den amerikanischen Angaben handelt es sich hingegen um Bilanzen von Konzerngesellschaften. Dadurch schlagen sich in den Ergebnisrechnungen der US-Gesellschaften teilweise andere Wertansätze als bei den europäischen Unternehmen nieder.

Unterschiede im Gewinnausweis von Konzern- und Einzelbilanzen

*Einfluß der
Equity-Bewer-
tung*

Die Gewinn- und Verlustrechnungen der amerikanischen Konzerngesellschaften enthalten in nennenswertem Umfang Ergebnisse aus der Equity-Bewertung⁵⁾ nichtkonsolidierungspflichtiger inländischer Tochtergesellschaften und ausländischer Beteiligungen. Das bedeutet, daß in ihrem Finanzergebnis nicht nur Beteiligungserträge eingeschlossen sind, sondern auch Wertänderungen des Beteiligungsbesitzes entsprechend der Eigenkapitalentwicklung der Tochterunternehmen. Demgegenüber umfassen die Einzelabschlüsse der deutschen und französischen Unternehmen lediglich die Gewinn- und Verlustübernahmen von Tochterunternehmen.

*Unterschied-
liche Erfassung
von Gewinn-
abführungs-
verträgen*

Im übrigen wird die Vergleichbarkeit des Datenmaterials auch durch die unterschiedliche statistische Erfassung der Auswirkungen von Gewinnabführungsverträgen beeinträchtigt. Der in den Einzelabschlüssen ausgewiesene Überschuß der deutschen Kapitalgesellschaften wird im Vergleich zu den konsolidierten amerikanischen Konzernabschlüssen dadurch statistisch zu niedrig ausgewiesen, daß ein erheblicher Teil der erwirtschafteten Jahresüberschüsse im Rahmen von Gewinnabführungsverträgen an Muttergesellschaften außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes abfließt, die – zum Beispiel als Beteiligungsgesellschaften – in der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank nicht erfaßt werden. Gewinnabführungsverträge mit vergleichbarer Wirkung gibt es im französischen Bilanzrecht nicht. Bei einer entsprechenden Bereinigung der Abschlüsse von Tochter- und Muttergesellschaften fällt das Verhältnis von Jahresüberschuß vor Steuern zu Umsatz der

deutschen Kapitalgesellschaften um etwa einen halben Prozentpunkt höher aus.

Schlußfolgerungen

Internationale Vergleiche sind häufig problematisch; für eine Gegenüberstellung der Unternehmensrenditen gilt dies in besonderem Maß, wie die vorliegende Untersuchung gezeigt hat. Zweifellos steht mit der jetzt verfügbaren revidierten BACH-Datenbank für einen solchen Vergleich qualitativ hochwertiges Ausgangsmaterial bereit. Der Einsatz dieser Daten für den genannten Zweck bedarf jedoch in vielfältiger Hinsicht der kritischen Analyse und Prüfung. Das trifft schon für die Auswahl des geeigneten Indikators zu. Bei Betrachtung der rein rechnerischen Ergebnisse vermitteln die einzelnen Kennzahlen ein zum Teil unterschiedliches Bild: Sowohl in der Eigenkapitalrendite als auch in der Umsatzrendite hatten die untersuchten amerikanischen Unternehmen im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1995 einen – unterschiedlich großen – Vorsprung vor den westdeutschen und den französischen Gesellschaften. Im innereuropäischen Vergleich war die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Firmen höher als die der französischen, in der Umsatzrendite lagen beide gleichauf.

*Aussagefähig-
keit von inter-
nationalen
Rentabilitäts-
vergleichen*

Die vorangehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die Aussagekraft dieser Ergebnisse aufgrund der vielfältigen von Land zu Land

⁵ Bei der Equity-Methode wird der Buchwert der Beteiligungen entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals (equity) der jeweiligen Tochterunternehmen fortgeschrieben.

bestehenden Unterschiede beschränkt ist. Das heißt freilich nicht, daß sich nach einer kritischen Analyse – insbesondere der die Vergleichbarkeit der Ergebnisse beeinträchtigenden Faktoren – die Rangfolge der Unternehmensrentabilität zwischen den hier betrachteten Ländern grundsätzlich verändern könnte. Vermutlich würden angesichts des erheblichen Gefälles auch nach Berücksichtigung der vielfältigen Unterschiede die amerikanischen Unternehmen in ihrer Rendite vor den hier betrachteten europäischen Gesellschaften liegen. Die Gewinnverbesserung der

westdeutschen Firmen seit 1993 ist vor diesem Hintergrund zu relativieren.

In keinem Fall sollte aus solchen Renditenvergleichen jedoch der Schluß gezogen werden, im Hinblick auf die Standortdiskussion bestehe insoweit kein wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf mehr. In diesem Zusammenhang ist in Erinnerung zu rufen, daß die Frage nach der steuerlichen Belastung der Unternehmensgewinne hier unberücksichtigt geblieben ist; gerade auf diesem Gebiet dürfte der Handlungsbedarf jedoch am dringlichsten sein.

Der verbriefte Geldmarkt in Deutschland

Rolle und Entwicklungstendenzen

Der verbriefte Geldmarkt ist in Deutschland relativ klein. Sowohl im Handel mit Zentralbankgeld unter Banken als auch bei der kurzfristigen Finanzierung der Wirtschaft und der Mittelanlage der Nichtbanken spielen Geldmarkttitel traditionell eine geringe Rolle. Seit Anfang der neunziger Jahre hat die Verbriefung am Geldmarkt durch Verbreitung neuer Instrumente und Handelstechniken aber an Bedeutung gewonnen. Der vorliegende Aufsatz nimmt dies zum Anlaß, wichtige Entwicklungslinien des verbrieften Geldmarktes in Deutschland nachzuzeichnen und aus geldpolitischer Sicht zu bewerten.

Funktionen und Erscheinungsformen der Verbriefung am Geldmarkt

Am Geldmarkt werden kurzfristige Buchforderungen und Wertpapiere gehandelt. In dieser allgemeinen Abgrenzung stellt der Geldmarkt das Pendant zum Kapitalmarkt dar, auf dem langfristige Finanzkontrakte geschlossen werden. Eine eindeutige Trennlinie zwischen kurz- und langfristigem Bereich läßt sich anhand ökonomischer Kriterien allerdings nicht ziehen, denn letztlich werden die „kurze“ und die „lange Frist“ subjektiv, durch den Planungshorizont der Wirtschaftsakteure, bestimmt. In internationalen und nationalen Statistiken¹⁾ ist es üblich, zum Geldmarktbe-

*Abgrenzung
des
Geldmarktes*

1 Vgl. insbesondere: Deutsche Bundesbank, Bankentastistik Richtlinien, Statistische Sonderveröffentlichung 1, Dezember 1996, S. 11 f.

reich Laufzeiten von bis zu einem Jahr (einschließlich) zu rechnen; dieser Abgrenzung wird – sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt – auch hier gefolgt.

*Funktionen des
Geldmarktes*

Geldmarktgeschäfte dienen grundsätzlich dem Liquiditätsmanagement der Marktteilnehmer, wie etwa Geschäftsbanken, Produktionsunternehmen, öffentlichen Stellen oder institutionellen Anlegern. Zu unterscheiden sind dabei Geldmarktgeschäfte, bei denen Zentralbankgeld – also Guthaben bei der Notenbank – gehandelt wird und solche, bei denen über Bankengiralgeld – also Einlagen bei Kreditinstituten – verfügt wird. Während Geschäfte in Bankengiralgeld den Nichtbanken die Synchronisierung ihrer Zahlungsströme ermöglichen, brauchen Kreditinstitute darüber hinaus Zentralbankgeld zur Erfüllung der Mindestreservepflicht und zur Alimentation des Bargeldumlaufs.

*Motive und
Marktteil-
nehmer*

Am Markt für Zentralbankgeld, der üblicherweise auch als Geldmarkt im engeren Sinne bezeichnet wird, agieren in erster Linie die Geschäftsbanken untereinander, um einzelwirtschaftliche Liquiditätsüberschüsse beziehungsweise -fehlbeträge auszugleichen. Dabei steht für das einzelne Kreditinstitut die Sicherung der Liquidität im Vordergrund. Die Notenbank steuert durch den Einsatz ihrer geldpolitischen Instrumente das Gesamtangebot an Zentralbankgeld. Der Geldmarkt im engeren Sinne ist daher operativer Ansatzpunkt ihrer Politik, und die Konditionen der Zentralbankgeldbereitstellung werden nach geldpolitischen Gesichtspunkten gestaltet. Der Handel mit Bankengiralgeld, der auch als Geldmarkt im weiteren Sinne bezeichnet

wird, wird dagegen von den erwerbswirtschaftlichen Motiven der Kreditinstitute beziehungsweise „großer“ Nichtbanken bestimmt. Beide Märkte sind in der Realität durch Arbitrageaktivitäten eng miteinander verknüpft. So schlagen sich zinspolitische Maßnahmen der Notenbank aufgrund ihrer „Zinsführerschaft“ am Markt für Zentralbankgeld normalerweise schnell in gleichgerichteten Zinsbewegungen bei den übrigen Geldmarktgeschäften nieder.

Korrespondierend zu den unterschiedlichen Funktionen, die der Geldmarkt im engeren und im weiteren Sinne erfüllt, sind – neben den bei weitem dominierenden unverbrieften Geldmarktgeschäften – verschiedene Formen verbriefter Kreditbeziehungen am Geldmarkt entstanden. Gemeinsames Kennzeichen originärer Geldmarktpapiere ist neben ihrer kurzen Ursprungslaufzeit die Fungibilität. Rechtlich kann es sich bei diesen Papieren um Inhaber- oder Orderschuldverschreibungen handeln.²⁾ Für die einzelnen Emittentengruppen haben sich im Lauf der Zeit unterschiedliche Formen herausgebildet, wie etwa kurzlaufende Staatstitel, Commercial Paper (CP) der Unternehmen oder Einlagenzertifikate (Certificates of Deposit – CDs) von Banken. Im Hinblick auf Laufzeiten oder Verzinsungsmodi unterscheiden sich diese Papiere allenfalls geringfügig. In der Regel werden Geldmarkttitel als Diskontpapiere begeben. Ihre Verzinsung orientiert sich an repräsentativen Geldmarkt-

*Formen der
Verbriefung am
Geldmarkt*

²⁾ Darüber hinaus könnte zum verbrieften Geldmarkt auch der Interbankenhandel in bundesbankfähigen Handelswechseln und Bankakzepten zur Optimierung der Inanspruchnahme der Rediskontkontingente gerechnet werden. Aufgrund ihrer fehlenden Fungibilität können die hier gehandelten Wechsel jedoch kaum als echte marktfähige Papiere gelten.

Umlauf von Geldmarktpapieren seit Anfang der neunziger Jahre

Mrd DM Nominalwert; Endstände

Zeit	Insgesamt	Öffentliche Emittenten 1)		Unternehmen 2)	Schuldverschreibungen von Banken mit ursprünglicher Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr	Nachrichtlich: Liquiditäts-U-Schätze der Bundesbank
		zusammen	darunter: Bubills			
1991	22,2	10,9	–	8,2	3,1	–
1992	43,4	20,5	–	15,6	7,3	–
1993	43,2	15,9	–	11,0	16,3	24,9
1994	41,0	14,0	–	6,0	21,0	4,9
1995	30,3	4,2	–	5,8	20,3	–
1996	51,3	23,7	19,5	5,9	21,7	–
1997 Jan.	54,0	23,3	19,8	9,4	21,3	–
Febr.	53,3	23,0	19,8	10,4	19,9	–
März	52,9	22,8	19,8	10,8	19,3	–
April	55,9	23,0	20,0	11,8	21,1	–
Mai	55,5	22,9	20,0	11,7	20,9	–
Juni	54,8	22,9	20,0	12,2	19,7	–
Juli	55,2	21,9	19,1	11,6	21,7	–

1 Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze des Bundes und seiner Sondervermögen sowie andere Emissionen der öffentlichen Hand. — 2 DM-

Commercial-Paper (einschl. derjenigen der Treuhandanstalt und der Post) und Industrieobligationen.

Deutsche Bundesbank

sätzen für entsprechende Laufzeiten; bei entsprechend hoher Bonität und Liquidität können Geldmarktpapiere auch selbst als „Benchmark“ dienen.

fonds jedoch „vermittelte“ Geldmarktanlagen sind.

Geldmarktnähe Wertpapiere ...

Ebenso wie es keine einheitliche Laufzeitbegrenzung des Geldmarktes gibt, läßt sich auch bei den Geldmarktpapieren keine scharfe Trennlinie ziehen. Wirtschaftlich enge Substitute zu originären Geldmarktstiteln sind zunächst Schuldverschreibungen mit entsprechender Restlaufzeit. Eine den Geldmarktpapieren vergleichbare Verzinsung und ein ähnliches Risikoprofil weisen zudem variabel verzinsliche Anleihen auf. Gleiches gilt für die Anteile an Geldmarktfonds, die zwar selbst im Prinzip unbegrenzt lange laufen, aufgrund der Anlageschwerpunkte der Geldmarkt-

Wertpapiere spielen darüber hinaus auch als Besicherung nicht verbrieftter Geldmarktbeziehungen eine Rolle. Im Vordergrund stehen dabei Pensionsgeschäfte, bei denen gegen (temporäre) Übertragung von Wertpapieren liquide Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zu unterscheiden sind hierbei einerseits die im Rahmen der Geldmarktsteuerung der Bundesbank durchgeführten Wertpapierpensionsgeschäfte mit Rückkaufsvereinbarung und andererseits die zwischen Geschäftsbanken oder auch Kreditinstituten und Nichtbanken abgeschlossenen Transaktionen, die allgemein – in Anlehnung an den englischen Terminus „repurchase agreement“ – als Repos bezeichnet werden.

... und durch Wertpapiere besicherte Geldmarktgeschäfte

Verbriefter Handel in Zentralbankgeld

„Verbriefung“
von Zentral-
bankgeld in
Form von
Finanzierungs-
papieren ...

Geldmarktpapiere stellen eine Verbriefung von Zentralbankgeld dar, wenn die Bundesbank solche Titel mit einer Ankaufszusage versieht („potentielles“ Zentralbankgeld), oder wenn sie verpflichtet ist, alle Verbindlichkeiten aus Papieren zu erfüllen, die auf ihre eigene Initiative hin emittiert werden. Die rechtliche Grundlage dafür, bestimmte Geldmarktpapiere mit einer Ankaufszusage zu versehen und damit den Haltern die Möglichkeit zu geben, sie jederzeit in Zentralbankguthaben umzuwandeln, bildet § 21 Bundesbankgesetz (BBankG). Danach darf die Bundesbank zur Regelung des Geldmarktes am offenen Markt zu Marktsätzen bestimmte Schuldtitel kaufen und verkaufen. Hierbei haben in der Vergangenheit insbesondere sogenannte Finanzierungspapiere eine größere Rolle gespielt, die aus der Kreditaufnahme öffentlicher Haushalte entstehen (Schatzwechsel und Unverzinsliche Schatzanweisungen – „U-Schätze“).

... sowie Mobili-
sierungs- und
Liquiditäts-
papieren

Die Möglichkeit, zum Zwecke der Geldmarktsteuerung auf eigene Initiative und unabhängig von der Begebung von Finanzierungspapieren kurzlaufende Schuldtitel zu emittieren, gibt der Bundesbank § 42 BBankG. Erstmals im Jahr 1955 stimmte der Bundesfinanzminister zu, daß „Ausgleichsforderungen“ des Zentralbanksystems zunächst bis zum Betrag von 2 Mrd DM in Geldmarktpapiere des Bundes umgetauscht werden konnten. Die Höchstgrenze dieser sogenannten Mobilisierungspapiere wurde später schrittweise auf circa 8 Mrd DM, die Höhe der „Ausgleichsforderungen“, angehoben.

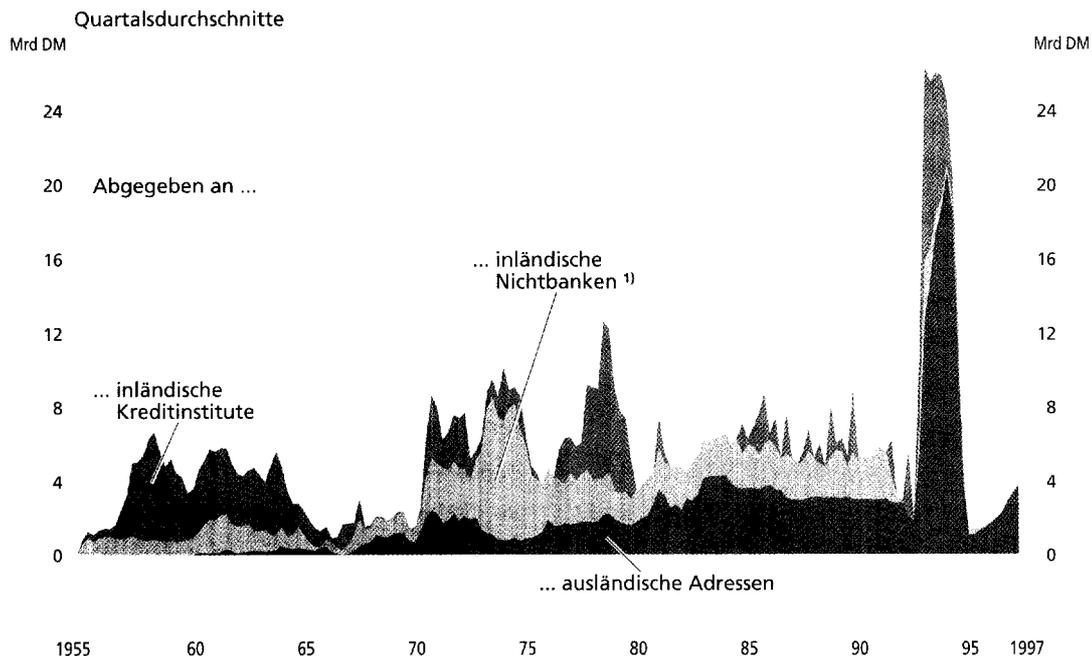
Im Rahmen des Stabilitätsgesetzes wurde 1967 § 42 BBankG um die Vorschrift erweitert, daß der Bund der Bundesbank weitere, als Liquiditätspapiere bezeichnete Schatzwechsel und U-Schätze bis zum Betrag von 8 Mrd DM zur Verfügung zu stellen hatte. Im November 1992 wurde der Bezug zu den Ausgleichsforderungen aufgehoben, womit auch der Begriff Mobilisierungspapiere entfiel. Die Obergrenze für Liquiditätspapiere wurde auf 50 Mrd DM erhöht. Dabei handelt es sich nach wie vor um Papiere des Bundes. Die Bundesbank ist gegenüber dem Bund aber verpflichtet, alle Verbindlichkeiten aus diesen Titeln zu erfüllen; sie stellen somit faktisch Emissionen der Bundesbank dar. Ihr Gegenwert darf nur zur Einlösung der Papiere verwendet werden; ihre Begebung ist folglich keine Kreditgewährung an den Bund.

Bis Anfang der siebziger Jahre wurden Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere („Mob-Li-Papiere“) vorrangig begeben, um den Kreditinstituten eine verzinsliche und liquide Anlage ihrer Überschüsse an Zentralbankguthaben zu bieten, die aus den zeitweilig sehr umfangreichen Geldzuflüssen aus dem Ausland (Interventionsverpflichtungen zugunsten des US-Dollar) resultierten. Diese Offenmarktgeschäfte wurden zunächst praktisch ausschließlich mit Banken getätigt;³⁾ die Mob-Li-Papiere waren bis zum Frühjahr 1975 grundsätzlich in die Geldmarktregulierung einbezogen und damit jederzeit rückgebbar. Ende 1978 setzte die Bundesbank

Offenmarkt-
operationen
mit Kredit-
instituten ...

³ Daneben haben zeitweise insbesondere Sozialversicherungsträger ihre Mittel in Offenmarktpapieren angelegt. Zudem gab es Anlagemöglichkeiten für öffentliche Stellen (Postdienste, Ankaufsfonds für Ausgleichsforderungen) sowie das ERP-Sondervermögen bei der Bundesbank.

Abgabe von Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren *)



* Von der Bundesbank abgegeben. Seit November 1992 nur noch Liquiditätspapiere. Einschließlich kurzfristiger Schatzwechselabgaben an Kreditinstitute. — 1 Einschließlich Bundespost/Postbank.

Deutsche Bundesbank

zur Abschöpfung erneuter umfangreicher Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland hingegen nicht-rückgabefähige Mob-Li-Papiere ein (im Betrag von bis zu 14 ½ Mrd DM). Zum Ausgleich später einsetzender Devisenabflüsse nahm sie bis zum Frühjahr 1980 die noch bei Kreditinstituten befindlichen Papiere vorzeitig zurück. Seither befinden sich keinerlei derartige Papiere mehr – weder mit noch ohne Ankaufszusage – dauerhaft im Bestand inländischer Banken.

standardisierter, nicht vor Fälligkeit rückgebbarer U-Schätze (mit Laufzeiten von 3 bis 24 Monaten). Ende 1973 erreichte der Bestand an umlaufenden Mob-Li-Papieren in Händen von Nichtbanken (insbesondere Sozialversicherungen und der Post) mit knapp 8 Mrd DM einen Höchststand, der sich bis Anfang der achtziger Jahre jedoch wieder auf unter 1 Mrd DM reduzierte.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre versuchte die Bundesbank – unter dem Eindruck massiver Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland während der Unruhen im Europäischen Währungssystem im Sommer 1992 – erneut, über ihre Offenmarktpolitik die Geldhaltung inländischer Nichtbanken zu beeinflussen. Im Rahmen ihres auf 50 Mrd DM erweiterten offenmarktpolitischen Spielraums bot sie von März

Emission von Bulis

... und Nichtbanken

Ab Mitte 1971 begann die Bundesbank, auch Nichtbanken stärker in die Offenmarktoperationen mit Geldmarkttiteln einzubeziehen. Zeitweilig – von Januar 1973 bis zum April 1975 – wurden solche Papiere auch privaten Anlegern angeboten, und zwar unter der Bezeichnung „Bundesbankschätze“ in Form

1993 bis zum Herbst 1994 im Betrag von bis zu 25 Mrd DM Liquiditätspapiere an. Diese sogenannten Bulis (Bundesbank-Liquiditäts-U-Schätze) waren nicht vorzeitig rückgebbar. Sie wurden in Form revolvingender vierteljährlicher Auktionen mit Laufzeiten von drei, sechs und neun Monaten begeben.

Insbesondere ausländische Währungsbehörden, die häufig strengen Anlagevorschriften unterliegen und nur in Titel höchster Bonität und Liquidität investieren, engagierten sich in Bulis. Ihr Anteil am Buli-Erwerb erreichte bereits im Herbst 1993 etwa zwei Drittel und stieg bis Mitte 1994 auf über 80 % an. Die Beteiligung inländischer Nichtbanken blieb hingegen gering; ihr Anteil am Gesamtumlauf der Bulis ging anfangs nicht über 15 % hinaus und fiel bis Ende 1993 auf nahezu Null zurück. Damit wurde das ursprüngliche Ziel, liquide Mittel von Nichtbanken zu binden, nicht erreicht. Folglich wurden die Buli-Auktionen im Herbst 1994 wieder eingestellt. Mit dieser Entscheidung trug die Bundesbank zugleich den Veränderungen an den Finanzmärkten Rechnung, die sich mit der Zulassung reiner Geldmarktfonds zum 1. August 1994 abzeichneten. Die Bundesbank wollte nicht selbst Anlagemöglichkeiten für diese Fonds schaffen und so Strukturverschiebungen an den Finanzmärkten hin zu kürzeren Fristen fördern.

Gegenwärtig gibt die Bundesbank Liquiditätspapiere regelmäßig nur noch an ausländische Adressen ab. Gelegentlich bietet sie derartige Papiere zur Absorption kurzfristiger Liquiditätsüberschüsse auch inländischen Banken an. Diese Geschäfte haben in der Regel eine

Laufzeit von nur drei Tagen und dienen dazu, ein übermäßiges Absinken des Tagesgeldsatzes zu vermeiden. Dieses Instrument wurde erstmals 1973 eingesetzt; größere Bedeutung erlangte es insbesondere in der ersten Zeit nach dem Übergang zur flexiblen Geldmarktsteuerung Mitte der achtziger Jahre.

Die liquiditäts- und zinspolitische Bedeutung von Bundesbankoperationen in Geldmarkttiteln hat sich im Lauf der Zeit sichtbar verändert. Die liquiditätspolitische Wirkung von Transaktionen in Geldmarktpapieren, die in die Geldmarktregulierung einbezogen wurden, war gering; sie führten nur zu einer Umschichtung der freien Liquiditätsreserven der Banken. Gleichwohl reduzierte die verzinsliche, liquide Anlage der Überschussliquidität in Geldmarktpapieren tendenziell das Angebot am Markt für Zentralbankguthaben. Die zinspolitische Wirkung von Geschäften der Bundesbank in geldmarktregulierten Schuldtiteln resultierte in erster Linie daraus, daß die von ihr gesetzten Abgabe- und Rücknahmesätze in direkter Konkurrenz zu den entsprechenden Notierungen an den Terminmärkten standen.

Dagegen entziehen Geldmarktgeschäfte der Bundesbank mit Nichtbanken und in nichtgeldmarktregulierten Papieren dem Bankensystem unmittelbar Liquidität, was zugleich auf das Zinsniveau an den Geldmärkten ausstrahlt. Ferner schafft die Bundesbank im Nichtbankengeschäft Anlagemöglichkeiten zu Konditionen, die im Wettbewerb mit den Habenzinsen der Kreditinstitute stehen. Dieses Ziel war noch vorrangig bei der Emission der Bundesbankschätze, während bei

Liquiditäts- und zinspolitische Bedeutung von rückgebaren ...

... und nicht-rückgabefähigen Geldmarkttiteln

Erwerb von Bulis

Derzeit geringe Bedeutung der Liquiditätspapiere

der Buli-Ausgabe die Liquiditätsausstattung des Nichtbankensektors beeinflußt werden sollte.

Heutige
Situation

Seit dem Übergang zur flexiblen Geldmarktsteuerung Mitte der achtziger Jahre greift die Bundesbank zur Erreichung ihrer Operationsziele am Geldmarkt fast ausschließlich auf das Instrument der Wertpapierpensionsgeschäfte zurück. Die Liquiditäts- und Zinsgestaltung dieser kurzfristig reversiblen Offenmarktoperationen gewährleistet in hinreichender Weise, daß die Bundesbank zügig die angestrebten Spannungsverhältnisse am Geldmarkt herbeiführen kann. Diese strahlen dann auf die für Nichtbanken geltenden Einlagen- und Kreditzinsen aus. Das Inlandsgeschäft mit verbrieftem Zentralbankgeld ist gegenwärtig auf die seltenen, sehr kurzfristigen Schatzwechselabgaben beschränkt, so wie die Bundesbank auch auf andere Instrumente des sehr kurzfristigen Liquiditätsausgleichs aufgrund der stabilisierenden Wirkung der Mindestreserve am Geldmarkt weitgehend verzichten kann.

Verbrieft kurzfristige Finanzierung

Verbrieft
Finanzierung
über den Geld-
markt im inter-
nationalen Ver-
gleich

Die Fremdmittelbeschaffung durch Emission kurzlaufender Schuldverschreibungen spielt in Deutschland sowohl im internationalen Vergleich als auch gegenüber der Emission langlaufender Papiere nur eine geringe Rolle. Dies gilt für Banken und Nichtbanken gleichermaßen. Ende 1996 rangierte der deutsche Markt für verbrieft kurzfristige Finanzierungsmittel mit einem Umlauf von umgerechnet 33 Mrd US-Dollar am unteren Ende

Verbrieft Geldmarkt im internationalen Vergleich

Umlauf Ende 1996

Land	Mrd US-Dollar	In % aller umlaufenden Schuldverschreibungen
Europäische Märkte		
Belgien	61,5	15,2
Dänemark	8,6	3,0
Deutschland	33,1	1,7
Finnland	29,4	35,0
Frankreich	219,2	17,7
Großbritannien	199,0	27,4
Italien	474,1	28,1
Niederlande	17,2	6,5
Portugal	13,7	21,4
Schweden	59,8	19,9
Schweiz	10,9	5,4
Spanien	111,3	32,7
Außereuropäische Märkte		
Australien	65,2	35,1
Japan	709,5	14,9
Kanada	129,7	25,5
Vereinigte Staaten	2 073,2	17,8
Nachrichtlich:		
Internationale Märkte	171,3	5,3

Quelle: BIZ, eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

der internationalen Skala. Den weltweit mit Abstand größten verbrieften Geldmarkt haben die Vereinigten Staaten (2 073 Mrd US-Dollar Ende 1996), gefolgt von Japan und Italien (mit 709½ Mrd US-Dollar bzw. 474 Mrd US-Dollar). In Relation zum Gesamtvolumen an ausstehenden Schuldverschreibungen bildet der deutsche Geldmarkt mit lediglich 1¾ % das Schlußlicht aller in der obenstehenden Tabelle aufgeführten Länder.

Die Entwicklung des verbrieften Geldmarktes in Deutschland ist vor allem das Resultat der makroökonomischen Umfeldbedingungen und der Wettbewerbssituation im Finanzsektor. Ein vergleichsweise hohes Maß an Preisstabilität begünstigte die Entstehung langfristiger Finanzierungsbeziehungen und Zinsbindungen und wirkte einer ausgeprägten Kurz-

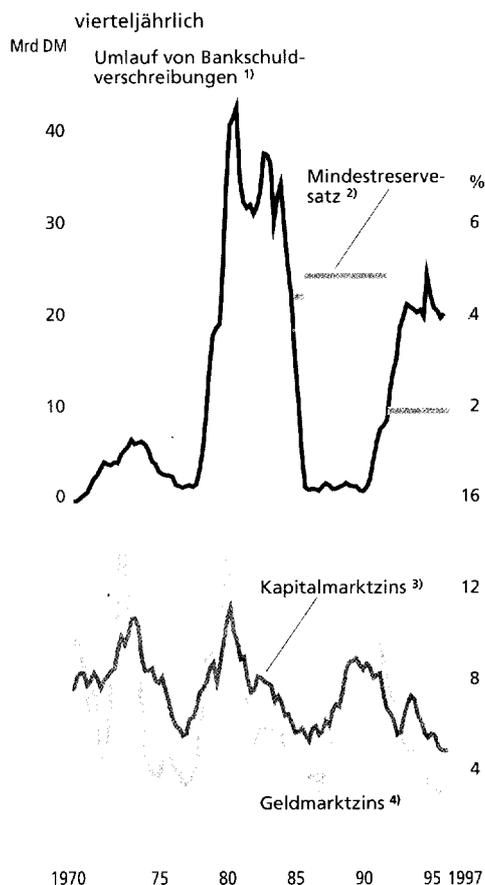
Entwicklung
gebremst
durch Markt-
faktoren ...

fristorientierung im Finanzsektor entgegen. Durch die starke Stellung der Banken im deutschen Finanzsystem wurden die Anreize, verbrieft Finanzbeziehungen einzugehen, ebenfalls verringert. Insbesondere die Liberalisierung der Bankzinsen im Jahr 1967 ermöglichte es den Kreditinstituten frühzeitig, marktgerecht verzinste Kredite und Einlagen anzubieten. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern waren die Anreize für die Nichtbanken somit gering, ein reguliertes Bankensystem durch die Verlagerung von Finanzbeziehungen auf die Wertpapiermärkte zu umgehen.

Doch wurde die Entfaltung eines verbrieften Geldmarktes bis Anfang der neunziger Jahre auch durch administrative Vorschriften sowie die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen und geldpolitisch motivierte Regelungen gebremst, die die einzelnen Marktsegmente in unterschiedlichem Ausmaß trafen. So wünschte die Bundesbank keine Begebung von CDs, bis 1986 Bankschuldverschreibungen mit einer Befristung von weniger als zwei Jahren der Mindestreserve unterworfen wurden. Ferner stand der Emission von CP bis 1991 das Emissionsgenehmigungsverfahren im Weg. Gegen die Nutzung unterjähriger Titel durch die öffentliche Hand erhob die Bundesbank grundsätzliche geldpolitische Bedenken. Der Handel in kurzlaufenden Titeln wurde bis Ende 1990 generell durch die Börsenumsatzsteuer belastet, wonach bei Abschluß jedes Wertpapiergeschäfts 1‰ Steuer fällig wurden.

Die größte Bedeutung am verbrieften Geldmarkt haben in Deutschland traditionell kurz-

Umlauf kurzfristiger Bankschuldverschreibungen, Mindestreservebelastung und Zinsentwicklung



1 Umlauf von Bankschuldverschreibungen mit einer ursprünglichen Laufzeit von bis zu einem Jahr einschließlich. — 2 Mindestreservesatz auf befristete Verbindlichkeiten. — 3 Umlaufrendite inländischer Rentenwerte. — 4 Zinssatz für Dreimonatsgeld.

Deutsche Bundesbank

laufende Bankschuldverschreibungen. Bis Anfang der achtziger Jahre entwickelte sich der Umlauf solcher Papiere weitgehend im Gleichlauf mit dem Zinsniveau; während der beiden Phasen hoher Kapitalmarktzinsen und inverser Zinsstruktur Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre nahm die Emissionstätigkeit kräftig zu. Im Januar 1982 erreichte der Umlauf kurzlaufender Bankschuldverschreibungen mit 43 ½ Mrd DM

Kurzlaufende Schuldverschreibungen der Kreditinstitute ...

... aber auch durch Regulierungen und administrative Hemmnisse

oder knapp 9% aller Emissionen der Banken einen Spitzenwert.

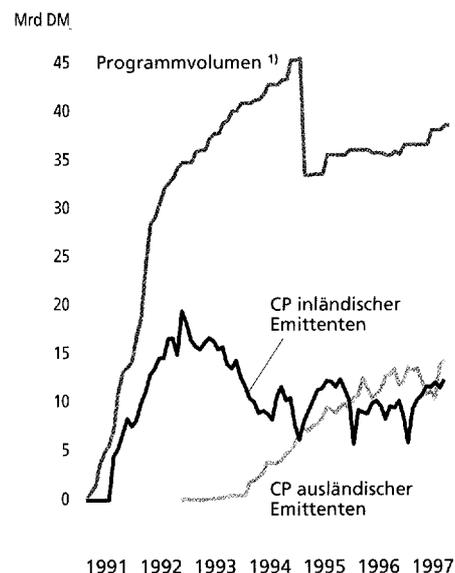
... durch Einbeziehung in Mindestreservepflicht gebremst

Aufgrund der fehlenden Mindestreservebelastung waren kurzlaufende Bankschuldverschreibungen besonders attraktiv. Mitte der achtziger Jahre wurden sie verstärkt zur Umgehung der Mindestreserve genutzt. Um der Aushöhlung des Mindestreserveinstruments zu begegnen, wurden – wie erwähnt – ab Mai 1986 Bankschuldverschreibungen mit einer Ursprungslaufzeit von weniger als zwei Jahren – und damit auch CDs – in die Reservepflicht einbezogen. In der Folge ging der Umlauf kurzfristiger Bankschuldverschreibungen auf weniger als 2 Mrd DM zurück. Im Rahmen der Neuordnung des Mindestreserveinstruments von 1993 bis 1995 wurden die Reservesätze deutlich gesenkt, was – zusammen mit der Konkurrenz der Bulis und der erneuten Inversion der Zinsstruktur – zu einer Belebung bei Bankenkurzläufem führte; seit Anfang 1994 hat sich der Umlauf bei rund 20 Mrd DM stabilisiert. Als Surrogat für Bankeinlagen haben Bankenkurzläufer damit – auch in Form von CDs – bisher keine nennenswerte Bedeutung erreicht.

Emission von DM-Commercial-Paper

Kurzlaufende, auf D-Mark lautende Schuldverschreibungen von Unternehmen (Commercial Paper – CP) wurden erstmals Anfang 1991 emittiert. Bis dahin hatten administrative Hindernisse – die Börsenumsatzsteuer und das relativ schwerfällige Emissionsgenehmigungsverfahren – der Nutzung kurzlaufender Schuldverschreibungen durch Unternehmen im Wege gestanden. Im Juli 1992 öffnete die Bundesbank den DM-CP-Markt durch eine Änderung der Erklärung zu DM-

Programmvolumen und Umlauf von DM-Commercial-Paper (CP)



1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997

1 Einschließlich auf D-Mark lautender Multi-Currency-Commercial-Paper-Programme.

Deutsche Bundesbank

Emissionen für ausländische Nichtbanken.⁴⁾ Nach einer kurzen stürmischen Wachstumsphase kam es aber bald zu einer deutlichen Konsolidierung. Mit dem Auslaufen der CP-Programme der Post und der Treuhandanstalt Ende 1994 ging das Programmvolumen um mehr als ein Viertel zurück. Ende Juni 1997 betrug der Umlauf von CP inländischer Emittenten 12 Mrd DM. Eine ähnliche Größenordnung erreicht das DM-CP-Volumen ausländischer Emittenten; Mitte 1997 belief es sich auf 10 ½ Mrd DM.

Die auf institutionelle Anleger zugeschnittenen DM-CP wurden von Anfang an in gro-

Erwerb von DM-Commercial-Paper

4 Zuvor war für DM-Emissionen ausländischer Emittenten eine Mindestlaufzeit von zwei Jahren gefordert; vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Erklärung der Bundesbank zu DM-Emissionen, Monatsbericht, Juli 1992, S. 39 ff.

Bem Umfang von Ausländern erworben. In den Jahren 1991 und 1992 erwarben ausländische Investoren für fast 8 Mrd DM (netto) solche Papiere, was etwa der Hälfte des damaligen Umlaufs von DM-CP inländischer Emittenten entsprach. Auf besonders reges Interesse stießen CP der Treuhandanstalt, von denen der weitaus größte Teil an ausländische Käufer abgegeben wurde. Diese Entwicklung unterstrich – ebenso wie die Auslandsnachfrage nach Bulis – den internationalen Bedarf an kurzlaufenden DM-Schuldverschreibungen bester Bonität.

Marktteilnehmer beklagten lange Zeit das Fehlen standardisierter, regelmäßig emittierter unterjähriger Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand, die als „Schrittmacher“ für andere Emittenten hätten fungieren können. Ausschlaggebend dafür waren geldpolitisch begründete Vorbehalte der Bundesbank gegen Kurzläufer der öffentlichen Hand. Eine Vorreiterrolle des Staates bei der Begebung kurzfristiger Titel fördert tendenziell die Kurzfristorientierung im Finanzsektor. Wenn sich ein größerer Teil der Kreditkonditionen aber an den kurzfristigen Zinsen orientiert, nehmen die realwirtschaftliche Durchschlagskraft zinspolitischer Maßnahmen der Notenbank und die Gefahr von Interessenskonflikten zu. Vor diesem Hintergrund beschränkte sich die Emission von Geldmarktpapieren der öffentlichen Hand – von den auf Privatanleger zugeschnittenen Finanzierungsschätzen abgesehen – lange Zeit im wesentlichen auf die sporadische Nutzung von Unverzinslichen Schatzanweisungen durch den Bund und seine Sondervermögen. Größere Bedeutung erlangten solche Papiere Anfang der neun-

*Kurzlaufende
Schuldver-
schreibungen
der öffentlichen
Hand*

Absatz und Erwerb von Bubills

Zeit	Netto-Absatz 1)	Erwerber		
		inländische Kreditinstitute	inländische Nichtbanken 2)	Ausländer 3)
1996 Juli	10,8	2,7	0,0	8,0
Aug.		-1,2	0,0	1,2
Sept.		0,0	0,4	-0,4
Okt.	8,4	4,7	0,0	3,7
Nov.		-1,1	-0,2	1,3
Dez.		-1,0	1,3	-0,2
1997 Jan.	0,3	-0,1	-1,0	1,3
Febr.		-0,1	-0,1	0,2
März		-0,7	0,3	0,4
April	0,2	-1,1	-0,6	1,8
Mai		-0,5	0,4	0,1
Juni		-0,2	0,0	0,1
Juli	-0,9	0,1	-0,2	-0,8
Nachrichtlich: kumuliert	18,8	1,5	0,3	16,7

1 Kurswerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Transaktionswerte.

Deutsche Bundesbank

ziger Jahre, als der Kreditabwicklungsfonds 20 Mrd DM Verschuldung der ehemaligen DDR in Form von U-Schätzen übernahm.

Im Sommer 1996 einigten sich das Bundesministerium der Finanzen und die Bundesbank auf die Begebung unterjähriger Unverzinslicher Schatzanweisungen des Bundes (Bubills); ihr Umlauf soll die Grenze von 20 Mrd DM nicht überschreiten.⁵⁾ Diese Umlaufgrenze trägt den nach wie vor bestehenden Bedenken der Bundesbank gegenüber einer zunehmenden Kurzfristorientierung im Finanzsektor Rechnung. Die Vereinbarung berücksichtigt aber die haushaltspolitischen Interessen des Bundes sowie die veränderte Wettbewerbs-

*Einführung der
Bubills 1996*

5 Den Ländern wurde 1996 ebenfalls ein Emissionsvolumen von insgesamt 20 Mrd DM für unterjährige Titel eingeräumt.

situation mit Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion. Mit der Einführung der Bubills im Sommer 1996 stieg der Umlauf von unterjährigen Titeln der öffentlichen Hand deutlich an. Ende 1996 erreichte der Umlauf von Bubills die Grenze von 20 Mrd DM; auf Geldmarkttitel der öffentlichen Hand entfallen damit gut ein Drittel des gesamten Volumens von Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr. Wie nach den Erfahrungen mit den Bulis und den Treuhand-CP zu erwarten war, engagierten sich vor allem ausländische Anleger in diesen Papieren. Ende Juli 1997 befanden sich Bubills für 16 1/2 Mrd DM (oder knapp 90 % des Umlaufs) in den Händen ausländischer Investoren.

Geldmarktnahe Instrumente

DM-Geldmarktfonds

Geldmarktfondszertifikate nehmen eine Zwitstellung zwischen „echten“ Geldmarktinstrumenten und langlaufenden Anlagen ein. Über ihr Portefeuille, das sich nach den Anlagevorschriften des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften aus Geldmarktinstrumenten und (kurzfristigen) Bankeinlagen zusammensetzen muß, bieten sie den Erwerbern die Möglichkeit, auch kleine Beträge zu Geldmarktkonditionen anzulegen. Andererseits ist die Laufzeit der Geldmarktfondszertifikate unbefristet, so daß sie prinzipiell auch für eine langfristige Mittelanlage offenstehen. Die Bundesbank stand einer Zulassung von Geldmarktfonds lange Zeit ablehnend gegenüber, weil die Nutzung dieses Instruments in größerem Stil zu einer Aushöhlung der Mindestreservebasis hätte führen können. Mit der

Geldmarktinstrumente und geldmarktnahe Titel

Umlauf; Mrd DM

Position	Mitte 1997	Zum Vergleich: Ende 1991
Geldmarkttitel		
Bankschuldverschreibungen 1)	19,7	3,1
Commercial Paper	12,1	8,2
Geldmarkttitel der öffentlichen Hand	22,9	10,9
darunter: Bubills	20,0	-
Geldmarktnahe Papiere		
Geldmarktfondsanteile	30,1	-
Zum Vergleich:		
Termineinlagen 2)	417,8	490,0
Variabel verzinsliche Anleihen	297,1	105,3
Zum Vergleich:		
Anleiheumlauf	3 288,8	1 686,8
Nachrichtlich:		
Anleihen mit kurzer Restlaufzeit 3)	481,2	224,0

1 Bankschuldverschreibungen mit einer vereinbarten Ursprungslaufzeit von bis zu einem Jahr. — 2 Termineinlagen bei Banken mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr. — 3 Anleihen mit einer Restlaufzeit von bis zu einschl. einem Jahr.

Deutsche Bundesbank

Neuordnung des Mindestreserveinstruments konnten diese Bedenken zurückgestellt werden. Hinzu kam, daß das deutsche Investmentrecht an EG-Vorschriften angeglichen werden mußte.

Die Entwicklung der seit August 1994 zugelassenen DM-Geldmarktfonds wurde in der Anfangsphase wesentlich von steuerlichen Erwägungen und den Wettbewerbsreaktionen der Banken beeinflusst. So kam es vor allem Ende 1994 zu hohen Käufen von Geldmarktfondsanteilen, die lediglich einem Vermögenssteuersatz von 1/2 % unterlagen (gegenüber 1 % bei direkt gehaltenem Forderungsvermögen ab Anfang 1995); im Februar 1996 erreichte das Vermögen der inländischen Geldmarktfonds mit 40 Mrd DM seinen bisherigen Höhepunkt. Mit der (faktischen) Abschaffung

Entwicklung der Geldmarktfonds

der Vermögensteuer Anfang 1997 und dem weiter sinkenden Zinsniveau am Geldmarkt ließ das Interesse an Geldmarktfondszertifikaten bis in das Jahr 1997 hinein nach. In die gleiche Richtung wirkte, daß die Banken versuchten, mit marktnah verzinsten Konkurrenzprodukten dem Mittelabfluß aus dem eigenen Verbund entgegenzuwirken. Mitte 1997 verwalteten inländische Geldmarktfonds ein Vermögen von 30 Mrd DM.

Das Volumen von Anleihen mit variabler, zu meist an repräsentative Geldmarktsätze gekoppelter Verzinsung erreichte Mitte 1997 mit 297 Mrd DM mehr als das Fünffache des Umlaufs an originären Geldmarktpapieren. Zwei Drittel dieses Betrages entfallen auf Emissionen von inländischen Kreditinstituten. Für sie besitzen zu Geldmarktkonditionen verzinsten Kapitalmarktpapiere den Vorteil, im Rahmen der KWG-Liquiditätsgrundsätze voll als langfristige Finanzierungsmittel anerkannt zu sein, verglichen mit lediglich 60 % bei unterjährigen Schuldverschreibungen. Hinzu kommt, daß variabel verzinsten Titel die Basis für Zinsswaps bilden. Schließlich unterliegen Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von zwei Jahren und mehr nicht der Mindestreservepflicht; dies dürfte diese Titel insbesondere vor der deutlichen Senkung der Reservesätze in den Jahren 1993 bis 1995 attraktiv gemacht haben. Der Umlauf variabel verzinslicher Titel der öffentlichen Hand erreichte Mitte 1997 101 ½ Mrd DM. Allein 71 Mrd DM davon waren Anleihen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung, die ostdeutschen Banken und Außenhandelsbetrieben gegen Ausgleichsforderungen zugeteilt wurden.

Als Substitute für originäre Geldmarktpapiere können auch Anleihen mit kurzer Restlaufzeit fungieren. Von den übrigen geldmarktnahen Wertpapieren unterschieden sie sich allerdings dadurch, daß sie nicht – wie die variabel verzinslichen Anleihen – schon bei Emission mit geldmarktspezifischen Konditionen ausgestattet werden, sondern durch Zeitablauf in den Geldmarktbereich hineinfallen und dann hinsichtlich Rendite und Kursrisiko originären Geldmarktstiteln vergleichbar sind. Diese Papiere können zwar als Surrogat für Geldmarktanlagen fungieren; als „Benchmark“ für originäre Geldmarktstitel sind sie aber aufgrund ihrer Heterogenität weniger geeignet. Mitte 1997 betrug der Umlauf von Papieren mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr 481 Mrd DM.

Schuldverschreibungen mit kurzer Restlaufzeit

Variabel verzinsliche Anleihen

Besicherung von Geldmarktgeschäften

Der Geldhandel zwischen Kreditinstituten wird in Deutschland traditionell ohne Stellung von Sicherheiten abgewickelt. Die wichtigste Grundlage für Geldhandelsgeschäfte ist das Vertrauen in die unzweifelhafte Bonität der Handelspartner. Die Risiken im Geldhandel werden durch das Kreditwesengesetz beschränkt, das die Geldanlagen der Kreditinstitute bei einzelnen Handelspartnern (Großkreditgrenzen) begrenzt; zudem sind bilaterale Limite gebräuchlich, mit denen einzelnen Adressen oder Ländern Handelshöchstbeträge und maximale Laufzeiten zugeordnet werden.⁶⁾

Geldmarktgeschäfte traditionell unbesichert

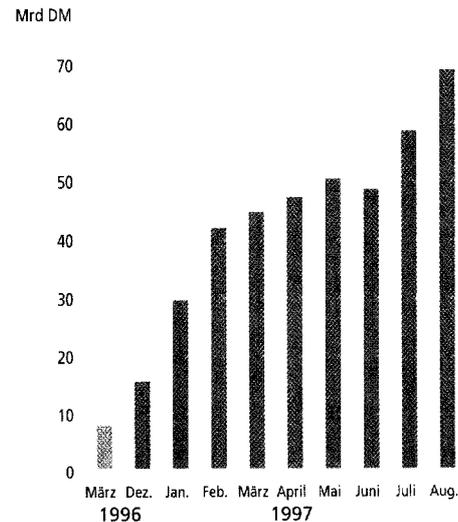
⁶⁾ Ebenfalls möglich ist die Stellung von Sicherheiten in Form von Grundschulden, Bürgschaften, Forderungsabtretungen oder die Absicherung eines Limits durch längerlaufende Termingelder sowie Patronatserklärungen.

Wachsende
Bedeutung von
Repos

Von wachsender Bedeutung ist in der jüngeren Vergangenheit die Wertpapierbesicherung von an sich nicht verbrieften Geldmarktbeziehungen. Neben den seit Mitte der achtziger Jahre regelmäßig angebotenen Wertpapierpensionsgeschäften der Deutschen Bundesbank haben inzwischen auch wertpapierbesicherte Geldmarktgeschäfte zwischen Banken sowie zwischen Kreditinstituten und Nichtbanken in Form von Repos zugenommen. Dabei veräußert der Pensionsgeber für eine befristete Zeit Wertpapiere an den Pensionsnehmer gegen einen Geldbetrag. Die lange Zeit nur untergeordnete Rolle des Repo-Marktes ist nicht nur auf die Usance der unbesicherten Abwicklung zurückzuführen. Ein Motiv für Repogeschäfte besteht – ähnlich wie bei der Wertpapierleihe – in der (zeitweiligen) Überlassung von Wertpapieren, die zur Erfüllung von Wertpapierlieferverpflichtungen oder für Arbitragegeschäfte genutzt werden können. Universalbanken können diesen Bedarf aber häufig aus Eigenbeständen decken, also ohne Markttransaktionen in Form von Repos. Ein weiterer Grund für die nur zögerliche Entwicklung des Repo-Marktes in Deutschland war die Belastung durch die Mindestreserve. Die starke internationale Nachfrage nach DM-Repos wurde deshalb an ausländischen Finanzmärkten gedeckt, während sich das Repogeschäft hierzulande auf die mindestreservefreien Transaktionen zwischen inländischen Kreditinstituten konzentrierte. Diese Strukturen blieben auch nach den Senkungen der Mindestreservesätze von 1993 bis 1995 weitgehend erhalten.

Eine kräftige Ausweitung der inländischen Repoaktivitäten zeichnete sich erst ab, nach-

Verbindlichkeiten aus
Repogeschäften *)



* Freigestellte Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften gem. § 2 Abs. 2 Buchst. b AMR mit einer vereinbarten Laufzeit bis zu einem Jahr in börsenfähigen Wertpapieren, sofern es sich nicht um selbst emittierte Wertpapiere handelt.

Deutsche Bundesbank

dem die Bundesbank im Dezember 1996 beschlossen hatte, die Verbindlichkeiten aus sogenannten echten Pensionsgeschäften mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr in börsenfähigen Wertpapieren mit Wirkung vom 1. Januar 1997 grundsätzlich von der Mindestreserve zu befreien.⁷⁾ Im März 1996 beliefen sich die – damals noch mindestreservepflichtigen – Replibindlichkeiten der Banken in Deutschland auf knapp 8 Mrd DM.⁸⁾ Seit Dezember vergangenen Jahres sind die freigestellten Verbindlichkeiten aus Repogeschäften

Auswirkungen
der Freistellung
von der Mindestreserve

7 Ausgenommen von der Freistellung sind gemäß § 2 Abs. 2 Buchstabe b AMR eigene Emissionen des Pensionsgebers.

8 Angaben gemäß (freiwilliger) Sondererhebung der Bundesbank zu Wertpapierleihe- und Repogeschäften. Insgesamt verfügten deutsche Kreditinstitute Ende März 1996 über einen Repo-Bestand von 22 Mrd DM als Pensionsgeber und rund 35 Mrd DM als Pensionsnehmer, die Laufzeiten lagen meist unter einem Monat. Der Anteil Londons am DM-Repomarkt betrug etwa 90 %.

schäften spürbar von 15 ½ Mrd DM auf zuletzt knapp 69 Mrd DM (August 1997) gestiegen. Der Anteil der Geschäfte mit Gebietsfremden – unter ihnen auch ausländische Zentralbanken – liegt bei rund 90%, bei wachsender Bedeutung international agierender Fonds und Unternehmen. Repogeschäfte mit Nichtbanken fallen auch weiterhin kaum ins Gewicht, Transaktionen mit Privatpersonen finden praktisch nicht statt.⁹⁾

*Perspektiven
des Repo-
Marktes*

Zwar steht im Repogeschäft gegenwärtig noch die Wertpapierseite im Vordergrund, doch könnten deutsche Institute dieses Instrument zukünftig auch verstärkt im Geldhandel nutzen. Die Besicherung von Geldgeschäften entspricht internationalen Gepflogenheiten, die auf dem künftigen Euro-Geldmarkt vorherrschen dürften und infolgedessen auch in den Geldhandelsaktivitäten deutscher Institute verstärkt Einzug halten könnten. Zudem brauchen Repogeschäfte nicht auf die vorstehend erwähnten bankinternen Handelslimite im Interbankengeschäft angerechnet zu werden, und sie müssen – bei Repos in Staatstiteln – nicht mit Eigenkapital unterlegt werden. Die Besicherung der Geldaufnahme durch Wertpapiere hoher Bonität verringert daher tendenziell die Refinanzierungskosten des Pensionsgebers. Schließlich fördern Repos die Vernetzung von Kapital- und Geldmärkten, von Kassa- und Terminmärkten und stärken auf diese Weise die Effizienz des Finanzmarktes.

*Wirkungen der
Freistellung auf
die Mindest-
reserve*

Bei der Freistellung der Verbindlichkeiten aus Repos von der Mindestreserve ging die Bundesbank davon aus, daß die Puffer- und Stabilisierungsfunktion der Mindestreserve am

Geldmarkt nicht beeinträchtigt wird. Diese Erwartung hat sich bestätigt. Das Reservesoll gegenüber Gebietsfremden ist im bisherigen Jahresverlauf sogar deutlich gestiegen. Die Repos dürften daher kaum zu Lasten reservepflichtiger Verbindlichkeiten gegangen sein, sondern hauptsächlich Neugeschäfte darstellen.

Bewertung aus geldpolitischer Sicht und Ausblick

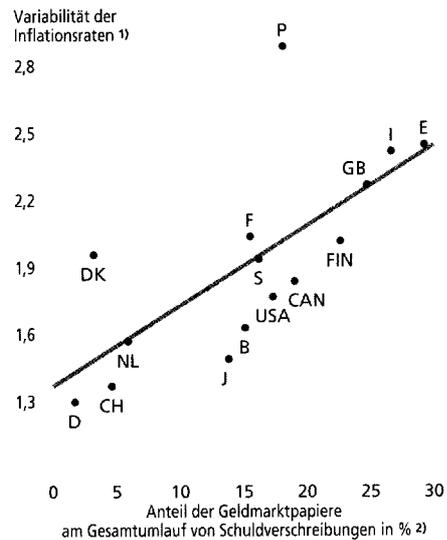
Aufgrund seines Doppelcharakters als operativer Ansatzpunkt der Geldpolitik und Markt für kurzfristige Finanzierungen der Wirtschaft hat die Bundesbank dem verbrieften Geldmarkt seit jeher besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei stand aus geldpolitischer Sicht einer potentiell größeren Flexibilität des geldpolitischen Instrumentariums das Stör- und Konfliktpotential gegenüber, das ein rasches Vordringen kurzfristiger Finanzierungsbeziehungen für die geldpolitische Strategie und die Durchführung einer stabilitätsorientierten Geldpolitik mit sich bringen kann. Auf strategischer Ebene geht es dabei insbesondere darum, daß ein schubartiges Vordringen von Geldsubstituten die empirischen Grundlagen der Geldmengensteuerung gefährden oder gar zerstören kann. Auf operativer Ebene steht die Wirksamkeit des Mindestreserveinstruments im Vordergrund. Hinzu kommt, daß mit einer Dominanz der Kurz-

*„Doppel-
charakter“ des
verbrieften
Geldmarktes*

⁹⁾ Angaben aus der Mindestreservestatistik; Repos zwischen inländischen Kreditinstituten und Repos, bei denen inländische Banken nur als Pensionsnehmer fungieren, werden statistisch nicht gesondert erfaßt. Nach einer Stichprobenumfrage der Landeszentralbank in Hessen könnten die nicht angezeigten Repobestände ähnlich hoch sein wie die freigestellten Reponverbindlichkeiten.

fristorientierung im Finanzsystem der Druck auf die Notenbank wachsen könnte, ihre Zinspolitik stabilitätspolitisch bedenklichen Anforderungen anzupassen.

Inflationsunsicherheit und Bedeutung des verbrieften Geldmarktes



1 Standardabweichung der jährlichen Preissteigerungsrate auf Konsumentenebene 1976 - 1996. — 2 Ende 1996.

Deutsche Bundesbank

Perspektiven
des verbrieften
Handels in Zen-
tralbankgeld

Die Erweiterung des geldpolitischen Instrumentariums durch Liquiditätspapiere war in Deutschland insgesamt betrachtet von geringer Bedeutung. Größere Impulse sind hier auch in Zukunft nach derzeitiger Einschätzung kaum zu erwarten. Im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) sind Outright-Geschäfte in Schuldtiteln zwar möglich, jedoch nur als eine Möglichkeit der sehr kurzfristigen Feinsteuerung oder aber zur dauerhaften Beeinflussung der strukturellen Liquiditätsposition des Bankensystems gegenüber dem ESZB. Die Emission eigener Schuldtitel wird ausschließlich zum Zweck struktureller Operationen vorbereitet. Das Hauptrefinanzierungsinstrument werden – wie bei der Bundesbank – kurzfristige Wertpapierpensionsgeschäfte darstellen und nicht Outright-Ankäufe von (kurzfristigen) Schuldtiteln.

Kurzfristige ver-
briefte Finanzie-
rung und Geld-
politik

Die geringe Verbreitung verbrieftener kurzfristiger Finanzierungen und ihre geringe absolute Bedeutung zeigen, daß sich das Störpotential für die Geldpolitik bisher in engen Grenzen gehalten hat. Diese Entwicklung ist kaum als Ergebnis regulatorischer Eingriffe auf den Finanzmärkten anzusehen. Das moderate Wachstum einzelner Marktsegmente – wie etwa des DM-CP-Marktes oder der Geldmarktfonds – zeigt vielmehr, daß die Finanzierungs- und Anlagebedürfnisse offenbar auch vor der Entstehung dieser Märkte recht gut erfüllt wurden. Die untergeordnete Rolle des verbrieften Geldmarktes in Deutschland ist so

betrachtet nicht zuletzt Reflex einer erfolgreichen Geldpolitik, die den Bedarf an kurzfristigen Finanzierungsformen gering gehalten hat. Diese Sichtweise stützt auch ein internationaler Vergleich, der zeigt, daß in einem Umfeld stärker schwankender Inflationsraten (die häufig zugleich das Bankensystem destabilisiert haben) die kurzfristige verbrieftete Mittelbeschaffung tendenziell stärker verbreitet ist als in Ländern mit stabilerer Preisentwicklung.

Angesichts der weitreichenden Veränderungen an den Finanzmärkten – insbesondere der Internationalisierung der Anlagedispositionen bei gleichzeitiger Konzentration der Ersparnisse in den Händen institutioneller Anleger – wäre es kaum noch möglich, dem „short-termism“ durch Regulierungen wirk-

Veränderte
Akzente durch
Internationali-
sierung

sam Grenzen zu setzen. Gleichzeitig erfordert eine international effiziente Kapitallenkung, insbesondere auch den Anlagebedürfnissen institutioneller Akteure Rechnung zu tragen. Eine breite Palette kurzlaufender Finanzinstrumente ist daher nicht nur aus Wettbewerbsgründen von größerer Bedeutung als noch vor wenigen Jahren.

Die Weiterentwicklung des verbrieften Geldmarktes ist allerdings grundsätzlich Aufgabe derjenigen, die um Anlagemittel an den Märkten konkurrieren. Die Geldpolitik schafft für diesen Prozeß angemessene Rahmenbe-

dingungen, indem sie ein stabiles monetäres Umfeld erhält und einer – nach wie vor nicht wünschenswerten – übermäßig starken Kurzfristorientierung im Finanzsektor durch eine glaubwürdige Geldpolitik entgegenwirkt. Gelingt es ihr, die längerfristigen Inflationserwartungen auf niedrigem Niveau zu stabilisieren, so ist dies eine zentrale Voraussetzung für langfristig orientiertes Handeln. Die Notenbank schafft so zugleich die beste Grundlage für effiziente Marktstrukturen und eine organische Entwicklung des verbrieften Geldmarktes.

Rolle der Geldpolitik

Schätzung von Zinsstrukturkurven

Bei der Kommentierung der Kapitalmarktzinssätze für unterschiedliche Laufzeiten wird die Bundesbank in Zukunft auf (geschätzte) Zinsstrukturkurven zurückgreifen. Sie ersetzen die bisherige näherungsweise Darstellung in Form von (geschätzten) Renditenstrukturkurven. Zinsstrukturkurven erlauben im Prinzip eine präzisere Darstellung und Analyse der Erwartungen am Rentenmarkt und gewährleisten eine bessere internationale Vergleichbarkeit der Schätzergebnisse. Darüber hinaus können aus der Struktur der Kassazinssätze unmittelbar (implizite) Terminzinssätze errechnet werden. Im folgenden wird das Verfahren zur Schätzung der Zinsstruktur vorgestellt.

Die Zinsstruktur zeigt den Zusammenhang zwischen den Zinssätzen und Laufzeiten von Nullkuponanleihen ohne Kreditausfallrisiko. Von geldpolitischem Interesse ist sie in erster Linie als Indikator für die am Markt vorherrschenden Zins- und Inflationserwartungen. Ihre Steigung kann Auskunft geben über die erwarteten Veränderungen der Zinssätze oder der Inflationsraten. In den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank wurde sie bislang näherungsweise durch eine (geschätzte) Renditenstrukturkurve abgebildet. An die Stelle dieses Ansatzes tritt künftig eine

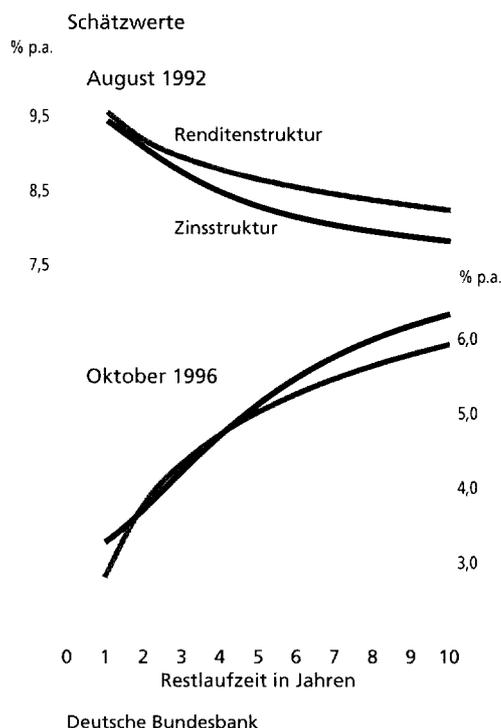
*Zinsstruktur
und Renditen-
struktur*

direkte Schätzung der Zinsstruktur.¹⁾ Diese Darstellung setzt sich mittlerweile international mehr und mehr durch. Sie erlaubt im Prinzip eine präzisere Darstellung und Analyse der Erwartungen und gewährleistet eine bessere internationale Vergleichbarkeit der Schätzergebnisse. Darüber hinaus können aus der Struktur der (Kassa-)Zinssätze unmittelbar (implizite) Terminzinssätze berechnet werden. Letztere enthalten zwar dieselben Informationen wie die Zinsstruktur, doch erlauben sie prinzipiell eine bessere Trennung der Erwartungen über die kurze, mittlere und lange Frist. Im folgenden wird das Verfahren zur Schätzung der Zinsstruktur vorgestellt.²⁾

*Konzeptionelle
Unterschiede
zwischen Zins-
sätzen und
Renditen*

Die Verzinsung einer Kapitalmarktanlage entspricht der (jährlichen) Ertragsrate, die sich aus dem Verhältnis zwischen Rückzahlungswert und aktuellem Kurs ergibt. Eine Zinsberechnung ist einfach, wenn mit einer Schuldverschreibung – wie im Fall von Nullkuponanleihen – nur eine Zahlung verbunden ist. Sobald aber während der Laufzeit mehrere Zahlungen anfallen, wie bei den in Deutschland üblichen Kuponanleihen, kann die Verzinsung der einzelnen Zahlungen – je nach Zahlungszeitpunkt – differieren. Während bei der Renditenberechnung sämtliche Zahlungsströme mit derselben Rate – der Rendite – auf Gegenwartswerte abdiskontiert werden, wird im Rahmen der Zinsstrukturschätzung jeder Zahlungsstrom mit dem Zinssatz abdiskontiert, der – abhängig von Wiederanlagetermin und -frist – nach den gegenwärtigen Marktverhältnissen zu erwarten ist. Bei Kuponanleihen sind Zinsen und Renditen somit nur dann identisch, wenn für sämtliche Laufzeiten ein konstanter Diskontierungssatz gilt,

Zins- und Renditenstruktur in den neunziger Jahren



also eine horizontale Zinsstruktur vorliegt. In diesem Fall stellt die der Berechnung von Renditen zugrundeliegende Wiederanlageprämisse keine einschränkende Annahme dar. Steigen dagegen beispielsweise die Zinsen mit zunehmender Laufzeit, so wird dieser Anstieg durch die Renditenstruktur unterschätzt. Dies bedeutet, daß die Renditen-

1 Die bislang im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik, in der Tabelle II.7e veröffentlichten Ergebnisse der Renditenstrukturschätzung werden ab Oktober 1997 durch die Resultate der Zinsstrukturschätzung ersetzt. Die Renditenstrukturschätzungen werden Interessenten auf Anfrage auch künftig zur Verfügung gestellt. Für das von der Bundesbank verwendete Verfahren zur Schätzung einer Renditenstruktur siehe: Deutsche Bundesbank, Zinsentwicklung und Zinsstruktur seit Anfang der achtziger Jahre; Anhang, Zur Interpretation der Renditenstrukturkurve, Monatsbericht, Juli 1991, S. 40–42.

2 Für eine detaillierte Beschreibung vgl.: Schich, S.T., Schätzung der deutschen Zinsstrukturkurve, Diskussionspapier 4/97, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Oktober 1997.

strukturkurve unterhalb der Zinsstrukturkurve liegt, wenn letztere einen ansteigenden Verlauf aufweist. Umgekehrt ist es bei einem fallenden Verlauf der Renditenstrukturkurve (vgl. Schaubild S. 62). Dies kann die Analyse und Interpretation von Renditenstrukturkurven für geldpolitische Zwecke erschweren. Mit einer Zinsstrukturkurve werden diese Probleme vermieden.

weshalb die Zinssätze iterativ ermittelt werden müssen. Dazu werden aus einer vorgegebenen Zinsstrukturkurve theoretische Renditen errechnet und den beobachteten Umlaufrenditen gegenübergestellt. Die (theoretische) Zinsstruktur wird nun solange variiert, bis die theoretischen Renditen (weitgehend) identisch mit den tatsächlich beobachteten Umlaufrenditen sind.

Schätzung einer kontinuierlichen Zinsstrukturkurve ...

Eine kontinuierliche Zinsstrukturkurve wäre dann am Rentenmarkt direkt beobachtbar, wenn für jede Fristigkeit die Notierung einer (kreditausfall-) risikofreien Nullkuponanleihe vorhanden wäre. Tatsächlich gibt es aber nur eine geringe Zahl solcher Anleihen und damit auch von Beobachtungspunkten. Zwar weisen die Anleihen des Bundes ein vernachlässigbar geringes Kreditausfallrisiko auf und kommen damit dem Ideal (kreditausfall-) risikofreier Anleihen sehr nahe. Doch handelt es sich bei diesen Anleihen überwiegend um Kuponanleihen.³⁾

Für die Schätzung kontinuierlicher Zinsstrukturkurven aus den Renditen von Kuponpapieren muß, ebenso wie im Fall der Schätzung von kontinuierlichen Renditenstrukturkurven, eine Annahme über den funktionalen Zusammenhang zwischen Zinssätzen und Laufzeiten getroffen werden. Diese Entscheidung wird bestimmt vom Verwendungszweck der Schätzungen. Grundsätzlich muß dabei abgewogen werden zwischen der „Glätte“ der geschätzten Kurve auf der einen Seite und ihrer Flexibilität, das heißt der möglichst genauen Beschreibung der beobachteten Daten, auf der anderen Seite. Für die geldpolitische Analyse stellt der von Nelson und Siegel entwickelte und von Svensson erweiterte Ansatz eine gute Kompromißlösung dar.⁴⁾ Hierbei wird der Zinssatz als die Summe aus einer Konstanten und verschiedenen Exponential-

Schätzansatz

... aus Kuponanleihen

Aus den Kursen von Nullkuponanleihen lassen sich relativ einfach die Zinssätze für die entsprechenden Laufzeiten ermitteln, da diese jeweils die einzigen Unbekannten in den Bewertungsgleichungen der Anleihen darstellen. Im Fall einer Kuponanleihe ist dies (sofern die Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt) nicht möglich, da zu unterschiedlichen Zeitpunkten Zahlungen anfallen. Um Zinssätze ermitteln zu können, müssen diese einzelnen Zahlungen nicht mit konstanten, sondern – wie erwähnt – mit laufzeitenspezifischen Zinssätzen abdiskontiert werden. Die Bestimmungsgleichung des Kurses der Kuponanleihe enthält also mehrere Unbekannte,

³ Zwar sind seit Juli dieses Jahres die Trennung und der separate Handel von Kapital- und Zinsansprüchen bei ausgewählten Bundesanleihen möglich (sogenanntes Stripping). Durch das Stripping entsteht prinzipiell eine Vielzahl von zusätzlichen Papieren, die den Charakter von Nullkuponanleihen haben. Doch ist die Liquidität dieser Titel und damit oft auch die Aussagekraft ihrer Kurse im Vergleich zu den traditionellen Kuponanleihen zumindest zum derzeitigen Zeitpunkt noch als eher gering einzuschätzen.

⁴ Nelson, C.R. und A.F. Siegel (1987), Parsimonious modeling of yield curves, *Journal of Business*, 60, 4, S. 473 – 489 und Svensson, L.E.O. (1994), Estimating and interpreting forward interest rates: Sweden 1992 – 94, IWF Working Paper 114, September.

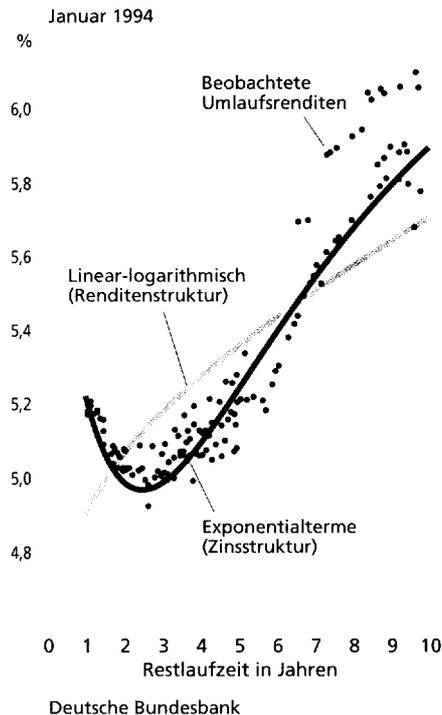
termen (in denen die Restlaufzeit mit negativem Vorzeichen im Exponenten auftritt) sowie als Funktion von insgesamt sechs Parametern definiert:

$$z(T, \beta) = \beta_0 + \beta_1 \left(\frac{1 - \exp(-T/\tau_1)}{T/\tau_1} \right) + \beta_2 \left(\frac{1 - \exp(-T/\tau_1)}{T/\tau_1} - \exp\left(-\frac{T}{\tau_1}\right) \right) + \beta_3 \left(\frac{1 - \exp(-T/\tau_2)}{T/\tau_2} - \exp\left(-\frac{T}{\tau_2}\right) \right).$$

Hier bezeichnen $z(T, \beta)$ den Zinssatz für Laufzeit T als Funktion des Parametervektors β und die Variablen $\beta_0, \beta_1, \beta_2, \beta_3, \tau_1$ und τ_2 die zu schätzenden Parameter dieses Vektors. Die ursprünglich von Nelson und Siegel vorgeschlagene funktionale Form enthält nicht den letzten Term; β_3 ist also auf Null restringiert. Die Erweiterung dieses Ansatzes durch Svensson erlaubt einen zusätzlichen Wendepunkt der geschätzten Kurve.

Eigene Testrechnungen mit Daten für den deutschen Rentenmarkt haben gezeigt, daß die Spezifikation gemäß Svensson gegenüber dem Ansatz von Nelson und Siegel in einigen Fällen günstigere Schätzstatistiken liefert. Allerdings kann in anderen Situationen die Svensson-Spezifikation überparametrisiert sein. In diesen Fällen ist die restringierte Form gemäß Nelson und Siegel ausreichend; auf die Schätzergebnisse hat dies allerdings kaum Auswirkungen. Daher wird in den Bundesbank-Publikationen auf die Spezifikation gemäß Svensson zurückgegriffen, zumal dies eine bessere internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet.

Gegenüberstellung unterschiedlicher Schätzansätze



Der parametrische Ansatz mit Exponentialtermen ist – sowohl in seiner ursprünglichen Formulierung durch Nelson und Siegel als auch in der Erweiterung durch Svensson – ausreichend flexibel, um die am Markt beobachteten Datenkonstellationen wiederzugeben. Dazu gehören monoton steigende oder fallende, U-förmige, invertiert-U-förmige und S-förmige Kurvenverläufe, die mit dem bislang verwendeten linear-logarithmischen Regressionsansatz zum Teil nicht abgebildet werden konnten. Die größere Flexibilität des Ansatzes mit Exponentialtermen gegenüber dem linear-logarithmischen Ansatz zeigt das obenstehende Schaubild am Beispiel des Januar 1994. Die in den Daten zu beobachtende ausgeprägte U-Form wird gut abgebildet, während der linear-logarithmische Ansatz eine monoton steigende Kurve generiert.

Hinreichende Flexibilität ...

*... aber geld-
politisch infor-
mativer, glatter
Kurvenverlauf*

Anders als nichtparametrische Ansätze glättet das oben dargestellte Schätzverfahren einzelne „Zacken“ in der Kurve heraus, so daß die Schätzergebnisse relativ wenig von einzelnen Beobachtungen abhängig sind. Sie sind daher weniger geeignet, um etwa Abnormitäten in einzelnen Laufzeitensegmenten oder bei einzelnen Anleihen zu identifizieren, doch liefern sie Kurvenverläufe, die relativ unabhängig von „Ausreißern“ sind und damit für die geldpolitische Analyse leichter interpretierbar sind. Darüber hinaus ermöglicht die Spezifikation plausible Extrapolationen für die Bereiche, die über die beobachteten Laufzeiten hinausgehen. Die langfristig extrapolierten Zinssätze konvergieren gegen den Wert der Konstanten β_0 , da der Beitrag der Exponentialterme mit zunehmender Laufzeit gegen Null geht. Dieser Grenzwert kann als der sehr langfristige Zinssatz aufgefaßt werden. Demgegenüber können nichtparametrische Schätzansätze oder solche, die mit der Laufzeit linear verbundene Terme enthalten (wie der linear-logarithmische Ansatz), bei langfristiger Extrapolation unplausible Schätzwerte liefern, wie zum Beispiel negative oder unbegrenzt hohe Zinssätze.

nichtlinearen Optimierungsverfahrens ermittelt. Dabei wird als Optimierungskriterium die Minimierung der quadrierten Abweichungen der geschätzten (bzw. aus den theoretischen Kursen ermittelten) von den beobachteten (bzw. aus den beobachteten Kursen ermittelten) Renditen verwendet. Renditenirrtümer werden anstelle von Kursirrtümern minimiert, da es in erster Linie um Zins- und nicht um Kursschätzungen geht und die Minimierung von Kursirrtümern mit relativ großen Renditenabweichungen bei Anleihen mit kurzen (Rest-) Laufzeiten verbunden sein kann. Die Spezifizierung von Nebenbedingungen für einige Parameter gewährleistet, daß die geschätzten Zinssätze positiv sind (z. B. Restriktionen, wonach im Falle des Svensson Ansatzes β_0 , τ_1 und τ_2 größer als Null sind) und daß sich bei Testrechnungen mit historischen Daten stets plausible Kurvenverläufe ergeben.

Üblicherweise wird der Zusammenhang zwischen der Laufzeit und den Zinssätzen in Form der (Kassa-) Zinsstrukturkurve dargestellt; sie zeigt – ausgehend vom gegenwärtigen Zeitpunkt – die Verzinsung von Anlagen mit unterschiedlicher Laufzeit. Aus der Kassazinsstruktur kann (unter der Annahme eines Arbitragegleichgewichts zwischen den Laufzeitenbereichen) aber auch die „implizite“ Verzinsung künftiger Anlagen – bei der derzeitigen Marktkonstellation – abgeleitet werden. Diese Sätze werden als implizite Terminzinsen bezeichnet, da sie nicht direkt beobachtbar sind und die Verzinsung „per Termin“ zeigen. Während beispielsweise der zehnjährige (Kassa-) Zinssatz die Ertragsrate von heute an gerechnet für zehn Jahre ausweist, gibt der einjährige Terminzinssatz in neun

*Darstellungs-
formen*

*Tägliche
Schätzung aus
Kursen von
Bundeswert-
papieren*

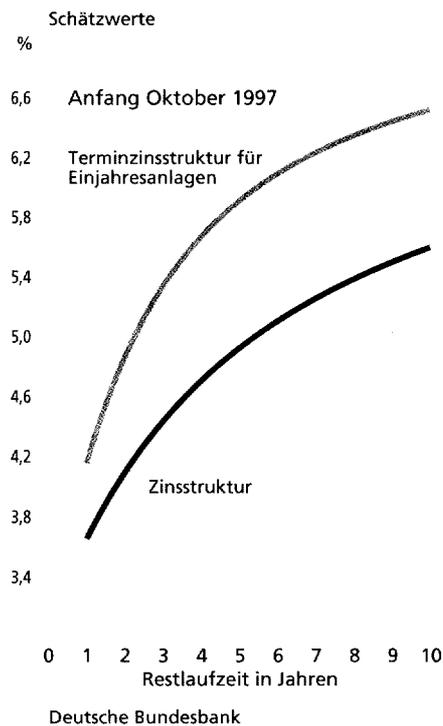
Die Parameter der oben dargestellten Funktion werden täglich geschätzt. Den Schätzungen liegen die Kurse von Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen mit (Rest-) Laufzeiten von mindestens drei Monaten zugrunde. Diese Wertpapiere sind weitgehend homogen und gewährleisten eine ausreichende Besetzungsdichte über das im Mittelpunkt des Interesses stehende Laufzeitenspektrum bis zu zehn Jahren. Die Parameter werden mit Hilfe eines

Jahren die Verzinsung einer einjährigen Anlage im zehnten Jahr an. Die Verzinsung einer Abfolge künftiger Kapitalmarktanlagen zeigt die Terminzinsstruktur (wobei in der Regel einjährige Anlagen unterstellt werden). Sie liegt oberhalb (unterhalb) der Zinsstruktur, wenn letztere ansteigt (abfällt). Die nebenstehende Abbildung verdeutlicht dies.

Der Erwartungshypothese der Zinsstruktur zufolge erbringt eine Geldanlage für einen bestimmten Zeitraum den gleichen erwarteten Ertrag, unabhängig davon, ob sukzessive kurzfristige Anlagen getätigt werden oder ob einmalig eine längerfristige Anlage vorgenommen wird. Unter dieser Voraussetzung entspricht der einjährige (implizite) Terminzinssatz dem für den gleichen Zeitpunkt erwarteten einjährigen (Kassa-) Zinssatz. In diesem Fall gibt die Steigung der Zinsstrukturkurve, gemessen als Differenz der Zinssätze für verschiedene Laufzeiten, Auskunft über die erwarteten durchschnittlichen Veränderungen der kurzfristigen Zinssätze während des entsprechenden Zeitraumes. Der Verlauf der Terminzinsstrukturkurve zeigt dagegen unmittelbar die erwartete künftige Entwicklung der (Kassa-) Zinssätze. Dies ist aus geldpolitischer Sicht interessant, da eine bessere Trennung der Erwartungen über die kurze, mittlere und lange Frist als im Fall der Zinsstrukturkurve möglich ist. Allerdings gelten

*Zinsstruktur,
Terminzinsstruktur
und Erwartungshypothese*

Zins- und Terminzinsstruktur



Einwände gegen eine zu strikte Interpretation der Zinsstrukturkurve im Sinne der Erwartungstheorie eher noch stärker für die Terminzinsstrukturkurve; dabei ist in erster Linie die Existenz zeitvariabler Risiko- und Terminprämien zu nennen, die implizite Terminzinsen stark beeinflussen können. Da einschlägige empirische Untersuchungen die Existenz solcher zeitvariabler Prämien im allgemeinen nicht ablehnen können, sollte die Terminzinsstruktur mit besonderer Vorsicht interpretiert werden.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze	6*
2. Öffentliche Finanzen	6*
3. Außenwirtschaft	6*
4. Auftragseingang und Produktion	7*
5. Arbeitsmarkt	7*
6. Preise	7*

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	8*
2. Konsolidierte Bilanz des Banken- systems	10*
3. Zentralbankgeldbedarf der Banken und liquiditätspolitische Maßnah- men der Deutschen Bundesbank	12*

III. Deutsche Bundesbank

1. Aktiva	14*
2. Passiva	14*

IV. Kreditinstitute

1. Aktiva	16*
2. Passiva	18*
3. Wichtige Aktiva und Passiva nach Bankengruppen	20*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Inland	22*
5. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland	24*
6. Kredite an inländische Nichtbanken	26*
7. Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbau- kredite, Wirtschaftsbereiche	28*

8. Kredite an inländische öffentliche Haushalte	30*
9. Wertpapierbestände	31*
10. Bestände an Schatzwechseln und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen	31*
11. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken	32*
12. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	34*
13. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	34*
14. Spareinlagen und an Nichtbanken abgegebene Sparbriefe	36*
15. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere	36*
16. Kreditzusagen an inländische Unternehmen und Privatpersonen	37*
17. Bilanzunwirksame Geschäfte der inländischen Kreditinstitute, ihrer Auslandsfilialen und Auslands-töchter	37*
18. Aktiva und Passiva der Auslands-filialen und Auslands-töchter in-ländischer Kreditinstitute	38*
19. Bausparkassen	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	41*
2. Reservehaltung	41*

VI. Zinssätze

1. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls	43*
2. Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wert-papiere	43*
3. Sätze der Deutschen Bundesbank bei kurzfristigen Operationen am Geldmarkt	44*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	44*
5. Soll- und Habenzinsen	45*
6. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland	47*
7. Geldmarktsätze im Ausland	47*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	48*
2. Absatz von festverzinslichen Wert-papieren	49*
3. Umlauf von festverzinslichen Wert-papieren	50*
4. Veränderung des Aktienumlaufs	50*
5. Renditen und Indizes inländischer Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Investment-zertifikaten	51*
7. Geldmittel und Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	52*

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	53*
2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	53*
3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	54*
5. Steuereinnahmen nach Arten	55*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	55*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	56*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	58*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	58*
10. Verschuldung des Bundes	59*
11. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	59*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherungen	60*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Bundesanstalt für Arbeit	60*

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*

3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*
5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*
7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz	68*
2. Außenhandel (Spezialhandel) nach Ländergruppen und Ländern	69*
3. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
4. Laufende Übertragungen an das bzw. vom Ausland	70*
5. Vermögensübertragungen	70*
6. Kapitalverkehr mit dem Ausland	71*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
8. Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Unternehmen gegenüber dem Ausland	73*
9. Entwicklung des Außenwerts der D-Mark und fremder Währungen	74*
10. Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse sowie Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	76*

Abkürzungen und Zeichen

- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl
- ts teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten
oder nicht sinnvoll
- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen, saisonbereinigt 1)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung, saisonbereinigt 1) 2)		Zinssätze			
	M3 im Monatsdurchschnitt	M3 erweitert 3)	M2 2)	M1 2)	Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen 4)	Geldkapitalbildung	Tagesgeld	Kontokorrentkredite 5)	Umlaufrendite börsennotierter Bundeswertpapiere	
	Veränderung im Jahresdurchschnitt, in %						% p. a. im Jahresdurchschnitt			
1991	8,8	10,9	8,6	
1992	8,1	9,3	11,7	6,6	11,3	8,0	9,4	12,0	8,0	
1993	7,8	10,2	8,5	9,3	8,7	4,0	7,5	11,1	6,3	
1994	8,9	9,8	6,8	9,8	9,2	6,0	5,3	9,6	6,7	
1995	0,6	1,7	- 5,0	5,0	7,6	9,1	4,5	8,8	6,5	
1996	7,5	5,7	1,3	10,3	7,2	5,5	3,3	7,9	5,6	
	Veränderung gegen 4. Vj. des Vorjahrs, Jahresrate in %						% p. a. im Monatsdurchschnitt			
1996 Sept.	8,3	6,1	4,1	0,2	6,8	6,3	5,1	3,1	7,9	5,6
Okt.	8,3	6,6	3,5	2,7	10,4	5,6	5,1	3,1	7,8	5,3
Nov.	7,9	5,9	3,4	0,2	6,1	5,8	5,0	3,1	8,0	5,3
Dez.	7,9	6,4	4,6	4,1	10,9	7,9	4,8	3,1	7,8	5,2
1997 Jan.	11,7	8,6	6,3	5,2	10,9	7,6	4,3	3,1	7,8	5,1
Febr.	9,1	7,7	6,9	5,2	11,0	8,2	5,0	3,1	7,8	4,9
März	8,3	7,9	7,2	5,9	12,5	8,3	4,4	3,2	7,7	5,1
April	6,7	6,4	6,9	3,8	7,9	8,5	4,4	3,1	7,8	5,2
Mai	7,0	7,2	6,4	7,5	12,4	8,7	4,0	3,0	7,8	5,1
Juni	6,4	6,4	4,9	2,6	6,8	7,2	4,3	3,1	7,7	5,0
Juli	5,7	3,8 p)	3,6	2,5	8,0	7,0	5,4	3,1	7,7	4,9
Aug.	p)	4,3	p)	2,0	6,6 p)	6,3 p)	4,1	3,2	7,7	5,1
Sept.	3,1	7,8	5,1	

1 Ab Januar 1991 einschl. Ostdeutschland. Statistisch bedingte Veränderungen sind ausgeschaltet. — 2 Stand am Monatsende. — 3 Monatsdurchschnitt, gemittelt aus Monatsendständen; ab August 1994 einschl. Geldmarkt-

fonds. — 4 Ohne Bundesbank, einschl. Kredite in Form von Wertpapieren. — 5 Von 1 Mio DM bis unter 5 Mio DM.

2. Öffentliche Finanzen *)

3. Außenwirtschaft

Zeit	Gebietskörperschaften				Sozialversicherungen	Zahlungsbilanz			Wechselkurse 1)	
	Einnahmen	Ausgaben	Finanzierungssaldo	Schuldenstand	Finanzierungssaldo	Leistungsbilanz 2)	Kapitalbilanz		Dollarkurs	Entwicklung des Außenwerts der D-Mark 4)
	Veränderung gegen Vorjahr in %					Mrd DM			DM/US-\$	Ende 1972 = 100
1991	.	.	- 121,8	1 173,9	13,1	- 30,0	- 20,8	52,0	1,66	183,1
1992	12,8	10,0	- 110,4	1 345,2	7,9	- 30,2	31,3	66,7	1,56	188,7
1993	3,1	4,8	- 132,0	1 509,1	2,8	- 23,6	174,9	- 187,9	1,65	193,4
1994	7,0	3,8	- 106,1	1 662,1	1,1	- 33,4	- 59,6	105,0	1,62	193,4
1995	ts) 2,9	ts) 3,2	ts) - 113,0	1 996,0	ts) - 10,5	- 33,8	50,1	2,3	1,43	203,9
1996	ts) - 2,2	ts) - 1,2	ts) - 121,5	p) 2 129,3	ts) - 13,0	- 19,7	47,4	- 29,3	1,50	199,3
1995 2.Vj.	- 3,6	3,9	- 17,7	1 875,5	- 7,4	- 4,2	18,5	- 6,4	1,40	205,3
3.Vj.	7,1	6,7	- 25,0	1 935,8	- 6,9	- 7,3	16,6	0,9	1,43	203,4
4.Vj.	8,5	3,9	- 42,9	1 996,0	5,1	- 12,4	2,0	7,0	1,42	205,0
1996 1.Vj.	- 0,4	0,4	- 24,2	2 013,6	- 6,5	- 5,7	4,9	- 3,5	1,47	202,4
2.Vj.	0,7	0,4	- 16,9	2 027,4	- 5,9	- 6,8	14,1	- 10,2	1,52	198,4
3.Vj.	- 3,8	- 1,6	- 30,0	2 061,0	- 6,6	- 3,8	26,9	- 13,4	1,50	199,5
4.Vj.	- 4,6	- 2,3	- 48,8	p) 2 129,3	5,9	- 4,3	1,5	- 2,2	1,53	197,0
1997 1.Vj.	- 1,7	1,4	- 32,0	p) 2 159,9	- 2,3	- 11,5	- 8,6	15,0	1,66	193,0
2.Vj.	2,6	- 16,3	10,5	1,71	190,3
3.Vj.	1,81	185,8
1997 April	- 11,0	7,6	1,71	191,6
Mai	- 8,0	11,6	1,70	190,6
Juni	2,7	- 8,7	1,73	188,6
Juli	- 8,1	6,8	1,79	185,4
Aug.	p)	- 9,7	...	1,84	184,8
Sept.	1,79	187,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen. — * Ab 1. Vj. 1991 einschl. Ostdeutschland.

1 Monats- bzw. Vierteljahres- und Jahresdurchschnitte. — 2 Vierteljahresangaben saisonbereinigt; Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 3 Einschl. Restposten. — 4 Gewogener Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten

4. Auftragseingang und Produktion *)

Veränderung gegen Vorperiode in % 1)

Zeit	Auftragseingang (Volumen 2))					Produktion				
	Bruttoinlands- produkt 2) 3)	Verarbeitendes Gewerbe			Bauhaupt- gewerbe	insgesamt	Verarbeitendes Gewerbe			Bauhaupt- gewerbe
		insgesamt	aus dem Inland	aus dem Ausland			Vorleistungs- güter- produzenten	Investitions- güter- produzenten	Ge- und Ver- brauchsgüter- produzenten	
1993	- 1,2	- 7,0	- 9,0	- 2,5	4,2	- 7,8	- 6,5	- 10,1	- 7,0	3,2
1994	2,7	7,8	5,2	12,7	7,5	4,2	7,1	2,2	1,8	10,2
1995	1,8	0,0	- 0,3	0,7	- 4,3	2,2	1,4	6,3	- 1,3	- 1,3
1996	1,4	0,1	- 2,9	5,3	- 7,2	0,2	- 1,3	2,7	0,0	- 5,8
1994 3.Vj.	0,5	1,9	1,5	2,1	- 2,9	1,3	1,7	1,3	0,4	0,4
4.Vj.	1,0	3,4	2,6	5,0	6,6	2,6	4,5	1,1	1,4	4,5
1995 1.Vj.	0,0	- 2,5	- 2,5	- 2,3	- 2,9	- 0,4	- 1,9	2,8	- 1,5	- 1,8
2.Vj.	1,0	- 0,4	0,8	- 2,5	- 5,2	- 0,4	0,4	0,7	- 0,1	- 1,8
3.Vj.	- 0,0	- 0,5	- 1,3	0,9	1,1	- 1,0	- 2,1	1,2	- 1,7	- 1,5
4.Vj.	- 0,0	- 2,8	- 3,1	- 2,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	0,1	- 1,9	- 3,1
1996 1.Vj.	- 0,0	0,4	- 1,6	3,8	- 4,2	0,3	- 1,0	0,9	1,8	- 16,4
2.Vj.	1,5	2,9	3,6	2,3	0,9	1,1	1,5	0,5	1,3	21,4
3.Vj.	0,5	0,5	- 1,6	3,7	1,8	1,4	2,0	1,3	- 0,2	0,7
4.Vj.	0,0	0,2	- 0,1	1,0	- 5,9	- 0,3	0,5	0,0	- 1,5	- 1,9
1997 1.Vj.	0,5	1,1	- 0,8	3,9	- 2,1	2,1	1,4	2,1	3,2	- 9,3
2.Vj.	1,0	3,9	3,9	4,3 p)	0,3	0,8	2,5	1,2	- 3,1	1,2
1997 März	.	0,8	0,6	1,6	- 9,5	0,4	- 0,6	- 2,1	5,9	- 0,4
April	.	3,5	3,2	3,9	0,8	- 0,1	1,6	2,7	- 6,8	- 1,7
Mai	.	- 1,2	- 1,1	- 1,4	3,3	- 1,0	- 1,0	- 2,2	0,4	- 3,9
Juni	.	1,8	1,7	2,2 p)	0,5	3,0	3,2	5,1	- 0,1	3,9
Juli	.	1,0	0,9	0,6 p)	- 1,0	4,3	3,7	4,6	5,3	2,8
Aug. p)	.	1,7	- 1,9	7,1	...	- 2,9	- 0,8	- 4,5	- 5,1	- 7,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Deutschland. — 1 Vierteljahres- und Monatswerte saison- und kalenderbereinigt. Jahreswerte der Produktion arbeitstäglich bereinigt. — 2 In Preisen von 1991. —

3 Ab 1995 vorläufig. Vierteljahreswerte auf ganze bzw. halbe Prozentpunkte gerundet. — 4 Vergleich mit 1994 wegen Umstellung der Erhebungen gestört.

5. Arbeitsmarkt *)

6. Preise *)

Zeit	Erwerbstätige (Inlands- konzept) 1)	Arbeitslose	Arbeits- losenquote 2)	Kurzarbeiter 3)	Offene Stellen 4)	Deutschland				Westdeutschland
						Weltmarkt- preise für Rohstoffe 1)	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte 2)	Bau- preinsniveau 3)	Preisindex für die Lebenshaltung	Preisindex für die Lebenshaltung
1992	35 844	2 979	7,8	653	356	- 7,1	1,4	6,1	5,1	4,0
1993	35 221	3 419	8,9	948	279	- 3,3	0,2	4,3	4,5	3,6
1994	34 986	3 698	9,6	372	285	3,2	0,6	2,0	2,7	2,7
1995	34 871	3 612	9,4	199	321	- 2,4	1,8	2,1	1,8	1,7
1996	34 460	3 965	10,4	277	327	8,5	- 0,5	- 0,1	1,5	1,4
1994 4.Vj.	34 981	3 608	9,4	204	319	10,1	1,3	2,2	2,5	2,5
1995 1.Vj.	34 977	3 535	9,2	235	319	8,7	1,7	2,3	2,0	2,0
2.Vj.	34 899	3 557	9,3	213	328	- 2,0	1,9	2,4	1,9	1,9
3.Vj.	34 837	3 635	9,5	140	322	- 8,0	1,9	2,1	1,7	1,6
4.Vj.	34 758	3 738	9,7	207	318	- 7,2	1,4	1,7	1,8	1,5
1996 1.Vj.	34 594	3 874	10,1	372	320	- 2,9	- 0,2	0,8	1,6	1,4
2.Vj.	34 558	3 926	10,3	323	336	6,2	- 0,6	- 0,1	1,6	1,3
3.Vj.	34 438	3 973	10,4	197	328	11,5	- 0,6	- 0,3	1,5	1,4
4.Vj.	34 245	4 100	10,7	217	326	20,1	- 0,3	- 0,6	1,4	1,4
1997 1.Vj.	34 064	4 265	11,1	303	326	20,6	0,7	- 0,4	1,7	1,7
2.Vj.	34 015	4 330	11,3	197	331	12,9	1,2	- 0,6	1,5	1,5
3.Vj.	...	4 438	11,6	111	341	16,2	...	- 0,5	2,0	1,8
1997 April	34 034	4 300	11,2	239	326	9,5	0,9	.	1,4	1,3
Mai	34 014	4 362	11,4	183	331	15,2	1,1	.	1,6	1,5
Juni	33 998	4 385	11,4	168	337	14,3	1,4	.	1,7	1,7
Juli	33 988	4 411	11,5	128	337	17,1	1,4	.	1,9	1,7
Aug.	...	4 463	11,6	95	346	21,1	1,5	.	2,1	2,0
Sept.	...	4 497	11,7	111	345	10,7	1,9	1,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit. — * Deutschland. Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige: Durchschnitt; Jahres- und Vierteljahreswerte: Durchschnitt; Vierteljahres- und Monatswerte saisonbereinigt. — 1 Ab 1995 vorläufig. — 2 Arbeitslose in Prozent aller Erwerbspersonen (ohne Soldaten). — 3 Nicht saisonbereinigt. — 4 Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

Quelle: HWWA-Institut; Statistisches Bundesamt. — * Im Durchschnitt der jeweiligen Periode. — 1 HWWA-Index der Rohstoffpreise (Nahrungs- und Genußmittel, Industrie- und Energierohstoffe), auf DM-Basis. — 2 Im Inlandsabsatz. — 3 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen

2. Konsolidierte Bilanz des Bankensystems *)
Aktiva

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Kredite an inländische Nichtbanken											
	Aktiva insgesamt	insgesamt	Deutsche Bundesbank								Kreditinstitute	
			inländische Nicht- banken insgesamt	öffentliche Haushalte			Post, Telekom			inländische Nicht- banken insgesamt	Unterneh- insgesamt	
				zusammen	Buchkredite sowie Schatz- wechsel und U-Schätze	Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen	zusammen	Buchkredite sowie Schatz- wechsel und U-Schätze			Wert- papiere 1)
1992	4 504,5	3 497,5	19,3	19,0	4,5	5,7	8,7	0,3	-	0,3	3 478,2	2 739,0
1993	5 001,7	3 839,8	13,4	13,1	-	4,4	8,7	0,3	-	0,3	3 826,4	2 986,0
1994	5 277,8	4 149,0	11,9	11,6	-	2,9	8,7	0,3	-	0,3	4 137,2	3 210,9
1995	5 695,7	4 446,5	9,6	9,5	-	0,8	8,7	0,1	-	0,1	4 436,9	3 369,4
1996	6 170,9	4 781,7	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 773,1	3 624,4
1996 Aug.	5 902,9	4 616,5	8,7	8,7	-	0,0	8,7	0,0	-	0,0	4 607,8	3 489,1
Sept.	5 947,0	4 634,6	8,7	8,7	-	0,0	8,7	0,0	-	0,0	4 625,9	3 508,8
Okt.	5 975,4	4 680,5	8,7	8,7	-	0,0	8,7	0,0	-	0,0	4 671,8	3 525,4
Nov.	6 067,6	4 730,8	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 722,1	3 553,0
Dez.	6 170,9	4 781,7	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 773,1	3 624,4
1997 Jan.	6 179,9	4 793,1	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 784,4	3 617,1
Febr.	6 252,4	4 826,7	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 818,1	3 641,3
März	6 303,4	4 863,9	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 855,2	3 664,3
April	6 330,8	4 877,0	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 868,3	3 680,3
Mai	6 349,4	4 900,5	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 891,8	3 697,3
Juni	6 420,2	4 910,3	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 901,6	3 725,3
Juli	6 476,8	4 939,7	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 931,0	3 730,8
Aug.	6 500,1	4 966,4	8,7	8,7	-	-	8,7	-	-	-	4 957,8	3 746,8

Passiva

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Geldmenge M3											Nachrichtlich:	
	Passiva insgesamt	insgesamt	Geldmenge M2								Spar- einlagen inlän- discher Nicht- banken mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist 9)	Geld- menge M3 im Monats- durch- schnitt 10)	Geld- menge M3 erweitert plus Geldmarkt- fonds 11)
			zusammen	Geldmenge M1			Termingelder inlän- discher Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren			darunter Unter- nehmen und Privat- personen 2)			
				zusammen	Bargeld- umlauf (ohne Kassen- bestände der Kredit- institute) 7)	zusammen	Unter- nehmen und Privat- personen 2)	öffentliche Haus- halte 8)	zusammen				
1992	4 504,5	1 718,7	1 196,5	669,6	200,5	469,1	440,7	28,4	527,0	469,7	522,2	1 685,1	1 908,7
1993	5 001,7	1 906,7	1 319,2	726,3	212,0	514,3	486,2	28,2	592,9	531,0	587,4	1 834,4	2 132,5
1994	5 277,8	1 937,0	1 282,7	764,1	225,9	538,2	507,9	30,3	518,6	462,2	654,3	1 900,5	2 214,5
1995	5 695,7	2 007,4	1 257,7	816,1	237,5	578,6	549,3	29,3	441,6	396,5	749,7	1 950,9	2 266,8
1996	6 170,9	2 181,8	1 315,9	916,9	246,8	670,1	639,9	30,2	399,0	362,9	865,8	2 107,2	2 409,4
1996 Aug.	5 902,9	2 029,7	1 212,3	795,7	240,0	555,7	531,7	24,0	416,5	380,3	817,4	2 013,0	2 308,8
Sept.	5 947,0	2 039,0	1 217,2	809,5	240,2	569,4	546,2	23,2	407,6	371,9	821,8	2 023,0	2 310,1
Okt.	5 975,4	2 049,6	1 221,0	821,0	241,2	579,8	554,9	24,9	399,9	368,1	828,7	2 030,6	2 318,6
Nov.	6 067,6	2 084,9	1 251,1	861,5	244,5	617,1	591,0	26,1	389,5	357,8	833,9	2 052,9	2 346,7
Dez.	6 170,9	2 181,8	1 315,9	916,9	246,8	670,1	639,9	30,2	399,0	362,9	865,8	2 107,2	2 409,4
1997 Jan.	6 179,9	2 139,2	1 260,3	848,2	243,0	605,2	581,6	23,5	412,1	377,3	879,0	2 144,7	2 444,5
Febr.	6 252,4	2 141,2	1 255,7	848,4	244,1	604,2	580,6	23,7	407,3	371,5	885,6	2 132,9	2 437,6
März	6 303,4	2 135,9	1 248,5	848,6	246,3	602,3	579,6	22,7	399,9	364,5	887,3	2 127,0	2 433,2
April	6 330,8	2 135,3	1 246,8	850,6	245,6	605,0	581,6	23,3	396,1	363,8	888,5	2 116,3	2 427,6
Mai	6 349,4	2 149,8	1 258,6	859,2	246,2	612,9	588,3	24,7	399,5	361,8	891,2	2 131,5	2 432,6
Juni	6 420,2	2 150,4	1 259,6	873,1	245,6	627,5	602,9	24,6	386,5	351,0	890,8	2 131,0	2 434,1
Juli	6 476,8	2 146,2	1 255,3	870,1	246,6	623,5	600,6	22,9	385,2	351,4	890,9	2 126,3	2 433,6
Aug.	6 500,1	2 152,8	1 259,1	870,3	245,3	625,0	601,4	23,6	388,7	352,6	893,7	2 137,0	...

* Es handelt sich um eine zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute (ohne Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und der Bausparkassen) einschl. der Deutschen Bundesbank (vgl. Tabellen III.1 sowie IV. 1 und 2), ab Juni 1990 einschl. ostdeutscher Kreditinstitute. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ab Januar 1995 sind die Wertpapiere des Bundesbahnvermögens den öffentlichen Haushalten zugeordnet worden. — 2 Einschl. Bundesbahn und Bundespostunter-

nehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost. — 4 Einschl. Schatzwechsel und U-Schätze des Bundes und der Länder, ohne Liquiditätspapiere. — 5 Einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. — 6 Einschl. Gegenposten zum Münzumsatz. — 7 Einschl. der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — 8 Ohne Einlagen des Bundes. (vgl. Anm. 13). — 9 Bis Juni 1993 Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — 10 Geldmenge im monatlichen Durchschnittsstand aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimostände jeweils zur Hälfte angerechnet). — 11 Geldmenge M3 zuzüglich Einlagen

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen

men und Privatpersonen 2)								Auslandsaktiva				Stand am Jahres- bzw. Monatsende
öffentliche Haushalte								insgesamt	Deutsche Bundes- bank	Kredit- insti- tute 5)	Sonstige Aktiva 6)	
kurz- fristig 3)	mittel- und lang- fristig	Wert- papiere	zusammen	kurz- fristig 4)	mittel- und lang- fristig	Wert- papiere	Aus- gleichs- forde- rungen					
571,2	2 077,2	90,6	739,3	26,0	501,7	147,2	64,3	794,1	144,0	650,1	212,9	1992
544,2	2 307,6	134,2	840,4	19,0	552,6	193,5	75,3	950,4	122,8	827,6	211,5	1993
549,1	2 458,7	203,2	926,2	34,4	593,1	230,5	68,1	901,0	116,0	785,0	227,8	1994
584,0	2 592,6	192,9	1 067,5	31,3	730,5	234,4	71,3	990,9	123,3	867,7	258,3	1995
617,2	2 801,3	205,9	1 148,7	45,1	791,1	231,3	81,3	1 109,0	121,0	988,0	280,2	1996
585,3	2 704,1	199,8	1 118,8	32,1	759,7	245,3	81,7	1 022,3	121,6	900,7	264,1	1996 Aug.
594,6	2 715,5	198,7	1 117,1	29,6	766,0	239,7	81,8	1 038,6	123,0	915,5	273,8	Sept.
593,4	2 732,0	200,1	1 146,4	47,9	772,2	244,5	81,8	1 029,4	123,8	905,6	265,5	Okt.
593,8	2 752,0	207,1	1 169,1	56,6	788,9	242,0	81,6	1 065,5	124,7	940,8	271,3	Nov.
617,2	2 801,3	205,9	1 148,7	45,1	791,1	231,3	81,3	1 109,0	121,0	988,0	280,2	Dez.
596,5	2 808,4	212,2	1 167,3	50,0	788,4	249,4	79,5	1 106,4	120,7	985,7	280,4	1997 Jan.
601,7	2 819,2	220,4	1 176,8	54,2	792,4	252,1	78,1	1 139,6	119,9	1 019,6	286,1	Febr.
608,1	2 828,3	227,9	1 190,9	56,9	795,6	260,1	78,3	1 154,9	119,1	1 035,7	284,6	März
599,6	2 846,2	234,6	1 188,0	44,2	806,8	258,6	78,4	1 171,7	118,9	1 052,8	282,1	April
603,5	2 859,1	234,7	1 194,5	42,8	811,2	261,5	79,0	1 167,6	119,7	1 047,9	281,3	Mai
622,5	2 871,6	231,1	1 176,4	26,2	810,8	260,0	79,3	1 223,6	119,1	1 104,5	286,2	Juni
605,7	2 890,7	234,3	1 200,2	43,5	816,1	263,0	77,6	1 249,4	116,6	1 132,8	287,7	Juli
603,2	2 908,3	235,3	1 211,0	44,9	821,4	267,0	77,7	1 239,8	115,0	1 124,8	293,8	Aug.

von inländischen Nichtbanken erworbene Bundesbank-Liquiditäts-U-Schätzts) 12)	Einlagen des Bundes im Bankensystem 13)	Geldkapital inländischer Nichtbanken bei den Kreditinstituten						Auslandspassiva				Stand am Jahres- bzw. Monatsende	
		insgesamt	Termingelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber (einschl. Treuhandkredite)	Spar-einlagen mit Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Spar-briefe	Inhaber-schuld-versehreibungen im Umlauf (netto) 14)	Kapital und Rück-lagen 15)	insgesamt	Deutsche Bundes-bank 16)	Kredit-institute 17)	Über-schuß der Inter-bank-verbind-lichkeiten		Sonstige Passiva
-	0,4	1 988,5	564,3	248,6	240,0	696,0	239,5	456,0	29,2	426,8	23,7	317,3	1992
0,1	13,5	2 146,1	603,1	272,0	219,1	789,8	262,1	536,4	42,4	494,0	28,0	371,1	1993
0,2	3,0	2 338,1	669,5	286,2	206,9	889,3	286,3	613,5	26,7	586,7	17,4	368,9	1994
-	2,2	2 561,3	726,1	296,4	227,4	1 002,6	308,8	710,3	19,0	691,3	13,1	401,4	1995
-	6,7	2 745,0	796,6	277,2	227,8	1 108,5	334,9	780,5	18,3	762,2	12,7	444,4	1996
-	0,0	2 684,4	778,9	276,8	222,2	1 078,2	328,3	738,1	19,4	718,7	12,1	438,5	1996 Aug.
-	0,4	2 693,9	781,5	275,6	222,8	1 084,4	329,6	743,7	18,7	725,0	9,1	460,9	Sept.
-	0,5	2 707,9	785,8	274,7	224,3	1 092,4	330,8	739,6	18,9	720,7	16,1	461,6	Okt.
-	1,1	2 729,0	791,2	274,1	226,1	1 104,9	332,6	769,6	18,5	751,0	11,8	471,2	Nov.
-	6,7	2 745,0	796,6	277,2	227,8	1 108,5	334,9	780,5	18,3	762,2	12,7	444,4	Dez.
-	0,2	2 760,4	801,6	271,0	228,4	1 122,5	336,9	816,5	18,5	798,0	13,3	450,3	1997 Jan.
-	0,1	2 781,4	806,6	269,3	228,7	1 137,2	339,5	854,6	18,9	835,7	17,0	458,2	Febr.
-	0,3	2 799,2	810,9	268,6	229,9	1 149,3	340,6	886,1	18,1	868,0	5,7	476,2	März
-	0,7	2 809,8	814,6	264,7	230,5	1 156,8	343,2	911,2	18,2	893,1	11,4	462,4	April
-	0,2	2 820,2	818,1	261,9	231,2	1 164,2	344,9	921,5	18,3	903,1	5,8	451,9	Mai
-	1,1	2 834,8	818,4	260,0	231,9	1 173,4	351,1	956,4	18,6	937,8	0,5	477,0	Juni
-	0,1	2 854,4	821,8	258,0	232,3	1 186,4	355,9	967,0	18,7	948,3	11,2	497,9	Juli
-	0,1	2 859,8	826,0	255,5	232,5	1 187,4	358,5	970,0	18,8	951,2	14,9	502,5	Aug.

von inländischen Nichtbanken bei Auslandsfilialen und Auslandsstöchern inländischer Kreditinstitute sowie Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf mit Laufzeit bis unter 2 Jahren; gerechnet als Mittel aus zwei Monatsendständen; ab August 1994 zuzüglich inländischer und ausländischer Geldmarktfonds in den Händen inländischer Nichtbanken (bereinigt um die Bankeinlagen und Bankschuldverschreibungen unter 2 Jahren der inländischen Geldmarktfonds). — 12 Enthalten in „Sonstige Passiva“. — 13 Sichteinlagen und Termingelder bis unter 4 Jahre. Bis Dezember 1993 Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte. — 14 Umlauf nach

Abzug der Bankschuldverschreibungen (eigener und fremder Emissionen) im Bestand von Kreditinstituten. Einschl. Bankschuldverschreibungen im Besitz von Banken und Nichtbanken im Ausland. — 15 Bundesbank und Kreditinstitute. Nach Abzug der Aktivposten: nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien und Beteiligungen an inländischen Kreditinstituten. — 16 Einschl. an Geschäftspartner im Ausland abgegebener Liquiditätspapiere sowie des Ausgleichspostens für zugewiesene Sonderziehungsrechte. — 17 Einschl. Betriebskapital der Zweigstellen ausländischer Banken.

III. Deutsche Bundesbank

1. Aktiva

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende bzw. Ausweis- stichtag	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva 1) 2)										Kredite an inländische			
	Aktiva insgesamt	insgesamt	Währungsreserven							Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland	insgesamt	im Offen- marktge- schäft mit Rück- nahme- vereinba- rung an- gekaufte Wert- papiere		
			zusammen	Gold	Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte			Forde- rungen an das Euro- päische Währungs- institut 3)	nach- richtlich: Forde- rungen an das Euro- päische Währungs- institut (brutto) 3)				Devisen und Sorten	
					Ziehungs- rechte in der Reserve- tranche	Kredite aufgrund besonde- rer Kre- ditverein- barungen	Sonder- ziehungs- rechte							
1992	368,3	144,0	12)	141,4	13,7	6,8	—	1,4	33,6	41,7	85,8	2,6	188,9	124,1
1993	405,6	122,8		120,1	13,7	6,8	—	1,7	36,2	48,0	61,8	2,6	257,5	184,5
1994	356,5	116,0	13)	113,6	13,7	6,2	—	1,7	31,7	44,4	60,2	2,4	217,7	146,3
1995	354,4	123,3	14)	121,3	13,7	7,5	—	2,9	28,8	38,4	68,5	2,0	213,1	145,8
1996	366,4	121,0		119,5	13,7	8,5	—	3,0	22,0	33,2	72,4	1,4	226,2	161,6
1996 Dez.	366,4	121,0		119,5	13,7	8,5	—	3,0	22,0	33,2	72,4	1,4	226,2	161,6
1997 Jan.	349,1	120,7		119,2	13,7	8,3	—	3,0	21,6	32,7	72,8	1,4	211,8	147,4
Febr.	351,7	119,9		118,8	13,7	8,2	—	3,0	21,6	32,7	72,3	1,2	215,8	150,0
März	356,0	119,1		118,0	13,7	8,1	—	3,0	21,6	32,7	71,7	1,2	221,2	156,0
April	342,2	118,9		117,7	13,7	8,0	—	3,0	21,3	34,2	71,7	1,2	207,8	143,5
Mai	346,2	119,7		118,5	13,7	8,0	—	3,0	21,3	34,2	72,5	1,2	211,0	146,3
Juni	364,2	119,1		117,9	13,7	8,0	—	3,0	21,3	34,2	71,9	1,2	229,5	150,6
Juli	352,4	116,6		115,5	13,7	8,1	—	3,0	21,4	34,6	69,4	1,2	220,1	151,6
1997 Aug. 7.	349,5	115,5		114,6	13,7	8,1	—	2,9	21,4	34,6	68,5	0,9	218,3	154,2
15.	349,8	115,5		114,6	13,7	8,1	—	3,0	21,4	34,6	68,5	0,9	218,7	154,6
23.	348,4	115,1		114,2	13,7	8,1	—	3,0	21,4	34,6	68,0	0,9	217,6	153,7
31.	350,6	115,0		114,1	13,7	8,2	—	3,0	21,4	34,6	67,8	0,9	219,9	154,5
Sept. 7.	349,4	115,0		114,1	13,7	8,2	—	3,0	21,4	34,6	67,9	0,9	218,7	154,6
15.	349,4	114,8		113,8	13,7	8,2	—	3,0	21,4	34,6	67,6	0,9	218,9	154,8
23.	349,2	115,2		114,3	13,7	8,2	—	3,0	21,4	34,6	68,1	0,9	218,2	154,5
30.	348,4	114,5		113,5	13,7	8,2	—	3,0	21,4	34,6	67,3	0,9	218,2	154,2

2. Passiva

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende bzw. Ausweis- stichtag	Einlagen									
	Passiva insgesamt	Banknoten- umlauf	inländische Kredit- institute	inländische öffentliche Haushalte					inländische Unternehmen und Privat- personen	ausländische Einleger 1)
				zusammen	Bund	Sonder- vermögen des Bundes	Länder	andere öffentliche Einleger 9)		
1992	368,3	213,4	88,9	0,4	0,1	0,0	0,3	0,0	0,8	24,6
1993	405,6	224,3	73,4	13,5	13,0	0,0	0,4	0,1	0,8	22,0
1994	356,5	236,2	56,2	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,7	18,5
1995	354,4	248,4	49,7	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,7	14,8
1996	366,4	260,4	51,9	0,5	0,1	0,0	0,2	0,1	1,2	13,0
1996 Dez.	366,4	260,4	51,9	0,5	0,1	0,0	0,2	0,1	1,2	13,0
1997 Jan.	349,1	250,4	43,6	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5	13,1
Febr.	351,7	251,0	43,9	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,6	13,1
März	356,0	255,7	43,4	0,3	0,1	0,0	0,1	0,1	0,5	12,2
April	342,2	253,5	39,9	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,8	12,2
Mai	346,2	254,0	42,9	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,6	12,2
Juni	364,2	253,6	57,3	0,3	0,1	0,0	0,0	0,1	0,8	12,2
Juli	352,4	254,5	45,5	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,5	12,2
1997 Aug. 7.	349,5	256,5	40,0	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,5	12,2
15.	349,8	254,9	42,5	0,3	0,1	0,0	0,1	0,1	0,6	12,2
23.	348,4	253,1	41,6	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,5	12,3
31.	350,6	253,2	43,4	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	0,5	12,3
Sept. 7.	349,4	255,3	39,8	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5	12,2
15.	349,4	253,1	40,3	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,6	12,3
23.	349,2	250,6	43,0	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,6	12,2
30.	348,4	251,5	41,2	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,8	12,3

1 Die auf Fremdwährung, ECU und SZR lautenden Auslandspositionen der Deutschen Bundesbank werden zu Bilanzkursen ausgewiesen. — 2 Weitere Aufgliederung s. Tab.X, 7 sowie Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht, Tab.II, 6. — 3 Bis 31. Dezember 1993 Forderungen an den EFZW im Rahmen des Europäischen Währungssystems. — 4 Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 5 Die Bundesbank darf mit Inkrafttreten der zweiten Stufe der

Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1994 keine direkten Kredite an öffentliche Stellen mehr gewähren. — 6 Aus der Währungsumstellung von 1948, einschl. unverzinslicher Schuldverschreibungen wegen Geldumstellung in Berlin (West); einschl. der in Schatzwechsel und U-Schätze umgetauschten und abgegebenen Beträge, siehe auch Position „Verbindlichkeiten aus abgegebenen Liquiditätspapieren“. — 7 Ab Januar 1995 sind Anleihen

III. Deutsche Bundesbank

Kreditinstitute					Kredite und Forderungen an inländische öffentliche Haushalte				Wertpapiere			Stand am Jahres- bzw. Monatsende bzw. Ausweisstichtag
Inlandswechsel	Auslandswechsel	Lombardforderungen	nachrichtlich: Kredite an inländische Kreditinstitute ohne angekaufte Geldmarktwechsel	insgesamt	Bund 4) 5)		Länder 5)	Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen von Post, Telekom 7)	Sonstige Aktivpositionen 8)		
					Buchkredite	Ausgleichsforderungen 6)						
50,0	13,2	1,6	188,9	13,2	4,4	8,7	0,2	5,7	0,3	16,2	1992	
47,6	10,5	14,8	257,5	8,7	-	8,7	-	4,4	0,3	11,9	1993	
52,1	9,5	9,8	217,7	8,7	-	8,7	-	2,9	0,3	11,0	1994	
52,2	9,6	5,5	213,1	8,7	-	8,7	-	0,8	0,1	8,5	1995	
52,3	9,0	3,3	226,2	8,7	-	8,7	-	-	-	10,6	1996	
52,3	9,0	3,3	226,2	8,7	-	8,7	-	-	-	10,6	1996 Dez.	
54,9	8,8	0,8	211,8	8,7	-	8,7	-	-	-	7,9	1997 Jan.	
54,9	9,1	1,9	215,8	8,7	-	8,7	-	-	-	7,3	Febr.	
55,5	9,2	0,5	221,2	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	März	
55,5	8,7	0,1	207,8	8,7	-	8,7	-	-	-	6,8	April	
55,9	8,6	0,2	211,0	8,7	-	8,7	-	-	-	6,8	Mai	
55,8	8,4	14,6	229,5	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	Juni	
56,0	7,9	4,5	220,1	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	Juli	
56,1	7,8	0,2	218,3	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	1997 Aug. 7.	
56,2	7,8	0,1	218,7	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	15.	
56,1	7,8	0,0	217,6	8,7	-	8,7	-	-	-	6,9	23.	
56,3	7,9	1,2	219,9	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	31.	
56,4	7,8	0,0	218,7	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	Sept. 7.	
56,3	7,8	0,1	218,9	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	15.	
55,9	7,8	0,0	218,2	8,7	-	8,7	-	-	-	7,0	23.	
55,5	8,2	0,4	218,2	8,7	-	8,7	-	-	-	7,1	30.	

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus abgegebenen Liquiditätspapieren 10)	Verbindlichkeiten gegenüber dem Europäischen Währungs-institut 1)	Ausgleichs-posten für zugeteilte Sonder-ziehungs-rechte 1)	Rück-stellungen	Grund-kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Nachrichtlich:			Stand am Jahres- bzw. Monatsende bzw. Ausweisstichtag
							Bargeldumlauf		Festge-setzte Rediskont-kontin-gente 11)	
							insgesamt	darunter Scheide-münzen		
-	2,0	-	2,7	9,2	9,6	16,8	227,3	13,9	64,4	1992
-	26,2	-	2,9	9,8	11,2	21,4	238,6	14,3	65,3	1993
-	6,0	-	2,7	11,3	11,8	12,8	250,9	14,7	65,6	1994
-	1,6	-	2,6	10,0	12,4	14,2	263,5	15,1	65,6	1995
-	2,6	-	2,7	10,1	13,0	11,1	275,7	15,4	65,9	1996
-	2,6	-	2,7	10,1	13,0	11,1	275,7	15,4	65,9	1996 Dez.
-	2,6	-	2,7	10,1	13,0	12,9	265,5	15,2	65,9	1997 Jan.
-	3,1	-	2,7	10,1	13,0	14,0	266,2	15,2	65,9	Febr.
-	3,3	-	2,7	10,1	13,0	15,0	271,0	15,3	65,8	März
-	3,3	-	2,7	11,0	13,6	5,0	268,9	15,3	65,8	April
-	3,5	-	2,7	11,0	13,6	5,6	269,4	15,4	65,8	Mai
-	3,7	-	2,7	11,0	13,6	9,0	269,0	15,4	65,8	Juni
-	3,8	-	2,7	11,0	13,6	8,4	269,9	15,4	65,8	Juli
-	3,8	-	2,7	11,0	13,6	8,9	271,9	15,4	.	1997 Aug. 7.
-	3,8	-	2,7	11,0	13,6	8,3	270,3	15,4	.	15.
-	3,9	-	2,7	11,0	13,6	9,4	268,5	15,4	.	23.
-	3,8	-	2,7	11,0	13,6	9,9	268,6	15,4	65,8	31.
-	3,8	-	2,7	11,0	13,6	10,3	270,7	15,4	.	Sept. 7.
-	3,8	-	2,7	11,0	13,6	11,8	268,5	15,4	.	15.
-	3,9	-	2,7	11,0	13,6	11,5	266,0	15,4	.	23.
-	3,9	-	2,7	11,0	13,6	11,1	267,0	15,4	...	30.

und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundeseisenbahnvermögens den öffentlichen Haushalten (Sondervermögen des Bundes) zugeordnet. — 8 Enthält u.a. die Ausweispositionen „Deutsche Scheidemünzen“ und „Sonstige Aktiva“; bis einschl. März 1995 auch „Postgiroguthaben“. — 9 Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Sozialversicherung. — 10 Bis Oktober 1992 Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 11 Ohne Sonder-

rediskontlinie zur Finanzierung von Exportaufträgen (vgl. Kreditpolitische Regelungen der Deutschen Bundesbank). Von Juli 1990 bis Oktober 1992 einschl. der für ostdeutsche Kreditinstitute festgesetzten Refinanzierungskontingente. — 12 Abgang in Höhe von 4,4 Mrd DM durch Neubewertung. — 13 Abgang in Höhe von 2,7 Mrd DM durch Neubewertung. — 14 Abgang in Höhe von 2,5 Mrd DM durch Neubewertung.

IV. Kreditinstitute

Wechsel- diskont- kredite	Treuhand- kredite 4)	Schatz- wechsel und bör- senfähige Geldmarkt- papiere von Nicht- banken 8)	Wert- papiere von Nicht- banken	Ausgleichs- forde- rungen 9)	Mobilisie- rungs- und Liquiditäts- papiere (Schatz- wechsel und U- Schätze) 10)	Schuldver- schrei- bungen eigener Emissionen	Beteili- gungen 11)	Sach- anlagen	Sonstige Aktivposi- tionen 12)	Nachrichtlich:		Zeit
										Wechselbestand		
										insgesamt	darunter bei Zentral- notenban- ken refin- anzierbare Wechsel 13)	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
59,7	75,5	4,3	130,4	2,4	2,0	9,5	37,3	40,9	42,8	18,1	8,6	1987
59,3	76,4	4,5	151,9	2,2	1,5	11,7	39,9	41,8	44,0	16,1	8,8	1988
61,2	79,5	5,0	162,3	1,9	0,9	10,5	47,2	42,4	49,9	13,5	7,5	1989
63,8	85,8	20,3	195,8	1,7	1,4	12,5	60,5	43,1	122,1	16,4	9,7	1990
64,9	88,6	13,1	212,7	2,4	3,9	18,9	64,0	45,4	147,2	12,3	7,3	1991
54,2	94,3	10,0	283,0	64,3	-	27,1	75,1	49,9	97,6	12,6	6,5	1992
46,6	97,0	5,6	390,7	75,3	8,2	33,4	89,6	53,1	85,3	9,2	4,2	1993
47,7	101,7	2,8	500,3	68,1	0,3	27,7	104,7	56,4	93,4	10,1	5,1	1994
48,7	104,8	3,1	507,0	71,3	-	36,4	122,0	61,2	106,5	11,3	6,1	1995
46,8	118,7	10,8	541,1	81,3	-	37,5	135,5	64,6	116,8	10,1	5,3	1996
50,3	101,5	3,2	534,5	81,5	-	44,2	125,7	58,2	108,8	11,4	6,3	1996 März
51,4	101,7	4,2	550,3	81,2	-	44,5	126,4	58,9	103,7	11,9	6,8	April
52,1	102,6	4,0	546,6	83,5	-	46,4	127,3	59,7	105,3	12,6	7,5	Mai
52,2	118,4	4,0	542,0	83,4	-	44,9	127,2	60,4	104,5	12,5	7,5	Juni
52,3	116,4	6,3	540,6	81,7	-	46,3	129,3	61,5	99,6	12,7	7,7	Juli
53,0	117,1	5,1	539,3	81,7	-	44,8	129,8	62,5	102,0	12,9	7,8	Aug.
51,5	116,6	5,5	537,9	81,8	-	45,7	129,9	63,2	106,6	12,1	7,1	Sept.
51,5	117,2	10,1	548,1	81,8	-	44,9	130,7	64,3	103,6	11,9	6,9	Okt.
51,6	117,8	11,8	552,7	81,6	-	45,2	131,1	65,3	103,7	11,9	7,0	Nov.
46,8	118,7	10,8	541,1	81,3	-	37,5	135,5	64,6	116,8	10,1	5,3	Dez.
49,1	118,9	11,1	568,6	79,5	-	36,0	135,4	62,2	120,2	11,1	6,4	1997 Jan.
49,4	119,7	12,5	588,4	78,1	-	38,7	135,9	61,8	123,2	11,6	6,8	Febr.
50,1	120,1	12,5	606,8	78,3	-	40,3	136,5	61,8	121,0	11,9	7,2	März
50,6	120,1	11,2	618,3	78,4	-	41,0	137,1	62,5	117,8	12,1	7,4	April
50,2	121,1	11,0	618,0	79,0	-	41,7	140,1	63,2	114,9	11,6	7,0	Mai
49,9	120,4	11,3	620,5	79,3	-	42,9	141,3	64,1	120,5	11,9	7,1	Juni
50,7	120,3	11,6	635,9	77,6	-	45,5	142,2	65,0	121,4	11,9	6,9	Juli
51,0	121,3	12,0	639,0	77,7	-	46,1	142,4	65,8	128,2	12,3	7,4	Aug.
Veränderungen *)												
- 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 24,2	- 0,3	- 0,6	+ 2,1	+ 3,1	+ 0,9	+ 1,1	- 2,0	+ 0,2	1988
+ 2,6	+ 3,2	+ 0,5	+ 12,0	- 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 7,3	+ 0,6	+ 5,6	- 2,6	- 1,3	1989
+ 2,6	+ 6,5	+ 2,8	+ 36,8	- 0,3	+ 0,6	+ 2,0	+ 11,7	- 0,8	+ 11,2	+ 3,0	+ 2,2	1990
+ 1,1	- 0,3	- 7,3	+ 21,5	- 0,3	+ 2,5	+ 6,4	+ 5,8	+ 2,3	+ 11,8	- 4,1	- 2,4	1991
- 10,8	+ 3,4	- 3,2	+ 71,2	- 1,0	- 3,9	+ 8,1	+ 11,7	+ 3,5	+ 3,6	+ 0,3	- 0,9	1992
- 7,5	+ 2,3	- 4,9	+ 121,5	- 11,4	+ 8,2	+ 6,2	+ 14,0	+ 3,2	+ 7,4	- 3,4	- 2,3	1993
+ 1,1	+ 0,9	- 2,8	+ 91,8	- 6,9	- 7,9	- 5,7	+ 15,5	+ 3,3	+ 5,2	+ 0,9	+ 0,9	1994
+ 1,0	+ 7,1	+ 0,4	+ 19,0	- 1,2	- 0,3	+ 8,7	+ 17,7	+ 4,8	+ 33,1	+ 1,2	+ 1,0	1995
- 1,9	+ 1,0	+ 7,8	+ 32,0	+ 8,0	-	+ 1,1	+ 12,4	+ 3,4	+ 10,6	- 1,2	- 0,8	1996
+ 0,7	- 3,2	- 0,4	+ 11,9	- 0,2	-	- 0,9	+ 1,0	- 0,2	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,0	1996 März
+ 1,1	+ 0,0	+ 1,0	+ 14,6	- 0,3	-	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	- 5,1	+ 0,4	+ 0,6	April
+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	- 3,6	+ 0,4	-	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,7	Mai
+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 4,3	- 0,1	-	- 1,5	- 0,0	+ 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,1	Juni
+ 0,1	+ 0,1	+ 2,4	- 0,7	- 1,7	-	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,1	- 5,0	+ 0,2	+ 0,2	Juli
+ 0,7	+ 0,7	- 1,3	- 1,4	- 0,0	-	- 1,5	+ 0,4	+ 0,9	+ 2,4	+ 0,1	+ 0,1	Aug.
- 1,5	- 0,6	+ 0,4	- 2,1	+ 0,1	-	+ 0,8	- 0,1	+ 0,8	+ 4,6	- 0,8	- 0,8	Sept.
+ 0,0	+ 0,7	+ 4,6	+ 10,3	- 0,0	-	- 0,7	+ 0,7	+ 1,1	- 3,0	- 0,1	- 0,1	Okt.
+ 0,1	+ 0,5	+ 1,7	+ 4,1	- 0,2	-	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	Nov.
- 4,8	+ 0,9	- 1,1	- 11,8	- 0,3	-	- 7,7	+ 4,3	- 0,7	+ 13,5	- 1,8	- 1,7	Dez.
+ 2,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 26,8	- 1,8	-	- 1,5	- 0,1	- 2,4	+ 3,4	+ 1,1	+ 1,1	1997 Jan.
+ 0,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 19,2	- 1,4	-	+ 2,8	+ 0,2	- 0,4	+ 3,0	+ 0,5	+ 0,4	Febr.
+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 18,7	+ 0,3	-	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,1	- 2,3	+ 0,4	+ 0,5	März
+ 0,4	- 0,1	- 1,5	+ 10,9	+ 0,0	-	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,7	- 3,2	+ 0,2	+ 0,2	April
- 0,4	+ 1,0	- 0,1	- 0,5	+ 0,6	-	+ 0,7	+ 3,0	+ 0,7	- 2,9	- 0,5	- 0,4	Mai
- 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,3	-	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,8	+ 5,7	+ 0,3	+ 0,1	Juni
+ 0,7	- 0,2	- 0,0	+ 14,0	- 1,8	-	+ 2,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 0,2	Juli
+ 0,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,2	-	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,8	+ 6,7	+ 0,4	+ 0,5	Aug.

börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 7 Einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 8 Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen (ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere); bis November 1993 ohne börsenfähige Geldmarktpapiere. — 9 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. — 10 Ab November 1992 nur Liquiditätspapiere. — 11 Einschl. den Aus-

landsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital; ab Dezember 1993 einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 12 Einschl. des nicht eingezahlten Kapitals und der eigenen Aktien. Von Juni 1990 bis November 1993 einschl. rechnerischer Ausgleichsposten der ostdeutschen Kreditinstitute aus der Währungsumstellung (1. Juli 1990: 53,9 Mrd DM). — 13 Bis November 1993: bundesbankfähige Wechsel.

IV. Kreditinstitute

2. Passiva *)

Mrd DM

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten 2) 3)										Einlagen und aufgenommene Kredite von			
	Geschäfts- volumen 1)	insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- einlagen 4)	Treuhand- kredite 5)	weitergegebene Wechsel			insgesamt	Sicht- einlagen	Termin- einlagen	Spar- einlagen		
						zusammen	darunter:							
							eigene Akzepte im Umlauf	Indossa- mentsver- bindlich- keiten 6)						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1987	3 748,8	874,1	127,4	652,4	24,5	69,8	7,8	61,4	1 884,3	269,2	648,9	716,3		
1988	3 984,2	1 001,5	133,0	775,4	24,2	68,9	7,4	60,9	1 982,7	293,0	700,5	737,5		
1989	4 277,3	1 099,1	151,2	848,4	25,8	73,7	6,2	67,1	2 098,7	313,4	800,9	715,2		
1990	5 243,8	1 495,6	311,0	1 060,1	31,2	93,4	28,5	64,5	2 417,5	436,2	918,4	765,0		
1991	5 573,5	1 502,8	285,7	1 097,4	32,0	87,8	11,7	75,8	2 555,7	442,9	1 038,0	764,8		
1992	5 950,8	1 563,3	367,9	1 084,4	32,9	78,0	17,3	60,4	2 696,2	484,1	1 105,3	785,0		
1993	6 592,2	1 723,3	463,1	1 154,0	37,1	69,2	16,9	52,0	2 950,9	530,5	1 238,9	877,2		
1994	6 952,8	1 830,3	454,3	1 260,5	40,2	75,2	20,0	54,9	3 057,2	560,8	1 239,5	959,4		
1995	7 538,9	2 003,1	480,8	1 404,8	42,0	75,6	20,3	54,9	3 245,6	602,0	1 256,1	1 067,1		
1996	8 292,4	2 217,6	548,2	1 538,0	56,0	75,4	20,3	54,8	3 515,1	709,4	1 317,3	1 165,8		
1996 März	7 690,4	2 036,8	461,2	1 458,9	40,3	76,3	19,7	56,1	3 266,4	561,6	1 287,0	1 102,7		
April	7 734,1	2 046,5	470,3	1 458,9	40,4	76,9	19,7	56,8	3 281,1	570,8	1 288,8	1 107,7		
Mai	7 754,7	2 036,6	466,8	1 451,4	40,9	77,6	20,3	56,9	3 293,0	572,2	1 295,9	1 110,5		
Juni	7 821,0	2 068,5	492,1	1 440,8	57,9	77,7	20,2	57,0	3 298,2	582,4	1 288,9	1 111,9		
Juli	7 819,6	2 043,3	452,6	1 456,7	56,5	77,6	20,4	56,8	3 307,9	579,4	1 300,5	1 113,2		
Aug.	7 873,7	2 065,4	463,0	1 467,7	56,9	77,9	20,4	57,1	3 320,8	579,1	1 309,9	1 116,1		
Sept.	7 955,8	2 082,9	483,5	1 466,8	55,7	76,8	20,1	56,4	3 339,0	598,3	1 305,0	1 119,4		
Okt.	8 012,3	2 111,7	495,3	1 483,4	56,2	76,8	20,0	56,5	3 349,9	605,5	1 300,8	1 125,4		
Nov.	8 187,2	2 202,3	527,6	1 541,0	56,3	77,5	19,8	57,2	3 398,0	650,2	1 297,2	1 130,0		
Dez.	8 292,4	2 217,6	548,2	1 538,0	56,0	75,4	20,3	54,8	3 515,1	709,4	1 317,3	1 165,8		
1997 Jan.	8 273,9	2 202,5	530,0	1 538,6	56,3	77,7	21,2	56,1	3 480,1	638,0	1 345,8	1 172,8		
Febr.	8 390,8	2 264,5	575,4	1 555,0	56,5	77,6	21,4	55,8	3 497,5	644,5	1 351,2	1 177,6		
März	8 474,7	2 300,5	585,0	1 580,9	56,2	78,4	21,7	56,3	3 497,0	639,8	1 352,5	1 178,8		
April	8 514,8	2 320,1	563,0	1 623,3	56,3	77,5	21,1	56,1	3 506,3	643,2	1 361,2	1 175,9		
Mai	8 572,0	2 356,1	576,7	1 645,0	56,6	77,8	21,3	56,1	3 522,4	651,0	1 368,7	1 175,7		
Juni	8 689,4	2 417,1	632,0	1 651,4	56,7	77,1	21,0	55,8	3 530,0	667,1	1 362,6	1 173,2		
Juli	8 755,4	2 413,4	608,2	1 671,3	56,6	77,3	20,6	56,4	3 541,3	665,7	1 376,2	1 171,3		
Aug.	8 800,2	2 438,0	609,9	1 693,8	56,6	77,7	21,0	56,3	3 545,4	664,1	1 381,0	1 171,7		
Veränderungen *)														
1988	+ 232,4	+ 123,6	+ 4,9	+ 120,0	- 0,4	- 0,9	- 0,4	- 0,5	+ 96,3	+ 23,2	+ 50,2	+ 21,2		
1989	+ 303,0	+ 100,2	+ 18,8	+ 74,2	+ 1,7	+ 5,5	- 1,2	+ 6,9	+ 117,5	+ 20,9	+ 101,3	- 22,3		
1990	+ 454,5	+ 111,8	- 93,7	+ 179,1	+ 6,6	+ 19,8	+ 22,3	- 2,4	+ 138,0	+ 33,3	+ 114,1	- 37,2		
1991	+ 375,0	+ 44,1	- 3,6	+ 52,6	+ 0,6	- 5,6	- 16,8	+ 11,2	+ 134,6	+ 4,4	+ 119,4	+ 1,9		
1992	+ 414,1	+ 81,0	+ 81,3	+ 7,7	+ 1,7	- 9,8	+ 5,6	- 15,4	+ 158,5	+ 37,8	+ 92,1	+ 19,8		
1993	+ 648,5	+ 169,1	+ 89,2	+ 88,2	+ 0,5	- 8,8	- 0,4	- 8,4	+ 251,1	+ 44,8	+ 125,3	+ 92,1		
1994	+ 389,0	+ 118,0	- 0,1	+ 109,0	+ 3,2	+ 6,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 108,0	+ 32,2	+ 4,5	+ 82,4		
1995	+ 668,2	+ 205,3	+ 28,3	+ 176,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 206,1	+ 51,1	+ 29,5	+ 107,8		
1996	+ 715,9	+ 187,1	+ 63,7	+ 123,8	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 263,1	+ 106,0	+ 56,6	+ 98,6		
1996 März	+ 48,5	+ 12,4	- 10,4	+ 24,2	- 1,8	+ 0,4	- 0,4	+ 0,7	- 0,2	- 4,2	- 0,1	+ 6,9		
April	+ 31,9	+ 3,2	+ 7,2	- 4,7	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,7	+ 12,3	+ 8,6	- 0,6	+ 5,0		
Mai	+ 19,4	- 9,9	- 3,5	- 7,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 11,8	+ 1,3	+ 7,0	+ 2,9		
Juni	+ 53,0	+ 17,4	+ 25,7	- 9,6	+ 1,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 5,8	+ 10,3	- 6,5	+ 1,4		
Juli	+ 10,0	- 18,3	- 37,9	+ 19,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 12,4	- 2,4	+ 13,3	+ 1,2		
Aug.	+ 52,6	+ 21,1	+ 10,2	+ 10,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 12,6	- 0,4	+ 9,1	+ 2,9		
Sept.	+ 73,4	+ 12,8	+ 19,2	- 4,1	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 0,7	+ 16,7	+ 18,7	- 6,4	+ 3,3		
Okt.	+ 58,6	+ 29,8	+ 12,1	+ 17,3	+ 0,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 11,5	+ 7,3	- 3,8	+ 6,0		
Nov.	+ 169,9	+ 88,2	+ 31,5	+ 56,0	+ 0,0	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 46,8	+ 44,4	- 4,6	+ 4,6		
Dez.	+ 103,0	+ 13,9	+ 20,0	- 4,1	+ 0,1	- 2,1	+ 0,4	- 2,4	+ 115,7	+ 59,0	+ 19,4	+ 35,7		
1997 Jan.	- 30,2	- 21,7	- 20,3	- 3,9	+ 0,2	+ 2,3	+ 0,9	+ 1,3	- 37,8	- 72,2	+ 26,4	+ 7,0		
Febr.	+ 106,5	+ 56,3	+ 43,4	+ 12,8	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,3	+ 15,0	+ 5,8	+ 3,8	+ 4,9		
März	+ 87,5	+ 37,8	+ 10,4	+ 26,9	- 0,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	- 4,5	+ 2,2	+ 1,1		
April	+ 33,3	+ 14,6	- 23,8	+ 39,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,2	+ 8,9	+ 2,8	+ 7,7	- 2,8		
Mai	+ 59,1	+ 37,4	+ 13,7	+ 23,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 16,3	+ 7,9	+ 7,5	- 0,3		
Juni	+ 107,5	+ 54,9	+ 53,1	+ 2,8	- 0,3	- 0,7	- 0,3	- 0,4	+ 5,8	+ 15,4	- 7,6	- 2,4		
Juli	+ 48,7	- 13,2	- 27,1	+ 13,9	- 0,1	+ 0,2	- 0,4	+ 0,6	+ 6,7	- 2,6	+ 10,4	- 1,9		
Aug.	+ 54,0	+ 29,2	+ 3,4	+ 25,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 6,7	- 0,9	+ 6,7	+ 0,3		

* Ohne Passiva der Auslandsfilialen (s. Tab. IV. 18) sowie der Bausparkassen (s. Tab. IV. 19). Ab Juni 1990 einschl. Passiva der ostdeutschen Kreditinstitute. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 S. Tab. IV. 1, Anm. 1, S. 16*/17*. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namens-

schuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 3 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmeverpflichtung an die Bundesbank verkauften Wertpapieren. — 5 Bis November 1993: durchlaufende Kredite. — 6 Einschl. den Kreditnehmern abgerechneter eigener Ziehungen im Umlauf. — 7 Einschl. Verbindlichkeiten gegen-

IV. Kreditinstitute

Nichtbanken 2) 7)							Nachrichtlich:					Zeit
Sparbriefe 8)	Treuhandkredite 5)	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 9)	Rückstellungen	Wertberichtigungen 10)	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 11)	Sonstige Passivpositionen 12)	Bilanzsumme	Nachrangige Verbindlichkeiten 13)	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	Verbindlichkeiten aus unechten Pensionsgeschäften		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
192,1	57,8	712,0	37,3	8,3	137,4	95,4	3 686,8	-	151,6	0,8	1987	
192,4	59,3	705,5	38,9	6,0	145,3	104,2	3 922,6	-	157,8	1,0	1988	
207,2	62,0	759,8	38,4	3,1	161,0	117,2	4 209,8	-	168,8	0,9	1989	
230,5	67,3	900,3	40,2	18,1	198,7	173,3	5 178,9	-	181,1	1,0	1990	
240,6	69,3	1 039,0	51,5	34,8	218,0	171,6	5 497,3	-	199,8	0,9	1991	
245,0	76,8	1 155,0	59,3	38,8	245,2	193,0	5 890,0	-	216,5	0,6	1992	
225,2	79,2	1 312,0	63,9	51,9	266,3	223,7	6 539,8	48,2	245,8	0,6	1993	
213,1	84,4	1 428,1	62,3	45,2	292,8	237,0	6 897,6	58,5	267,3	0,5	1994	
234,3	86,0	1 596,5	68,4	42,5	316,5	266,3	7 483,6	72,7	293,5	0,2	1995	
234,7	87,9	1 795,1	71,5	39,7	341,3	312,1	8 237,3	85,6	352,1	0,8	1996	
228,4	86,7	1 670,5	76,2	40,5	324,6	275,4	7 633,9	75,9	304,2	0,2	1996 März	
227,6	86,2	1 685,3	75,7	40,5	326,5	278,4	7 676,9	77,0	304,3	0,2	April	
227,8	86,7	1 703,1	75,9	40,4	329,2	276,5	7 697,4	77,7	308,2	0,2	Mai	
227,9	87,1	1 710,5	74,9	40,4	332,9	295,6	7 763,6	78,0	307,9	0,3	Juni	
228,3	86,5	1 720,7	73,8	40,2	334,2	299,4	7 762,4	79,7	306,4	0,2	Juli	
228,9	86,8	1 732,5	73,1	40,3	335,0	306,6	7 816,3	80,4	307,0	0,2	Aug.	
229,4	86,9	1 756,6	73,0	39,9	336,3	328,0	7 899,1	81,7	310,2	0,2	Sept.	
230,9	87,4	1 771,2	72,6	39,8	337,6	329,6	7 955,5	82,7	316,2	0,2	Okt.	
232,7	88,0	1 797,1	70,9	39,8	339,5	339,5	8 129,6	84,4	319,6	0,3	Nov.	
234,7	87,9	1 795,1	71,5	39,7	341,3	312,1	8 237,3	85,6	352,1	0,8	Dez.	
235,1	88,5	1 820,5	76,1	40,2	343,4	311,1	8 217,4	87,8	357,8	0,3	1997 Jan.	
235,4	88,8	1 848,7	79,3	40,5	346,0	314,2	8 334,6	89,8	362,3	0,3	Febr.	
236,5	89,4	1 878,2	81,2	40,5	347,8	329,5	8 418,0	93,9	358,9	0,3	März	
237,1	88,8	1 892,0	80,9	40,5	350,0	325,1	8 458,4	96,2	363,9	0,3	April	
237,9	89,1	1 906,0	79,2	40,5	352,1	315,6	8 515,4	97,2	361,9	0,4	Mai	
238,6	88,5	1 926,9	78,5	40,5	358,3	338,1	8 633,4	98,4	360,8	0,4	Juni	
239,2	88,9	1 959,2	77,6	40,5	363,0	360,4	8 698,8	100,3	366,5	0,4	Juli	
239,3	89,2	1 969,3	76,9	40,5	365,9	364,2	8 743,5	100,1	363,5	0,3	Aug.	
Veränderungen *)												
+ 0,3	+ 1,4	- 6,5	+ 1,5	- 2,2	+ 8,6	+ 11,1	+ 232,9	-	+ 6,4	+ 0,2	1988	
+ 14,8	+ 2,8	+ 54,3	- 0,5	- 2,9	+ 15,6	+ 18,7	+ 296,3	-	+ 11,6	- 0,1	1989	
+ 23,3	+ 4,6	+ 140,5	+ 1,3	+ 0,0	+ 16,4	+ 46,4	+ 457,0	-	+ 11,5	+ 0,1	1990	
+ 10,1	- 1,1	+ 138,7	+ 11,3	+ 16,7	+ 18,6	+ 10,9	+ 363,8	-	+ 18,7	- 0,1	1991	
+ 4,4	+ 4,4	+ 115,9	+ 4,3	+ 4,2	+ 21,6	+ 28,7	+ 429,5	-	+ 16,7	- 0,3	1992	
- 13,3	+ 2,2	+ 159,6	+ 4,6	+ 14,0	+ 22,2	+ 27,8	+ 656,9	+ 0,0	+ 29,3	- 0,0	1993	
- 12,2	+ 1,1	+ 117,4	+ 0,4	- 4,1	+ 31,9	+ 17,3	+ 386,1	+ 10,3	+ 21,6	- 0,1	1994	
+ 12,4	+ 5,4	+ 168,5	+ 4,8	- 1,9	+ 23,9	+ 61,5	+ 668,2	+ 14,2	+ 26,2	- 0,2	1995	
+ 0,6	+ 1,3	+ 198,3	+ 2,1	- 0,2	+ 24,3	+ 41,1	+ 716,0	+ 12,9	+ 58,7	+ 0,6	1996	
- 1,0	- 1,9	+ 12,9	+ 1,4	+ 0,1	+ 3,5	+ 18,4	+ 47,7	+ 1,1	+ 1,6	- 0,0	1996 März	
- 0,8	+ 0,1	+ 14,8	- 0,4	- 0,0	+ 1,9	+ 0,1	+ 31,3	+ 1,1	+ 0,1	- 0,0	April	
+ 0,2	+ 0,5	+ 17,8	- 0,9	- 0,1	+ 2,7	- 2,0	+ 19,2	+ 0,7	+ 3,9	- 0,0	Mai	
+ 0,2	+ 0,4	+ 7,4	- 1,0	+ 0,0	+ 3,6	+ 19,7	+ 52,9	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	Juni	
+ 0,4	- 0,1	+ 10,2	- 1,1	- 0,2	+ 1,4	+ 5,6	+ 10,2	+ 1,8	- 1,5	- 0,0	Juli	
+ 0,6	+ 0,4	+ 11,8	- 0,7	+ 0,1	+ 0,8	+ 6,8	+ 52,3	+ 0,7	+ 0,6	-	Aug.	
+ 1,1	+ 0,0	+ 23,5	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 19,6	+ 74,1	+ 1,3	+ 3,2	- 0,0	Sept.	
+ 1,4	+ 0,5	+ 14,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,3	+ 2,0	+ 58,5	+ 1,0	+ 6,0	- 0,0	Okt.	
+ 1,8	+ 0,5	+ 25,9	- 1,6	- 0,0	+ 1,9	+ 8,7	+ 169,1	+ 1,7	+ 3,4	+ 0,1	Nov.	
+ 1,6	- 0,0	- 1,6	+ 0,5	- 0,1	+ 1,8	- 27,3	+ 105,5	+ 1,2	+ 32,6	+ 0,5	Dez.	
+ 0,5	+ 0,5	+ 25,3	+ 4,6	+ 0,5	+ 2,0	- 3,2	- 31,6	+ 2,2	+ 5,6	- 0,5	1997 Jan.	
+ 0,3	+ 0,2	+ 28,2	+ 3,2	+ 0,4	+ 2,7	+ 0,8	+ 106,8	+ 2,0	+ 4,6	- 0,0	Febr.	
+ 1,1	+ 0,7	+ 29,5	+ 0,6	+ 0,0	+ 3,1	+ 15,8	+ 87,0	+ 4,1	- 3,5	+ 0,0	März	
+ 0,6	+ 0,7	+ 13,8	- 0,3	- 0,0	+ 2,1	- 5,9	+ 33,6	+ 2,3	+ 5,1	- 0,0	April	
+ 0,7	+ 0,4	+ 14,1	- 1,7	- 0,0	+ 2,2	- 9,2	+ 58,9	+ 1,1	- 2,1	+ 0,1	Mai	
+ 0,7	- 0,3	+ 20,9	- 0,8	+ 0,0	+ 6,2	+ 20,5	+ 107,9	+ 1,1	- 1,1	+ 0,0	Juni	
+ 0,6	+ 0,2	+ 32,3	- 0,8	+ 0,0	+ 4,6	+ 19,2	+ 48,2	+ 1,9	+ 5,7	+ 0,0	Juli	
+ 0,2	+ 0,5	+ 10,1	- 0,7	- 0,1	+ 2,9	+ 5,8	+ 54,0	- 0,2	- 3,0	- 0,1	Aug.	

über inländischen Bausparkassen. — 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 9 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. — 10 Ab Januar 1990 einschl. aller un-
versteuerten Pauschalwertberichtigungen sowie Einzelwertberichtigungen für Länderrisiken, die davor hauptsächlich unter den „Sonstigen Passiva“ aus-

gewiesen wurden. — 11 Einschl. Genußrechtskapital (Ende 1996: 37,7 Mrd DM). Ab Dezember 1993 einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 12 Einschl. „Sonderposten mit Rücklageanteil“. Ab Juni 1990 einschl. rechnerischer Ausgleichsposten der ostdeutschen Kreditinstitute aus der Währungs-
umstellung (1. Juli 1990: 30,1 Mrd DM). — 13 Erst ab Dezember 1993 gesondert erfragt.

IV. Kreditinstitute

3. Wichtige Aktiva und Passiva nach Bankengruppen *)

Mrd DM

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Geschäftsvolumen	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Kreditinstitute			Kredite an Nichtbanken					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Kreditinstituten		Buchkredite mit Befristung		Wechseldiskontkredite	Wertpapiere von Nichtbanken		
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
1997 Juni	3 480	8 689,4	91,7	2 901,4	2 096,2	760,2	5 327,5	681,1	3 765,0	49,9	620,5	141,3	227,5
Juli	3 463	8 755,4	78,2	2 924,3	2 098,8	779,8	5 378,8	684,9	3 797,9	50,7	635,9	142,2	231,9
Aug.	3 453	8 800,2	77,1	2 938,8	2 104,4	789,5	5 401,8	680,5	3 820,3	51,0	639,0	142,4	240,0
Kreditbanken													
1997 Juni	328	2 205,6	31,7	640,8	508,0	124,5	1 391,0	337,8	784,9	28,9	202,3	76,7	65,5
Juli	326	2 228,1	24,1	657,7	515,7	133,2	1 401,5	336,4	790,0	29,4	208,7	77,6	67,2
Aug.	325	2 213,4	22,8	648,4	507,8	132,1	1 395,0	328,2	793,6	29,5	207,1	77,4	69,7
Großbanken ¹⁾													
1997 Juni	3	860,2	18,5	230,8	181,6	48,1	547,3	162,3	282,4	13,2	82,6	48,5	15,1
Juli	3	872,8	16,4	237,9	182,6	54,0	553,8	157,1	284,3	13,4	91,3	49,2	15,4
Aug.	3	863,9	13,8	236,5	181,4	53,9	546,9	151,6	285,0	13,3	89,6	49,8	16,9
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ²⁾													
1997 Juni	187	1 138,8	11,7	298,9	230,1	62,2	762,2	139,7	476,8	12,0	105,1	27,6	38,3
Juli	187	1 151,2	6,7	311,6	239,7	65,0	765,1	144,1	480,5	12,3	100,2	27,9	39,9
Aug.	187	1 145,7	8,2	302,5	231,4	64,2	767,3	142,7	483,3	12,3	101,0	27,1	40,7
Zweigstellen ausländischer Banken													
1997 Juni	77	157,2	0,6	94,3	84,0	10,1	51,8	21,8	13,7	2,7	12,5	0,0	10,5
Juli	76	154,6	0,3	90,9	80,7	10,1	52,9	21,2	13,2	2,6	15,0	0,0	10,5
Aug.	75	154,8	0,3	92,5	82,5	9,8	51,4	20,1	13,3	2,7	14,5	0,0	10,6
Privatbankiers ³⁾													
1997 Juni	61	49,4	0,9	16,9	12,4	4,1	29,6	13,9	12,0	1,1	2,2	0,5	1,6
Juli	60	49,5	0,7	17,2	12,8	4,1	29,7	14,0	12,1	1,1	2,2	0,5	1,5
Aug.	60	49,0	0,6	17,0	12,5	4,1	29,5	13,8	11,9	1,1	2,1	0,5	1,5
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)													
1997 Juni	13	1 584,0	4,0	717,6	614,5	100,4	792,0	60,9	560,7	4,8	90,8	30,2	40,2
Juli	13	1 590,9	2,9	715,5	609,9	102,5	803,3	65,8	565,8	4,8	92,4	29,1	40,2
Aug.	13	1 605,9	2,0	719,1	614,8	101,4	814,0	72,5	569,6	4,9	91,8	29,3	41,5
Sparkassen													
1997 Juni	600	1 628,3	29,2	402,2	121,2	275,8	1 144,9	140,7	831,3	8,5	139,7	13,7	38,3
Juli	598	1 632,6	27,8	405,4	121,9	278,1	1 147,4	138,5	836,6	8,7	139,6	13,8	38,2
Aug.	598	1 645,4	27,8	413,5	126,9	281,3	1 151,0	136,4	841,3	8,7	140,6	13,9	39,4
Genossenschaftliche Zentralbanken (einschl. Deutsche Genossenschaftsbank)													
1997 Juni	4	312,6	1,4	203,2	133,6	66,2	89,4	14,2	34,9	2,1	22,7	9,8	8,9
Juli	4	315,0	1,2	205,2	134,3	67,6	90,9	14,8	35,6	2,1	23,1	9,9	7,9
Aug.	4	320,5	1,6	206,8	132,1	71,4	94,0	13,4	36,6	2,2	25,8	10,0	8,0
Kreditgenossenschaften													
1997 Juni	2 483	940,5	17,0	240,7	108,6	126,2	652,2	103,2	458,6	5,1	76,8	5,1	25,6
Juli	2 470	942,4	15,8	243,5	108,7	129,0	652,6	101,3	462,3	5,2	75,2	5,1	25,4
Aug.	2 461	946,4	16,4	244,7	107,8	131,0	654,6	100,2	464,6	5,2	76,1	5,1	25,5
Realkreditinstitute													
1997 Juni	34	1 213,3	0,3	261,3	246,5	14,2	915,4	14,3	863,3	0,2	30,4	3,8	32,6
Juli	34	1 235,1	0,2	264,3	249,3	14,5	930,7	13,7	872,0	0,2	37,9	4,6	35,3
Aug.	34	1 249,3	0,3	267,3	251,9	14,9	939,9	13,4	877,7	0,2	41,7	4,6	37,3
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben ⁴⁾													
1997 Juni	18	805,0	8,1	435,5	363,7	52,8	342,7	10,1	231,2	0,3	57,7	2,1	16,5
Juli	18	811,4	6,2	432,8	359,0	54,8	352,4	14,3	235,5	0,3	59,0	2,1	17,8
Aug.	18	819,3	6,2	438,9	363,1	57,3	353,4	16,4	237,0	0,3	55,9	2,2	18,6
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁵⁾													
1997 Juli	152	398,9	1,9	185,0	150,4	29,9	187,8	54,0	79,1	5,9	44,9	2,1	22,0
Aug.	151	400,0	3,1	184,5	151,4	28,4	188,3	52,8	79,5	6,0	46,1	2,1	22,0
darunter Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁶⁾													
1997 Juli	76	244,3	1,6	94,1	69,7	19,8	134,9	32,8	65,9	3,3	29,9	2,1	11,6
Aug.	76	245,2	2,8	92,0	68,9	18,5	136,9	32,7	66,2	3,3	31,7	2,1	11,3

* Ohne Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen. Statistisch bedingte Veränderungen sind hier nicht angemerkt, s. Veränderungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht – Bankenstatistik. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anmerkungen zur Tabelle IV. 1 Aktiva und IV. 2 Passiva, S. 16* ff.. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG. — 2 Einschl. Privatbankiers, die nicht die Rechtsform eines Einzelkaufmanns oder einer Personenhandels-

IV. Kreditinstitute

Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen)	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	Sichteinlagen	darunter:			insgesamt	Spareinlagen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen			Termineinlagen mit Befristung von	1 Monat bis unter 3 Monate	3 Monaten bis unter 4 Jahren								
Alle Bankengruppen															
2 417,1	632,0	1 651,4	3 530,0	667,1	309,5	123,6	929,4	1 173,2	907,2	238,6	1 926,9	358,3	457,0	1997 Juni	
2 413,4	608,2	1 671,3	3 541,3	665,7	310,5	125,4	940,3	1 171,3	907,3	239,2	1 959,2	363,0	478,6	Juli	
2 438,0	609,9	1 693,8	3 545,4	664,1	311,6	125,1	944,3	1 171,7	910,2	239,3	1 969,3	365,9	481,6	Aug.	
Kreditbanken															
862,4	301,1	520,4	758,8	246,8	113,6	42,7	167,7	151,0	111,5	28,2	262,1	127,6	194,8	1997 Juni	
850,9	281,8	528,2	768,2	246,8	117,4	45,2	171,2	150,2	110,9	28,1	267,7	129,5	211,7	Juli	
839,3	273,5	524,9	761,5	241,9	115,7	44,5	172,0	150,0	110,7	28,0	267,6	131,8	213,3	Aug.	
Großbanken ¹⁾															
319,1	132,4	172,8	364,8	123,1	62,5	24,2	56,1	84,3	58,7	10,1	45,7	59,8	70,8	1997 Juni	
311,8	118,5	179,2	368,8	123,1	63,8	26,1	57,7	83,5	57,8	10,1	48,3	60,5	83,5	Juli	
308,3	119,9	174,4	362,3	118,6	63,0	25,3	57,9	82,9	57,1	10,1	48,1	62,7	82,4	Aug.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ²⁾															
401,1	132,0	247,9	353,4	104,1	43,5	15,0	107,7	62,8	49,8	16,2	214,5	62,3	107,5	1997 Juni	
401,8	128,8	251,6	357,5	103,2	45,7	15,7	109,4	62,9	50,0	16,1	217,7	63,5	110,7	Juli	
393,3	117,9	254,1	358,4	103,8	44,9	15,7	110,0	63,3	50,6	16,0	217,7	63,6	112,7	Aug.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
130,2	33,3	93,4	10,1	5,2	1,0	1,2	2,3	0,0	0,0	0,1	0,8	2,2	13,8	1997 Juni	
125,7	31,4	91,0	10,9	5,7	1,3	1,1	2,4	0,0	0,0	0,1	0,9	2,2	14,9	Juli	
125,9	32,8	89,8	10,3	5,2	1,2	1,2	2,4	0,0	0,0	0,1	0,9	2,3	15,5	Aug.	
Privatbankiers ³⁾															
11,9	3,4	6,3	30,5	14,4	6,5	2,3	1,6	3,8	3,0	1,8	1,0	3,3	2,7	1997 Juni	
11,6	3,0	6,4	31,0	14,8	6,6	2,3	1,6	3,8	3,0	1,8	0,9	3,3	2,6	Juli	
11,7	2,9	6,5	30,5	14,3	6,6	2,3	1,6	3,8	3,0	1,8	0,9	3,3	2,7	Aug.	
Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)															
589,0	165,4	412,0	343,1	34,3	10,9	12,9	214,8	20,4	19,2	1,1	553,6	53,5	44,8	1997 Juni	
586,1	161,3	413,4	343,2	32,8	10,8	12,9	216,5	20,4	19,2	1,1	560,3	54,4	46,9	Juli	
602,0	163,2	427,2	344,4	32,3	10,6	12,6	218,5	20,4	19,2	1,1	561,1	54,7	43,7	Aug.	
Sparkassen															
315,0	43,8	247,8	1 083,0	214,4	94,2	22,0	14,0	598,8	449,9	137,8	96,4	66,3	67,6	1997 Juni	
315,6	41,0	250,8	1 083,1	215,9	93,0	22,1	14,0	597,8	450,1	138,4	96,6	66,9	70,5	Juli	
320,7	43,6	253,3	1 089,8	219,3	94,8	23,2	14,0	598,0	452,1	138,7	96,5	67,0	71,4	Aug.	
Genossenschaftliche Zentralbanken (einschl. Deutsche Genossenschaftsbank)															
199,5	66,6	125,3	29,7	6,1	1,5	4,0	18,0	0,0	0,0	0,1	55,2	12,4	15,9	1997 Juni	
201,3	68,2	125,6	28,9	5,2	1,4	3,9	18,3	0,0	0,0	0,1	56,2	12,6	16,1	Juli	
206,7	71,0	128,1	28,4	4,6	1,7	3,5	18,5	0,0	0,0	0,1	56,8	12,6	15,9	Aug.	
Kreditgenossenschaften															
124,0	11,7	96,2	693,0	131,4	83,9	35,4	30,2	343,7	276,8	67,8	48,5	45,9	29,1	1997 Juni	
124,4	11,2	96,8	691,7	132,0	82,4	35,1	30,2	343,5	277,1	67,8	48,8	46,1	31,3	Juli	
125,3	11,1	97,8	694,3	133,9	83,1	35,1	30,2	343,7	277,9	67,8	49,1	46,3	31,3	Aug.	
Realkreditinstitute															
137,2	17,5	116,7	298,4	3,6	1,2	1,3	288,1	0,3	0,3	0,3	708,3	28,1	41,4	1997 Juni	
143,5	19,1	121,4	298,8	2,8	1,1	1,3	289,5	0,3	0,2	0,3	724,8	28,5	39,5	Juli	
147,5	21,8	122,7	299,1	2,7	1,1	1,3	289,8	0,3	0,2	0,3	731,7	28,5	42,5	Aug.	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben ⁴⁾															
190,1	26,0	133,2	324,0	30,5	4,3	5,3	196,6	59,0	49,5	3,4	202,8	24,5	63,5	1997 Juni	
191,6	25,5	135,1	327,4	30,1	4,4	4,9	200,6	59,1	49,7	3,4	204,9	25,0	62,6	Juli	
196,5	25,6	139,9	327,8	29,4	4,6	4,9	201,4	59,3	50,0	3,5	206,4	25,0	63,5	Aug.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁵⁾															
237,0	74,2	151,5	86,6	32,2	9,6	4,9	17,5	13,9	8,3	5,4	19,0	15,4	40,8	1997 Juli	
235,5	74,3	149,9	87,1	32,4	9,6	5,2	17,7	13,7	8,2	5,4	20,6	15,5	41,3	Aug.	
darunter Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁶⁾															
111,3	42,8	60,5	75,7	26,5	8,3	3,8	15,1	13,8	8,2	5,3	18,2	13,2	25,9	1997 Juli	
109,6	41,5	60,0	76,8	27,2	8,4	4,0	15,3	13,7	8,2	5,3	19,7	13,2	25,9	Aug.	

gesellschaft haben. — 3 Nur Kreditinstitute in der Rechtsform des Einzelkaufmanns oder der Personenhandels-gesellschaft; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Deutsche Postbank AG. — 5 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe

(rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“, „Privatbankiers“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Kreditinstitute

4. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Inland *)

Mrd DM

Zeit	Kassenbestand an inländischen Noten und Münzen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Kreditinstitute 1)					Kredite an inländische Nichtbanken 6)					Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken 7)						
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite 2)	Wechseldiskontkredite	Treuhandkredite 3)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Kreditinstituten 4)	Wertpapiere von Kreditinstituten 5)	insgesamt	Buchkredite	Wechseldiskontkredite	Treuhandkredite 3)							

* Ohne Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen (s. Tab. IV. 18) sowie der Bausparkassen (s. Tab. IV. 19). Ab Juni 1990 einschl. Aktiva und Passiva der ostdeutschen Kreditinstitute. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht be-

sonders angemerkt. — 1 Ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 2 Einschl. Post giroguthaben und Forderungen aus Namensschuldverschreibungen. — 3 Bis November 1993 durchlaufende Kredite. — 4 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten (s. a. Anm. 5). — 5 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 6 Einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 7 Schatzwechsel

IV. Kreditinstitute

7. Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd DM

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände)

Zeit	darunter: Kredite für den Wohnungsbau				Kredite an Unternehmen und Selbständige								Verkehr und Nach- richtenübermittlung		Finanzierungs- institutionen 3) und Versicherungs- gewerbe
	insgesamt	zusammen	Hypo- thekar- kredite auf Wohn- grund- stücke	sonstige Kredite für den Wohn- ungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohn- ungsbau	Verarbei- tetes Gewerbe	Energie- und Wasser- versor- gung, Berg- bau 1)	Bau- gewerbe	Handel 2)	Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei und Fischzucht	zusammen	darunter Deutsche Bahn, Post, Telekom		
														Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)	
Kredite insgesamt															
1994	3 007,3	1 201,4	727,1	474,3	1 884,6	462,6	315,3	54,2	106,8	291,9	55,3	93,9	38,1	78,1	
1995	3 175,9	1 303,8	807,8	496,0	1 965,3	481,8	316,9	61,9	117,2	310,6	56,9	76,1	14,1	87,5	
1996 Juni	3 261,0	1 344,8	836,9	507,9	2 020,1	495,6	327,2	62,9	122,0	311,2	57,4	73,4	10,4	97,0	
Sept.	3 309,2	1 376,6	857,1	519,5	2 044,0	508,9	322,8	62,7	121,6	317,5	58,6	73,8	11,5	95,9	
Dez.	3 417,4	1 433,7	887,1	546,5	2 111,1	534,7	320,6	64,1	121,0	323,2	58,9	75,4	10,6	101,8	
1997 März	3 435,0	1 449,1	900,0	549,2	2 122,0	540,1	322,0	64,1	122,7	322,3	58,8	76,6	10,2	103,4	
Juni	3 493,0	1 474,5	919,7	554,8	2 156,7	548,4	322,5	65,2	124,5	324,0	59,7	77,5	10,3	110,8	
Kurzfristige Kredite															
1994	548,6	29,1	-	29,1	463,6	20,9	112,8	4,5	34,5	119,0	9,5	10,0	0,5	17,3	
1995	583,3	33,4	-	33,4	495,3	24,4	116,9	5,7	39,6	122,3	9,1	12,7	1,9	17,6	
1996 Juni	595,8	31,4	-	31,4	511,4	22,9	124,1	6,4	43,0	120,4	9,4	11,9	0,5	24,6	
Sept.	593,7	32,4	-	32,4	507,6	23,9	119,2	5,7	41,6	123,5	9,4	12,1	1,4	21,5	
Dez.	616,2	35,9	-	35,9	524,5	26,8	116,2	6,5	38,7	126,1	9,2	11,7	0,4	23,3	
1997 März	606,7	34,7	-	34,7	520,9	26,4	120,4	6,8	40,6	124,5	8,9	13,0	0,8	23,6	
Juni	621,4	34,9	-	34,9	533,0	26,5	121,0	6,8	41,0	125,2	9,3	12,4	0,7	28,2	
Mittelfristige Kredite															
1994	228,3	46,0	-	46,0	150,3	24,9	19,6	1,9	11,3	17,4	4,4	11,9	5,6	13,3	
1995	214,1	39,7	-	39,7	135,2	16,6	18,4	2,2	11,3	18,0	4,4	8,1	1,3	15,3	
1996 Juni	213,4	39,0	-	39,0	134,1	16,0	19,4	2,1	11,0	17,4	4,5	8,0	0,9	15,5	
Sept.	215,2	39,9	-	39,9	135,2	16,4	18,8	2,0	10,9	17,9	4,7	7,9	0,7	15,7	
Dez.	215,8	41,5	-	41,5	135,6	17,3	18,4	1,8	10,5	17,4	4,7	8,0	0,6	15,8	
1997 März	212,1	40,6	-	40,6	133,2	16,7	18,2	1,7	10,2	17,0	4,6	7,9	0,5	15,8	
Juni	213,5	40,9	-	40,9	134,0	16,8	18,2	1,7	10,2	16,8	4,7	8,0	0,4	16,1	
Langfristige Kredite															
1994	2 230,3	1 126,4	727,1	399,3	1 270,7	416,8	182,9	47,8	61,1	155,5	41,5	72,0	32,0	47,5	
1995	2 378,5	1 230,7	807,8	422,9	1 334,8	440,7	181,6	54,0	66,2	170,3	43,3	55,2	11,0	54,6	
1996 Juni	2 451,9	1 274,4	836,9	437,5	1 374,6	456,8	183,7	54,3	68,0	173,3	43,6	53,5	9,0	56,9	
Sept.	2 500,3	1 304,3	857,1	447,1	1 401,2	468,6	184,7	54,9	69,1	176,1	44,5	53,8	9,4	58,7	
Dez.	2 585,5	1 356,3	887,1	469,1	1 451,1	490,7	186,0	55,8	71,7	179,6	45,1	55,6	9,7	62,7	
1997 März	2 616,2	1 373,8	900,0	473,9	1 467,9	497,0	183,4	55,6	71,9	180,8	45,3	55,7	8,9	64,0	
Juni	2 658,1	1 398,7	919,7	479,1	1 489,8	505,0	183,3	56,7	73,3	182,1	45,8	57,0	9,3	66,5	
Kredite insgesamt															
Veränderungen im Vierteljahr *)															
1996 3.Vj.	+ 47,5	+ 31,3	+ 18,8	+ 12,5	+ 23,2	+ 12,9	- 4,4	- 0,2	- 0,5	+ 6,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,1	- 1,1	
4.Vj.	+ 104,3	+ 55,1	+ 29,4	+ 25,7	+ 63,2	+ 24,1	- 1,9	+ 1,4	- 0,5	+ 5,9	+ 0,3	+ 1,6	- 0,7	+ 5,9	
1997 1.Vj.	+ 17,4	+ 16,5	+ 13,6	+ 2,9	+ 10,3	+ 6,3	+ 3,1	- 0,0	+ 2,4	- 1,0	- 0,1	+ 1,2	- 0,5	+ 1,6	
2.Vj.	+ 56,7	+ 25,4	+ 19,5	+ 5,9	+ 34,3	+ 9,0	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,3	- 0,2	+ 6,9	
Kurzfristige Kredite															
1996 3.Vj.	- 2,1	+ 1,0	-	+ 1,0	- 3,9	+ 1,0	- 4,8	- 0,7	- 1,5	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,9	- 3,0	
4.Vj.	+ 22,9	+ 3,5	-	+ 3,5	+ 17,3	+ 3,0	- 2,9	+ 0,8	- 2,7	+ 2,8	- 0,2	- 0,4	- 1,0	+ 1,8	
1997 1.Vj.	- 10,3	- 1,4	-	- 1,4	- 4,5	- 0,7	+ 4,2	+ 0,3	+ 1,8	- 1,6	- 0,3	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,2	
2.Vj.	+ 13,7	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 11,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 4,6	
Mittelfristige Kredite															
1996 3.Vj.	+ 1,8	+ 0,9	-	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,4	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,3	+ 0,2	
4.Vj.	+ 0,7	+ 1,5	-	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	
1997 1.Vj.	- 3,7	- 0,9	-	- 0,9	- 2,4	- 0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,0	
2.Vj.	+ 1,4	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	- 0,2	+ 0,3	
Langfristige Kredite															
1996 3.Vj.	+ 47,8	+ 29,4	+ 18,8	+ 10,6	+ 26,0	+ 11,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,1	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,7	
4.Vj.	+ 80,8	+ 50,0	+ 29,4	+ 20,6	+ 45,5	+ 20,2	+ 1,4	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,5	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,4	+ 4,0	
1997 1.Vj.	+ 31,3	+ 18,7	+ 13,6	+ 5,1	+ 17,1	+ 7,5	- 0,9	- 0,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,8	+ 1,4	
2.Vj.	+ 41,6	+ 24,9	+ 19,5	+ 5,5	+ 22,4	+ 8,8	- 0,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,1	+ 2,0	

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen sowie der Bausparkkassen; einschl. Kredite an Bausparkkassen. Ab Juni 1990 einschl. Kredite der ostdeutschen Kreditinstitute. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Ab März 1995 werden die Daten auf der Grundlage der „Klassifikation der Wirtschaftszweige“ des Statistischen Bundesamtes, Aus-

gabe 1993 (WZ 93) erhoben und veröffentlicht. Der Übergang von der „alten“ zur „neuen“ Klassifikation hatte eine Vielzahl von Umsetzungen zwischen den einzelnen Bereichen und Branchen zur Folge. Die daraus resultierenden Brüche konnten nur teilweise in den Veränderungen statistisch bereinigt werden. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als

IV. Kreditinstitute

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 4)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
889,1	213,1	37,7	217,5	662,0	125,3	1 092,5	729,3	363,2	160,9	39,4	30,2	9,4	1994	
938,2	217,6	41,3	216,4	703,3	131,3	1 184,3	813,7	370,6	182,1	40,5	26,3	8,3	1995	
969,0	227,7	45,0	224,0	713,4	134,7	1 214,6	841,1	373,5	187,4	40,4	26,4	8,0	1996 Juni	
991,1	235,4	45,2	232,4	722,9	135,3	1 238,8	859,6	379,2	190,2	42,3	26,4	8,1	Sept.	
1 046,1	249,9	47,6	247,4	750,2	136,2	1 279,3	890,5	388,8	192,5	42,2	27,0	8,4	Dez.	
1 052,1	253,3	48,8	249,8	752,5	138,8	1 285,6	900,4	385,3	193,1	40,6	27,4	8,6	1997 März	
1 072,5	258,8	52,2	255,9	761,6	140,4	1 309,3	917,6	391,7	197,1	42,2	27,0	8,6	Juni	
Kurzfristige Kredite														
156,1	21,8	14,2	43,2	101,6	32,3	82,3	8,1	74,2	3,0	39,4	2,7	0,1	1994	
171,4	29,0	15,5	43,9	105,8	34,9	85,6	8,9	76,8	4,0	40,5	2,4	0,1	1995	
171,6	29,3	17,5	43,9	101,3	35,8	81,8	8,5	73,4	3,6	40,4	2,5	0,1	1996 Juni	
174,5	30,8	17,2	46,3	100,4	35,1	83,9	8,4	75,5	3,6	42,3	2,3	0,1	Sept.	
192,7	33,4	18,7	53,0	107,7	34,3	89,2	9,0	80,2	3,9	42,2	2,4	0,1	Dez.	
183,2	32,9	19,3	49,1	103,1	36,0	83,5	8,3	75,2	3,9	40,6	2,3	0,1	1997 März	
189,0	33,1	21,9	51,7	102,6	36,0	85,7	8,3	77,4	4,1	42,2	2,8	0,1	Juni	
Mittelfristige Kredite														
70,7	16,7	3,8	17,9	40,1	6,8	76,8	20,9	55,9	39,6	-	1,2	0,1	1994	
57,3	8,3	3,8	12,4	40,9	6,7	78,2	23,0	55,1	41,4	-	0,8	0,1	1995	
56,1	8,2	4,0	12,7	40,2	6,6	78,3	23,0	55,4	41,9	-	1,0	0,1	1996 Juni	
57,2	8,4	4,1	12,8	40,8	6,8	79,0	23,5	55,6	41,9	-	0,9	0,1	Sept.	
58,9	8,9	3,9	13,3	41,2	6,9	79,3	24,1	55,2	41,2	-	0,9	0,1	Dez.	
57,7	8,4	4,1	12,7	40,8	6,7	78,0	23,8	54,3	40,2	-	0,9	0,1	1997 März	
58,3	8,6	4,3	12,9	41,0	6,7	78,8	24,0	54,8	41,0	-	0,8	0,1	Juni	
Langfristige Kredite														
662,3	174,6	19,6	156,4	520,2	86,2	933,4	700,3	233,0	118,3	-	26,3	9,2	1994	
709,5	180,2	22,1	160,1	556,6	89,7	1 020,5	781,9	238,7	136,6	-	23,1	8,1	1995	
741,3	190,3	23,5	167,3	571,8	92,3	1 054,4	809,7	244,7	141,9	-	22,9	7,9	1996 Juni	
759,4	196,1	23,9	173,3	581,8	93,5	1 075,9	827,7	248,2	144,6	-	23,2	8,0	Sept.	
794,5	207,7	25,0	181,1	601,3	95,1	1 110,8	857,4	253,4	147,5	-	23,6	8,2	Dez.	
811,2	211,9	25,4	187,9	608,6	96,1	1 124,1	868,4	255,7	148,9	-	24,2	8,4	1997 März	
825,1	217,1	26,1	191,3	618,0	97,6	1 144,8	885,3	259,5	152,1	-	23,5	8,4	Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 21,5	+ 7,1	+ 0,2	+ 8,4	+ 9,5	+ 0,6	+ 24,2	+ 18,3	+ 5,9	+ 2,7	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,1	1996 3.Vj.	
+ 50,4	+ 10,3	+ 2,5	+ 14,6	+ 27,4	+ 0,9	+ 40,6	+ 30,8	+ 9,8	+ 1,8	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	4.Vj.	
+ 3,1	+ 2,6	+ 0,2	- 0,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 6,7	+ 9,9	- 3,2	+ 0,7	- 1,6	+ 0,4	+ 0,2	1997 1.Vj.	
+ 21,0	+ 4,6	+ 3,4	+ 5,9	+ 9,1	+ 1,6	+ 22,3	+ 16,4	+ 5,9	+ 3,2	+ 1,6	+ 0,1	- 0,0	2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
+ 2,8	+ 1,6	- 0,4	+ 2,3	- 0,9	- 0,8	+ 2,1	- 0,0	+ 2,1	+ 0,1	+ 1,9	- 0,3	+ 0,0	1996 3.Vj.	
+ 18,1	+ 2,5	+ 1,5	+ 6,8	+ 7,4	- 0,8	+ 5,4	+ 0,6	+ 4,8	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	4.Vj.	
- 10,4	- 1,0	- 0,1	- 3,9	- 4,6	+ 1,7	- 5,7	- 0,7	- 5,0	+ 0,0	- 1,6	- 0,1	+ 0,0	1997 1.Vj.	
+ 4,8	+ 0,2	+ 2,6	+ 2,6	- 0,5	+ 0,1	+ 2,2	+ 0,0	+ 2,2	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,4	- 0,0	2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 1,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,0	-	- 0,0	+ 0,0	1996 3.Vj.	
+ 1,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,8	-	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
- 1,2	- 0,4	- 0,1	- 0,6	- 0,4	- 0,2	- 1,3	- 0,3	- 0,9	- 0,9	-	- 0,0	-	1997 1.Vj.	
+ 0,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	-	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 17,5	+ 5,3	+ 0,4	+ 6,0	+ 9,9	+ 1,2	+ 21,5	+ 17,8	+ 3,6	+ 2,6	-	+ 0,3	+ 0,1	1996 3.Vj.	
+ 30,6	+ 7,4	+ 1,1	+ 7,4	+ 19,6	+ 1,6	+ 35,0	+ 29,6	+ 5,4	+ 2,4	-	+ 0,4	+ 0,2	4.Vj.	
+ 14,7	+ 4,0	+ 0,4	+ 4,2	+ 7,5	+ 1,0	+ 13,7	+ 11,0	+ 2,7	+ 1,6	-	+ 0,5	+ 0,2	1997 1.Vj.	
+ 15,3	+ 4,2	+ 0,7	+ 3,2	+ 9,4	+ 1,5	+ 19,4	+ 16,2	+ 3,2	+ 2,4	-	- 0,2	- 0,0	2.Vj.	

vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 2 Zuzgl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. —

3 Ohne Kreditinstitute (mit Ausnahme der Bausparkassen). — 4 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Kreditinstitute

8. Kredite an inländische öffentliche Haushalte *)

Mrd DM

Kredite an inländische öffentliche Haushalte (ohne Schatzwechsel- und Wertpapierbestände, ohne Ausgleichsforderungen)												
Zeit	inländische öffentliche Haushalte insgesamt				Bund und seine Sondervermögen 1)				Länder			
	insgesamt	kurzfristig	mittelfristig	langfristig 2)	zusammen	kurzfristig	mittelfristig	langfristig 2)	zusammen	kurzfristig	mittelfristig	langfristig 2)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
1994	625,8	32,7	34,5	558,7	91,2	13,7	5,6	71,9	298,4	10,3	22,5	265,6
1995	761,0	30,5	74,5	656,0	178,6	8,7	44,0	125,9	337,8	8,1	25,0	304,7
1996	831,3	40,2	69,5	721,6	194,6	10,8	38,0	145,7	383,3	12,5	25,5	345,3
1997 Jan.	833,5	45,1	63,3	725,1	192,0	17,2	31,4	143,4	387,1	10,5	26,1	350,5
Febr.	841,8	49,4	62,0	730,4	194,4	20,9	28,6	144,8	392,7	11,9	27,6	353,2
März	848,0	52,4	60,9	734,6	209,3	30,3	28,6	150,3	390,7	7,7	26,5	356,6
April	847,9	41,1	59,3	747,5	194,7	13,0	26,6	155,0	403,9	12,8	26,9	364,2
Mai	851,4	40,2	59,2	752,0	194,9	14,3	27,4	153,2	410,4	13,4	26,2	370,7
Juni	834,5	23,7	58,3	752,5	181,4	1,2	27,0	153,2	406,0	7,4	25,8	372,7
Juli	857,1	41,0	57,5	758,6	195,5	16,1	26,3	153,1	412,6	9,0	25,8	377,8
Aug.	864,6	43,2	56,6	764,8	198,6	19,0	25,7	154,0	417,7	9,8	25,5	382,3
Veränderungen *)												
1995	+ 92,4	- 1,0	+ 15,3	+ 78,0	+ 43,9	- 1,6	+ 13,9	+ 31,7	+ 39,0	- 2,2	+ 2,2	+ 39,0
1996	+ 73,2	+ 7,4	- 5,5	+ 71,3	+ 15,7	- 0,2	- 6,4	+ 22,3	+ 45,6	+ 4,4	+ 0,5	+ 40,6
1997 Jan.	+ 2,2	+ 4,9	- 6,2	+ 3,5	- 2,6	+ 6,4	- 6,6	- 2,3	+ 3,8	- 1,9	+ 0,6	+ 5,1
Febr.	+ 8,3	+ 4,3	- 1,3	+ 5,3	+ 2,4	+ 3,7	- 2,7	+ 1,4	+ 5,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,8
März	+ 6,3	+ 3,1	- 1,1	+ 4,2	+ 14,9	+ 9,4	+ 0,0	+ 5,5	- 1,9	- 4,1	- 1,1	+ 3,3
April	- 0,1	- 11,3	- 1,7	+ 12,9	- 14,6	- 17,3	- 2,0	+ 4,7	+ 13,2	+ 5,0	+ 0,5	+ 7,7
Mai	+ 3,5	- 1,0	- 1,6	+ 6,0	+ 0,3	+ 1,3	- 0,8	- 0,3	+ 6,3	+ 0,7	- 0,7	+ 6,4
Juni	- 16,6	- 16,5	- 0,9	+ 0,8	- 13,2	- 13,1	- 0,4	+ 0,3	- 4,4	- 6,0	- 0,4	+ 2,0
Juli	+ 22,6	+ 17,3	- 0,8	+ 6,0	+ 14,1	+ 14,9	- 0,7	- 0,1	+ 6,7	+ 1,6	- 0,1	+ 5,1
Aug.	+ 7,5	+ 2,1	- 0,9	+ 6,3	+ 3,1	+ 2,9	- 0,7	+ 0,9	+ 5,0	+ 0,8	- 0,2	+ 4,5

noch: Kredite an inländische öffentliche Haushalte (ohne Schatzwechsel- und Wertpapierbestände, ohne Ausgleichsforderungen)												
Zeit	Gemeinden und Gemeindeverbände				Kommunale Zweckverbände mit hoheitlichen Aufgaben				Sozialversicherung			
	zusammen	kurzfristig	mittelfristig	langfristig 2)	zusammen	kurzfristig	mittelfristig	langfristig 2)	zusammen	kurzfristig	mittelfristig	langfristig 2)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
1994	216,1	7,5	5,8	202,9	18,8	0,6	0,5	17,8	1,3	0,7	0,0	0,5
1995	228,9	12,4	5,1	211,5	14,2	0,5	0,3	13,3	1,6	0,8	0,1	0,7
1996	233,5	14,8	5,3	213,5	17,9	1,0	0,5	16,4	1,9	1,1	0,2	0,7
1997 Jan.	235,1	16,0	5,2	214,0	17,9	0,9	0,5	16,5	1,4	0,5	0,2	0,7
Febr.	235,0	14,8	5,2	215,0	17,9	0,8	0,5	16,6	1,8	1,0	0,2	0,7
März	227,7	12,4	5,1	210,1	18,5	1,0	0,5	17,0	1,9	1,0	0,2	0,7
April	229,4	13,6	5,1	210,8	18,0	0,8	0,5	16,8	1,9	1,0	0,2	0,7
Mai	226,1	11,0	5,0	210,1	18,5	0,8	0,5	17,3	1,4	0,6	0,1	0,7
Juni	227,1	13,2	4,9	209,0	18,3	0,9	0,5	16,9	1,7	0,9	0,1	0,7
Juli	228,1	13,3	4,9	209,9	18,4	0,8	0,5	17,1	2,5	1,7	0,1	0,7
Aug.	226,7	11,2	4,8	210,6	18,5	0,8	0,5	17,2	3,1	2,3	0,1	0,7
Veränderungen *)												
1995	+ 10,0	+ 2,9	- 0,7	+ 7,8	- 0,8	- 0,0	- 0,2	- 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1
1996	+ 9,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 7,3	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0
1997 Jan.	+ 1,6	+ 1,1	- 0,1	+ 0,5	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 0,0
Febr.	- 0,2	- 1,2	- 0,1	+ 1,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,0
März	- 7,3	- 2,4	- 0,0	- 4,9	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,0
April	+ 1,7	+ 1,1	- 0,1	+ 0,7	- 0,4	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Mai	- 3,2	- 2,5	- 0,0	- 0,6	+ 0,5	+ 0,0	- 0,0	+ 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,0
Juni	+ 1,0	+ 2,2	- 0,1	- 1,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,0
Juli	+ 0,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0
Aug.	- 1,3	- 2,1	- 0,1	+ 0,8	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	- 0,0	+ 0,0

* Ohne Kredite an die Treuhandanstalt und ihre Nachfolgeorganisationen sowie an Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen und Privatpersonen (Tab. IV. 7) erfaßt sind. Methodische Abweichungen gegenüber den Angaben über Bankkredite an inländische öffentliche Haushalte in den Tab. VIII. 7 und 8 sind im Anhang zum Sonderaufsatz: Bankguthaben und sonstige Forderungen öffentlicher Haushalte an Kreditinstitute, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 24. Jg., Nr. 1, Januar 1972, S. 44 erläutert.

Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einsch. Treuhandkredite (bzw. bis November 1993 durchlaufender Kredite).

IV. Kreditinstitute

9. Wertpapierbestände *)

Mrd DM

Zeit	Inländische Wertpapiere							Ausländische Wertpapiere					
	Wertpapierbestände insgesamt	zusammen	Bank-schuld-ver-schrei-bungen 1)	Anlei-hen der öffent-lichen Haus-halte 2)	Anlei-hen von Unter-nehmen 3)	Aktien	Invest-ment-zerti-fikate	sonstige Wert-papiere	zusammen	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Schuld-ver-schrei-bungen von Nicht-banken	Aktien und Invest-ment-zerti-fikate	sonstige Wert-papiere
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1994	1 037,6	947,3	506,2	230,5	128,5	28,8	49,9	3,4	90,3	22,7	60,5	6,2	0,9
1995	1 094,5	989,2	553,8	234,4	94,8	39,5	61,6	5,1	105,4	25,2	73,4	6,3	0,5
1996	1 229,8	1 094,4	646,2	231,3	82,3	48,6	77,0	9,1	135,4	30,6	94,7	9,2	0,9
1997 März	1 340,5	1 189,0	686,6	260,1	81,9	64,5	83,1	12,8	151,5	32,0	106,8	11,8	0,9
April	1 358,4	1 200,9	692,6	258,6	82,1	71,0	85,4	11,3	157,4	31,4	111,5	13,5	1,0
Mai	1 369,8	1 213,0	699,2	261,5	83,6	73,2	86,6	9,1	156,7	33,8	109,2	12,6	1,1
Juni	1 380,6	1 215,8	710,2	260,0	82,4	62,0	92,9	8,3	164,8	34,5	116,6	12,2	1,5
Juli	1 415,6	1 240,0	726,7	263,0	84,1	61,7	95,6	9,0	175,6	35,8	125,5	12,2	2,1
Aug.	1 428,5	1 253,4	735,5	267,0	83,1	61,1	97,4	9,3	175,2	37,0	123,9	12,7	1,6
Veränderungen *)													
1995	+ 76,2	+ 57,2	+ 53,6	- 0,4	- 20,1	+ 10,7	+ 11,6	+ 1,7	+ 19,0	+ 3,5	+ 15,7	+ 0,2	- 0,4
1996	+ 133,1	+ 106,5	+ 92,9	- 3,3	- 12,5	+ 9,1	+ 16,4	+ 3,9	+ 26,6	+ 4,9	+ 19,5	+ 1,9	+ 0,4
1997 März	+ 37,9	+ 33,6	+ 15,6	+ 7,9	+ 1,4	+ 6,4	+ 2,0	+ 0,2	+ 4,3	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,1
April	+ 17,0	+ 12,0	+ 6,0	- 1,5	+ 0,1	+ 6,5	+ 2,3	- 1,5	+ 5,1	- 0,8	+ 4,2	+ 1,7	+ 0,1
Mai	+ 11,2	+ 12,5	+ 6,7	+ 2,9	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,4	- 1,4	+ 2,3	- 2,5	- 0,9	- 0,3
Juni	+ 9,4	+ 2,8	+ 11,0	- 1,4	- 1,2	- 11,2	+ 6,3	- 0,8	+ 6,6	+ 0,3	+ 6,5	- 0,5	+ 0,4
Juli	+ 33,1	+ 24,2	+ 16,5	+ 3,0	+ 1,6	- 0,3	+ 2,7	+ 0,7	+ 8,9	+ 0,8	+ 7,6	- 0,1	+ 0,6
Aug.	+ 14,1	+ 13,3	+ 8,8	+ 3,9	- 1,0	- 0,6	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,5	- 0,8	+ 0,5	- 0,5

* Ohne Wertpapierbestände der Bausparkassen, ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen (s. a. Tab. IV. 1, Anm. 8) und ohne Geldmarktpapiere. Einschl. im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmeverpflichtung an die Bundesbank verkaufter Wertpapiere. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbe-

richt erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne eigene Emissionen, ohne Namensschuldverschreibungen. — 2 Ab 1995 einschl. Emissionen der Bundesbahn und Reichsbahn. — 3 Einschl. Emissionen der Deutschen Bahn AG, Deutschen Post AG und Deutschen Telekom AG sowie der früheren Emissionen der Bundespost und Treuhandanstalt; bis 1994 auch einschl. Emissionen der Bundesbahn und Reichsbahn (s. a. Anm. 2).

10. Bestände an Schatzwechseln und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen *)

Mrd DM

Zeit	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen (ohne Mobilisierung- und Liquiditätspapiere)					Anleihen und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen					
	insgesamt	öffentliche Haushalte			Deutsche Bahn, Post, Telekom; Treuhandanstalt 2)	insgesamt	öffentliche Haushalte				Deutsche Bahn, Post, Telekom; Treuhandanstalt 2)
		zusammen	Bund und seine Sondervermögen 1)	Länder			zusammen	Bund und seine Sondervermögen 1)	Länder	Gemeinden und Gemeindeverbände	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
1994	1,8	1,8	1,6	0,2	0,0	357,6	230,5	149,5	80,6	0,5	127,1
1995	0,8	0,8	0,4	0,4	0,0	327,9	234,4	147,1	86,3	1,1	93,4
1996	4,9	4,9	4,5	0,4	0,0	312,5	231,3	142,1	88,1	1,1	81,2
1997 März	4,5	4,5	3,6	0,4	0,0	341,0	260,1	173,5	85,5	1,1	80,9
April	3,1	3,1	2,5	0,5	-	339,6	258,6	172,9	84,3	1,4	81,0
Mai	2,6	2,6	2,0	0,5	-	344,1	261,5	175,7	84,3	1,4	82,6
Juni	2,5	2,5	1,9	0,5	-	341,4	260,0	174,7	84,0	1,4	81,4
Juli	2,5	2,5	2,0	0,3	-	346,0	263,0	176,6	84,9	1,5	83,0
Aug.	1,8	1,7	1,2	0,3	0,1	348,8	267,0	180,9	84,4	1,6	81,9
Veränderungen *)											
1995	- 1,0	- 1,0	- 1,2	+ 0,2	+ 0,0	- 20,5	- 0,4	- 9,0	+ 8,0	+ 0,6	- 20,1
1996	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,1	+ 0,2	± 0,0	- 15,6	- 3,3	- 5,0	+ 1,6	+ 0,1	- 12,3
1997 März	- 0,3	- 0,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	+ 9,2	+ 7,9	+ 9,5	- 1,6	+ 0,0	+ 1,3
April	- 1,4	- 1,4	- 1,1	+ 0,1	- 0,0	- 1,4	- 1,5	- 0,5	- 1,2	+ 0,2	+ 0,1
Mai	- 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 0,0	-	+ 4,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,6
Juni	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	-	- 2,6	- 1,4	- 1,0	- 0,4	+ 0,0	- 1,2
Juli	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	-	+ 4,6	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,6
Aug.	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,1	+ 2,8	+ 3,9	+ 4,3	- 0,5	+ 0,1	- 1,1

Anmerkung * s. Tab. IV. 1. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“. Ab 1995 einschl. Emissionen der früheren Bundesbahn und Reichs-

bahn. — 2 Bis Ende 1994 einschl. Emissionen der früheren Bundesbahn und Reichsbahn (s. a. Anm. 1).

IV. Kreditinstitute

12. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd DM

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt									Termineinlagen 1)			
	Sichteinlagen									nach Gläubigergruppen			
	insgesamt	nach Gläubigergruppen						nach Befristung		insgesamt	nach Gläubigergruppen		
		zu-	Selb-	wirt-	sonstige	inländi-	inländi-	täglich	bis unter		zu-	Selb-	wirt-
	sammen	ständige	schaftlich Unselbst-	Privat-	sche Orga-	sche Orga-	fällig	1 Monat	sammen	ständige	schaftlich Unselbst-	ständige	
			ständige	personen	nisationen ohne Erwerbszweck	nisationen ohne Erwerbszweck							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1994	1 850,5	333,2	315,0	65,5	210,2	39,3	18,2	329,0	4,1	405,8	361,0	97,4	210,8
1995	1 908,6	352,0	335,4	66,9	226,2	42,3	16,7	348,0	4,0	331,7	296,1	83,4	170,7
1996	1 993,5	393,8	376,1	78,7	248,5	48,9	17,7	389,0	4,7	285,0	252,8	75,2	137,6
1997 März	1 998,7	386,2	369,4	72,5	248,4	48,6	16,7	382,5	3,7	284,9	251,8	75,7	136,4
April	1 993,7	387,0	370,2	75,7	246,0	48,4	16,8	383,1	3,8	281,7	249,9	75,4	135,2
Mai	1 997,5	392,6	376,5	76,8	250,2	49,5	16,1	388,9	3,7	280,3	248,1	74,8	134,2
Juni	1 997,3	399,3	382,3	75,9	255,9	50,4	17,0	395,6	3,7	275,6	244,0	73,0	132,5
Juli	1 995,9	401,0	384,4	79,1	254,7	50,6	16,6	397,2	3,8	274,4	243,5	73,3	131,9
Aug.	2 000,9	405,7	389,6	79,1	259,3	51,2	16,0	402,0	3,6	274,7	243,2	73,3	131,5
Veränderungen *)													
1995	+ 59,1	+ 19,1	+ 20,4	+ 1,4	+ 15,8	+ 3,1	- 1,3	+ 19,2	- 0,1	- 68,3	- 60,1	- 13,8	- 36,8
1996	+ 85,9	+ 41,8	+ 40,8	+ 11,9	+ 22,8	+ 6,1	+ 1,0	+ 41,1	+ 0,7	- 46,0	- 43,1	- 8,0	- 28,4
1997 März	- 0,8	- 0,4	- 0,4	- 3,6	+ 4,4	- 1,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 2,3	- 2,8	- 1,3	- 1,3
April	- 4,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 3,2	- 2,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,2	- 3,1	- 1,9	- 0,3	- 1,2
Mai	+ 3,8	+ 5,6	+ 6,4	+ 1,1	+ 4,2	+ 1,1	- 0,8	+ 5,8	- 0,1	- 1,3	- 1,9	- 0,6	- 1,0
Juni	- 0,2	+ 6,6	+ 5,7	- 0,8	+ 5,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 6,7	- 0,0	- 4,7	- 4,0	- 1,7	- 1,8
Juli	- 1,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,2	- 1,2	+ 0,2	- 0,4	+ 1,6	+ 0,2	- 1,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,5
Aug.	+ 5,0	+ 4,6	+ 5,2	- 0,0	+ 4,6	+ 0,6	- 0,5	+ 4,9	- 0,2	+ 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 0,4

* Ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Auslandsfilialen (s. Tab. IV. 18) sowie der Bausparkassen (s. Tab. IV. 19). Ab Juni 1990 einschl. Verbindlichkeiten der ostdeutschen Kreditinstitute. Statistisch bedingte Verän-

derungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht

13. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd DM

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	Bund und seine Sondervermögen 1)									Länder					
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	zu-	Sicht-	Termineinlagen			Spar-	Treuhand-	zu-	Sicht-	Termineinlagen			Spar-	Treuhand-
				sammen	einlagen	unter 4 Jahre					4 Jahre und darüber	einlagen und Sparbriefe 2)	kredite 3)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1994	285,5	107,3	4,4	2,9	77,3	0,0	22,7	79,0	5,6	1,9	24,3	0,1	47,1		
1995	278,6	111,0	4,4	2,7	81,1	0,1	22,8	79,3	5,6	1,4	23,7	0,1	48,6		
1996	280,5	114,6	5,1	4,5	80,3	0,1	24,6	82,4	6,1	1,3	25,1	0,1	49,7		
1997 März	267,5	109,8	1,3	4,0	79,5	0,1	24,9	80,6	3,7	1,3	25,2	0,1	50,2		
April	264,4	108,6	1,5	3,9	79,7	0,1	23,4	80,1	3,1	1,3	25,1	0,1	50,4		
Mai	271,6	108,0	1,0	3,9	79,9	0,1	23,2	81,0	3,6	1,2	25,5	0,2	50,5		
Juni	268,2	108,8	2,5	4,4	78,7	0,1	23,1	79,9	3,1	1,3	25,3	0,1	50,1		
Juli	264,3	106,6	0,9	3,6	78,9	0,1	23,1	80,3	3,3	1,4	25,4	0,1	50,1		
Aug.	268,2	106,6	0,9	3,5	79,2	0,1	23,0	80,2	2,6	1,2	25,8	0,1	50,4		
Veränderungen *)															
1995	- 2,2	+ 4,0	+ 0,2	- 0,0	+ 3,8	+ 0,0	+ 0,1	+ 3,8	- 0,0	- 0,5	- 0,6	+ 0,0	+ 4,9		
1996	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,7	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 4,3	+ 0,5	- 0,1	+ 1,5	+ 0,0	+ 2,4		
1997 März	- 1,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,4	- 1,3	-	+ 0,6	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0		
April	- 1,7	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,5	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2		
Mai	+ 7,2	- 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,9	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,1		
Juni	- 3,0	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,5	- 1,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1		
Juli	- 4,0	- 2,2	- 1,6	- 0,8	+ 0,2	-	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1		
Aug.	+ 3,9	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,7	- 0,2	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,3		

* Ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die un-

ter Unternehmen erfaßt sind. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden

IV. Kreditinstitute

						Spareinlagen							Nachrichtlich: nachrangige Verbindlich- keiten (ohne börsen- fähige Schuldver- schrei- bungen) 4)	Zeit
nach Befristung						insgesamt	inlän- dische Privat- personen	inlän- dische Orga- nisation- en ohne Erwerbs- zweck	Spar- briefe 2)	Treuhand- kredite 3)				
sonstige Privat- personen	inlän- dische Orga- nisation- en ohne Erwerbs- zweck	1 Monat bis unter 4 Jahre										4 Jahre und darüber		
		zu- sammen	1 Monat bis unter 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis unter 4 Jahre									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
52,9	44,8	352,0	267,0	81,5	3,5	53,9	930,6	915,7	14,8	179,9	1,0	6,7	1994	
42,0	35,6	285,8	215,8	65,2	4,8	45,9	1 033,7	1 018,7	15,0	190,1	1,1	10,2	1995	
39,9	32,2	239,6	186,9	47,5	5,1	45,5	1 129,0	1 112,1	16,8	184,9	0,8	13,2	1996	
39,7	33,1	239,0	187,1	46,8	5,0	46,0	1 141,4	1 123,8	17,6	185,5	0,7	15,3	1997 März	
39,3	31,8	236,2	185,3	45,8	5,0	45,5	1 138,6	1 121,0	17,6	185,7	0,7	16,1	April	
39,0	32,3	234,9	184,6	45,3	5,0	45,5	1 137,9	1 120,2	17,7	185,9	0,7	16,5	Mai	
38,5	31,6	230,3	179,6	45,7	5,0	45,3	1 135,5	1 117,7	17,8	186,3	0,7	16,8	Juni	
38,3	30,9	229,1	178,9	45,2	5,1	45,3	1 133,5	1 115,5	18,0	186,3	0,7	17,0	Juli	
38,4	31,5	229,6	179,5	45,1	5,0	45,1	1 133,7	1 115,6	18,1	186,2	0,7	17,0	Aug.	
Veränderungen *)														
- 9,5	- 8,2	- 65,8	- 50,8	- 16,3	+ 1,3	- 2,5	+ 103,1	+ 102,9	+ 0,2	+ 4,8	+ 0,4	+ 3,7	1995	
- 6,7	- 2,9	- 46,3	- 28,9	- 17,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 95,3	+ 93,4	+ 1,8	- 4,9	- 0,2	+ 3,1	1996	
- 0,2	+ 0,5	- 2,4	- 2,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,4	1997 März	
- 0,4	- 1,2	- 2,6	- 1,7	- 1,0	- 0,0	- 0,4	- 2,8	- 2,8	- 0,0	+ 0,2	-	+ 0,8	April	
- 0,2	+ 0,5	- 1,3	- 0,7	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,4	Mai	
- 0,5	- 0,7	- 4,5	- 5,0	+ 0,4	+ 0,0	- 0,2	- 2,4	- 2,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	Juni	
- 0,3	- 0,7	- 1,2	- 0,8	- 0,5	+ 0,0	- 0,0	- 1,9	- 2,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	Juli	
+ 0,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	Aug.	

erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuld-

verschreibungen. — 3 Bis November 1993: durchlaufende Kredite. — 4 Erst ab Dezember 1993 gesondert erfragt.

Gemeinden und Gemeindeverbände				Kommunale Zweckverbände mit hoheitlichen Aufgaben					Sozialversicherung					Zeit	
zu- sammen	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen 4)		Spar- ein- lagen und Spar- briefe 2)	zu- sammen	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen 4)		Spar- ein- lagen und Spar- briefe 2)	zu- sammen	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen 4)			
		unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber 4)				unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber 4)				unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber 4)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
36,0	13,7	17,6	0,9	3,7	4,7	1,7	2,3	0,3	0,4	58,6	7,7	31,7	14,9	4,2	1994
34,5	13,2	16,2	0,9	4,3	4,0	1,5	1,9	0,2	0,4	49,8	6,7	22,8	15,6	4,7	1995
35,5	14,2	14,6	1,5	5,2	3,9	1,4	1,8	0,3	0,4	44,1	9,5	13,9	15,8	4,9	1996
31,8	9,6	15,4	1,4	5,4	3,7	1,0	1,9	0,3	0,4	41,6	7,1	12,8	16,4	5,3	1997 März
31,8	10,3	14,7	1,4	5,4	3,7	1,1	1,9	0,2	0,4	40,2	7,7	10,5	16,6	5,4	April
35,8	12,0	17,0	1,4	5,4	3,8	1,2	2,0	0,2	0,4	43,0	6,9	13,6	16,6	5,9	Mai
32,7	10,4	15,4	1,4	5,4	3,6	1,2	1,8	0,2	0,4	43,1	8,3	12,5	16,5	5,9	Juni
32,3	10,3	15,0	1,5	5,5	3,6	1,1	1,8	0,2	0,5	41,5	7,1	12,0	16,3	6,0	Juli
35,8	12,2	16,6	1,5	5,5	3,8	1,2	1,9	0,2	0,4	41,8	6,5	12,9	16,3	6,1	Aug.
Veränderungen *)															
- 1,4	- 0,6	- 1,4	+ 0,1	+ 0,4	- 0,7	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,0	- 7,9	- 1,0	- 8,6	+ 1,5	+ 0,2	1995
+ 1,0	+ 1,0	- 1,6	+ 0,6	+ 0,9	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 5,7	+ 2,8	- 8,9	+ 0,2	+ 0,2	1996
- 1,7	- 1,4	- 0,3	-	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	- 1,7	+ 0,2	- 0,0	1997 März
+ 0,0	+ 0,7	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 1,5	+ 0,6	- 2,3	+ 0,1	+ 0,1	April
+ 4,0	+ 1,7	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 2,8	- 0,8	+ 3,1	- 0,0	+ 0,5	Mai
- 3,1	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,4	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	Juni
- 0,5	- 0,1	- 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 1,7	- 1,2	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	Juli
+ 3,6	+ 1,9	+ 1,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	- 0,6	+ 0,9	- 0,1	+ 0,0	Aug.

nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus

nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Bis November 1993: durchlaufende Kredite. — 4 Einschl. Treuhandkredite (bzw. bis November 1993 durchlaufender Kredite).

IV. Kreditinstitute

14. Spareinlagen und an Nichtbanken abgegebene Sparbriefe *)

Mrd DM

Zeit	Spareinlagen									Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar-einlagen	Sparbriefe 2), abgegeben an					
	ins-gesamt	von Inländern									Nicht-banken ins-gesamt	inländische Nichtbanken				ausländische Nicht-banken
		zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist			mit Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten						zu-sammen	darunter mit Laufzeit von 4 Jahren und darüber	darunter mit Laufzeit von 4 Jahren und darüber	ausländische Nicht-banken	
			zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 1)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 1)	über 3 Monate bis unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber	von Aus-ländern							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
1994	959,4	940,5	654,3	249,4	286,2	225,0	217,1	69,1	18,9	36,1	213,1	206,9	176,3	6,2		
1995	1 067,1	1 046,1	749,7	344,7	296,4	238,5	234,0	62,3	21,0	38,0	234,3	227,4	197,9	7,0		
1996	1 165,8	1 143,0	865,8	459,6	277,2	219,5	216,1	61,0	22,8	39,5	234,7	227,8	203,3	6,9		
1997 März	1 178,8	1 156,0	887,3	482,8	268,6	213,9	211,8	56,9	22,8	0,7	236,5	229,9	206,9	6,7		
April	1 175,9	1 153,2	888,5	488,1	264,7	210,0	207,9	56,8	22,7	0,8	237,1	230,5	208,0	6,7		
Mai	1 175,7	1 153,1	891,2	492,0	261,9	207,1	204,8	57,1	22,6	0,7	237,9	231,2	209,1	6,7		
Juni	1 173,2	1 150,7	890,8	494,0	260,0	205,4	202,8	57,1	22,5	0,7	238,6	231,9	209,9	6,7		
Juli	1 171,3	1 148,9	890,9	497,6	258,0	204,0	200,8	57,2	22,4	0,8	239,2	232,3	210,7	6,9		
Aug.	1 171,7	1 149,3	893,7	500,5	255,5	201,6	198,3	57,2	22,4	0,7	239,3	232,5	211,1	6,9		
Veränderungen *)																
1995	+ 107,8	+ 105,6	+ 101,9	+ 96,4	+ 3,8	+ 7,8	+ 10,5	- 6,7	+ 2,2	.	+ 12,4	+ 11,7	+ 12,7	+ 0,7		
1996	+ 98,6	+ 96,9	+ 116,8	+ 100,2	- 19,9	- 19,6	- 18,7	- 1,1	+ 1,7	.	+ 0,6	+ 0,7	+ 5,5	- 0,1		
1997 März	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,8	+ 4,0	- 0,7	- 0,7	- 0,7	+ 0,1	+ 0,0	.	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	- 0,1		
April	- 2,8	- 2,7	+ 1,7	+ 5,6	- 4,4	- 3,8	- 4,3	- 0,1	- 0,1	.	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,0		
Mai	- 0,3	- 0,2	+ 2,4	+ 3,7	- 2,6	- 2,8	- 2,9	+ 0,3	- 0,1	.	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,0		
Juni	- 2,4	- 2,3	- 0,4	+ 1,9	- 1,9	- 1,9	- 1,9	+ 0,1	- 0,1	.	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	- 0,0		
Juli	- 1,9	- 1,8	+ 0,1	+ 3,2	- 1,9	- 1,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,1	.	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,2		
Aug.	+ 0,3	+ 0,4	+ 2,9	+ 2,9	- 2,5	- 2,4	- 2,5	+ 0,0	- 0,0	.	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0		

Anmerkung * s. Tab. IV. 11. — 1 Spareinlagen, für die aufgrund besonderer Verträge ein steigender Zins oder — nicht nur vorübergehend — ein Bonus oder generell ein höherer Zins als der Regelsatz gezahlt wird. Bis November 1993 Sondersparformen der inländischen Privatpersonen; ab Dezember 1993

Sondersparformen der Nichtbanken bzw. ab Januar 1995 der inländischen Nichtbanken. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

15. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere *)

Mrd DM

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 1)								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 1) 5)				Nachrangig begebene		
	ins-gesamt	darunter:				mit Laufzeit				ins-gesamt	mit Laufzeit			börsenfähige Schuldverschreibungen 6)	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen 6)
		variabel verzinsliche Anleihen 2)	Null-Kupon-Anleihen 2) 3)	Fremdwährungs-anleihen 4)	Certificates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 4 Jahre einschl.	über 4 Jahre	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 4 Jahre einschl.	über 4 Jahre			
													bis 1 Jahr einschl.		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1994	1 399,1	121,3	8,4	41,4	1,0	20,7	262,3	1 116,0	10,2	1,8	5,4	3,0	29,0	0,3	
1995	1 562,3	157,7	6,5	62,2	1,3	20,5	313,9	1 227,9	8,3	0,9	4,7	2,6	34,2	0,6	
1996	1 756,3	184,0	6,9	103,9	6,0	18,6	375,0	1 362,7	6,3	0,6	3,4	2,2	38,9	0,4	
1997 März	1 835,2	195,1	8,7	123,2	6,1	17,3	377,1	1 440,9	5,6	0,7	2,8	2,1	43,0	1,5	
April	1 848,3	197,4	9,3	128,4	6,2	18,1	378,7	1 451,5	5,5	0,7	2,7	2,0	43,7	2,2	
Mai	1 862,2	198,9	9,2	133,6	6,3	18,4	380,3	1 463,5	5,4	0,7	2,6	2,0	43,9	2,4	
Juni	1 882,5	198,9	8,8	139,2	7,0	18,5	379,1	1 484,9	5,5	0,8	2,6	2,0	44,4	2,5	
Juli	1 913,7	201,0	8,8	148,1	8,7	20,7	381,8	1 511,2	5,3	0,8	2,5	2,0	45,5	2,5	
Aug.	1 924,2	200,3	8,7	147,7	8,6	19,8	382,1	1 522,2	5,3	0,8	2,5	2,0	45,1	2,5	
Veränderungen *)															
1995	+ 163,4	+ 23,0	- 1,9	+ 20,8	+ 0,3	- 0,2	+ 51,5	+ 112,0	- 1,9	- 0,8	- 0,7	- 0,4	+ 5,1	+ 0,4	
1996	+ 193,6	+ 26,3	+ 0,4	+ 41,7	+ 4,6	- 2,0	+ 60,9	+ 134,7	- 1,7	- 0,3	- 1,1	- 0,3	+ 4,7	- 0,2	
1997 März	+ 27,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 8,3	- 0,8	- 0,4	- 0,3	+ 27,9	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 2,2	+ 1,1	
April	+ 13,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 5,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 10,7	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,7	+ 0,6	
Mai	+ 13,9	+ 1,5	- 0,1	+ 5,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 2,0	+ 11,6	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2	
Juni	+ 20,3	+ 0,0	- 0,3	+ 5,6	+ 0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 21,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,1	
Juli	+ 31,1	+ 2,0	- 0,0	+ 8,9	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 26,2	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 0,0	
Aug.	+ 10,5	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,1	- 0,8	+ 0,3	+ 11,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,4	- 0,0	

Anmerkung * s. Tab. IV. 2. — 1 Bis November 1993 einschl. nachrangig begebene Papiere. — 2 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 3 Emissionswert bei Auflegung. — 4 Einschl. auf internationale Recheneinheiten lautender Anleihen; einschl. auf Fremdwährung lautender variabel ver-

zinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet (s. a. Tab. IV. 14, Anm. 2). — 6 Erst ab Dezember 1993 gesondert erfragt.

IV. Kreditinstitute

16. Kreditzusagen an inländische Unternehmen und Privatpersonen *)

Mrd DM

Zeit	Zusagen für mittel- und langfristige Darlehen mit festem Betrag und fester Laufzeit					Nachrichtlich: Zusagen für den Wohnungsbau (reduzierter Berichtskreis 1)								
	Stand der Zusagen am Anfang des Zeitraumes	erteilte Zusagen	durch Auszahlung erledigte Zusagen	Stornierung von Zusagen	Stand der am Ende des Zeitraumes noch nicht erledigten Zusagen	Stand der Zusagen am Anfang des Zeitraumes	erteilte Zusagen				durch Auszahlung erledigte Zusagen	Stornierungen u.ä. 5)	Stand der am Ende des Zeitraumes noch nicht erledigten Zusagen	
							zusammen	für Neubau 2)	für Modernisierung, Kauf und Erwerb 3)	für Ablösungen 4)				
		im Zeitraum					im Zeitraum							
1994	177,4	668,2	601,7	53,1	190,8	46,7	158,3	68,5	81,2	8,5	148,5	3,3	53,1	
1995	6) 190,8	599,4	556,3	46,9	185,2	7) 53,1	139,9	57,0	74,7	8,3	136,7	3,9	7) 50,8	
1996	8) 185,2	654,3	610,3	49,5	177,7	9) 52,2	162,3	64,4	87,4	10,6	157,6	3,5	9) 53,4	
1996 Dez.	185,5	91,9	94,9	4,8	177,7	58,6	23,8	10,9	12,0	1,0	28,6	0,4	53,4	
1997 Jan.	177,7	48,7	45,9	5,9	174,6	10) 51,4	11,5	4,4	6,5	0,7	11,5	0,6	10) 50,9	
Febr.	174,6	44,5	40,0	3,0	176,2	50,9	10,9	4,1	6,0	0,9	10,4	0,5	51,0	
März	11) 175,7	53,3	43,6	3,5	181,9	51,0	13,6	4,9	7,4	1,3	10,5	-	0,4	54,4
April	181,9	59,1	52,6	4,1	184,3	54,4	15,0	5,5	8,3	1,2	13,1	0,4	56,0	
Mai	184,3	45,1	40,6	3,8	185,0	56,0	11,6	4,4	6,2	1,0	10,5	0,3	56,7	
Juni	185,0	54,2	49,0	4,0	186,2	56,7	13,5	4,5	7,8	1,1	12,9	0,1	57,2	
Juli	186,2	56,4	55,6	4,1	183,0	57,2	13,7	4,9	7,8	1,0	13,7	0,4	56,8	
Aug.	183,0	50,7	44,8	4,4	184,5	

* Einschl. Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Quelle: Statistik des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; nur den folgenden Verbänden angeschlossene Institute: Deutscher Sparkassen- und Giroverband (ohne Landesbausparkassen; ab Januar 1996 einschl. Sparkassen in Ostdeutschland), Verband deutscher Hypothekenbanken, Verband öffentlicher Banken (ohne Wohnungsbauförderungsanstalten). — 2 Schaffung von neu-

em Wohnraum. — 3 Einschl. Zusagen für Instandsetzungen. — 4 Ablösungen von Wohnungsbaukrediten bei anderen Kreditinstituten. — 5 Als Differenz ermittelt. — 6 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 1,7 Mrd DM. — 7 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 1,7 Mrd DM. — 8 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 1,9 Mrd DM. — 9 Statistisch bedingte Zunahme in Höhe von 1,4 Mrd DM durch Einbeziehung der ostdeutschen Sparkassen. — 10 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 2,0 Mrd DM. — 11 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 0,5 Mrd DM.

17. Bilanzunwirksame Geschäfte der inländischen Kreditinstitute, ihrer Auslandsfilialen und Auslandstöchter *)

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen 1)	Zins- und Währungsswaps 2)			Verbindlichkeiten aus Devisentermingeschäften 3)		Verbindlichkeiten aus Termingeschäften mit festverzinslichen Wertpapieren 3)		
		insgesamt	Zinsswaps	Währungsswaps	Zins- / Währungsswaps	Abnahmeverpflichtungen	Lieferverpflichtungen	Abnahmeverpflichtungen	Lieferverpflichtungen
Inländische Kreditinstitute									
1994	0,2	2 007,9	1 792,0	52,3	163,6	1 123,5	1 125,8	4,1	8,2
1995	0,2	2 769,5	2 496,8	59,9	212,9	967,8	978,8	4,9	7,8
1996	0,1	4 400,3	4 020,0	72,9	307,4	1 194,0	1 198,4	4,3	5,9
1997 Mai	2,6	5 448,4	4 993,6	74,0	380,8	1 438,9	1 397,7	5,5	7,1
Juni	2,6	5 600,0	5 134,5	75,0	390,5	1 452,2	1 424,2	7,5	8,9
Juli	0,2	5 838,9	5 331,4	84,6	422,9	1 528,2	1 505,2	9,0	9,6
Aug.	0,3	6 079,8	5 562,7	85,0	432,1	1 546,0	1 517,7	6,8	11,1
Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute									
1994	3,1	494,4	425,1	40,7	28,6	515,9	533,4	0,2	0,2
1995	2,9	663,0	591,2	31,7	40,1	774,3	774,3	0,3	0,3
1996	4,6	1 423,5	1 326,1	23,2	74,1	1 129,2	1 120,6	0,5	0,8
1997 April	5,5	1 864,8	1 762,9	19,5	82,5	1 423,6	1 411,1	2,4	1,3
Mai	5,7	1 937,1	1 828,8	21,0	87,4	1 466,7	1 461,0	1,1	1,4
Juni	6,5	2 010,1	1 898,1	20,2	91,8	1 473,6	1 461,6	2,9	2,4
Juli	6,4	2 208,1	2 082,7	20,3	105,2	1 578,7	1 569,9	2,3	2,0
Auslandstöchter inländischer Kreditinstitute									
1994	.	315,8	286,6	19,1	10,0
1995	.	472,1	431,1	29,3	11,7
1996	.	581,8	550,7	22,3	8,8
1997 April	.	704,3	668,1	25,0	11,1
Mai	.	729,9	691,8	25,3	12,9
Juni	.	734,7	671,5	29,1	34,0
Juli	.	746,1	680,9	31,7	33,5

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Übernahmeverpflichtungen im üblichen Konsortialgeschäft.

Ab Dezember 1993 um in Anspruch genommene Verpflichtungen gekürzt. Ab Dezember 1993 für Auslandstöchter nicht mehr erfragt. — 2 Angegeben sind jeweils die Kapitalbeträge. — 3 Für Auslandstöchter nicht erfragt.

IV. Kreditinstitute

18. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter inländischer Kreditinstitute *)

Mrd DM

Zeit	Anzahl der			Kredite an Kreditinstitute					Kredite an Nichtbanken					Geldmarkt-papiere, Wert-papiere 5)	Sonstige Aktiv-positionen
	inlän-dischen Kredit-institute mit Auslands-filialen bzw. -töchtern	Auslands-filialen 1) bzw. Auslands-töchter	Ge-schäfts-volumen	ins-gesamt	Guthaben und Buchkredite 2) 3)			Geldmarkt-papiere, Wert-papiere 5) 6)	ins-gesamt	Buchkredite 3)					
					zu-sammen	inlän-dische Kredit-institute 4)	auslän-dische Kredit-institute			zu-sammen	an Inländer				
									zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	an Ausländer				
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1994	58	146	878,7	551,3	482,2	115,4	366,8	69,1	313,9	237,3	55,3	31,9	181,9	76,6	13,6
1995	60	156	1 110,0	691,0	608,0	145,2	462,7	83,0	400,5	292,8	63,9	31,3	228,9	107,8	18,5
1996	61	162	1 305,6	784,5	670,3	140,7	529,6	114,2	498,0	371,4	63,8	30,3	307,5	126,6	23,1
1996 Dez.	61	162	1 305,6	784,5	670,3	140,7	529,6	114,2	498,0	371,4	63,8	30,3	307,5	126,6	23,1
1997 Jan.	61	163	1 388,1	826,8	704,6	144,5	560,2	122,2	536,4	406,2	66,3	32,5	339,9	130,2	24,9
Febr.	61	163	1 473,1	866,4	739,9	148,9	591,0	126,5	582,7	443,7	66,9	34,4	376,8	138,9	24,0
März	62	164	1 466,8	893,3	764,8	167,1	597,8	128,5	548,8	414,3	61,3	29,3	353,0	134,5	24,7
April	61	163	1 533,7	911,7	786,8	174,7	612,1	124,9	597,1	446,7	66,7	33,7	380,0	150,4	24,9
Mai	61	163	1 558,6	915,0	792,0	171,0	621,0	123,0	619,5	455,9	68,3	35,0	387,6	163,7	24,0
Juni	61	163	1 571,3	925,0	802,1	185,7	616,4	122,9	621,4	460,4	68,2	35,1	392,2	161,0	24,9
Juli	62	164	1 689,7	964,8	836,5	183,6	652,8	128,3	697,1	516,0	71,4	34,8	444,6	181,1	27,8
Veränderungen *)															
1995	+ 2	+ 10	+257,6	+152,4	+137,2	+ 29,9	+107,3	+ 15,2	+100,3	+ 66,5	+ 8,9	- 0,3	+ 57,6	+ 33,8	+ 4,9
1996	+ 1	+ 6	+147,9	+ 65,8	+ 38,0	- 4,8	+ 42,7	+ 27,9	+ 77,7	+ 63,4	- 0,5	- 1,4	+ 63,9	+ 14,3	+ 4,4
1996 Dez.	- 1	-	- 24,7	- 13,7	- 14,6	- 2,0	- 12,6	+ 0,9	- 15,3	- 10,7	+ 0,7	+ 1,8	- 11,4	- 4,6	+ 4,2
1997 Jan.	-	+ 1	+ 61,5	+ 29,7	+ 23,3	+ 3,6	+ 19,7	+ 6,4	+ 30,0	+ 28,7	+ 2,3	+ 2,0	+ 26,3	+ 1,4	+ 1,7
Febr.	-	-	+ 58,3	+ 25,2	+ 22,8	+ 4,3	+ 18,5	+ 2,4	+ 34,1	+ 28,0	+ 0,3	+ 1,6	+ 27,6	+ 6,2	- 1,1
März	+ 1	+ 1	+ 2,9	+ 31,4	+ 29,0	+ 18,2	+ 10,8	+ 2,5	- 29,2	- 25,8	- 5,6	- 5,0	- 20,2	- 3,4	+ 0,7
April	- 1	- 1	+ 47,9	+ 7,4	+ 12,6	+ 7,6	+ 5,0	- 5,2	+ 40,4	+ 26,2	+ 5,3	+ 4,3	+ 20,9	+ 14,1	+ 0,1
Mai	-	-	+ 24,2	+ 4,9	+ 6,2	- 3,8	+ 10,0	- 1,3	+ 20,1	+ 8,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 6,5	+ 12,1	- 0,8
Juni	-	-	- 15,2	- 4,7	- 2,9	+ 14,6	- 17,5	- 1,8	- 11,4	- 5,1	- 0,3	- 0,2	- 4,8	- 6,3	+ 0,8
Juli	+ 1	+ 1	+ 84,5	+ 20,9	+ 18,0	- 2,3	+ 20,2	+ 2,9	+ 60,9	+ 44,5	+ 2,8	- 0,6	+ 41,7	+ 16,4	+ 2,7
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1994	39	101	505,3	308,7	271,5	92,2	179,3	37,2	178,1	129,5	55,1	41,8	74,4	48,6	18,5
1995	37	117	576,7	340,8	296,5	91,2	205,2	44,3	213,5	157,1	64,1	45,5	93,0	56,4	22,4
1996	39	125	673,8	392,3	333,7	102,5	231,3	58,5	251,9	183,3	63,9	45,8	119,4	68,6	29,6
1996 Dez.	39	125	673,8	392,3	333,7	102,5	231,3	58,5	251,9	183,3	63,9	45,8	119,4	68,6	29,6
1997 Jan.	39	125	705,0	415,6	354,5	105,2	249,3	61,1	258,2	189,9	60,2	44,0	129,7	68,4	31,1
Febr.	38	124	720,5	416,1	353,6	106,5	247,1	62,5	270,8	196,5	58,7	44,0	137,8	74,3	33,7
März	37	124	722,4	419,4	355,6	108,6	246,9	63,8	268,7	192,2	59,2	44,9	132,9	76,6	34,3
April	37	125	739,2	424,3	362,4	111,5	250,9	61,9	276,8	198,6	57,3	43,1	141,3	78,2	38,0
Mai	38	128	752,1	429,6	370,5	111,2	259,3	59,1	281,9	198,1	57,5	43,7	140,6	83,8	40,6
Juni	38	130	765,2	432,9	373,0	116,6	256,5	59,9	290,4	202,5	61,2	47,7	141,2	87,9	41,9
Juli	38	132	793,6	446,2	385,0	122,5	262,5	61,2	303,1	218,3	64,8	51,9	153,5	84,8	44,3
Veränderungen *)															
1995	- 2	+ 16	+ 84,9	+ 40,6	+ 33,2	+ 0,1	+ 33,0	+ 7,4	+ 40,3	+ 30,9	+ 9,3	+ 4,0	+ 21,6	+ 9,4	+ 3,9
1996	+ 2	+ 8	+ 74,6	+ 39,0	+ 26,0	+ 9,6	+ 16,4	+ 13,0	+ 28,8	+ 19,3	- 0,3	+ 0,2	+ 19,6	+ 9,5	+ 6,9
1996 Dez.	+ 1	+ 1	- 14,2	- 7,0	- 8,2	+ 1,4	- 9,6	+ 1,2	- 7,7	- 4,3	+ 2,8	+ 1,5	- 7,1	- 3,4	+ 0,5
1997 Jan.	-	-	+ 25,3	+ 19,4	+ 17,2	+ 2,1	+ 15,0	+ 2,3	+ 4,3	+ 5,1	- 3,8	- 2,0	+ 8,9	- 0,8	+ 1,5
Febr.	- 1	- 1	+ 7,4	- 4,4	- 5,3	+ 0,5	- 5,9	+ 0,9	+ 9,4	+ 4,3	- 1,7	- 0,0	+ 5,9	+ 5,2	+ 2,5
März	- 1	-	+ 4,2	+ 4,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,4	- 1,2	- 3,7	+ 0,7	+ 0,9	- 4,3	+ 2,5	+ 0,6
April	-	+ 1	+ 10,5	+ 1,2	+ 3,4	+ 2,3	+ 1,1	- 2,2	+ 5,7	+ 4,7	- 2,0	- 1,9	+ 6,7	+ 1,0	+ 3,6
Mai	+ 1	+ 3	+ 14,6	+ 6,4	+ 9,0	- 0,2	+ 9,3	- 2,7	+ 5,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,3	+ 5,8	+ 2,6
Juni	-	+ 2	+ 4,5	- 1,8	- 2,1	+ 4,6	- 6,7	+ 0,4	+ 5,0	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,8	- 1,6	+ 3,0	+ 1,2
Juli	-	+ 2	+ 18,1	+ 7,1	+ 6,2	+ 5,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 8,7	+ 12,9	+ 3,3	+ 4,1	+ 9,5	- 4,1	+ 2,2

* „Ausland“ umfaßt auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders

angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. — 2 Einschl. Postgiroguthaben. — 3 Einschl. Wechselkredite und Treuhandkredite. — 4 Bei Auslandsfilialen ab Dezember 1993 einschl. Beziehungen zur Zentrale und zu Schwesterfilialen in Deutschland, bei Auslandstöchtern einschl. Beziehungen zum Mutterinstitut. — 5 Schatzwechsel, U-Schätze und

IV. Kreditinstitute

Einlagen und aufgenommene Kredite 7) 8)												Geldmarkt papiere und Schuld- verschrei- bungen im Umlauf 10)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passiv- posi- tionen 11)	Zeit		
insgesamt	von Kreditinstituten			von Nichtbanken					auslän- dische Nicht- banken	Geldmarkt papiere und Schuld- verschrei- bungen im Umlauf 10)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital					Sonstige Passiv- posi- tionen 11)	Zeit
	zu- sammen	inlän- dische 4)	aus- ländische	insgesamt	inländische Nichtbanken 9)												
					zu- sammen	kurzfristig	mittel- und langfristig										
				zu- sammen	zu- sammen	darunter Unter- nehmen und Privat- personen	zu- sammen	darunter Unter- nehmen und Privat- personen									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												Auslandsfilialen					
769,7	480,6	167,3	313,3	289,1	176,9	174,8	155,9	2,2	1,8	112,1	76,6	9,5	23,0	1994			
958,0	651,2	197,3	453,9	306,7	169,6	166,1	140,9	3,5	3,2	137,1	109,6	10,9	31,5	1995			
1 091,2	718,1	203,1	515,0	373,1	163,3	159,7	135,4	3,6	3,5	209,8	156,1	13,5	44,8	1996			
1 091,2	718,1	203,1	515,0	373,1	163,3	159,7	135,4	3,6	3,5	209,8	156,1	13,5	44,8	1996 Dez.			
1 158,5	740,5	185,7	554,9	417,9	189,1	185,5	160,6	3,5	3,5	228,8	167,3	13,6	48,8	1997 Jan.			
1 216,9	774,6	180,1	594,5	442,4	188,5	185,0	160,1	3,5	3,5	253,9	177,0	13,8	65,4	Febr.			
1 214,4	775,0	190,5	584,5	439,3	184,4	181,0	155,9	3,4	3,4	255,0	178,0	13,8	60,7	März			
1 267,6	814,1	196,4	617,7	453,5	186,9	183,4	160,2	3,5	3,5	266,6	183,3	14,0	68,7	April			
1 278,8	809,8	189,4	620,4	469,0	182,2	179,0	153,9	3,2	3,2	286,7	182,6	16,9	80,3	Mai			
1 285,7	829,1	199,1	630,0	456,6	177,0	173,4	148,1	3,6	3,6	279,6	189,1	17,1	79,5	Juni			
1 392,0	891,1	197,7	693,4	500,9	183,6	180,0	153,2	3,7	3,6	317,3	188,3	17,2	92,2	Juli			
Veränderungen *)												Auslandsfilialen					
+ 205,9	+ 181,3	+ 30,3	+ 151,0	+ 24,6	- 6,7	- 8,0	- 14,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 31,3	+ 33,1	+ 1,4	+ 17,2	1995			
+ 95,1	+ 42,0	+ 5,1	+ 36,9	+ 53,1	- 7,0	- 7,1	- 6,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 60,1	+ 46,5	+ 2,6	+ 3,8	1996			
- 26,0	+ 1,1	+ 21,5	- 20,4	- 27,1	- 8,4	- 8,4	- 12,7	- 0,0	- 0,0	- 18,7	+ 1,0	+ 0,6	- 0,3	1996 Dez.			
+ 50,4	+ 10,6	- 17,7	+ 28,3	+ 39,9	+ 25,5	+ 25,5	+ 24,9	- 0,0	- 0,0	+ 14,4	+ 11,2	+ 0,1	- 0,2	1997 Jan.			
+ 38,5	+ 21,3	- 5,9	+ 27,1	+ 17,3	- 1,0	- 0,9	- 0,9	- 0,0	- 0,0	+ 18,2	+ 9,7	+ 0,2	+ 9,9	Febr.			
+ 3,5	+ 4,6	+ 10,5	- 5,9	- 1,0	- 4,0	- 3,9	- 4,0	- 0,1	- 0,1	+ 3,0	+ 1,0	- 0,0	- 1,6	März			
+ 37,9	+ 29,2	+ 5,7	+ 23,5	+ 8,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,4	+ 5,3	+ 0,2	+ 4,4	April			
+ 14,4	- 2,6	- 6,9	+ 4,3	+ 16,9	- 4,7	- 4,4	- 6,3	- 0,3	- 0,3	+ 21,6	- 0,8	+ 2,9	+ 7,7	Mai			
- 13,4	+ 6,4	+ 9,4	- 3,0	- 19,8	- 5,6	- 5,9	- 6,2	+ 0,4	+ 0,4	- 14,2	+ 6,5	+ 0,2	- 8,5	Juni			
+ 79,0	+ 44,5	- 1,9	+ 46,3	+ 34,6	+ 6,1	+ 6,0	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 28,5	- 0,7	+ 0,1	+ 6,1	Juli			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												Auslandstöchter					
412,5	258,2	33,8	224,4	154,3	65,4	62,4	59,5	3,1	3,1	88,8	48,2	16,7	27,9	1994			
463,5	301,0	43,2	257,8	162,5	61,6	56,5	53,3	5,1	5,1	100,8	58,9	20,4	34,0	1995			
540,3	349,2	48,9	300,3	191,1	59,6	52,1	48,9	7,6	7,4	131,4	74,0	22,6	36,9	1996			
540,3	349,2	48,9	300,3	191,1	59,6	52,1	48,9	7,6	7,4	131,4	74,0	22,6	36,9	1996 Dez.			
567,2	371,9	46,8	325,1	195,4	58,4	51,4	49,3	7,0	7,0	136,9	75,8	23,6	38,4	1997 Jan.			
577,9	374,4	53,1	321,3	203,5	58,4	51,4	49,1	7,0	7,0	145,2	73,8	23,8	45,0	Febr.			
578,5	374,2	53,2	321,1	204,3	59,0	51,9	49,5	7,2	7,2	145,2	74,9	24,0	44,9	März			
589,2	378,5	53,5	325,0	210,7	56,2	49,1	47,2	7,1	7,1	154,5	77,8	24,8	47,4	April			
601,4	390,0	48,2	341,8	211,4	56,2	49,2	47,1	7,0	7,0	155,2	79,3	25,1	46,3	Mai			
610,8	398,1	54,3	343,7	212,7	54,1	47,2	45,1	6,9	6,8	158,7	80,1	25,8	48,5	Juni			
631,3	416,9	54,3	362,5	214,4	56,3	49,5	47,4	6,8	6,8	158,1	81,3	26,5	54,5	Juli			
Veränderungen *)												Auslandstöchter					
+ 60,8	+ 58,0	+ 10,9	+ 47,1	+ 2,8	- 3,5	- 5,5	- 5,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 6,3	+ 10,8	+ 3,8	+ 9,5	1995			
+ 58,8	+ 37,0	+ 5,0	+ 31,9	+ 21,8	- 2,5	- 4,9	- 4,9	+ 2,4	+ 2,3	+ 24,3	+ 15,1	+ 2,2	- 1,4	1996			
- 12,4	- 8,5	+ 0,9	- 9,5	- 3,8	+ 1,3	+ 1,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	- 5,2	+ 2,3	- 0,3	- 3,7	1996 Dez.			
+ 21,8	+ 18,9	- 2,4	+ 21,3	+ 2,9	- 1,5	- 0,9	+ 0,1	- 0,5	- 0,4	+ 4,4	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,7	1997 Jan.			
+ 3,9	- 1,8	+ 6,1	- 7,9	+ 5,7	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,1	+ 6,0	- 2,1	+ 0,3	+ 5,3	Febr.			
+ 2,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,3	März			
+ 5,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,7	+ 4,5	- 3,0	- 2,9	- 2,5	- 0,1	- 0,1	+ 7,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,6	April			
+ 14,0	+ 12,8	- 5,3	+ 18,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,4	- 1,2	Mai			
+ 1,8	+ 3,3	+ 5,9	- 2,7	- 1,4	- 2,3	- 2,2	- 2,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,2	Juni			
+ 11,3	+ 12,5	- 0,3	+ 12,9	- 1,3	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	- 0,1	- 0,1	- 3,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 4,9	Juli			

sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 6 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 7 Einschl. Verbindlichkeiten aus Treuhandkrediten. — 8 Bis November 1993 einschl. Certificates of Deposit, ab Dezember 1993 einschl. Namensgeldmarktpapiere. —

9 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 10 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 11 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

IV. Kreditinstitute

19. Bausparkassen *)
Zwischenbilanzen

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Kreditinstitute			Kredite an Nichtbanken				Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (ein- schl. offener Rück- lagen) 8)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Verträge 9)	
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bungen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (ein- schl. Schatz- wechsel und U- Schätze) 5)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 7)				
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen 4)									
Alle Bausparkassen																	
1996	34	244,9	21,5	0,5	18,2	99,6	68,3	18,1	12,7	2,3	39,2	165,2	5,4	3,1	11,4	170,0	
1997 Juni	34	249,8	23,2	0,5	18,0	98,6	71,7	18,2	14,7	2,5	40,1	167,4	5,5	3,2	11,9	12,0	
Juli	34	250,0	22,6	0,5	18,0	98,7	72,6	18,4	14,5	2,5	40,0	167,4	5,4	3,2	12,0	12,5	
Aug.	34	251,0	23,2	0,5	18,3	98,3	73,0	18,4	14,5	2,5	40,7	167,5	5,4	3,3	12,0	11,4	
Private Bausparkassen																	
1997 Juni	21	176,5	16,5	0,3	11,5	67,4	47,9	17,2	12,3	1,8	30,4	115,3	5,4	3,2	7,7	8,2	
Juli	21	176,5	16,3	0,3	11,2	67,4	48,5	17,3	12,1	1,8	30,4	115,4	5,3	3,2	7,7	8,7	
Aug.	21	177,2	16,6	0,3	11,5	67,1	48,7	17,4	12,2	1,8	30,8	115,4	5,3	3,3	7,7	7,9	
Öffentliche Bausparkassen																	
1997 Juni	13	73,3	6,7	0,2	6,5	31,3	23,8	1,0	2,4	0,7	9,7	52,1	0,0	-	4,3	3,9	
Juli	13	73,5	6,3	0,2	6,7	31,4	24,1	1,0	2,4	0,7	9,7	52,0	0,0	-	4,3	3,8	
Aug.	13	73,8	6,6	0,2	6,8	31,2	24,3	1,1	2,4	0,7	9,9	52,1	0,0	-	4,3	3,5	

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd DM

Zeit	Umsätze im Sparverkehr 10)			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Baudarlehen 11)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- bau- prämien 13)		
	eingezahlte Bauspar- beträge 10)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 12)	ins- gesamt	Zuteilungen				neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt		darunter Til- gungen im Quartal	
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen								
							zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfin- anzie- rungs- krediten	zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfin- anzie- rungs- krediten							
Alle Bausparkassen																	
1996	43,9	4,6	6,4	84,8	55,1	81,0	30,7	8,9	22,2	7,4	28,1	15,5	10,7	30,1	24,3	0,3	
1997 Juni	3,7	0,1	0,6	7,9	5,0	7,8	2,8	0,8	2,0	0,7	2,9	18,1	11,9	2,5	6,5	0,0	
Juli	3,7	0,1	0,6	8,6	5,7	8,1	3,1	0,9	2,1	0,7	2,9	18,2	12,2	2,5	0,0	0,0	
Aug.	3,4	0,1	0,6	7,5	5,0	6,9	2,7	0,9	1,8	0,7	2,4	18,6	12,5	2,4	0,0	0,0	
Private Bausparkassen																	
1997 Juni	2,6	0,0	0,4	5,6	3,3	5,4	2,0	0,6	1,3	0,5	2,1	10,1	5,7	1,8	4,7	0,0	
Juli	2,7	0,0	0,4	6,6	4,2	6,0	2,2	0,7	1,5	0,5	2,2	10,5	6,1	1,7	0,0	0,0	
Aug.	2,4	0,0	0,4	5,4	3,5	5,0	1,9	0,7	1,3	0,5	1,8	10,6	6,2	1,7	0,0	0,0	
Öffentliche Bausparkassen																	
1997 Juni	1,1	0,0	0,2	2,4	1,7	2,4	0,9	0,2	0,7	0,2	0,8	7,9	6,2	0,8	1,8	0,0	
Juli	1,1	0,0	0,2	2,0	1,4	2,2	0,9	0,2	0,6	0,1	0,7	7,7	6,1	0,7	0,0	0,0	
Aug.	1,0	0,0	0,2	2,1	1,5	1,9	0,8	0,2	0,5	0,1	0,6	7,9	6,3	0,7	0,0	0,0	

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Ab August 1990 einschl. Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte mit Bausparern im Gebiet der ehemaligen DDR. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere. — 4 Einschl. Treuhandkredite. — 5 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 7 Einschl. geringer Beträge von Sparein-

lagen. — 8 Einschl. Genußrechtskapital; ab Dezember 1993 einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 9 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlußgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 10 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 11 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 12 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 13 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Baudarlehen“ enthalten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen						Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden				
	Sichtverbindlichkeiten						befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
	Progressionsstufe 1)										
	1		2		3						
bis 10 Mio DM	über 10 bis 100 Mio DM	über 100 Mio DM	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen				
1987 1.Febr.	6,6	9,9	12,1	4,95	4,15	12,1	4,95	4,15			
1993 1.März	6,6	9,9	12,1	2	2	12,1	2	2			
1994 1.März 2)		5		2	2	5	2	2			
1995 1.Aug.		2		2	1,5	2	2	1,5			

1 Für die ersten 10 Mio DM an reservspflichtigen Verbindlichkeiten gilt der Satz der Progressionsstufe 1, für die nächsten 90 Mio DM der Satz der Progressionsstufe 2 und für die über 100 Mio DM hinausgehenden der Satz der Progressionsstufe 3. — 2 Ab 1. März 1994 sind die Progressionsstufen

bei den Sichtverbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen sowie die noch bestehende Differenzierung der Reservesätze nach Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen und Gebietsfremden entfallen.

2. Reservehaltung *)
Insgesamt

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten										Reserve-Soll vor Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände 4) 15)			Überschußreserven 8) 15)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 9) 15)
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten		befristete Verbindlichkeiten		Spareinlagen 3)		insgesamt	darunter für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden	Anrechenbare Kassenbestände 5) 15)	Reserve-Soll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände 6) 15)	Ist-Reserve 7)	Betrag	in % des Reserve-Solls nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände		
		gegenüber		gegenüber		von										
		Gebietsansässigen 2)	Gebietsfremden	Gebietsansässigen 2)	Gebietsfremden	Gebietsansässigen	Gebietsfremden									
1978 Dez.	673 610	153 785	11 599	133 079	10 373	361 726	3 048	55 988	2 821	5 454	50 534	51 558	1 024	2,0	4	
1979 *	704 674	158 612	12 766	149 641	13 290	367 218	3 147	61 651	3 442	6 268	55 383	56 426	1 043	1,9	6	
1980 *	732 855	165 410	15 203	175 093	11 547	362 262	3 340	53 499	3 000	7 038	46 461	47 122	661	1,4	1	
1981 *	768 728	162 317	13 482	224 345	11 106	353 899	3 579	52 321	2 579	7 524	44 797	45 304	507	1,1	2	
1982 *	821 085	173 300	14 102	233 281	10 283	386 017	4 102	50 079	2 351	8 178	41 901	42 232	331	0,8	1	
1983 *	873 212	188 859	14 295	223 959	12 878	428 562	4 659	53 100	2 579	8 586	44 514	44 941	427	1,0	2	
1984 * 10)	921 512	192 950	16 741	241 367	14 067	451 300	5 087	56 016	2 934	9 151	46 865	47 372	507	1,1	6	
1985 *	966 074	204 788	17 859	244 965	10 908	481 901	5 653	58 661	2 849	10 144	48 517	49 123	606	1,3	4	
1986 *	1 040 751	224 043	18 678	260 485	7 817	523 297	6 431	55 746	2 645	10 745	45 001	45 531	530	1,2	1	
1987 *	1 105 701	244 792	20 969	266 440	10 133	556 209	7 158	65 920	3 337	11 408	54 512	55 150	638	1,2	2	
1988 *	1 148 473	262 366	19 672	273 527	9 220	576 167	7 521	68 892	3 149	12 377	56 515	57 074	559	1,0	3	
1989 *	1 196 181	266 428	20 965	329 803	8 395	562 972	7 618	71 739	3 269	13 591	58 148	58 912	764	1,3	4	
1990 *	1 434 823	334 804	21 621	417 459	10 261	642 846	7 831	87 282	3 449	18 366	68 916	70 927	2 011	2,9	16	
1991 *	1 516 698	375 813	21 732	488 794	12 061	609 646	8 653	94 199	3 586	20 578	73 621	75 044	1 423	1,9	11	
1992 * 11)	1 734 654	446 454	26 062	562 054	16 606	672 271	11 207	109 682	4 441	24 509	85 173	86 360	1 188	1,4	5	
1993 *	1 894 674	478 480	27 082	599 326	25 371	749 824	14 591	84 379	4 076	24 791	59 587	60 365	777	1,3	15	
1994 *	2 007 710	512 091	30 614	563 839	41 243	842 463	17 460	56 435	2 705	12 881	43 554	44 377	823	1,9	5	
1995 *	2 066 565	535 334	44 002	482 370	37 086	948 261	19 512	36 492	1 914	—	36 492	37 337	845	2,3	3	
1996 *	2 201 464	602 570	52 912	425 589	48 754	1 050 304	21 334	38 671	2 353	—	38 671	39 522	851	2,2	4	
1996 Aug.	2 136 028	538 023	38 655	454 834	49 263	1 034 118	21 134	37 444	2 075	—	37 444	37 739	295	0,8	3	
Sept.	2 147 214	545 330	36 657	455 270	52 255	1 036 575	21 128	37 656	2 095	—	37 656	37 951	295	0,8	3	
Okt.	2 154 411	558 211	40 626	444 980	48 960	1 040 398	21 236	37 780	2 110	—	37 780	38 033	253	0,7	3	
Nov.	2 170 003	570 937	44 106	437 269	50 353	1 046 048	21 290	38 063	2 209	—	38 063	38 446	382	1,0	6	
Dez.	2 201 464	602 570	52 912	425 589	48 754	1 050 304	21 334	38 671	2 353	—	38 671	39 522	851	2,2	4	
1997 Jan.	2 275 945	639 219	56 761	434 343	45 096	1 078 670	21 856	40 016	2 365	—	40 016	40 367	351	0,9	5	
Febr.	2 252 194	589 415	48 813	448 531	49 033	1 094 357	22 045	39 462	2 288	—	39 462	39 730	268	0,7	5	
März	2 255 625	588 128	57 115	439 788	49 381	1 099 163	22 050	39 506	2 461	—	39 506	40 177	670	1,7	7	
April	2 255 138	586 360	66 315	431 856	48 687	1 099 889	22 032	39 493	2 631	—	39 493	39 790	297	0,8	6	
Mai	2 255 167	590 907	64 977	430 547	49 325	1 097 482	21 929	39 506	2 615	—	39 506	39 940	433	1,1	4	
Juni	2 270 651	596 939	73 968	432 910	48 184	1 096 805	21 845	39 820	2 771	—	39 820	40 129	309	0,8	4	
Juli	2 270 417	607 765	79 511	422 180	44 426	1 094 773	21 761	39 826	2 805	—	39 826	40 084	258	0,7	5	
Aug.	2 270 891	605 941	81 035	421 541	47 547	1 093 133	21 694	39 844	2 897	—	39 844	40 200	357	0,9	4	

Anmerkungen siehe Seite 42*

V. Mindestreserven

noch: 2. Reservehaltung
Aufgliederung nach Bankengruppen

Durchschnitt im Monat 1)	Zahl der reserve- pflichtigen Institute	Reserve- pflichtige Verbind- lichkeiten Mio DM	Reserve- Soll 4)	Durchschnittlicher Reservesatz 12) für Verbindlichkeiten gegenüber			Nachrichtlich:	
				Gebiets- ansässigen und Gebiets- fremden insgesamt	Gebiets- ansässigen	Gebiets- fremden	Ist-Reserve 7)	Über- schuß- reserven
Alle Bankengruppen 11)								
1997 Juli	3 473	2 270 417	39 826	1,8	1,7	1,9	40 084	258
Aug.	3 456	2 270 891	39 844	1,8	1,7	1,9	40 200	357
Kreditbanken								
1997 Juli	312	588 896	11 078	1,9	1,9	2,0	11 188	111
Aug.	311	590 608	11 115	1,9	1,9	2,0	11 238	123
Großbanken								
1997 Juli	3	318 634	5 988	1,9	1,9	2,0	5 994	5
Aug.	3	320 221	6 024	1,9	1,9	2,0	6 038	14
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken 13)								
1997 Juli	182	230 025	4 303	1,9	1,9	2,0	4 353	50
Aug.	182	230 559	4 313	1,9	1,9	2,0	4 390	77
Zweigstellen ausländischer Banken								
1997 Juli	74	14 469	289	2,0	2,0	2,0	341	52
Aug.	73	14 025	280	2,0	2,0	2,0	304	24
Privatbankiers 14)								
1997 Juli	53	25 766	497	1,9	1,9	2,0	501	4
Aug.	53	25 803	498	1,9	1,9	2,0	506	8
Girozentralen								
1997 Juli	13	72 067	1 343	1,9	1,9	2,0	1 349	6
Aug.	13	69 585	1 294	1,9	1,8	2,0	1 303	9
Sparkassen								
1997 Juli	598	902 241	15 172	1,7	1,7	1,7	15 220	48
Aug.	598	903 709	15 206	1,7	1,7	1,7	15 319	113
Genossenschaftliche Zentralbanken								
1997 Juli	4	16 634	333	2,0	2,0	2,0	333	1
Aug.	4	17 341	347	2,0	2,0	2,0	348	1
Kreditgenossenschaften								
1997 Juli	2 464	585 381	10 085	1,7	1,7	1,7	10 166	81
Aug.	2 448	585 216	10 082	1,7	1,7	1,7	10 176	94
Realkreditinstitute								
1997 Juli	33	9 953	198	2,0	2,0	2,0	202	5
Aug.	33	9 590	190	2,0	2,0	2,0	199	8
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben 11)								
1997 Juli	15	93 866	1 592	1,7	1,7	1,9	1 596	4
Aug.	15	93 502	1 585	1,7	1,7	1,9	1 590	5
Bausparkassen								
1997 Juli	34	1 378	26	1,9	1,9	1,9	29	4
Aug.	34	1 338	25	1,9	1,9	1,9	29	4

* Ab August 1990 einschl. Reservehaltung der ostdeutschen Kreditinstitute. — 1 Gemäß §§ 5 bis 7 der AMR. — 2 Einschließlich Verbindlichkeiten aus im Erstsatz an Gebietsfremde verkauften Inhaberschuldverschreibungen und Orderschuldverschreibungen, die Teile einer Gesamtemission sind. — 3 Von August bis Dezember 1990 einschl. Verbindlichkeiten auf „Spargiro- und Sparbuchkonten“ in Ostdeutschland; ab Januar 1991 nur noch einschl. Verbindlichkeiten auf „Sparbuchkonten“ in Ostdeutschland, sofern sie auf die seinerzeitigen Sparverkehrsvorschriften des KWG umgestellt wurden. — 4 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservepflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs.1 AMR). Die Kontinuität der Reihe ist durch die ab März 1978 eingeführte Anrechnung der Kassenbestände bei kompensierender Heraufsetzung der Reservesätze nicht gegeben. — 5 Durchschnittlicher Bestand der Banken an inländischen gesetzlichen Zahlungs-

mitteln. — 6 Als Guthaben auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank zu unterhalten. — 7 Durchschnittliche Guthaben der reservepflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 8 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände. — 9 Reserve-Soll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände. — 10 Die Freistellung der Institute mit überwiegend langfristigem Geschäft und der Bausparkassen wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1984 aufgehoben. — 11 Ab Februar 1992 einschl. „Deutsche Bundespost Postbank“ (ab 1. Januar 1995: Deutsche Postbank AG). — 12 Reserve-Soll in % der reservepflichtigen Verbindlichkeiten. — 13 Einschl. Bürgschaftsbanken mit geringfügigen Beträgen. — 14 Nur Kreditinstitute in der Rechtsform des Einzelkaufmanns oder der Personenhandelsgesellschaft. — 15 Die Anrechenbarkeit der Kassenbestände wurde ab 1. August 1995 aufgehoben.

VI. Zinssätze

1. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank
sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls *)

% p.a.

Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz	Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz 2)	Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz 2)
1979 19. Jan.	3	4	1986 7. März	3 1/2	5 1/2	1992 17. Juli	8 3/4	9 3/4
30. März	4	5				15. Sept.	8 1/4	9 1/2
1. Juni	4	5 1/2	1987 23. Jan.	3	5			
13. Juli	5	6	6. Nov.	3	4 1/2	1993 5. Febr.	8	9
1. Nov.	6	7	4. Dez.	2 1/2	4 1/2	19. März	7 1/2	9
						23. April	7 1/4	8 1/2
1980 29. Febr.	7	8 1/2	1988 1. Juli	3	4 1/2	2. Juli	6 3/4	8 1/4
2. Mai	7 1/2	9 1/2	29. Juli	3	5	30. Juli	6 3/4	7 3/4
19. Sept.	7 1/2	3) 9	26. Aug.	3 1/2	5	10. Sept.	6 1/4	7 1/4
			16. Dez.	3 1/2	5 1/2	22. Okt.	5 3/4	6 3/4
1982 27. Aug.	7	8						
22. Okt.	6	7	1989 20. Jan.	4	6	1994 18. Febr.	5 1/4	6 3/4
3. Dez.	5	6	21. April	4 1/2	6 1/2	15. April	5	6 1/2
			30. Juni	5	7	13. Mai	4 1/2	6
1983 18. März	4	5	6. Okt.	6	8			
9. Sept.	4	5 1/2				1995 31. März	4	6
			1990 2. Nov.	6	8 1/2	25. Aug.	3 1/2	5 1/2
1984 29. Juni	4 1/2	5 1/2				15. Dez.	3	5
			1991 1. Febr.	6 1/2	9			
1985 1. Febr.	4 1/2	6	16. Aug.	7 1/2	9 1/4	1996 19. April	2 1/2	4 1/2
16. Aug.	4	5 1/2	20. Dez.	8	9 3/4			

* Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls: 3 % p.a. über Lombardsatz; seit 1. Januar 1951 unverändert. — 1 Bis 31. Juli 1990 zugleich Zinssatz für Kassenkredite. — 2 Ab 1. August 1990 bis 31. Dezember 1993 zugleich Zinssatz für Kassenkredite; ab 1. Januar 1994 werden keine Kassenkre-

dite mehr gewährt. — 3 Lombardkredit zum Lombardsatz ist den Kreditinstituten vom 20. Februar 1981 bis einschl. 6. Mai 1982 grundsätzlich nicht zur Verfügung gestellt worden.

2. Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wertpapiere *)

Gutschriftstag	Gebote der Kreditinstitute		Ankäufe der Bundesbank 1)						
	Anzahl der Bieter	Betrag	Anzahl	Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Mio DM			Festsatz	marginaler Zuteilungssatz	Schwerpunkt-satz 2)	Tage	
					% p.a.				
1997 19. Febr.	563	270 097	563	72 947		3,00	-	-	14
26. Febr.	567	283 053	567	77 009		3,00	-	-	14
5. März	498	262 583	498	71 966		3,00	-	-	14
12. März	587	288 065	587	80 102		3,00	-	-	14
19. März	643	290 637	643	71 961		3,00	-	-	14
26. März	672	311 654	672	84 018		3,00	-	-	14
2. April	562	273 351	562	69 041		3,00	-	-	15
9. April	652	290 693	652	82 004		3,00	-	-	14
17. April	603	264 052	603	59 966		3,00	-	-	12
23. April	690	320 605	690	82 427		3,00	-	-	14
29. April	581	266 422	581	61 034		3,00	-	-	15
7. Mai	573	285 218	573	85 874		3,00	-	-	14
14. Mai	551	238 412	551	60 580		3,00	-	-	13
21. Mai	611	287 304	611	84 059		3,00	-	-	14
27. Mai	562	242 122	562	62 248		3,00	-	-	15
4. Juni	534	270 079	534	82 120		3,00	-	-	14
11. Juni	523	213 569	523	63 023		3,00	-	-	14
18. Juni	568	238 225	568	81 014		3,00	-	-	14
25. Juni	553	253 095	553	69 624		3,00	-	-	14
2. Juli	527	254 470	527	78 904		3,00	-	-	14
9. Juli	524	245 638	524	71 008		3,00	-	-	14
16. Juli	559	265 053	559	77 946		3,00	-	-	14
23. Juli	591	270 072	591	72 133		3,00	-	-	14
30. Juli	555	278 697	555	79 446		3,00	-	-	14
6. Aug.	561	276 665	561	74 719		3,00	-	-	14
13. Aug.	573	285 127	573	79 850		3,00	-	-	14
20. Aug.	643	295 283	643	73 843		3,00	-	-	14
27. Aug.	674	313 749	674	80 655		3,00	-	-	14
3. Sept.	608	300 335	608	73 902		3,00	-	-	14
10. Sept.	618	300 616	618	80 882		3,00	-	-	14
17. Sept.	685	298 006	685	73 631		3,00	-	-	14
24. Sept.	686	295 968	686	80 529		3,00	-	-	14
1. Okt.	610	292 345	610	73 986		3,00	-	-	14
8. Okt.	655	300 200	655	82 900		3,00	-	-	14

* Ankauf von lombardfähigen festverzinslichen Wertpapieren, ab 11. Juli 1983 auch von U-Schätzen; erster Abschluß am 21. Juni 1979. Ohne Schnell-tender; erster Abschluß am 28. November 1988. Die Ergebnisse für den je-weils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen

durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erschei-nen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Pensionsatz s. S. 44*. — 2 Spanne der Sätze, zu denen das Schwergewicht der Zuteilungen erfolgte.

VI. Zinssätze

noch: 2. Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wertpapiere *)

Pensionssatz 3) % p.a.							
Zeit	Monatsdurchschnitt	Zeit	Monatsdurchschnitt	Zeit	Monatsdurchschnitt	Zeit	Monatsdurchschnitt
1990 Jan.	7,70	1992 Jan.	9,40	1994 Jan.	6,00	1996 Jan.	3,67
Febr.	7,76	Febr.	9,41	Febr.	6,00	Febr.	3,32
März	7,81	März	9,48	März	5,87	März	3,30
April	7,78	April	9,56	April	5,62	April	3,30
Mai	7,80	Mai	9,60	Mai	5,30	Mai	3,30
Juni	7,80	Juni	9,60	Juni	5,05	Juni	3,30
Juli	7,89	Juli	9,63	Juli	4,89	Juli	3,30
Aug.	7,94	Aug.	9,70	Aug.	4,85	Aug.	3,24
Sept.	7,96	Sept.	9,53	Sept.	4,85	Sept.	3,00
Okt.	8,00	Okt.	8,83	Okt.	4,85	Okt.	3,00
Nov.	8,00	Nov.	8,75	Nov.	4,85	Nov.	3,00
Dez.	8,51	Dez.	8,77	Dez.	4,85	Dez.	3,00
1991 Jan.	8,56	1993 Jan.	8,63	1995 Jan.	4,85	1997 Jan.	3,00
Febr.	8,50	Febr.	8,51	Febr.	4,85	Febr.	3,00
März	8,50	März	8,31	März	4,85	März	3,00
April	8,58	April	8,05	April	4,51	April	3,00
Mai	8,60	Mai	7,63	Mai	4,51	Mai	3,00
Juni	8,73	Juni	7,60	Juni	4,50	Juni	3,00
Juli	8,79	Juli	7,25	Juli	4,50	Juli	3,00
Aug.	8,93	Aug.	6,80	Aug.	4,42	Aug.	3,00
Sept.	9,00	Sept.	6,75	Sept.	4,14	Sept.	3,00
Okt.	9,00	Okt.	6,63	Okt.	4,04		
Nov.	9,05	Nov.	6,33	Nov.	3,99		
Dez.	9,29	Dez.	6,05	Dez.	3,87		

Anmerkungen *,1 und 2 s. S. 43*. — 3 Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher

bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

3. Sätze der Deutschen Bundesbank bei kurzfristigen Operationen am Geldmarkt *)

% p.a.									
Sonderlombardkredit 1)			Schatzwechselabgaben 2)						
gültig	Satz	gültig	Satz	gültig	Satz	Tage	gültig	Satz	Tage
1973 26. Nov. –		9. Okt. – 3. Dez.	11	1993 25. März – 2. Mai	7,5	3	22. April	5,3	3
		4. Dez. –		3. Mai – 9. Sept.	7,0	3	26. Aug.	4,5	3
1974 – 11. Jan.	13	1982 – 21. Jan.	10,5	10. Sept. – 21. Okt.	6,25	3	1996 26. April	3,1	3
14. März – 8. April	13	22. Jan. – 18. März	10	22. Okt. –					
28. Mai – 3. Juli	10	19. März – 6. Mai	9,5	1994 – 17. Febr.	5,75	3			
1981 25. Febr. – 26. Febr.	12			18. Febr. – 14. April	5,25	3			
3. März – 8. Okt.	12			15. April – 21. April	5,0	3			

* Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wechsel vom 16. April 1973 bis 18. März 1982 s. Tab. VI.2. S. 43*, zuletzt Monatsbericht, Januar 1997. — 1 Sonderlombardkredit

wurde erstmals am 26. November 1973 gewährt. — 2 Verkauf von nicht in die Marktregulierung der Bundesbank einbezogenen Schatzwechseln des Bundes. Erstmals am 13. August 1973 angeboten.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.										
Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				FIBOR 2) 3)					FIBOR alter Art 2) 4)	
Tagesgeld		Dreimonatsgeld		Tagesgeld (O/N)	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld
Monatsdurchschnitt	Niedrigst- und Höchstsätze	Monatsdurchschnitt	Niedrigst- und Höchstsätze	Monatsdurchschnitte						
1996 Sept.	3,09	2,95 – 4,50	3,10	3,05 – 3,15	3,14	3,11	3,12	3,16	3,33	3,17
Okt.	3,08	2,97 – 4,50	3,10	3,05 – 3,17	3,13	3,10	3,12	3,14	3,25	3,19
Nov.	3,09	2,98 – 4,50	3,17	3,10 – 3,25	3,13	3,13	3,19	3,20	3,32	3,23
Dez.	3,11	5) 2,90 – 4,75	3,21	3,05 – 3,25	3,15	3,27	3,23	3,24	3,29	3,29
1997 Jan.	3,12	3,00 – 4,30	3,09	3,05 – 3,15	3,16	3,13	3,14	3,15	3,22	3,15
Febr.	3,13	3,03 – 4,35	3,16	3,08 – 3,25	3,17	3,19	3,19	3,18	3,24	3,15
März	3,15	3,05 – 4,00	3,24	3,20 – 3,30	3,19	3,26	3,26	3,27	3,39	3,33
April	3,08	2,95 – 3,50	3,21	3,17 – 3,25	3,12	3,21	3,23	3,27	3,39	3,28
Mai	3,01	2,30 – 3,09	3,15	3,11 – 3,20	3,05	3,15	3,17	3,23	3,35	3,25
Juni	3,07	2,95 – 4,50	3,11	3,08 – 3,16	3,11	3,11	3,14	3,18	3,29	3,21
Juli	3,09	2,95 – 4,50	3,13	3,08 – 3,18	3,12	3,11	3,14	3,21	3,34	3,21
Aug.	3,16	3,05 – 4,50	3,24	3,13 – 3,31	3,19	3,18	3,26	3,40	3,59	3,34
Sept.	3,10	3,00 – 3,75	3,29	3,24 – 3,40	3,12	3,20	3,31	3,44	3,68	3,35

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Frankfurt Interbank Offered Rate. — 3 Tagesgeld (Overnight): seit 1. Juli 1996 von Telerate ermittelter Satz; Termingelder: seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode

365/360 Tage berechneter Satz. — 4 Seit August 1985 von der Privatdiskont AG, ab Januar 1996 von Telerate nach der Zinsmethode 360/360 Tage berechneter Satz (ab Juli 1990 nur noch als Basis für auslaufende Geschäfte). — 5 Ultimogeld 4,25%-4,75%.

VI. Zinssätze

5. Soll- und Habenzinsen *)
Sollzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)	Kontokorrentkredite						Wechseldiskontkredite			
	unter 200 000 DM		von 200 000 DM bis unter 1 Mio DM		von 1 Mio DM bis unter 5 Mio DM		bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM			
	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite		
1996 Nov.	10,10	7,75 - 11,75	9,35	7,00 - 11,50	7,96	6,25 - 11,00	4,69	3,00 - 7,00		
Dez.	10,08	8,00 - 11,75	9,30	7,06 - 11,50	7,76	6,00 - 10,50	4,70	3,00 - 6,75		
1997 Jan.	10,08	8,00 - 11,75	9,26	7,00 - 11,50	7,83	6,00 - 10,50	4,73	3,00 - 7,00		
Febr.	10,05	8,00 - 11,75	9,17	7,00 - 11,50	7,82	6,00 - 10,50	4,71	3,00 - 7,00		
März	10,03	7,75 - 11,75	9,16	7,00 - 11,25	7,73	6,00 - 10,25	4,72	3,05 - 6,75		
April	10,02	7,90 - 11,75	9,17	7,00 - 11,25	7,78	6,00 - 10,25	4,74	3,10 - 7,00		
Mai	10,06	8,00 - 11,75	9,12	7,00 - 11,25	7,76	6,00 - 10,50	4,73	3,00 - 6,85		
Juni	10,00	8,00 - 11,75	9,13	6,79 - 11,25	7,73	6,00 - 10,25	4,71	3,00 - 6,75		
Juli	9,97	7,90 - 11,75	9,06	7,00 - 11,25	7,70	6,00 - 10,50	4,72	3,05 - 7,00		
Aug.	9,97	7,75 - 11,75	9,06	7,00 - 11,25	7,69	6,00 - 10,25	4,71	3,00 - 7,00		
Sept.	9,95	7,75 - 11,75	9,12	7,00 - 11,25	7,75	6,00 - 10,50	4,70	3,00 - 7,00		

Erhebungs- zeitraum 1)	Dispositions kredite (eingeraumte Überziehungskredite) an Privatkunden									
	Ratenkredite						Langfristige Festzinskredite an Unternehmen und Selbständige (ohne Kredite für den Wohnungsbau) 5)			
	von 10 000 DM bis 30 000 DM einschl. 2)						von 200 000 DM bis unter 1 Mio DM		von 1 Mio DM bis unter 10 Mio DM	
	Monatssatz 3)		jährliche Effektivverzinsung 4)		Effektivverzinsung					
durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	
1996 Nov.	11,30	10,25 - 12,25	0,44	0,37 - 0,51	11,31	9,73 - 13,02	6,85	5,70 - 9,23	6,57	5,50 - 8,30
Dez.	11,29	10,25 - 12,25	0,43	0,37 - 0,50	11,28	9,73 - 13,05	6,74	5,68 - 8,57	6,51	5,50 - 7,91
1997 Jan.	11,25	9,75 - 12,25	0,43	0,37 - 0,50	11,28	9,75 - 13,02	6,75	5,64 - 8,75	6,50	5,50 - 8,06
Febr.	11,24	9,75 - 12,25	0,43	0,37 - 0,50	11,22	9,63 - 13,06	6,61	5,51 - 8,80	6,36	5,48 - 7,75
März	11,22	9,75 - 12,25	0,43	0,37 - 0,50	11,12	9,53 - 12,97	6,64	5,64 - 8,75	6,34	5,48 - 7,80
April	11,21	9,75 - 12,25	0,42	0,37 - 0,50	11,03	9,28 - 12,97	6,72	5,72 - 8,80	6,42	5,50 - 8,01
Mai	11,21	9,75 - 12,25	0,42	0,36 - 0,50	10,93	9,13 - 12,95	6,65	5,64 - 8,75	6,44	5,55 - 8,50
Juni	11,21	9,75 - 12,25	0,42	0,36 - 0,50	10,96	9,11 - 12,96	6,62	5,60 - 8,75	6,42	5,53 - 8,40
Juli	11,21	9,75 - 12,25	0,42	0,36 - 0,50	11,00	9,16 - 12,97	6,54	5,59 - 8,55	6,36	5,30 - 7,95
Aug.	11,22	9,75 - 12,25	0,42	0,36 - 0,50	10,97	9,16 - 12,95	6,62	5,67 - 8,55	6,39	5,50 - 8,04
Sept.	11,22	9,75 - 12,25	0,42	0,36 - 0,50	11,00	9,16 - 12,95	6,65	5,68 - 8,50	6,42	5,41 - 8,00

Erhebungs- zeitraum 1)	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke									
	zu Festzinsen (Effektivverzinsung) 6)									
	auf 2 Jahre		auf 5 Jahre		auf 10 Jahre		zu Gleitzinsen (Effektivverzinsung) 6)			
	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite	durchschnittlicher Zinssatz	Streubreite		
1996 Nov.	5,35	4,63 - 6,28	6,09	5,81 - 6,70	7,17	6,94 - 7,66	6,40	5,38 - 7,77		
Dez.	5,29	4,59 - 6,04	6,01	5,75 - 6,70	7,09	6,81 - 7,65	6,36	5,28 - 7,77		
1997 Jan.	5,26	4,49 - 6,17	5,98	5,70 - 6,49	7,07	6,81 - 7,66	6,34	5,25 - 7,77		
Febr.	5,16	4,49 - 5,96	5,78	5,49 - 6,49	6,83	6,59 - 7,34	6,27	5,16 - 7,77		
März	5,20	4,65 - 5,91	5,80	5,38 - 6,38	6,84	6,48 - 7,39	6,22	5,12 - 7,77		
April	5,24	4,65 - 5,91	5,92	5,49 - 6,43	6,96	6,48 - 7,39	6,23	5,12 - 7,72		
Mai	5,21	4,59 - 5,91	5,88	5,54 - 6,43	6,90	6,49 - 7,42	6,20	5,12 - 7,61		
Juni	5,17	4,59 - 5,88	5,82	5,49 - 6,43	6,86	6,50 - 7,34	6,19	5,12 - 7,61		
Juli	5,12	4,59 - 5,75	5,72	5,43 - 6,37	6,75	6,54 - 7,29	6,16	5,01 - 7,61		
Aug.	5,31	4,76 - 5,89	5,84	5,46 - 6,28	6,76	6,42 - 7,23	6,18	5,07 - 7,61		
Sept.	5,35	4,86 - 5,91	5,88	5,49 - 6,38	6,77	6,49 - 7,18	6,17	5,01 - 7,55		

* Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5% der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Jeweils die beiden mittleren Wochen der angegebenen Monate. — 2 Mit Laufzeit von 36 Monaten bis 60 Monate einschl. — 3 Zinssätze in % p.M. vom ursprünglich in Anspruch genommenen Kreditbetrag. Neben der Verzinsung wird von den meisten Kreditinstituten eine einmalige Bearbeitungsgebühr (im allgemeinen 2% der Darlehenssumme, zum Teil auch 3%) berechnet. — 4 Berechnet aus

den gemeldeten p.M.-Sätzen (s. Anm. 3) und den gemeldeten p.a.-Sätzen auf den jeweils geschuldeten Betrag sowie den zugehörigen Bearbeitungsgebühren unter Berücksichtigung der gemeldeten Laufzeiten. — 5 Unternehmenskredite (mit vereinbarter Laufzeit von 4 Jahren und darüber), für die eine Zinsbindungsfrist von mindestens 4 Jahren vereinbart worden ist. — 6 Die Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und nicht auf die Gesamtlaufzeit der Verträge. Bei Errechnung der Effektivverzinsung wird von einer jährlichen Grundtilgung von 1% zuzüglich ersparter Zinsen ausgegangen unter Berücksichtigung der von den beteiligten Instituten jeweils vereinbarten Rückzahlungsmodalitäten (z. Zt. überwiegend monatliche Zahlung und Anrechnung).

VI. Zinssätze

noch: 5. Soll- und Habenzinsen *)
Habenzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)		Festgelder mit vereinbarter Laufzeit									
		von 1 Monat								von 3 Monaten	
		Sichteinlagen von Privatkunden mit höherer Verzinsung 7)				von 100 000 DM bis unter 1 Mio DM		von 1 Mio DM bis unter 5 Mio DM		von 100 000 DM bis unter 1 Mio DM	
		durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite
1996 Nov.	2,01	0,50 - 3,00	2,33	1,90 - 2,75	2,64	2,25 - 3,00	2,86	2,50 - 3,10	2,71	2,30 - 3,05	
Dez.	1,96	0,50 - 3,00	2,38	2,00 - 2,75	2,70	2,25 - 3,00	2,94	2,60 - 3,20	2,74	2,30 - 3,05	
1997 Jan.	1,97	0,50 - 3,00	2,35	1,95 - 2,75	2,66	2,25 - 3,00	2,87	2,50 - 3,10	2,69	2,30 - 3,00	
Febr.	1,96	0,50 - 3,00	2,31	1,88 - 2,65	2,60	2,25 - 2,90	2,81	2,50 - 3,05	2,67	2,25 - 3,00	
März	1,97	0,50 - 3,00	2,34	1,93 - 2,75	2,64	2,25 - 3,00	2,90	2,50 - 3,15	2,71	2,30 - 3,00	
April	1,96	0,50 - 3,00	2,34	1,95 - 2,75	2,65	2,25 - 3,00	2,88	2,50 - 3,10	2,72	2,35 - 3,00	
Mai	1,98	0,50 - 3,00	2,34	2,00 - 2,75	2,65	2,25 - 3,00	2,88	2,50 - 3,10	2,71	2,25 - 3,00	
Juni	1,95	0,50 - 3,00	2,32	2,00 - 2,70	2,63	2,25 - 2,90	2,85	2,50 - 3,05	2,70	2,30 - 3,00	
Juli	1,94	0,50 - 3,00	2,33	2,00 - 2,70	2,63	2,25 - 2,90	2,85	2,50 - 3,05	2,69	2,30 - 3,00	
Aug.	1,93	0,50 - 3,00	2,33	2,00 - 2,75	2,65	2,27 - 2,95	2,88	2,50 - 3,10	2,71	2,35 - 3,00	
Sept.	1,94	0,50 - 3,00	2,33	2,00 - 2,75	2,66	2,25 - 2,95	2,88	2,50 - 3,10	2,73	2,30 - 3,00	

Erhebungs- zeitraum 1)		Spareinlagen									
		Sparbriefe mit laufender Zinszahlung					mit höherer Verzinsung 9) (ohne Vereinbarung einer Vertragsdauer)				
		mit Mindest-/ Grundverzinsung 8)					bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten				
		vierjährige Laufzeit					unter 10 000 DM		von 10 000 DM bis unter 20 000 DM		von 20 000 DM bis unter 50 000 DM
durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite		
1996 Nov.	4,47	4,00 - 5,00	1,95	1,50 - 2,00	2,56	2,10 - 3,50	2,65	2,25 - 3,45	2,78	2,30 - 3,50	
Dez.	4,40	3,95 - 5,00	1,94	1,50 - 2,00	2,57	2,10 - 3,81	2,64	2,20 - 3,45	2,78	2,30 - 3,50	
1997 Jan.	4,37	4,00 - 4,90	1,91	1,50 - 2,00	2,54	2,00 - 3,50	2,63	2,20 - 3,45	2,76	2,25 - 3,50	
Febr.	4,22	3,80 - 4,75	1,86	1,50 - 2,00	2,49	2,00 - 3,50	2,59	2,14 - 3,25	2,73	2,25 - 3,35	
März	4,21	3,90 - 4,60	1,79	1,50 - 2,00	2,44	2,00 - 3,25	2,58	2,13 - 3,25	2,71	2,25 - 3,25	
April	4,27	3,95 - 4,60	1,75	1,50 - 2,00	2,44	2,00 - 3,25	2,58	2,14 - 3,25	2,72	2,25 - 3,25	
Mai	4,24	3,85 - 4,70	1,72	1,50 - 2,00	2,42	1,95 - 3,25	2,57	2,13 - 3,25	2,70	2,25 - 3,25	
Juni	4,21	3,75 - 4,50	1,70	1,50 - 2,00	2,43	1,90 - 3,10	2,57	2,05 - 3,25	2,71	2,25 - 3,25	
Juli	4,16	3,75 - 4,50	1,67	1,50 - 2,00	2,40	1,88 - 3,00	2,56	2,00 - 3,25	2,70	2,20 - 3,25	
Aug.	4,22	3,75 - 4,50	1,63	1,50 - 2,00	2,40	1,88 - 3,00	2,57	2,00 - 3,25	2,70	2,25 - 3,25	
Sept.	4,25	3,75 - 4,60	1,63	1,50 - 2,00	2,41	1,88 - 3,00	2,55	2,00 - 3,25	2,69	2,20 - 3,25	

Erhebungs- zeitraum 1)		Spareinlagen mit höherer Verzinsung 9) und Vereinbarung einer Vertragsdauer von 20 000 DM bis unter 50 000 DM (Gesamtverzinsung) 10)									
		bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten und einer Vertragsdauer					bei vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten und einer Vertragsdauer				
		bis 1 Jahr einschl.		von über 1 Jahr bis 4 Jahre einschl.		von über 4 Jahren		bis 1 Jahr einschl.		von über 4 Jahren	
		durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streu- breite
1996 Nov.	2,92	2,50 - 3,25	3,80	2,71 - 4,76	4,88	3,25 - 6,25	3,00	2,70 - 3,50	4,68	3,45 - 5,25	
Dez.	2,91	2,50 - 3,25	3,77	2,75 - 4,93	4,81	3,25 - 6,22	2,99	2,65 - 3,50	4,69	3,50 - 5,24	
1997 Jan.	2,89	2,50 - 3,25	3,70	2,55 - 4,76	4,84	3,25 - 6,31	2,99	2,70 - 3,50	4,71	3,10 - 5,29	
Febr.	2,85	2,40 - 3,25	3,64	2,75 - 4,76	4,72	3,25 - 6,25	2,99	2,60 - 3,50	4,45	3,00 - 5,23	
März	2,86	2,45 - 3,25	3,64	2,88 - 4,75	4,67	3,00 - 6,22	2,99	2,60 - 3,60	4,43	3,00 - 5,03	
April	2,90	2,50 - 3,25	3,73	2,85 - 4,93	4,67	3,25 - 6,22	3,01	2,70 - 3,50	4,42	3,00 - 5,03	
Mai	2,89	2,50 - 3,25	3,69	2,85 - 4,75	4,65	3,25 - 6,22	3,02	2,70 - 3,60	4,44	3,00 - 5,03	
Juni	2,88	2,40 - 3,25	3,64	2,90 - 4,43	4,60	3,25 - 6,00	3,03	2,70 - 3,50	4,43	3,00 - 5,03	
Juli	2,87	2,50 - 3,25	3,67	2,81 - 4,43	4,54	3,00 - 6,00	3,02	2,50 - 3,50	4,40	3,00 - 5,00	
Aug.	2,90	2,50 - 3,25	3,68	2,81 - 4,50	4,53	3,00 - 5,81	3,05	2,70 - 3,50	4,38	3,00 - 5,00	
Sept.	2,93	2,50 - 3,30	3,69	3,00 - 4,29	4,60	3,10 - 6,00	3,08	2,55 - 3,60	4,37	3,00 - 5,03	

Anmerkungen *,1 bis 6 s. S. 45*. — 7 Es werden nur Zinssätze berücksichtigt, die über der jeweiligen Standardkondition der in die Erhebung einbezogenen Kreditinstitute liegen. — 8 Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung, aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt. — 9 Es wird ein

über der Mindest-/Grundverzinsung liegender Zinssatz und/oder eine Prämie bzw. ein Bonus gewährt. — 10 Verzinsung, die beim „Durchhalten“ der Sparpläne bzw. Erreichen der Sparziele gewährt wird.

VI. Zinssätze

6. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland

Land/Zinssatz	Neuer Satz		Vorheriger Satz		Land/Zinssatz	Neuer Satz		Vorheriger Satz	
	% p.a.	gültig ab	% p.a.	gültig ab		% p.a.	gültig ab	% p.a.	gültig ab
1. EU-Mitgliedsländer					noch: EU-Mitgliedsländer				
Belgien-Luxemburg Diskontsatz	2 3/4	10.10.97	2 1/2	19. 4.96	Finnland Basiszins	4	27. 8.96	4 1/2	1. 2.96
Dänemark Diskontsatz	3 1/2	10.10.97	3 1/4	19. 4.96	Österreich Diskontsatz	2 1/2	19. 4.96	3	15.12.95
Frankreich Interventionssatz 1)	3,30	10.10.97	3,10	30. 1.97	Schweden Diskontsatz	2 1/2	3. 1.97	3 1/2	2.10.96
Griechenland Diskontsatz 2)	14 1/2	12. 5.97	15 1/2	17. 2.97	2. Schweiz Diskontsatz				
Großbritannien Repo-Satz 3)	7	7. 8.97	6 3/4	10. 7.97	3. Außereuropäische Länder				
Irland, Rep. Satz für Notenbankkredit 4)	6 3/4	2. 5.97	6 1/4	19. 4.96	Japan Diskontsatz	1/2	8. 9.95	1	14. 4.95
Italien Diskontsatz	6 1/4	30. 6.97	6 3/4	22. 1.97	Kanada Diskontsatz 7)	3 3/4	1.10.97	3 1/2	26. 6.97
Niederlande Lombardsatz 5)	2 3/4	10.10.97	2 1/2	11. 3.97	Vereinigte Staaten Diskontsatz	5	31. 1.96	5 1/4	1. 2.95
Portugal Diskontsatz	6	6. 5.97	7	12.12.96					
Spanien Satz für Notenbankkredit 6)	5	3.10.97	5 1/4	16. 5.97					

1 Satz, zu dem die Banque de France kurzfristige Papiere kauft. — 2 Da die Geschäftsbanken normalerweise nicht bei der Notenbank verschuldet sind, wird der Diskontsatz gegenwärtig nicht zur Steuerung des Zinsniveaus verwendet. — 3 Leitzins der Bank of England. — 4 Short Term Facility

rate: Satz, zu dem die Notenbank den Geschäftsbanken kurz befristeten Kredit gewährt. — 5 Satz, zu dem die Nederlandsche Bank (gegen Pfand) Zentralbankgeld zur Verfügung stellt. — 6 10-Tage-Pensionssatz der Notenbank. — 7 Obergrenze des Zinsbandes der Bank of Canada für Call-Geld.

7. Geldmarktsätze im Ausland

Monats- bzw. Wochendurchschnitte aus täglichen Angaben 1)
% p.a.

Monat bzw. Woche	Amsterdam		Brüssel		London		New York		Paris	Zürich	Euro-Dollar-Markt 8)			Nachrichtlich: Swap-Sätze am freien Markt 9) US-\$/DM £/DM	
	Täg-liches Geld	Drei-monats-geld (AIBOR)	Tages-geld 2)	Schatz-wechsel (3 Mo-nate) 3)	Tages-geld 4)	Schatz-wechsel (3 Mo-nate) Emis-sions-satz 5)	Federal Funds 6)	Schatz-wechsel (3 Mo-nate) Emis-sions-satz 5)	Tages-geld gesichert durch private Titel	Drei-monats-geld 7)	Tages-geld	Monats-geld	Drei-monats-geld		
1995 Juli	4,05	4,18	4,52	4,54	6,40	6,62	5,85	5,47	6,79	2,13	5,82	5,86	5,85	- 1,33	- 2,21
Aug.	4,04	4,10	4,45	4,36	6,36	6,59	5,74	5,41	6,07	2,28	5,73	5,82	5,85	- 1,47	- 2,34
Sept.	3,88	3,92	4,19	4,24	6,68	6,52	5,80	5,26	5,62	1,91	5,70	5,77	5,78	- 1,67	- 2,51
Okt.	3,79	3,94	4,07	4,13	6,53	6,57	5,76	5,30	6,29	1,53	5,72	5,75	5,83	- 1,80	- 2,61
Nov.	3,69	3,82	3,99	3,77	6,81	6,44	5,80	5,35	5,68	1,50	5,75	5,76	5,78	- 1,82	- 2,59
Dez.	3,56	3,66	3,87	3,72	6,62	6,20	5,60	5,16	5,04	1,28	5,69	5,77	5,66	- 1,79	- 2,51
1996 Jan.	3,32	3,28	3,67	3,39	6,33	6,08	5,56	5,02	4,52	1,13	5,54	5,50	5,44	- 1,91	- 2,74
Febr.	3,12	3,10	3,32	3,29	6,24	5,96	5,22	4,87	4,19	1,03	5,24	5,25	5,22	- 1,91	- 2,79
März	3,09	3,17	3,31	3,28	5,96	5,81	5,31	4,96	4,04	1,19	5,27	5,29	5,32	- 2,00	- 2,66
April	2,85	2,94	3,31	3,17	5,77	5,80	5,22	4,99	3,88	1,13	5,32	5,35	5,39	- 2,16	- 2,68
Mai	2,66	2,70	3,25	3,18	5,96	5,82	5,24	5,02	3,75	2,16	5,26	5,34	5,41	- 2,15	- 2,72
Juni	2,74	2,90	3,21	3,28	5,64	5,58	5,27	5,11	3,75	2,03	5,32	5,36	5,48	- 2,16	- 2,43
Juli	2,85	3,08	3,21	3,34	5,70	5,51	5,40	5,17	3,62	2,03	5,30	5,39	5,57	- 2,24	- 2,34
Aug.	2,83	3,01	3,15	3,14	5,70	5,54	5,22	5,09	3,54	1,56	5,22	5,33	5,45	- 2,20	- 2,43
Sept.	2,69	2,81	3,01	3,06	5,75	5,53	5,30	5,15	3,48	0,91	5,28	5,38	5,54	- 2,47	- 2,64
Okt.	2,77	2,89	3,01	3,05	5,74	5,55	5,24	5,01	3,37	1,22	5,25	5,32	5,45	- 2,37	- 2,79
Nov.	2,78	3,01	3,01	3,06	5,83	6,02	5,31	5,03	3,31	1,44	5,31	5,31	5,43	- 2,26	- 3,09
Dez.	2,88	3,08	3,02	3,04	5,93	6,08	5,29	4,87	3,29	1,34	5,63	5,50	5,46	- 2,27	- 3,09
1997 Jan.	2,68	3,03	3,02	3,05	5,94	6,01	5,25	5,05	3,28	1,09	5,30	5,40	5,51	- 2,39	- 3,19
Febr.	2,93	3,01	3,20	3,29	6,10	5,81	5,19	5,00	3,20	1,09	5,29	5,33	5,41	- 2,26	- 2,99
März	3,03	3,20	3,35	3,41	5,86	5,92	5,39	5,14	3,19	1,28	5,38	5,41	5,55	- 2,32	- 2,93
April	2,96	3,20	3,10	3,25	5,98	6,09	5,51	5,17	3,19	1,19	5,56	5,61	5,73	- 2,57	- 3,13
Mai	3,11	3,22	3,15	3,31	6,20	6,15	5,50	5,13	3,19	0,63	5,55	5,59	5,74	- 2,62	- 3,27
Juni	3,04	3,23	3,29	3,31	6,40	6,37	5,56	4,92	3,23	0,78	5,59	5,58	5,72	- 2,63	- 3,53
Juli	3,12	3,25	3,64	3,68	6,68	6,58	5,51	5,06	3,23	0,94	5,54	5,58	5,66	- 2,53	- 3,78
Aug.	3,19	3,42	3,40	3,64	6,88	6,84	5,54	5,13	3,23	0,81	5,54	5,54	5,65	- 2,40	- 3,87
Sept. p)		3,43	3,47	3,60	6,93	6,89	5,53	4,96	3,22	0,88	5,60	5,58	5,62	- 2,39	- 3,90
Woche endend p)															
1997 Aug. 29.		3,45	3,45	3,64	6,94	6,92	5,56	5,12	3,23	0,81	5,59	5,56	5,63	- 2,36	- 3,90
Sept.		3,44	3,46	3,65	6,94	6,92	5,64	5,07	3,23		5,58	5,58	5,63	- 2,39	- 3,89
12.		3,43	3,38	3,61	6,94	6,88	5,48	5,01	3,22		5,58	5,58	5,63	- 2,43	- 3,92
19.		3,42	3,37	3,53	6,94	6,87	5,58	4,91	3,22		5,52	5,58	5,61	- 2,38	- 3,89
26.		3,42	3,53	3,57	6,93	6,90	5,45	4,90	3,22	0,88	5,55	5,58	5,59	- 2,37	- 3,91

1 Soweit nicht anders vermerkt. — 2 Sätze für overnight money am Interbankenmarkt. — 3 Tendersatz, Monatsendstand. — 4 Durchschnitt aus den in der Financial Times täglich notierten Sätzen für overnight money. — 5 Monate: Durchschnitt aus den bei den wöchentlichen Schatzwechsellauktionen (New York: montags, London: freitags) erzielten Emissionssätzen; Wochen: Durchschnitt aus den am Ausgabetag erzielten Emissionssätzen. — 6 Wochen-

durchschnitt: jeweils Donnerstag bis Mittwoch. — 7 Dreimonatsdepot bei Großbanken in Zürich; Monate: Durchschnitt der Ultimowerte. Wert in der vierten Woche jeweils Stichtag Ultimo. — 8 Die Sätze basieren auf Angaben vom Frankfurter und Luxemburger Bankplatz. — 9 Sätze für Kontrakte mit dreimonatiger Laufzeit.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien *)

Mio DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere														
	Absatz										Erwerb				
	inländische Rentenwerte 1)										Inländer				
	Absatz = Erwerb insgesamt (Spalten 2 + 10 bzw. 11 + 15)	Bankschuldverschreibungen					Indu- strie- obliga- tionen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)	auslän- dische Renten- werte 3)	zusam- men 4)	Kredit- insti- tute einschl. Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	Aus- länder 7)	
zu- sammen		zu- sammen	Hypo- theken- pfand- briefe	Öffent- liche Pfand- briefe	Schuld- verschr. von Spe- zialkredit- instituten	Sonstige Bank- schuld- verschrei- bungen									zusam- men
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1986	103 497	87 485	29 509	5 149	13 121	9 718	1 520	200	57 774	16 012	45 927	31 192	13 667	1 068	57 570
1987	112 285	88 190	28 448	-1 757	5 960	8 477	15 764	- 27	59 768	24 096	78 193	45 305	33 599	- 711	34 093
1988	88 425	35 100	-11 029	-5 168	65	- 2 911	- 3 011	- 100	46 228	53 325	86 656	36 838	49 417	402	1 769
1989	118 285	78 409	52 418	3 976	489	8 968	38 984	344	25 649	39 877	96 074	20 311	76 448	- 686	22 212
1990	244 827	220 340	136 799	-3 924	- 215	70 503	70 436	- 67	83 609	24 488	225 066	91 833	133 266	- 33	19 763
1991	231 965	219 346	131 670	4 753	21 407	59 224	46 290	667	87 011	12 619	173 099	45 095	127 310	694	58 866
1992	291 762	284 054	106 857	11 882	55 257	20 993	18 723	- 175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887
1993	395 110	382 571	151 812	20 056	112 573	- 6 264	25 449	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	- 1 336	211 915
1994	303 339	276 058	117 185	18 617	54 329	- 8 270	52 507	- 65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	- 1 557	23 349
1995	227 157	203 029	162 538	15 310	89 183	3 891	54 155	- 350	40 839	24 128	141 279	49 193	94 406	- 2 320	85 876
1996	255 287	233 519	191 341	11 544	121 118	4 922	53 756	649	41 529	21 768	153 024	117 352	36 525	- 853	102 263
1996 Nov.	35 229	34 857	24 185	1 947	14 532	- 468	8 174	176	10 496	372	13 743	15 633	- 1 890	0	21 486
1996 Dez.	13 068	10 451	6 330	-1 079	2 861	768	3 780	356	3 765	2 617	5 551	- 7 459	13 010	-	7 517
1997 Jan.	52 807	47 606	24 546	945	23 735	- 1 884	1 749	- 150	23 210	5 201	21 623	28 401	- 6 778	-	31 184
1997 Febr.	33 486	27 527	22 486	2 327	12 204	3 034	4 920	179	4 862	5 959	24 807	22 042	2 765	-	8 679
1997 März	29 475	27 623	29 252	1 354	11 171	6 183	10 544	10	- 1 640	1 852	28 726	30 104	- 1 378	-	749
1997 April	31 574	24 538	9 960	- 157	8 383	- 2 225	3 958	136	14 442	7 036	27 458	8 068	19 390	-	4 116
1997 Mai	24 228	18 036	13 091	1 665	6 601	1 851	2 972	1 003	3 943	6 192	22 670	11 526	11 144	-	1 558
1997 Juni	40 173	26 837	15 319	1 705	15 117	- 217	- 1 286	-	11 518	13 336	25 666	15 482	10 184	-	14 507
1997 Juli	40 088	20 435	24 974	1 658	16 100	1 496	5 721	-	- 4 539	19 653	24 933	27 930	- 2 997	-	15 155
1997 Aug.	17 923	13 562	12 598	932	5 989	3 059	2 617	- 43	1 007	4 361	14 683	13 101	1 582	-	3 240

Zeit	Aktien											Nachrichtlich: Saldo der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland (Kapitalexport: -, Kapitalimport: +)		
	Absatz					Erwerb						zusam- men	Rentenwerte (Spalte 15 minus Spalte 10)	Aktien (Spalte 22 minus Spalte 18)
	Absatz = Erwerb insgesamt (Spalten 17 + 18 bzw. 19 + 22)	inländische Aktien 8)		ausländische Aktien 9)		Inländer			Ausländer 12)					
		zu- sammen	zu- sammen	zu- sammen	zu- sammen	zu- sammen	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)	zusam- men	zusam- men	zusam- men	zusam- men	zusam- men	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25					
1986	32 371	16 394	15 977	17 197	5 022	12 175	15 172	+ 40 755	+ 41 558	- 803				
1987	15 845	11 889	3 956	16 436	2 153	14 283	- 592	+ 5 450	+ 9 997	- 4 547				
1988	21 390	7 528	13 862	18 438	1 177	17 261	- 2 953	- 62 467	- 51 557	- 10 910				
1989	35 510	19 365	16 145	10 234	4 913	5 321	25 278	- 8 533	- 17 664	+ 9 131				
1990	50 070	28 021	22 049	52 633	7 215	45 418	- 2 562	- 29 338	- 4 726	- 24 612				
1991	33 478	13 317	20 161	32 246	2 466	29 780	1 233	+ 27 318	+ 46 247	- 18 929				
1992	32 595	17 226	15 369	40 651	2 984	37 667	- 8 056	+ 89 756	+ 113 181	- 23 425				
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	8 484	+ 188 017	+ 199 376	- 11 359				
1994	55 145	29 160	25 985	54 490	1 622	52 868	655	- 29 261	- 3 931	- 25 330				
1995	46 735	23 600	23 135	48 157	11 945	36 212	- 1 422	+ 37 193	+ 61 750	- 24 557				
1996	68 791	34 212	34 579	48 479	12 627	35 852	20 312	+ 66 228	+ 80 495	- 14 267				
1996 Nov.	26 126	20 609	5 517	19 558	6 641	12 917	6 568	+ 22 165	+ 21 114	+ 1 051				
1996 Dez.	3 838	1 189	2 649	3 509	- 3 144	6 653	329	+ 2 580	+ 4 900	- 2 320				
1997 Jan.	14 239	451	13 788	15 211	7 340	7 871	- 972	+ 11 223	+ 25 983	- 14 760				
1997 Febr.	10 197	690	9 507	9 505	7 055	2 450	692	+ 6 095	+ 2 720	- 8 815				
1997 März	9 878	2 239	7 639	10 620	8 020	2 600	- 742	- 9 484	- 1 103	- 8 381				
1997 April	7 439	1 669	5 770	11 913	6 805	5 108	- 4 474	- 13 164	- 2 920	- 10 244				
1997 Mai	2 168	1 428	740	- 941	- 700	59	- 2 809	- 2 565	- 4 634	+ 2 069				
1997 Juni	7 680	1 188	6 492	- 6 221	- 12 339	6 118	13 901	+ 8 580	+ 1 171	+ 7 409				
1997 Juli	5 069	1 423	3 646	- 9 426	- 1 156	- 10 582	14 495	+ 6 351	- 4 498	+ 10 849				
1997 Aug.	3 316	2 732	584	946	- 970	- 1 916	2 370	+ 665	- 1 121	+ 1 786				

* Ohne Investmentzertifikate (siehe Tabelle VII. 6). — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Rentenwerte durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Rentenwerte. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet, enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Ren-

tenwerte (einschl. Geldmarktpapiere der Banken) durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für die letzten zwei Jahre sind vorläufig, kleinere Revisionen werden nicht besonders gekennzeichnet.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz von festverzinslichen Wertpapieren *)
inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 6)	Anleihen der öffentlichen Hand 7)	Nachrichtlich: DM-Anleihen ausländischer Emittenten
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen 2)	Öffentliche Pfandbriefe 3)	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten 4)	Sonstige Bankschuldverschreibungen 5)			
Brutto-Absatz 8)									
1986	257 125	175 068	19 097	79 993	21 434	54 549	650	81 408	37 577
1987	245 370	149 971	18 187	67 578	18 560	45 644	340	95 060	25 087
1988	208 952	130 448	19 699	62 460	12 707	35 584	30	78 475	40 346
1989	253 262	183 904	23 678	61 500	25 217	73 509	300	69 058	33 591
1990	428 698	286 709	14 923	70 701	89 755	111 326	—	141 990	35 168
1991	442 089	292 092	19 478	91 489	80 738	100 386	707	149 288	32 832
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	—	254 244	57 282
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997 März	78 183	59 839	4 148	22 751	8 419	24 520	10	18 334	12 809
April	64 644	47 102	4 813	21 493	2 629	18 168	137	17 405	8 187
Mai	59 301	42 806	2 917	18 519	4 242	17 127	1 004	15 492	6 874
Juni	64 267	49 369	4 749	26 877	2 686	15 057	—	14 898	8 548
Juli	80 050	64 136	5 541	31 797	5 886	20 913	—	15 914	16 537
Aug.	56 816	45 121	3 140	18 157	5 903	17 921	100	11 596	6 410
darunter Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 9)									
1986	198 955	120 808	17 220	66 925	14 961	21 700	650	77 501	37 252
1987	198 281	107 701	16 214	58 095	12 420	20 967	340	90 242	25 087
1988	169 746	93 757	16 890	50 948	8 742	17 178	30	75 958	39 771
1989	192 435	124 958	21 092	50 943	20 170	32 751	300	67 175	29 598
1990	272 642	133 347	10 904	43 250	26 767	52 425	—	139 295	29 791
1991	303 326	172 171	11 911	65 642	54 878	39 741	707	130 448	22 772
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	—	218 703	51 939
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997 März	51 295	42 727	3 809	19 625	6 960	12 333	10	8 558	12 005
April	43 445	27 578	2 604	16 352	1 466	7 155	117	15 750	7 274
Mai	39 060	23 050	2 110	11 918	2 987	6 034	1 004	15 007	5 411
Juni	40 097	33 989	3 840	23 142	1 965	5 042	—	6 108	6 864
Juli	55 888	41 098	4 435	25 820	4 502	6 340	—	14 791	15 353
Aug.	38 185	26 676	2 634	13 450	4 799	5 793	100	11 410	5 330
Netto-Absatz 10)									
1986	88 370	30 895	5 750	14 211	9 846	1 091	188	57 289	23 856
1987	92 960	30 346	1 472	6 846	8 803	16 171	56	62 667	8 769
1988	40 959	8 032	4 698	1 420	2 888	1 869	100	49 092	28 604
1989	80 594	52 813	3 780	929	9 155	38 947	254	27 530	22 843
1990	226 707	140 327	3 922	72	73 287	71 036	67	86 449	21 717
1991	227 822	139 396	4 729	22 290	65 985	46 390	558	87 868	18 583
1992	304 751	115 786	13 104	58 235	19 585	24 864	175	189 142	34 114
1993	403 212	159 982	22 496	122 917	13 156	27 721	180	243 049	43 701
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	6 897	50 914	62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	354	32 039	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997 März	30 475	30 946	1 661	11 784	6 520	10 981	10	481	9 993
April	24 571	10 380	109	8 692	2 093	3 890	137	14 054	3 387
Mai	19 202	13 579	1 316	6 806	1 949	3 508	1 004	4 619	5 012
Juni	28 174	17 251	1 901	16 580	202	1 029	—	10 923	6 209
Juli	23 054	27 758	2 320	17 824	1 881	5 732	—	4 704	11 781
Aug.	14 843	13 185	791	6 456	2 978	2 961	45	1 704	2 886

* Ab Juli 1990 einschl. Schuldverschreibungen ostdeutscher Emittenten. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Schiffspfandbriefe. — 3 Einschl. Kommunalanleihen, -obligationen, -schatzanweisungen, Landesbodenbriefe, Bodenkulturschuldverschreibungen, kommunalverbürgte Anleihen für Schiffbaufinanzierung und Schuldverschreibungen mit anderer Bezeichnung, wenn sie nach § 8, Abs. 2 des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten ausgegeben sind. — 4 Hierunter werden Inhaberschuldverschreibungen aller Art der nachstehenden Kreditinstitute erfasst: AKA-Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, Berliner Industriebank AG (bis August 1994), Deutsche Ausgleichsbank (früher Lastenausgleichsbank), Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Deutsche Genossenschaftsbank, Deutsche Kreditbank AG (bis Juni 1995), Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Deutsche Verkehrs-Bank AG, IKB Deutsche Industriebank AG, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank, Thüringer Aufbaubank und Staatsbank Berlin (im September

1994 von der Kreditanstalt für Wiederaufbau übernommen) sowie Bausparkassen. — 5 Diese Position enthält insbesondere Schuldverschreibungen von Girozentralen, deren Verkaufserlös vorwiegend zur Kreditgewährung an die gewerbliche Wirtschaft bestimmt ist. Außerdem sind hier „ungedekte“ Schuldverschreibungen von Hypothekendarlehen, von Kreditinstituten begebene Inhaberschuldverschreibungen (einschl. Wandel- und Optionsschuldverschreibungen) und börsenfähige Sparschuldverschreibungen erfasst. — 6 Schuldverschreibungen von privaten Wirtschaftsunternehmen, auch in Form von Wandel- und Optionsschuldverschreibungen. — 7 Einschl. Bundes-eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 8 Unter Bruttoabsatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere zu verstehen, nicht der Wiederverkauf zurückerwerbener Stücke. — 9 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 10 Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren ¹⁾
inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Bankschuldverschreibungen ¹⁾						Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-Anleihen ausländischer Emittenten
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
1986	1 017 723	685 523	144 338	360 777	64 866	115 541	2 576	329 625	141 243
1987	1 110 682	715 870	142 866	367 622	74 748	130 633	2 520	392 292	150 011
1988	1 151 640	707 837	138 169	369 043	71 859	128 765	2 420	441 383	178 617
1989	1 232 236	760 650	141 948	369 973	81 015	167 714	2 672	468 914	201 460
1990	1 458 943	900 977	138 025	369 901	155 045	238 005	2 604	555 362	223 176
1991	1 686 765	1 040 374	142 757	392 190	221 031	284 396	3 161	643 230	241 760
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997 März	3 216 888	1 882 532	231 354	896 096	236 106	518 975	3 366	1 330 990	490 975
April	3 241 459	1 892 912	231 245	904 788	234 013	522 865	3 503	1 345 044	494 362
Mai	3 260 661	1 906 491	232 561	911 594	235 962	526 373	4 507	1 349 663	499 374
Juni	3 288 834	1 923 741	234 462	928 175	235 760	525 344	4 507	1 360 586	505 582
Juli	3 311 888	1 951 499	236 783	945 999	237 642	531 076	4 507	1 355 882	517 363
Aug.	3 326 732	1 964 684	237 573	952 454	240 619	534 037	4 462	1 357 586	520 249

Aufgliederung nach Restlaufzeiten ²⁾

Stand Ende August 1997

Laufzeit in Jahren	939 966	609 039	66 882	261 303	74 108	206 744	580	330 347	121 963
bis unter 2	860 971	587 627	72 095	279 651	71 432	164 448	2 302	271 043	148 142
2 bis unter 4	758 676	432 114	54 712	245 143	49 845	82 414	768	325 793	119 410
4 bis unter 6	363 479	195 648	30 620	111 132	18 616	35 278	213	167 618	69 815
6 bis unter 8	261 737	116 201	10 827	49 447	20 743	35 185	389	145 149	36 207
8 bis unter 10	19 846	17 768	2 356	5 071	5 084	5 258	210	1 868	12 220
10 bis unter 15	83 753	3 169	65	602	306	2 197	-	80 584	4 359
15 bis unter 20	38 304	3 119	18	103	486	2 512	-	35 185	8 132
20 und darüber									

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. Erläuterungen zu den einzelnen Wertpapierarten sowie zum Gebietsstand siehe Tabelle VII. 2. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis

zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nichtgesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Veränderung des Aktienumschlufs

Mio DM Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandel- schuldverschrei- bungen ¹⁾	Ausgabe von Kapitalberich- tigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.ä.	Verschmelzung und Vermögens- übertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapital- herabsetzung und Auflösung		
1986	114 680	5 769	4 560	1 050	31	554	-	316	907	-	1 017
1987	117 768	3 088	3 081	425	238	184	-	465	791	-	1 165
1988	121 906	4 137	2 712	1 226	318	1 070	-	323	377	-	1 241
1989	132 036	10 132	4 730	767	1 017	546	-	82	3 725	-	571
1990	144 686	12 650	7 362	751	3 715	1 049	-	43	1 284	-	1 466
1991	151 618	6 932	3 656	610	2 416	407	-	182	411	-	386
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	-	732	3 030	-	942
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	-	10	707	-	783
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	-	447	5 086	-	1 367
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	-	623	13 739	-	2 133
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	-	3 056	833	-	2 432
1996 Dez.	216 461	842	199	1	12	68	-	22	858	-	274
1997 Jan.	216 716	256	174	-	140	20	-	25	-	10	43
Febr.	216 975	258	225	331	-	272	-	86	-	42	442
März	217 459	484	456	20	1	36	-	8	-	1	37
April	217 758	300	393	23	6	33	-	8	12	-	159
Mai	215 877	-1 881	195	154	26	20	-	2 177	187	-	286
Juni	217 704	1 827	536	1 078	50	2	-	26	206	-	70
Juli	218 645	941	286	40	-	513	-	70	180	-	7
Aug.	219 602	957	350	237	-	453	-	58	-	11	14

o Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7771 Mio DM). — 1 Einschl. der Ausgabe von

Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Bestand durch Revision um 1902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes inländischer Wertpapiere

Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere 1)										Indizes 2) 3)			
Zeit	darunter:									Renditen		Aktien	
	Anleihen der öffentlichen Hand					Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-Anlei-hen aus-ländischer Emit-tenten 5)	Deutscher Renten-index (REX)	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		mit Rest-laufzeit 9 bis 10 Jahre 4)	zusammen	mit Rest-laufzeit 9 bis 10 Jahre	Indu-strieobli-gationen					
			zusammen										
% p.a.								Tagesdurch-schnittskurs	Ende 1987=100	Ende 1987=1000			
1990	8,9	8,8	8,8	8,7	9,0	8,9	9,0	9,2	93,50	145,00	1 398,23		
1991	8,7	8,6	8,6	8,5	8,9	8,6	8,9	9,2	96,35	148,16	1 577,98		
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,7	8,8	101,54	134,92	1 545,05		
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	191,13	2 266,68		
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	176,87	2 106,58		
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	181,47	2 253,88		
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	217,47	2 888,69		
1996 Nov.	5,2	5,3	5,3	5,9	5,2	6,1	5,4	5,5	110,65	214,38	2 845,52		
1996 Dez.	5,1	5,2	5,2	5,8	5,1	6,1	5,2	5,4	110,37	217,47	2 888,69		
1997 Jan.	5,1	5,1	5,1	5,8	5,0	6,0	5,2	5,4	110,73	229,12	3 035,15		
1997 Febr.	4,9	4,9	4,9	5,6	4,8	5,8	5,0	5,1	111,70	243,73	3 259,64		
1997 März	5,1	5,1	5,1	5,7	5,0	5,9	5,1	5,4	110,02	255,74	3 429,05		
1997 April	5,1	5,2	5,2	5,9	5,1	6,1	5,2	5,5	110,35	256,62	3 438,07		
1997 Mai	5,0	5,1	5,1	5,8	5,0	6,0	5,1	5,4	109,99	264,45	3 547,84		
1997 Juni	5,0	5,0	5,0	5,7	4,9	5,9	5,0	5,4	110,96	279,16	3 785,77		
1997 Juli	4,9	4,9	4,9	5,6	4,8	5,7	4,9	5,3	111,05	317,59	4 438,93		
1997 Aug.	5,1	5,1	5,1	5,7	5,0	5,8	5,1	5,4	110,18	285,09	3 906,03		
1997 Sept.	5,1	5,1	5,1	5,6	5,1	5,8	5,1	5,5	110,69	300,37	4 167,85		

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emis-sionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.ä., Bankschuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Fremdwährungsanleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur an der DTB lieferbare Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. — 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

trügen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur an der DTB lieferbare Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. — 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten

Zeit	Absatz von Zertifikaten										Erwerb					Nach-richtlich: Saldo der Trans-aktionen mit dem Ausland (Spalte 14 minus Spalte 8)
	Absatz= Erwerb insge-samt (Spalten 2 + 8 bzw. 9 + 14)	inländischer Fonds (Mittelaufkommen)							aus-ländi-scher Fonds 3)	Inländer				Aus-länder 4)		
		Publikumsfonds				Spezial-fonds	Kreditinstitute 1) einschl. Bausparkassen	Nichtbanken 2)								
		zu-sammen	zu-sammen	Geld-markt-fonds	Wert-papier-fonds			Offene Immo-bilien-fonds		zu-sammen	darunter aus-ländi-sche Zerti-fikate	zu-sammen	darunter aus-ländi-sche Zerti-fikate			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
1990	25 788	26 857	7 904	—	8 032	- 128	18 952	- 1 069	25 766	4 296	- 362	21 470	- 707	22	1 091	
1991	50 064	37 492	13 738	—	11 599	2 144	23 754	12 572	49 890	8 594	- 5	41 296	12 577	174	- 12 398	
1992	81 514	20 474	-3 102	—	9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	4	- 61 044	
1993	80 259	61 672	20 791	—	6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	2 476	59 276	16 111	4 001	- 14 586	
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	- 689	116 094	22 770	5 052	- 17 029	
1995	55 105	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 034	55 948	12 172	188	43 776	8 466	843	- 1 877	
1996	84 062	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 952	86 414	19 924	1 685	66 490	3 267	- 2 352	- 7 304	
1996 Nov.	5 038	5 026	1 189	- 985	1 788	385	3 837	12	5 494	345	- 50	5 149	62	- 456	- 468	
1996 Dez.	13 112	13 056	559	- 561	475	645	12 496	56	14 065	3 288	585	10 777	- 529	- 953	- 1 009	
1997 Jan.	16 502	16 250	5 665	- 1 318	4 205	2 778	10 585	252	15 529	2 281	- 146	13 248	398	973	721	
1997 Febr.	16 150	15 660	6 506	59	5 262	1 185	9 154	490	15 814	2 542	- 37	13 272	527	336	- 154	
1997 März	11 592	10 237	2 615	- 863	2 744	733	7 623	1 355	11 758	2 691	216	9 067	1 139	- 166	- 1 521	
1997 April	10 473	9 726	2 982	- 463	2 694	750	6 744	747	10 507	2 322	25	8 185	722	- 34	- 781	
1997 Mai	6 786	5 308	2 281	- 503	2 513	271	3 028	1 478	6 325	1 226	54	5 099	1 424	461	- 1 017	
1997 Juni	15 950	14 851	2 588	- 976	2 808	755	12 264	1 099	15 617	6 850	183	8 767	916	333	- 766	
1997 Juli	13 645	12 019	3 509	633	2 593	283	8 511	1 626	13 758	2 632	- 51	11 126	1 677	- 113	- 1 739	
1997 Aug.	13 506	10 034	511	- 193	2 199	29	9 524	3 472	13 620	2 091	171	11 529	3 301	- 114	- 3 586	

1 Buchwerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentzertifikate durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer In-

vestmentzertifikate durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig.

VII. Kapitalmarkt

7. Geldmittel und Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen *)

Mio DM

Stand am Monatsende	Zahl der erfaßten Unternehmen	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	Einlagen bei Kreditinstituten (ohne laufende Guthaben) sowie Vermögensanlagen									
			Einlagen bei Kreditinstituten 1)	Vermögensanlagen							andere Kapitalanlagen	
				insgesamt	zusammen	Hypothesen-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	Namenschuldverreibungen, Schuld-scheinfor-derungen und Darlehen 2)	Wert-papiere 3)	Beteili-gungen 4)	Darlehen und Vorauszahlungen auf Ver-sicherungs-scheine		Grund-stücke und grund-stücks-gleiche Rechte
Alle erfaßten Versicherungsunternehmen												
1995 Dez.	654	5 597	1 116 717	11 073	1 105 644	119 242	504 810	343 139	70 372	10 433	55 716	1 932
1996 März	660	4 484	1 164 540	20 847	1 143 693	120 195	525 698	356 755	73 116	10 392	55 654	1 883
Juni	665	3 940	1 185 172	21 436	1 163 736	121 391	536 604	361 258	75 821	10 373	56 367	1 922
Sept.	665	4 186	1 205 179	24 422	1 180 757	122 022	548 392	364 631	76 334	10 361	56 997	2 020
Dez.	664	8 518	1 221 186	12 713	1 208 473	123 186	559 516	378 623	80 657	10 190	54 091	2 210
1997 März	666	3 879	1 274 992	21 774	1 253 218	124 410	574 198	399 846	87 806	10 175	54 381	2 402
Juni	664	4 760	1 295 695	21 228	1 274 467	124 346	583 115	410 949	88 661	10 172	54 903	2 321
Lebensversicherungsunternehmen												
1995 Dez.	125	3 298	703 768	3 413	700 355	103 050	358 143	175 318	19 531	10 301	32 677	1 335
1996 März	125	2 514	725 050	3 731	721 319	104 107	371 693	181 620	19 636	10 241	32 719	1 303
Juni	127	2 188	738 314	4 460	733 854	105 272	379 395	184 236	20 196	10 222	33 228	1 305
Sept.	126	2 549	752 730	8 089	744 641	105 956	387 683	185 496	20 211	10 245	33 614	1 436
Dez.	126	5 634	768 003	4 274	763 729	107 158	395 774	195 106	22 924	10 080	31 100	1 587
1997 März	125	1 847	791 263	5 377	785 886	108 022	403 878	207 988	23 161	10 065	31 125	1 647
Juni	126	2 462	805 092	6 892	798 200	108 481	410 222	212 958	23 376	10 064	31 354	1 745
Pensions- und Sterbekassen												
1995 Dez.	182	189	99 866	1 519	98 347	9 688	30 563	51 357	25	13	6 519	182
1996 März	183	169	102 109	1 335	100 774	9 580	31 813	52 541	26	13	6 516	285
Juni	183	198	103 509	3 738	99 771	9 512	32 676	50 677	26	13	6 582	285
Sept.	183	177	104 604	2 366	102 238	9 463	33 193	52 590	48	13	6 646	285
Dez.	182	215	107 038	1 197	105 841	9 432	34 273	55 198	41	12	6 534	351
1997 März	183	216	109 590	1 670	107 920	9 294	35 480	55 923	41	12	6 721	449
Juni	183	240	111 171	1 318	109 853	9 203	35 954	57 478	40	12	6 983	183
Krankenversicherungsunternehmen												
1995 Dez.	51	195	71 596	490	71 106	1 959	43 158	20 467	1 874	-	3 635	13
1996 März	52	297	74 494	469	74 025	1 996	44 962	21 484	1 984	-	3 591	8
Juni	52	124	77 560	767	76 793	2 008	46 916	22 191	2 058	-	3 592	28
Sept.	52	122	80 229	1 322	78 907	2 034	48 655	22 502	2 097	-	3 596	23
Dez.	53	288	83 943	519	83 424	1 988	51 545	24 157	2 167	-	3 550	17
1997 März	53	172	87 645	1 087	86 558	2 063	53 245	25 485	2 202	-	3 518	45
Juni	53	158	90 315	930	89 385	2 096	54 859	26 642	2 207	-	3 548	33
Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen 5)												
1995 Dez.	261	1 579	142 868	3 478	139 390	4 409	52 855	58 870	13 700	119	9 050	387
1996 März	264	1 117	162 044	11 464	150 580	4 376	57 067	63 389	16 358	138	8 980	272
Juni	266	1 136	162 531	8 818	153 713	4 462	57 883	64 181	17 605	138	9 155	289
Sept.	268	872	161 419	7 527	153 892	4 431	58 744	63 019	18 023	103	9 323	249
Dez.	266	1 931	158 789	4 050	154 739	4 471	58 824	63 316	18 634	98	9 156	240
1997 März	269	1 244	173 303	9 096	164 207	4 898	62 297	68 501	18 979	98	9 200	234
Juni	266	1 072	171 967	6 783	165 184	4 434	63 097	68 776	19 157	96	9 373	251
Rückversicherungsunternehmen												
1995 Dez.	35	336	98 619	2 173	96 446	136	20 091	37 127	35 242	-	3 835	15
1996 März	36	387	100 843	3 848	96 995	136	20 163	37 721	35 112	-	3 848	15
Juni	37	294	103 258	3 653	99 605	137	19 734	39 973	35 936	-	3 810	15
Sept.	36	466	106 197	5 118	101 079	138	20 117	41 024	35 955	-	3 818	27
Dez.	37	450	103 413	2 673	100 740	137	19 100	40 846	36 891	-	3 751	15
1997 März	36	400	113 191	4 544	108 647	133	19 298	41 949	43 423	-	3 817	27
Juni	36	828	117 150	5 305	111 845	132	18 983	45 095	43 881	-	3 645	109

* Quelle: Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Ab Januar 1995 Zuordnung gemäß der neuen Rechnungslegungsverordnung (RechVersV). — 1 Einschl. Tages-gelder. — 2 Einschl. Ausleihungen an verbundene Unternehmen und an Un-

ternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie übriger Aus-leihungen (u.a. sonstiger Schuldbuchforderungen die bis Ende 1994 unter „andere Kapitalanlagen“ erfaßt waren). — 3 Einschl. Anteile an Grund-stücks-Sondervermögen die bis Ende 1994 unter „Grundstücke und grund-stücks-gleiche Rechte“ erfaßt waren. — 4 Einschl. Anteile an verbundenen Un-ternehmen. — 5 Einschl. Transportversicherungsunternehmen.

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte *)

Mrd DM

Zeit	Gebietskörperschaften 1)										Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt							
	Einnahmen					Ausgaben					Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben				
	insgesamt	darunter Steuern 3)	insgesamt 4)	darunter:			Finanzierungs-hilfen 5)	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 6)	Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
				Personal-ausgaben	Laufen-der Sach-aufwand	Laufen-de Zu-schüsse															
1987	602,0	468,7	653,0	211,1	103,4	182,4	58,6	57,2	39,9	- 51,0	374,2	370,7	+ 3,5	933,7	981,3	- 47,6					
1988	620,3	488,1	673,6	216,5	105,0	192,6	60,4	58,2	40,4	- 53,3	393,3	394,8	- 1,5	966,9	1 021,7	- 54,8					
1989	678,6	535,5	700,8	222,8	110,5	202,6	61,2	62,2	41,1	- 22,2	413,7	400,5	+ 13,2	1 042,8	1 051,8	- 9,0					
1990	703,1	549,7	749,4	236,1	118,5	214,9	64,7	66,7	47,9	- 46,3	442,7	426,5	+ 16,2	1 094,3	1 124,4	- 30,1					
1991 7)	850,4	661,9	972,1	294,7	143,5	294,9	77,3	90,6	71,3	- 121,8	562,8	549,6	+ 13,1	1 343,5	1 452,1	- 108,7					
1992	959,0	731,7	1 069,5	324,5	153,5	300,9	100,9	107,5	81,4	- 110,4	621,0	628,8	- 7,9	1 502,8	1 621,1	- 118,3					
1993	989,0	749,1	1 121,0	339,2	156,9	336,2	102,3	103,5	82,4	- 132,0	673,0	670,2	+ 2,8	1 564,5	1 693,7	- 129,2					
1994	1 058,0	786,2	1 164,1	358,8	159,1	347,4	114,2	99,7	82,2	- 106,1	706,0	704,9	+ 1,1	1 670,9	1 775,9	- 105,0					
1995 ts)	1 088,5	814,2	1 201,5	369,5	160,0	360,5	129,0	96,5	82,0	- 113,0	745,0	755,5	- 10,5	1 740,5	1 864,0	- 123,5					
1996 ts)	1 065,0	800,0	1 186,5	370,5	160,0	356,5	130,0	91,0	76,5	- 121,5	784,0	797,0	- 13,0	1 745,0	1 880,0	- 135,0					
1995 1.Vj.	236,9	195,0	261,3	73,3	29,7	90,9	37,8	13,5	15,0	- 24,4	174,1	181,3	- 7,3	385,2	416,9	- 31,7					
2.Vj.	239,0	188,1	256,7	74,6	30,3	90,7	25,8	17,2	16,6	- 17,7	177,4	184,9	- 7,4	391,6	416,7	- 25,1					
3.Vj.	249,6	200,4	274,6	78,1	32,5	91,3	32,5	21,1	19,6	- 25,0	178,7	185,5	- 6,9	406,6	438,4	- 31,9					
4.Vj.	293,9	231,0	336,9	95,5	43,4	96,8	32,0	32,3	35,4	- 42,9	196,5	191,4	+ 5,1	469,8	507,7	- 37,9					
1996 1.Vj.	236,0	191,6	260,2	74,1	30,5	92,6	36,9	12,8	14,3	- 24,2	187,2	193,7	- 6,5	395,3	426,0	- 30,7					
2.Vj.	240,7	188,9	257,6	75,2	30,9	93,4	26,8	15,8	14,6	- 16,9	192,0	197,9	- 5,9	405,3	428,1	- 22,8					
3.Vj.	240,2	193,3	270,3	77,4	33,1	87,9	31,8	20,4	19,8	- 30,0	192,7	199,3	- 6,6	408,5	445,1	- 36,6					
4.Vj.	280,5	225,5	329,3	95,9	41,5	94,0	33,7	30,5	32,0	- 48,8	211,5	205,7	+ 5,9	468,2	511,2	- 42,9					
1997 1.Vj.	231,9	187,1	263,9	75,3	30,9	94,5	37,5	11,9	15,1	- 32,0	197,1	199,5	- 2,3	399,7	434,0	- 34,4					

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Die hier verwendete haushaltmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände, die kaufmännisch buchenden Krankenhäuser und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die Jahresergebnisse weichen

von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Die hier entsprechend der Haushaltsstatistik ausgewiesenen Steuereinnahmen können von den in Tab. VIII. 4 enthaltenen Angaben gemäß der Steuerstatistik abweichen. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 7 Ab 1991 einschl. öffentliche Haushalte in Ostdeutschland.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden *)

Mrd DM

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1987	243,6	271,5	244,4	263,9	.	.	176,7	179,2	.	.
1988	242,2	278,2	253,7	270,1	.	.	185,1	184,4	.	.
1989	277,9	292,9	275,1	282,7	.	.	196,0	194,3	.	.
1990	290,5	311,4	280,2	299,6	.	.	205,8	209,9	.	.
1991	354,1	406,1	312,5	330,8	67,4	.	222,9	228,9	50,2	48,2
1992	398,4	431,7	334,9	353,0	75,2	88,2	241,4	250,8	57,4	64,9
1993	401,6	462,5	342,7	369,0	79,4	95,5	252,7	261,6	63,1	67,5
1994	439,6	478,9	347,6	375,6	82,4	99,1	260,9	266,8	63,1	67,8
1995 ts)	439,0	489,5	354,5	390,0	92,5	105,5	258,0	271,0	69,5	70,5
1996 ts)	411,0	489,5	362,5	398,0	95,5	107,0	260,5	266,0	66,0	67,5
1995 2.Vj.	102,6	110,4	76,5	83,3	19,5	21,5	53,2	55,7	13,1	13,6
3.Vj.	111,0	125,5	78,2	89,7	23,8	23,9	55,3	57,9	14,3	14,6
4.Vj.	128,4	140,4	98,5	109,2	25,2	36,5	66,9	68,6	18,9	18,9
1996 1.Vj.	92,3	112,1	83,1	87,1	20,3	21,2	50,9	54,5	11,4	12,3
2.Vj.	99,0	115,4	80,3	86,0	21,3	22,9	54,6	54,7	13,5	13,2
3.Vj.	100,6	119,9	81,2	92,4	23,6	25,3	56,6	56,6	13,5	14,1
4.Vj.	119,2	142,2	97,3	111,1	27,9	35,3	65,4	65,8	16,5	17,9
1997 1.Vj.	86,8	116,5	80,6	87,8	23,3	21,3	49,5	53,0	10,9	11,2
2.Vj.	101,6	114,7	79,9	87,3	21,0	22,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem direkt

dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten. Ab 1991 einschl. Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kaufmännisch buchenden Krankenhäuser und verschiedene Sonderrechnungen.

VIII. Öffentliche Finanzen

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Mrd DM

Position	1988	1989	1990	1991 1)	1991 2) p)	1992 p)	1993 p)	1994 p)	1995 3) p)	1996 p)
Einnahmen	945,8	1 021,6	1 068,4	1 197,7	1 300,4	1 438,0	1 488,2	1 580,4	1 632,1	1 647,1
darunter:										
Steuern	512,5	560,1	573,2	653,3	689,2	754,7	772,9	811,5	838,7	820,9
Sozialabgaben	366,5	383,2	410,5	450,3	513,0	562,9	596,4	641,0	673,8	704,2
Ausgaben	991,1	1 018,9	1 118,1	1 287,4	1 395,0	1 525,2	1 600,0	1 666,7	1 754,7	1 771,4
davon:										
Staatsverbrauch	412,4	418,8	444,1	466,5	556,7	616,4	634,9	658,6	686,5	702,7
Zinsen	59,8	60,5	63,4	74,5	76,7	100,4	104,2	111,3	130,6	130,5
Laufende Übertragungen	440,3	456,4	521,7	620,3	621,7	665,3	720,6	764,8	803,4	816,1
Vermögensübertragungen	29,7	30,8	33,3	66,2	64,9	55,9	53,5	45,7	51,0	45,2
Bruttoinvestitionen	48,9	52,4	55,5	59,9	75,0	87,2	86,8	86,4	83,1	76,9
Finanzierungssaldo	- 45,2	+ 2,8	- 49,7	- 89,7	- 94,7	- 87,2	- 111,8	- 86,3	- 122,5	- 124,3
in % des Bruttoinlandsproduktes	- 2,2	+ 0,1	- 2,0	- 3,4	- 3,3	- 2,8	- 3,5	- 2,6	- 3,5	- 3,5
Nachrichtlich:										
Defizit der Treuhandanstalt			- 4,3	- 19,9	- 19,9	- 29,6	- 38,1	- 37,1		
Abgrenzung gemäß Maastricht- Vertrag										
in % des Bruttoinlandsproduktes 4)										
Finanzierungssaldo							- 3,2	- 2,4	- 3,3	- 3,4
Verschuldung							48,0	50,2	58,0	60,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1 Westdeutschland. — 2 Deutschland. — 3 Bereinigt um den Saldo fiktiver Vermögensübertragungen zwischen dem Staat und dem Unternehmenssektor vor allem im Zusammenhang mit der Auflösung der Treuhandanstalt. Unbereinigt betrug das Defizit 10,1% des

BIP. — 4 Der hier ausgewiesene Finanzierungssaldo weicht insbesondere wegen der Umsetzung der Krankenhäuser von den oben ausgewiesenen Werten ab; die Verschuldung weicht wegen einiger Umrechnungen von dem in den Tab. VIII. 7 und VIII. 8 ausgewiesenen Schuldenstand ab.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Mio DM

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 5)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 6)	
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder zusammen	darunter neue Bundes- länder 3)	Europäische Union 4)	zusammen		darunter in den neuen Bundesländern
1992 7)	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	- 58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+ 295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+ 260
1995	814 191	719 332	390 807	288 520	...	40 005	94 498	8 460	+ 360
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	...	39 449	94 641	7 175	- 714
1997 1.Vj.	186 203	161 382	77 600	69 501	...	14 281	18 229	...	+ 6 593
2.Vj.		163 947	87 152	68 043	...	8 752			
1997 April		46 132	24 348	19 294	...	2 491			
Mai		49 897	26 447	20 381	...	3 069			
Juni		67 918	36 357	28 368	...	3 193			
Juli		52 934	27 758	21 937	...	3 240			
Aug. p)		50 180	25 739	20 519	...	3 922			

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteuereinkommen. — 3 Nach Berücksichtigung der Verteilung des Länderanteils am gesamtdeutschen Umsatzsteuereinkommen entsprechend der Einwohnerzahl auf die früheren und neuen Bundesländer. — 4 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnah-

menquelle, deren Bezugsgröße das Bruttosozialprodukt ist. — 5 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 6 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. — 7 Ab 1991 einschl. der Steuereinnahmen in den neuen Bundesländern.

VIII. Öffentliche Finanzen

5. Steuereinnahmen nach Arten

Mio DM

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Reine Bundessteuern 8) 9)	Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle 9)	Nachrichtlich: Gemeindefeuersteuern
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Umsatzsteuern 5) 6)							
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlage 6) 7)				
Westdeutschland														
1992		316 121	230 146	42 744	32 188	11 044	191 786	112 202	79 584	6 923			30 123	40 933
1993		321 799	236 738	34 541	28 286	22 234	207 346	166 309	41 037	4 093			31 183	40 692
1994		317 569	241 885	26 478	18 622	30 585	222 268	182 674	39 593	6 031			32 307	40 255
1995		320 092	255 259	17 206	18 767	28 860	218 583	183 432	35 151	8 207			32 431	40 870
1996		319 228	249 299	15 534	29 549	24 846	220 195	184 385	35 810	8 714			34 263	39 725
1997 1.Vj.		76 706	57 707	2 994	7 960	8 045	55 464	46 868	8 596	118			7 188	9 105
2.Vj.		71 839	57 869	- 201	7 920	6 251	54 391	44 350	10 041	2 145			7 425	8 650
1997 April		16 055	18 606	- 3 642	- 389	1 481	17 285	13 725	3 560	1 632			2 615	2 245
Mai		18 645	18 704	- 2 843	1 313	1 471	18 888	15 610	3 278	511			2 404	2 379
Juni		37 139	20 559	6 285	6 996	3 300	18 219	15 016	3 203	2			2 405	4 027
Juli		20 527	21 942	- 3 739	- 1 014	3 337	18 106	14 660	3 446	1 663			2 768	2 731
Aug. p)		18 405	19 945	- 2 521	- 1 423	2 405	19 174	16 029	3 145	676			2 474	2 614
Deutschland														
1992	681 751	331 310	247 322	41 531	31 184	11 273	197 712	117 274	80 438	6 923	105 094	32 963	7 742	43 328
1993	697 988	341 785	257 987	33 234	27 830	22 734	216 306	174 492	41 814	4 181	93 757	34 720	7 240	44 973
1994	734 234	343 055	266 522	25 510	19 569	31 455	235 698	195 265	40 433	6 271	105 487	36 551	7 173	45 450
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 066	36 602	7 117	46 042
1996	746 958	317 807	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887
1997 1.Vj.	170 848	75 531	56 867	2 280	8 079	8 304	59 944	51 102	8 842	139	25 283	8 411	1 540	9 466
2.Vj.	172 417	69 150	56 762	- 1 993	8 055	6 325	58 644	48 300	10 343	2 209	31 938	8 741	1 737	8 470
1997 April	48 277	14 819	18 209	- 4 428	- 475	1 513	18 565	14 902	3 662	1 651	9 514	3 102	627	2 145
Mai	52 198	17 542	18 358	- 3 566	1 249	1 501	20 412	17 034	3 378	557	10 286	2 818	583	2 301
Juni	71 942	36 790	20 196	6 001	7 281	3 311	19 667	16 364	3 303	1	12 138	2 821	527	4 024
Juli	55 594	19 567	21 873	- 4 657	- 1 097	3 448	19 385	15 849	3 536	1 705	11 177	3 186	574	2 659
Aug. p)	52 748	17 595	19 855	- 3 247	- 1 472	2 458	20 753	17 531	3 222	718	10 243	2 835	605	2 568

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Aufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird ab 1980 im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden, das Aufkommen aus Körperschaft- und Kapitalertragsteuer im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des teilweise nur für Gesamtdeutschland ausgewiesenen - Kindergeldes. — 4 Ab Februar 1993 einschl. der Erträge aus dem

steuerlichen Zinsabschlag, an denen die Gemeinden mit 12% partizipieren. — 5 Anteil des Bundes: 1985: 65,5%, 1986 bis 1992: 65%, 1993 und 1994 63%, 1995 56%, ab 1996 50,5%; Rest jeweils Anteil der Länder. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuerverteilung sowie die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern sowie aus den der EU zustehenden Zöllen werden nur noch für Gesamtdeutschland erfaßt.

6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Mio DM

Zeit	Reine Bundessteuern						Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern		
	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungssteuer	übrige Verkehrssteuern 1)	sonstige Bundessteuern 2)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögensteuer	Erb-schaftsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 3)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 4)
1992 5)	55 166	19 253	5 545	8 094	292	16 744	13 317	6 750	3 030	1 625	8 241	44 848	10 783	1 281
1993	56 300	19 459	5 134	9 290	79	3 495	14 059	6 784	3 044	1 769	9 065	42 266	11 663	1 383
1994	63 847	20 264	4 889	11 400	76	5 011	14 169	6 627	3 479	1 795	10 482	44 086	12 664	1 445
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	54	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	-	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997 1.Vj.	7 979	3 144	804	6 378	-	6 979	3 536	550	809	377	3 140	11 639	3 427	428
2.Vj.	16 256	5 262	1 118	2 585	-	6 716	3 890	444	842	436	3 129	.	.	.
1997 April	4 923	1 701	392	884	-	1 614	1 423	153	283	133	1 111	.	.	.
Mai	5 323	1 810	343	1 045	-	1 766	1 245	156	299	154	964	.	.	.
Juni	6 011	1 752	383	657	-	3 336	1 222	135	261	149	1 054	.	.	.
Juli	5 383	2 626	442	730	-	1 997	1 268	148	465	162	1 142	.	.	.
Aug. p)	5 407	994	336	1 715	-	1 791	1 145	102	...	165	1 017	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einnahmen aus den bis Ende 1990 bzw. 1991 erhobenen Kapitalverkehrssteuern. — 2 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Solli-

daritätszuschlag“). — 3 Nach Ertrag und Kapital. — 4 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen. — 5 Ab Anfang 1991 einschl. der Steuereinnahmen in den neuen Bundesländern.

VIII. Öffentliche Finanzen

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 1)	Bundes- obliga- tionen 1)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 1)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 2)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen 3)	sonstige 2)	ver- einigungs- be- dingte 4)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 5)
Öffentliche Haushalte													
1992	1 345 224	4 542	36 186	109 733	153 825	35 415	362 230	539 235	7 021	18 132	1 451	77 269	188
1993	1 509 150	-	30 589	150 138	188 767	46 093	402 073	578 352	6 076	19 267	1 421	86 181	196
1994	1 662 150	-	20 506	169 181	181 737	59 334	465 408	646 855	5 329	25 127	1 391	87 098	184
1995	1 995 974	-	8 072	219 864	170 719	78 456	607 224	767 253	4 971	37 033	15 106	87 079	198
1996 März	2 013 589	-	8 713	202 933	161 703	84 988	632 566	781 782	5 042	36 238	12 537	87 386	201
Juni	2 027 444	-	8 661	206 499	163 213	89 995	641 909	783 327	4 784	35 398	6 011	87 445	203
Sept.	2 060 995	-	19 536	213 554	167 285	94 126	638 664	795 820	4 737	36 274	6 033	84 762	204
Dez. p)	2 129 344	-	27 609	217 668	176 164	96 391	631 696	839 501	4 168	36 157	9 960	89 826	203
1997 März p)	2 159 939	-	26 684	225 339	179 389	98 362	645 225	848 380	4 036	32 233	9 745	90 337	209
Bund													
1992	611 099	4 354	24 277	50 516	153 825	35 415	289 049	37 081	1 457	3 671	1 451	9 818	186
1993	685 283	-	23 276	60 565	188 767	46 093	325 201	26 129	730	3 211	1 421	9 698	194
1994	712 488	-	15 870	66 987	181 737	59 334	359 833	16 654	63	862	1 391	9 576	183
1995	756 834	-	8 072	52 354	170 719	78 456	402 307	26 572	23	8 111	1 360	8 684	176
1996 Juni	791 609	-	8 661	46 414	163 213	89 995	439 927	25 870	23	7 288	1 352	8 684	182
Sept.	807 946	-	19 216	49 867	167 285	94 126	438 132	21 800	13	7 288	1 352	8 684	183
Dez.	839 883	-	26 789	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	10	7 761	1 330	8 684	183
1997 März	873 430	-	25 593	63 074	179 389	98 362	450 699	40 002	10	6 106	1 322	8 684	190
Juni	887 218	-	25 685	69 067	195 440	99 874	462 589	21 884	10	2 468	1 322	8 684	196
Westdeutsche Länder													
1992	366 602	141	-	40 822	.	.	26 026	286 020	1 728	8 991	.	2 874	2
1993	393 577	-	-	62 585	.	.	22 450	293 845	1 733	10 399	.	2 563	2
1994	415 052	-	-	68 643	.	.	20 451	311 622	1 632	10 444	.	2 259	2
1995	442 536	-	-	72 001	.	.	19 151	339 084	1 333	10 965	.	-	2
1996 Juni	448 315	-	-	75 025	.	.	16 517	344 717	1 041	11 013	.	-	2
Sept.	461 639	-	320	78 066	.	.	15 128	355 721	1 040	11 362	.	-	2
Dez. p)	477 361	-	320	80 036	.	.	11 934	372 449	874	11 747	.	-	2
1997 März p)	481 538	-	591	81 155	.	.	9 453	377 956	788	11 594	.	-	2
Juni p)	491 539	-	591	78 963	.	.	7 838	391 940	770	11 436	.	-	2
Ostdeutsche Länder													
1992	22 528	48	-	9 740	.	.	-	12 465	-	275	.	.	.
1993	40 263	-	-	18 115	.	.	1 000	21 003	5	140	.	.	.
1994	55 650	-	-	19 350	.	.	1 000	35 065	5	230	.	.	.
1995	69 151	-	-	23 845	.	.	1 500	43 328	17	461	.	.	.
1996 Juni	70 111	-	-	24 285	.	.	1 500	43 831	129	366	.	.	.
Sept.	72 562	-	-	24 645	.	.	1 500	46 147	100	170	.	.	.
Dez. p)	80 985	-	500	25 320	.	.	1 500	53 483	-	182	.	.	.
1997 März p)	80 103	-	500	24 343	.	.	1 500	53 568	-	192	.	.	.
Juni p)	81 224	-	500	23 618	.	.	1 500	55 434	-	172	.	.	.
Westdeutsche Gemeinden 6)													
1992	140 132	.	.	-	.	.	150	134 618	3 516	1 848	.	.	.
1993	149 211	.	.	-	.	.	-	143 940	3 264	2 007	.	.	.
1994	155 663	.	.	-	.	.	100	149 745	3 186	2 632	.	.	.
1995	159 575	.	.	-	.	.	1 000	153 323	3 006	2 246	.	.	.
1996 März	161 400	.	.	-	.	.	1 100	155 500	3 000	2 250	.	.	.
Juni	161 950	.	.	-	.	.	1 280	155 420	3 000	2 250	.	.	.
Sept.	161 750	.	.	-	.	.	1 280	155 220	3 000	2 250	.	.	.
Dez. p)	161 395	.	.	200	.	.	1 280	154 989	2 746	2 180	.	.	.
1997 März p)	158 050	.	.	200	.	.	1 280	151 670	2 720	2 180	.	.	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen

noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 1)	Bundes- obliga- tionen 1)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 1)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 2)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen 3)	sonstige 2)	ver- einigungs- be- dingte 4)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 5)
Ostdeutsche Gemeinden 6)													
1992	14 462	.	.	-	.	.	-	14 031	313	118	.	.	
1993	23 648	300	22 727	339	282	.	.	
1994	32 465	.	.	125	.	.	400	31 046	371	523	.	.	
1995	37 024	.	.	225	.	.	400	35 609	349	441	.	.	
1996 März	37 300	.	.	225	.	.	400	35 875	350	450	.	.	
Juni	37 400	.	.	225	.	.	400	35 975	350	450	.	.	
Sept.	37 850	.	.	225	.	.	400	36 425	350	450	.	.	
Dez. p)	39 218	.	.	225	.	.	400	38 163	309	121	.	.	
1997 März p)	39 600	.	.	225	.	.	400	38 575	300	100	.	.	
Bundeseisenbahnvermögen													
1994	71 173	.	.	5 208	.	.	29 467	29 232	65	7 200	.	.	
1995	78 400	.	.	3 848	.	.	28 992	39 005	140	6 415	.	.	
1996 Juni	76 842	.	.	1 849	.	.	28 898	40 082	138	5 875	.	.	
Sept.	76 620	.	.	1 900	.	.	28 844	40 036	132	5 709	.	.	
Dez.	77 785	.	.	1 882	.	.	28 749	41 537	130	5 489	.	.	
1997 März	77 976	.	.	1 863	.	.	28 800	42 265	129	4 920	.	.	
Juni	78 062	.	.	1 888	.	.	28 883	42 254	117	4 920	.	.	
Fonds „Deutsche Einheit“													
1992	74 371	.	-	8 655	.	.	42 371	21 787	5	1 553	.	.	
1993	87 676	.	1 876	8 873	.	.	43 804	31 566	5	1 552	.	.	
1994	89 187	.	897	8 867	.	.	43 859	33 744	5	1 816	.	.	
1995	87 146	.	-	8 891	.	.	44 398	31 925	5	1 927	.	.	
1996 Juni	84 249	.	-	-	.	.	44 255	37 270	5	2 719	.	.	
Sept.	84 488	.	-	-	.	.	44 181	37 230	5	3 072	.	.	
Dez.	83 547	.	-	-	.	.	44 312	38 020	5	1 210	.	.	
1997 März	82 739	.	-	-	.	.	44 294	37 380	5	1 060	.	.	
Juni	81 870	.	-	-	.	.	44 330	36 740	5	795	.	.	
ERP-Sondervermögen													
1992	24 283	4 633	19 650	.	-	.	.	
1993	28 263	9 318	18 945	.	-	.	.	
1994	28 043	10 298	17 745	.	-	.	.	
1995	34 200	10 745	23 455	.	-	.	.	
1996 Juni	33 621	10 791	22 830	.	-	.	.	
Sept.	33 385	10 710	22 675	.	-	.	.	
Dez.	34 135	10 750	23 385	.	-	.	.	
1997 März	33 795	10 700	23 095	.	-	.	.	
Juni	33 635	10 805	22 830	.	-	.	.	
Kreditabwicklungsfonds / Erblastentilgungsfonds 7)													
1992	91 747	.	11 909	13 583	2	1 676	.	64 577	
1993	101 230	.	5 437	20 197	-	1 676	.	73 921	
1994	102 428	.	3 740	22 003	2	1 420	.	75 263	
1995	328 888	.	-	8) 58 699	.	.	98 731	72 732	98	6 468	13 745	78 395	21
1996 Juni	320 633	.	-	8) 58 700	.	.	98 342	74 617	98	5 437	4 659	78 761	19
Sept.	321 924	.	-	8) 58 851	.	.	98 487	77 737	98	5 974	4 681	76 078	19
Dez.	331 918	.	-	8) 54 718	.	.	98 468	81 380	95	7 468	8 630	81 142	19
1997 März	329 557	.	-	8) 54 480	.	.	98 083	80 735	85	6 081	8 423	81 653	18
Juni r)	321 740	.	-	8) 54 519	.	.	98 370	78 285	85	8 459	5	82 001	17
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz / Entschädigungsfonds													
1995	2 220	2 220	-	-	.	.	
1996 Juni	2 715	1	2 714	-	-	.	.	
Sept.	2 833	4	2 829	-	-	.	.	
Dez.	3 117	9	3 108	-	-	.	.	
1997 März	3 152	17	3 136	-	-	.	.	
Juni	3 201	29	3 172	-	-	.	.	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 2 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 3 Einschl. Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. — 4 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 5 Hauptsächlich auf

fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 6 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. — 7 Anfang 1995 sind die Schulden des Kreditabwicklungsfonds und der Treuhandanstalt auf den Erblastentilgungsfonds übergegangen. — 8 Einschl. Medium Term Notes.

VIII. Öffentliche Finanzen

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Mio DM

Position	Stand Ende			Nettokreditaufnahme 1)						
	1995	1996 p)	März 1997 p)	1995			1996			1997
				insgesamt	1.Vj	2.-4.Vj	insgesamt p)	1.Vj.	2.-4.Vj p)	1.Vj. p)
Kreditnehmer										
Bund	756 834	839 883	873 430	+ 44 850	+ 3 451	+ 41 399	+ 83 049	+ 18 854	+ 64 195	+ 33 548
Fonds „Deutsche Einheit“	87 146	83 547	82 739	- 2 042	- 783	- 1 259	- 3 599	- 975	- 2 624	- 808
ERP- Sondervermögen	34 200	34 135	33 795	+ 6 157	+ 861	+ 5 296	- 65	- 61	- 4	- 340
Bundesbahnvermögen	78 400	77 785	77 976	+ 7 228	+ 703	+ 6 525	- 615	- 1 409	+ 794	+ 191
Erblastentilgungsfonds	328 888	331 918	329 557	- 9 997	- 7 109	- 2 889	- 10 131	- 1 409	- 8 722	- 2 885
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz	2 220	3 108	3 135	- 112	-	- 112	+ 888	+ 536	+ 352	+ 27
Entschädigungsfonds	-	9	17	-	-	-	+ 9	+ 0	+ 9	+ 8
Westdeutsche Länder	442 536	477 361	481 538	+ 29 591	+ 289	+ 29 302	+ 34 826	- 23	+ 34 849	+ 4 176
Ostdeutsche Länder	69 151	80 985	80 103	+ 13 501	- 1 015	+ 14 516	+ 11 834	- 305	+ 12 139	- 882
Westdeutsche Gemeinden 2)	159 575	161 395	158 050	+ 3 912	+ 687	+ 3 225	+ 5 500	+ 1 504	+ 3 996	+ 370
Ostdeutsche Gemeinden 2)	37 024	39 218	39 600	+ 4 559	+ 385	+ 4 174	+ 1 600	+ 276	+ 1 324	+ 382
Insgesamt	1 995 974	2 129 344	2 159 939	+ 97 647	- 2 532	+ 100 179	+ 123 296	+ 16 988	+ 106 308	+ 33 786
Schuldarten										
Unverzinsliche Schatzanweisungen 3)	8 072	27 609	26 684	- 12 484	- 6 011	- 6 473	+ 19 536	+ 640	+ 18 896	- 925
Obligationen/Schatzanweisungen 4)	219 864	217 668	225 339	- 8 030	+ 9 125	- 17 155	- 2 195	- 16 931	+ 14 736	+ 7 671
Bundessobligationen 4)	170 719	176 164	179 389	- 11 017	- 8 664	- 2 353	+ 5 445	- 9 016	+ 14 461	+ 3 225
Bundesschatzbriefe	78 456	96 391	98 362	+ 19 122	+ 3 834	+ 15 288	+ 17 935	+ 6 533	+ 11 402	+ 1 971
Anleihen 4)	607 224	631 696	645 225	+ 45 057	+ 14 869	+ 30 188	+ 24 472	+ 25 342	- 870	+ 13 529
Direktausleihungen der Kreditinstitute 5)	767 253	839 501	848 380	+ 70 082	- 29 598	+ 99 680	+ 75 336	+ 13 708	+ 61 628	+ 12 594
Darlehen von Sozialversicherungen	4 971	4 168	4 036	- 358	- 60	- 298	- 803	+ 71	- 874	- 132
Sonstige Darlehen 5)	36 954	36 078	32 154	+ 11 644	+ 14 026	- 2 382	- 876	- 795	- 81	- 3 924
Altschulden 6)	15 304	10 163	9 954	- 16 093	+ 4	- 16 096	- 13 553	- 2 566	- 10 987	- 209
Ausgleichsforderungen	87 079	89 826	90 337	- 277	- 57	- 219	- 2 001	-	- 2 001	- 13
Investitionshilfeabgabe	79	79	79	- 0	- 0	- 0	- 0	+ 1	- 1	+ 0
Insgesamt	1 995 974	2 129 344	2 159 939	+ 97 647	- 2 532	+ 100 179	+ 123 296	+ 16 988	+ 106 308	+ 33 786
Gläubiger										
Bankensystem										
Bundesbank	9 505	8 684	8 684	- 2 110	- 393	- 1 717	- 821	- 821	-	-
Kreditinstitute	1 051 700	1 133 500	1 172 700	+ 46 800	- 15 900	+ 62 700	+ 72 500	+ 31 300	+ 41 200	+ 42 900
Inländische Nichtbanken										
Sozialversicherungen 7)	5 000	4 200	4 000	- 300	-	- 300	- 800	+ 100	- 900	- 200
Sonstige 8)	366 170	365 260	339 655	- 5 043	+ 1 861	- 6 904	- 1 683	- 10 791	+ 9 108	- 26 114
Ausland ts)										
	563 600	617 700	634 900	+ 58 300	+ 11 900	+ 46 400	+ 54 100	- 2 800	+ 56 900	+ 17 200
Insgesamt	1 995 974	2 129 344	2 159 939	+ 97 647	- 2 532	+ 100 179	+ 123 296	+ 16 988	+ 106 308	+ 33 786

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. — 3 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspä-

piere. — 4 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 5 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 6 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 7 Ohne von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes erworbene Anleihen der öffentlichen Haushalte. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2)	Fonds „Deutsche Einheit“	Kreditabwicklungsfonds	ERP-Sondervermögen	Länder 3)	Gemeinden 3) 4) 5)	Bundesbahnvermögen	Erblastentilgungsfonds	Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz
1993	594 345	29 903	33 123	21 873	18 945	322 097	168 404	-	-	-
1994	661 675	17 428	35 565	23 425	17 745	349 377	181 638	36 497	-	-
1995	790 631	31 807	33 857	-	23 455	387 309	187 125	45 560	79 297	2 220
1996 März	806 162	30 192	41 653	-	23 350	392 471	188 860	46 076	80 803	2 756
Juni	804 256	25 903	39 994	-	22 830	397 017	189 551	46 095	80 151	2 714
Sept.	823 412	28 792	40 307	-	22 675	408 737	190 388	45 876	83 808	2 829
Dez. p)	853 533	33 817	39 235	-	23 385	428 292	189 599	47 155	88 942	3 108
1997 März p)	851 972	26 734	38 445	-	23 095	437 673	188 676	47 314	86 900	3 135

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Ab 1991 Gesamtdeutschland. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände und kommunaler Krankenhäuser. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen

10. Verschuldung des Bundes

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)		Bundes- schatz- anwei- sungen 2)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2) 3)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden		
			zu- sammen	darunter Finanzie- rungs- schätze						Sozial- versiche- rungen 5)	sonstige 4) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1985 9)	392 356	-	9 282	3 525	15 473	71 955	25 921	92 600	147 001	2 254	17 317	-	10 552	1
1990	542 189	-	19 494	18 213	38 763	123 014	30 892	239 282	72 523	1 294	6 880	-	10 046	1
1991	586 493	-	19 932	18 649	47 861	133 663	34 696	278 734	52 654	1 616	5 737	1 481	9 934	186
1992	611 099	4 354	24 277	23 819	50 516	153 825	35 415	289 049	37 081	1 457	3 671	1 451	9 818	186
1993	685 283	-	23 276	22 904	60 565	188 767	46 093	325 201	26 129	730	3 211	1 421	9 698	194
1994	712 488	-	15 870	14 578	66 987	181 737	59 334	359 833	16 654	63	862	1 391	9 576	183
1995	756 834	-	8 072	7 681	52 354	170 719	78 456	402 307	26 572	23	8 111	1 360	8 684	176
1996	839 883	-	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	10	7 761	1 330	8 684	183
1996 Okt.	829 748	-	27 331	7 708	50 262	168 469	95 265	436 611	34 308	10	7 278	1 351	8 684	180
Nov.	839 129	-	27 061	7 439	47 144	174 186	95 338	438 218	39 378	10	7 578	1 351	8 684	182
Dez.	839 883	-	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	10	7 761	1 330	8 684	183
1997 Jan.	855 552	-	26 279	6 402	57 239	171 518	99 026	453 575	31 894	10	5 811	1 330	8 684	187
Febr.	870 626	-	25 878	6 001	53 538	183 851	99 654	453 230	38 155	10	6 106	1 330	8 684	191
März	873 430	-	25 593	5 717	63 074	179 389	98 362	450 699	40 002	10	6 106	1 322	8 684	190
April	878 001	-	25 747	5 684	64 923	182 561	99 264	460 731	28 460	10	6 106	1 322	8 684	194
Mai	889 224	-	25 685	5 622	60 382	192 393	99 104	460 900	34 445	10	6 106	1 322	8 684	193
Juni	887 218	-	25 685	5 621	69 067	195 440	99 874	462 589	21 884	10	2 468	1 322	8 684	196
Juli	898 945	-	24 743	5 570	70 331	185 864	100 100	468 463	36 759	10	2 468	1 322	8 684	202
Aug.	901 822	-	24 700	5 509	65 431	193 068	100 350	467 356	38 235	10	2 468	1 322	8 684	199
Sept. p)	902 371	-	24 573	5 383	73 556	187 862	99 672	465 014	39 012	10	2 468	1 322	8 684	199

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Ab Januar 1991 einschl. von der Bundesbahn übernommener Anleihen in Höhe von 12 622 Mio DM. — 4 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen; einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. —

7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten. — 8 Ab- lösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Wäh- rung lautende Altschulden. — 9 Der Bund hat 1980 die Schulden des Lasten- ausgleichsfonds mitübernommen. Diese werden seither zusammen mit der ei- gentlichen Bundesschuld beim Bund nachgewiesen.

11. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts

Mrd DM

Zeit	Kassen- ein- nahmen 1)	Kassen- aus- gaben 1) 2)	Kassen- über- schuß (+) bzw. -defizit (-)	Finanzierung 3)					Kassen- über- schuß (+) bzw. -defizit (-) seit Beginn des Jahres	
				Veränderung			Schwebende Verrech- nungen	Einnahmen aus Münz- gutschriften		
				der Kassen- mittel 4)	der Buch- kredite der Bundesbank	der markt- mäßigen Verschuldung				
(a)	(b)	(c)	(d)	(e)						
1985	257,54	280,44	- 22,90	+ 0,74	- 1,77	+ 26,83	- 1,76	0,34	- 22,90	
1990	332,99	368,85	- 35,86	+ 8,27	-	+ 51,65	- 8,82	1,31	- 35,86	
1991	405,61	449,51	- 43,90	- 3,71	-	+ 30,20	+ 8,82	1,16	- 43,90	
1992	438,22	475,09	- 36,88	- 11,55	+ 4,35	+ 20,25	-	0,72	- 36,88	
1993	450,28	512,30	- 62,01	+ 12,95	- 4,35	+ 78,54	-	0,78	- 62,01	
1994	463,72	497,55	- 33,83	- 6,12	-	+ 27,21	-	0,50	- 33,83	
1995	501,56	549,77	- 48,20	- 3,49	-	+ 44,35	-	0,37	- 48,20	
1996	532,67	609,26	- 76,60	+ 6,62	-	+ 83,05	-	0,17	- 76,60	
1996 Okt.	38,70	53,03	- 14,32	+ 7,51	-	+ 21,80	-	0,04	- 68,32	
Nov.	40,24	55,61	- 15,37	- 5,99	-	+ 9,38	-	0,00	- 83,69	
Dez.	72,24	65,15	+ 7,10	+ 7,80	-	+ 0,75	-	0,05	- 76,60	
1997 Jan.	40,76	64,32	- 23,57	- 7,90	-	+ 15,67	-	0,00	- 23,57	
Febr.	38,51	46,73	- 8,22	+ 6,88	-	+ 15,07	-	0,03	- 31,79	
März	50,80	58,12	- 7,31	- 4,51	-	+ 2,80	-	0,00	- 39,10	
April	43,09	44,72	- 1,62	+ 2,95	-	+ 4,57	-	0,00	- 40,73	
Mai	38,44	47,57	- 9,13	+ 2,09	-	+ 11,22	-	0,00	- 49,86	
Juni	53,24	53,80	- 0,56	- 2,57	-	- 2,01	-	0,00	- 50,42	
Juli	45,37	54,74	- 9,37	+ 2,36	-	+ 11,73	-	0,00	- 59,79	
Aug.	44,48	46,00	- 1,53	+ 1,38	-	+ 2,88	-	0,03	- 61,32	
Sept. p)	49,63	52,24	- 2,61	- 2,06	-	+ 0,55	-	0,00	- 63,93	

1 Bei den als Kasseneinnahmen und -ausgaben nachgewiesenen Kassentrans- aktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf die bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes. Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen sie vor allem deshalb ab, weil diese Transaktionen nicht zum Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern zum Zeitpunkt des effektiven Zu- bzw. Abflusses

erfaßt werden und weil über die Konten des Bundes nicht im Bundeshaus- halt verbuchte Transaktionen für die Europäischen Gemeinschaften abge- wickelt werden. — 2 Einschl. geringer Beträge an Sondertransaktionen. — 3 Kassensaldo = Spalte (a) - (b) - (c) - (d) - (e). — 4 Einlagen bei der Bundes- bank und im Geldmarkt.

VIII. Öffentliche Finanzen

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Mio DM

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 6)	Wertpapiere	Darlehen und Hypotheken 7)	Grundstücke	
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten 3)	Krankenversicherung der Rentner 4)							
Westdeutschland													
1992	238 428	193 310	39 806	228 049	195 812	11 781	+ 10 379	49 812	38 319	10 055	1 307	131	5 839
1993	243 119	196 357	41 837	248 866	207 633	13 064	- 5 747	39 786	29 957	8 499	1 100	229	6 297
1994	267 265	215 758	48 108	266 443	220 744	14 375	+ 822	33 578	24 194	8 170	909	305	6 890
1995	276 302	225 324	47 979	279 226	230 222	15 923	- 2 924	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 p) 8)	288 761	236 036	50 478	288 716	237 453	16 809	+ 45	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1996 3.Vj.	70 558	57 743	12 466	72 620	59 960	4 357	- 2 062	11 126	5 554	2 789	2 544	239	8 288
4.Vj.	77 065	64 761	11 806	72 530	59 959	4 383	+ 4 535	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997 1.Vj.	73 714	59 130	13 931	72 950	60 823	4 414	+ 764	13 364	8 624	2 039	2 471	230	8 783
2.Vj.	74 776	60 480	13 824	71 725	60 759	4 411	+ 3 051	12 025	7 348	2 013	2 436	228	9 068
Ostdeutschland													
1992	42 324	32 553	9 463	46 918	40 017	2 515	- 4 594						
1993	53 241	36 051	10 834	55 166	45 287	2 834	- 1 925						
1994	63 001	40 904	13 783	65 811	53 136	3 376	- 2 810						
1995	70 774	44 970	16 408	77 780	63 812	4 362	- 7 006						
1996 p)	74 790	46 580	17 910	83 830	68 445	4 851	- 9 040						
1996 3.Vj.	18 104	11 227	4 426	20 945	17 297	1 259	- 2 841						
4.Vj.	19 680	12 664	4 730	20 912	17 082	1 274	- 1 232						
1997 1.Vj.	19 475	11 868	4 822	21 276	17 378	1 264	- 1 801						
2.Vj.	18 187	12 085	4 907	21 194	17 313	1 283	- 3 007						

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenkassen nach

§ 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab 1992 gesamtdeutsche Werte. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Bundesanstalt für Arbeit

Mio DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuß bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	Vermögen 6)				
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	Einlagen 7)	Wertpapiere	Darlehen 8)	
		Beiträge	Umlagen 2)		Arbeitslosenunterstützungen 3) 4)	Winterbau-förderung							berufliche Förderung 4) 5)
Westdeutschland													
1992	76 368	73 365	1 440	47 508	21 742	1 373	17 648	+ 28 860	-	72	0	68	5
1993	81 509	76 326	1 820	58 970	34 149	1 467	15 895	+ 22 540	-	65	-	62	3
1994	85 873	77 807	3 809	58 244	35 163	1 366	14 382	+ 27 629	-	57	-	54	3
1995	86 195	80 398	2 942	61 322	36 161	1 168	16 745	+ 24 873	-	52	-	50	2
1996	87 885	81 189	3 334	67 362	40 186	655	18 368	+ 20 523	-	45	-	43	2
1996 3.Vj.	21 699	20 038	944	16 010	9 716	55	4 397	+ 5 689	-	47	-	45	2
4.Vj.	24 755	22 473	1 363	18 248	10 515	12	5 046	+ 6 507	-	45	-	43	2
1997 1.Vj.	20 317	19 288	350	16 678	10 678	146	4 019	+ 3 639	-	45	-	43	2
2.Vj.	21 144	19 791	704	16 554	10 448	150	4 116	+ 4 589	-	45	-	43	2
Ostdeutschland													
1992	3 313	3 297	3	46 015	14 569	357	20 228	- 42 702	8 940				
1993	3 600	3 569	8	50 566	13 856	452	20 996	- 46 966	24 419				
1994	3 785	3 730	13	41 619	13 179	456	16 891	- 37 835	10 142				
1995	4 016	3 956	15	35 781	13 094	418	17 696	- 31 765	6 887				
1996	3 941	3 884	12	38 226	16 938	247	18 111	- 34 286	13 756				
1996 3.Vj.	998	985	2	9 297	4 051	18	4 520	- 8 299	1 845				
4.Vj.	1 070	1 058	1	10 611	4 430	2	5 291	- 9 541	1 770				
1997 1.Vj.	899	885	3	9 646	4 858	64	4 053	- 8 747	5 703				
2.Vj.	897	880	3	10 021	5 170	59	4 082	- 9 124	4 993				

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Konkursausfallgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. — 4 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. — 5 Berufliche Bil-

dung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. — 6 Ohne Verwaltungsvermögen. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 7 Einschl. Barmittel. — 8 Ohne Darlehen aus Haushaltsausgaben; einschl. Beteiligungen.

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens
Deutschland

Position	1993	1994	1995 p)	1996 p)	1.Hj. 1997 p)	1994	1995 p)	1996 p)	1.Hj. 1997 p)	1993	1994	1995 p)	1996 p)
	Mrd DM					Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
in jeweiligen Preisen													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Land- und Forstwirtschaft 1)	36,5	36,1	35,9	37,5	5,7	- 1,2	- 0,6	+ 4,6	+ 1,4	1,2	1,1	1,0	1,1
Produzierendes Gewerbe	1 079,2	1 116,7	1 144,0	1 143,3	570,6	+ 3,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,3	34,1	33,6	33,1	32,3
Handel und Verkehr 2)	454,1	478,4	487,8	491,7	248,6	+ 5,3	+ 2,0	+ 0,8	+ 2,6	14,4	14,4	14,1	13,9
Dienstleistungsunternehmen 3)	1 034,2	1 110,0	1 184,5	1 254,8	646,0	+ 7,3	+ 6,7	+ 5,9	+ 4,7	32,7	33,4	34,2	35,4
Unternehmen	2 604,0	2 741,1	2 852,0	2 927,3	1 471,0	+ 5,3	+ 4,0	+ 2,6	+ 3,0	82,3	82,4	82,4	82,7
Staat, private Haushalte u.ä. 4)	449,6	461,7	478,2	486,5	228,5	+ 2,7	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,5	14,2	13,9	13,8	13,7
Bruttowertschöpfung desgl. bereinigt 5)	3 053,6 2 918,1	3 202,8 3 063,2	3 330,3 3 193,1	3 413,8 3 273,8	1 699,5 1 628,8	+ 4,9 + 5,0	+ 4,0 + 4,2	+ 2,5 + 2,5	+ 2,8 + 2,8	96,5 92,2	96,2 92,0	96,3 92,3	96,4 92,4
Bruttoinlandsprodukt	3 163,7	3 328,2	3 459,6	3 541,5	1 761,7	+ 5,2	+ 3,9	+ 2,4	+ 2,8	100	100	100	100
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Privater Verbrauch	1 829,3	1 906,0	1 979,2	2 045,4	1 022,9	+ 4,2	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,6	57,8	57,3	57,2	57,8
Staatsverbrauch	634,9	658,6	686,5	702,7	333,0	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,3	+ 1,2	20,1	19,8	19,8	19,8
Ausrüstungen	261,5	258,1	262,3	267,9	129,4	- 1,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,7	8,3	7,8	7,6	7,6
Bauten	429,5	468,1	479,7	462,4	216,7	+ 9,0	+ 2,5	- 3,6	- 0,9	13,6	14,1	13,9	13,1
Vorratsinvestitionen	- 9,2	+ 16,4	+ 24,8	+ 20,1	+ 31,1	- 0,3	0,5	0,7	0,6
Inländische Verwendung	3 145,9	3 307,2	3 432,5	3 498,5	1 733,0	+ 5,1	+ 3,8	+ 1,9	+ 2,2	99,4	99,4	99,2	98,8
Außenbeitrag	+ 17,8	+ 21,0	+ 27,1	+ 43,0	+ 28,7	0,6	0,6	0,8	1,2
Ausfuhr	697,6	757,0	818,0	857,1	459,4	+ 8,5	+ 8,1	+ 4,8	+ 10,2	22,0	22,7	23,6	24,2
Einfuhr	679,8	735,9	790,9	814,1	430,7	+ 8,3	+ 7,5	+ 2,9	+ 8,2	21,5	22,1	22,9	23,0
Bruttoinlandsprodukt	3 163,7	3 328,2	3 459,6	3 541,5	1 761,7	+ 5,2	+ 3,9	+ 2,4	+ 2,8	100	100	100	100
III. Verteilung des Volkseinkommens													
Einkommen aus unselbständiger Arbeit 6)	1 777,9	1 822,7	1 882,4	1 900,4	900,4	+ 2,5	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,7	74,1	72,6	72,0	71,2
Einkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	622,6	687,3	732,8	768,5	420,8	+ 10,4	+ 6,6	+ 4,9	+ 6,5	25,9	27,4	28,0	28,8
Volkseinkommen	2 400,5	2 510,0	2 615,2	2 668,9	1 321,2	+ 4,6	+ 4,2	+ 2,1	+ 2,5	100	100	100	100
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	3 168,8	3 320,2	3 443,2	3 513,5	1 748,2	+ 4,8	+ 3,7	+ 2,0	+ 2,4
in Preisen von 1991													
IV. Entstehung des Inlandsprodukts													
Land- und Forstwirtschaft 1)	45,6	43,8	44,9	45,5	9,2	- 3,8	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,4	1,6	1,5	1,5	1,5
Produzierendes Gewerbe	1 004,8	1 033,2	1 044,4	1 042,9	518,6	+ 2,8	+ 1,1	- 0,1	+ 1,8	34,9	34,9	34,7	34,1
Handel und Verkehr 2)	426,0	432,9	441,9	450,2	226,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,7	14,8	14,6	14,7	14,7
Dienstleistungsunternehmen 3)	915,8	950,8	987,7	1 031,5	529,2	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,7	31,8	32,1	32,8	33,8
Unternehmen	2 392,2	2 460,7	2 518,9	2 570,1	1 283,9	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,7	83,0	83,1	83,6	84,1
Staat, private Haushalte u.ä. 4)	396,3	401,3	402,9	404,7	202,1	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	13,7	13,6	13,4	13,2
Bruttowertschöpfung desgl. bereinigt 5)	2 788,4 2 663,7	2 862,0 2 730,6	2 921,8 2 785,4	2 974,8 2 826,7	1 486,0 1 407,0	+ 2,6 + 2,5	+ 2,1 + 2,0	+ 1,8 + 1,5	+ 2,4 + 2,1	96,8 92,4	96,7 92,2	96,9 92,4	97,4 92,5
Bruttoinlandsprodukt	2 881,9	2 960,2	3 013,8	3 054,5	1 519,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,0	100	100	100	100
V. Verwendung des Inlandsprodukts													
Privater Verbrauch	1 678,7	1 699,0	1 731,1	1 753,5	860,9	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,6	58,2	57,4	57,4	57,4
Staatsverbrauch	576,6	588,9	601,9	612,6	300,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,8	+ 0,9	20,0	19,9	20,0	20,1
Ausrüstungen	253,5	251,0	255,0	260,0	125,5	- 1,0	+ 1,6	+ 1,9	+ 3,6	8,8	8,5	8,5	8,5
Bauten	388,0	413,2	414,4	401,3	187,3	+ 6,5	+ 0,3	- 3,1	- 0,9	13,5	14,0	13,7	13,1
Vorratsinvestitionen	- 3,8	+ 19,4	+ 27,9	+ 26,3	+ 31,6	- 0,1	0,7	0,9	0,9
Inländische Verwendung	2 893,1	2 971,4	3 030,3	3 053,7	1 505,5	+ 2,7	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,9	100,4	100,4	100,5	100,0
Außenbeitrag	- 11,2	- 11,2	- 16,5	+ 0,8	+ 13,9	- 0,4	- 0,4	- 0,5	0,0
Ausfuhr	688,7	742,8	789,2	824,4	439,2	+ 7,9	+ 6,2	+ 4,5	+ 9,6	23,9	25,1	26,2	27,0
Einfuhr	699,8	754,0	805,7	823,6	425,4	+ 7,7	+ 6,9	+ 2,2	+ 5,5	24,3	25,5	26,7	27,0
Bruttoinlandsprodukt	2 881,9	2 960,2	3 013,8	3 054,5	1 519,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,0	100	100	100	100

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1 Einschl. Fischerei. — 2 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 3 Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermittlung und sonstige Dienstleistungen. — 4 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 5 Bruttowertschöpfung aller Wirtschafts-

bereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. — 6 Einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber (u.a. für die betriebliche Altersversorgung).

IX. Konjunkturlage

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt

Zeit	Produzierendes Gewerbe insgesamt		darunter: Verarbeitendes Gewerbe										Bauhauptgewerbe	
	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100	zusammen		Vorleistungsgüterproduzenten 1)		Investitionsgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten		1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
			Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100		
Deutschland														
1992	98,9	- 1,1	97,7	- 2,3	99,4	- 0,6	95,2	- 4,8	98,5	- 1,5	98,1	- 1,9	110,8	+ 10,8
1993	92,8	+ 6,2	90,1	- 7,8	92,9	- 6,5	85,6	- 10,1	85,9	- 12,8	95,1	- 3,1	114,3	+ 3,2
1994	97,0	+ 4,5	93,9	+ 4,2	99,5	+ 7,1	87,5	+ 2,2	89,8	+ 4,5	95,1	± 0,0	126,0	+ 10,2
1995	98,6	+ 1,6	96,0	+ 2,2	100,9	+ 1,4	93,0	+ 6,3	84,1	- 6,3	96,9	+ 1,9	124,4	- 1,3
1996	98,3	- 0,3	96,2	+ 0,2	99,6	- 1,3	95,5	+ 2,7	84,9	+ 1,0	96,3	- 0,6	117,2	- 5,8
1996 Sept.	105,8	+ 1,1	102,9	+ 0,9	106,0	- 0,4	104,1	+ 3,5	91,7	+ 1,4	99,6	- 0,8	142,8	+ 1,1
Okt.	107,5	+ 2,5	104,3	+ 2,9	109,5	+ 2,7	100,4	+ 4,3	94,5	+ 3,5	105,8	+ 1,1	140,7	- 1,7
Nov.	105,2	+ 0,4	103,1	+ 1,5	105,3	+ 1,8	103,3	+ 2,3	95,0	+ 1,3	102,2	- 0,9	125,3	- 5,6
Dez.	97,7	+ 3,0	96,2	+ 2,1	92,1	+ 4,5	108,5	+ 0,4	78,2	+ 0,6	92,8	+ 1,9	101,0	+ 12,7
1997 Jan.	89,2	+ 1,2	90,1	+ 2,3	95,3	+ 1,8	85,0	+ 3,5	80,1	- 0,1	94,0	+ 2,5	63,1	- 10,4
Febr.	92,9	+ 4,3	93,9	+ 3,3	98,8	+ 5,8	91,9	+ 3,8	84,4	- 3,1	91,4	- 1,0	81,1	+ 30,4
März	103,0	+ 1,8	102,5	+ 2,0	107,8	+ 3,7	98,0	- 0,8	103,3	+ 8,4	97,3	- 1,4	110,7	+ 7,9
April	102,6	+ 4,6	101,1	+ 6,3	107,5	+ 8,5	99,8	+ 6,9	89,9	+ 5,8	94,1	- 0,6	121,9	- 5,1
Mai	96,3	- 1,0	94,8	+ 0,9	102,5	+ 3,7	92,0	+ 1,0	78,4	- 6,1	90,8	- 3,8	115,1	- 11,7
Juni	104,9	+ 4,5	104,6	+ 7,0	110,0	+ 9,1	107,7	+ 8,4	88,3	+ 3,3	93,6	- 0,6	124,1	- 8,5
Juli	104,1	+ 6,3	103,1	+ 9,2	109,8	+ 10,8	103,5	+ 11,4	83,8	+ 8,8	96,4	+ 0,4	128,1	- 7,1
Aug. p)	92,6	+ 1,5	91,1	+ 4,2	101,4	+ 8,0	86,9	+ 4,7	59,5	- 9,6	92,5	- 1,0	112,8	- 12,8
Westdeutschland														
1992	98,9	- 1,1	98,1	- 1,9	100,0	± 0,0	95,4	- 4,6	98,5	- 1,5	97,7	- 2,3	106,3	+ 6,3
1993	91,9	- 7,1	90,3	- 8,0	93,8	- 6,2	84,6	- 11,3	85,3	- 13,4	93,8	- 4,0	104,0	- 2,2
1994	94,8	+ 3,2	93,3	+ 3,3	99,2	+ 5,8	86,0	+ 1,7	88,7	+ 4,0	93,3	- 0,5	108,9	+ 4,7
1995	95,5	+ 0,7	94,2	+ 1,0	99,0	- 0,2	91,4	+ 6,3	82,6	- 6,9	93,5	+ 0,2	105,0	- 3,6
1996	95,1	- 0,4	94,1	- 0,1	97,6	- 1,4	93,9	+ 2,7	83,1	+ 0,6	92,0	- 1,6	97,1	- 7,5
1996 Sept.	101,2	+ 0,6	100,0	+ 0,5	103,1	- 0,6	102,2	+ 3,8	89,5	+ 0,8	94,8	- 1,9	118,0	- 1,0
Okt.	103,5	+ 2,3	101,7	+ 2,5	106,4	+ 2,4	98,9	+ 4,1	92,6	+ 3,2	100,1	- 0,1	117,6	- 4,7
Nov.	101,3	+ 0,5	100,2	+ 1,3	102,2	+ 1,9	101,7	+ 2,3	93,0	+ 1,4	97,1	- 1,2	102,2	- 8,4
Dez.	94,4	+ 2,2	93,3	+ 1,7	90,7	+ 4,0	106,4	± 0,0	76,2	+ 0,3	86,9	+ 0,3	82,3	+ 8,9
1997 Jan.	88,2	+ 1,1	88,7	+ 2,1	93,8	+ 1,2	84,1	+ 3,8	78,3	- 0,1	89,4	+ 2,3	51,8	- 14,0
Febr.	90,8	+ 3,1	91,5	+ 2,6	96,3	+ 4,7	90,6	+ 3,8	82,4	- 3,4	86,5	- 1,8	68,1	+ 29,7
März	99,8	+ 0,7	99,6	+ 1,0	104,8	+ 2,7	95,8	- 1,8	101,0	+ 8,1	92,6	- 2,4	93,1	+ 5,0
April	98,8	+ 4,4	98,1	+ 5,5	103,8	+ 7,5	98,4	+ 7,1	87,5	+ 5,0	89,7	- 1,6	103,3	- 4,0
Mai	92,7	- 1,2	92,2	± 0,0	99,8	+ 3,0	90,5	+ 0,8	76,1	- 7,0	85,1	- 5,8	95,5	- 11,6
Juni	100,5	+ 4,5	100,9	+ 5,8	105,6	+ 7,2	106,1	+ 8,7	86,2	+ 3,2	89,0	- 1,9	104,9	- 5,7
Juli	100,2	+ 5,9	100,1	+ 7,6	106,3	+ 8,9	102,1	+ 11,0	82,1	+ 7,7	91,5	- 1,2	108,3	- 5,7
Aug. p)	88,7	+ 1,6	88,4	+ 3,2	98,3	+ 6,6	84,7	+ 5,0	57,5	- 10,3	87,1	- 2,6	90,4	- 11,1
Ostdeutschland														
1992	101,1	+ 1,1	99,8	- 0,2	104,8	+ 4,8	93,3	- 6,7	106,4	+ 6,4	101,0	+ 1,0	129,5	+ 29,5
1993	111,1	+ 9,9	110,1	+ 10,3	115,6	+ 10,3	106,7	+ 14,4	140,3	+ 31,9	102,8	+ 1,8	157,2	+ 21,4
1994	130,6	+ 17,6	131,7	+ 19,6	146,3	+ 26,6	120,1	+ 12,6	168,4	+ 20,0	122,0	+ 18,7	199,1	+ 26,7
1995	137,6	+ 5,4	144,7	+ 9,9	171,0	+ 16,9	125,2	+ 4,2	229,7	+ 36,4	125,8	+ 3,1	207,8	+ 4,4
1996	140,1	+ 1,8	153,3	+ 5,9	179,5	+ 5,0	129,2	+ 3,2	221,6	- 3,5	143,1	+ 13,8	198,4	- 4,5
1996 Sept.	158,7	+ 5,4	171,2	+ 7,5	201,5	+ 6,3	147,8	+ 0,3	250,3	+ 2,2	153,0	+ 23,9	245,4	+ 4,0
Okt.	162,9	+ 5,9	177,8	+ 8,7	201,9	+ 9,1	132,2	+ 8,2	237,1	- 6,6	204,4	+ 11,5	243,4	+ 3,1
Nov.	157,0	+ 0,1	176,7	+ 4,4	196,9	+ 5,6	138,8	+ 4,9	227,7	- 15,2	198,3	+ 5,2	218,7	- 1,6
Dez.	148,0	+ 11,1	174,4	+ 12,3	168,7	+ 12,6	164,8	+ 6,5	208,2	- 5,3	194,1	+ 23,0	178,6	+ 20,8
1997 Jan.	108,6	+ 0,4	127,4	+ 2,4	161,5	+ 6,5	97,0	- 6,9	206,1	- 10,5	113,3	+ 11,4	104,8	- 0,9
Febr.	118,0	+ 11,0	141,0	+ 11,1	171,6	+ 13,6	116,1	+ 5,8	232,6	- 1,6	122,2	+ 17,3	130,5	+ 37,8
März	141,7	+ 10,4	163,3	+ 12,1	198,1	+ 13,4	142,7	+ 14,4	256,3	+ 0,8	131,9	+ 8,1	183,4	+ 19,6
April	144,8	+ 2,8	162,9	+ 8,6	206,1	+ 17,5	129,4	+ 3,1	258,6	+ 12,2	138,1	- 1,6	199,9	- 6,2
Mai	140,7	+ 0,4	159,2	+ 9,0	194,5	+ 9,6	125,4	+ 3,4	229,0	+ 3,8	150,1	+ 16,7	192,2	- 13,3
Juni	149,0	+ 1,0	170,7	+ 8,6	208,4	+ 9,8	147,5	+ 5,8	239,8	+ 0,3	142,3	+ 12,2	204,3	- 11,6
Juli	145,4	+ 5,8	162,3	+ 17,4	207,7	+ 17,9	136,4	+ 20,6	203,1	+ 37,0	129,5	+ 8,5	210,7	- 9,5
Aug. p)	143,1	- 1,9	159,5	+ 5,8	202,2	+ 7,3	135,9	+ 5,0	190,7	+ 8,2	128,2	+ 3,1	207,2	- 14,3

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Die Indizes für Deutschland insgesamt werden vom Statistischen Bundesamt nach einem anderen methodischen Ansatz berechnet (Gewichte: Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten) als die Indizes für West- und Ostdeutschland (Gewichte: Nettoproduktions-

werte). — 1 Ohne Energieversorgung sowie ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2 Vergleichbarkeit wegen Umstellung der Erhebung auf EU-einheitliche Wirtschaftszweig- und Gütersystematiken gestört.

IX. Konjunkturlage

3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

kalendermonatlich

Zeit	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt		davon:				davon:					
			Inland		Ausland		Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten	
	1991=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991=100	Veränderung gegen Vorjahr %
Deutschland												
1992	97,3	- 2,7	98,2	- 1,8	95,5	- 4,5	98,0	- 2,0	96,4	- 3,6	97,2	- 2,8
1993	90,5	- 7,0	89,2	- 9,2	93,1	- 2,5	91,3	- 6,8	90,3	- 6,3	88,7	- 8,7
1994	98,0	+ 8,3	94,0	+ 5,4	105,9	+ 13,7	99,4	+ 8,9	98,6	+ 9,2	93,4	+ 5,3
1995	100,6	+ 2,7	96,6	+ 2,8	108,6	+ 2,5	101,2	+ 1,8	103,8	+ 5,3	93,4	+ 0,0
1996	100,3	- 0,3	93,3	- 3,4	114,4	+ 5,3	98,8	- 2,4	105,0	+ 1,2	95,3	+ 2,0
1996 Sept.	103,3	- 2,1	96,7	- 5,3	116,7	+ 4,0	101,3	± 0,0	106,2	- 6,2	103,2	+ 1,4
Okt.	106,0	+ 9,3	97,6	+ 4,6	122,7	+ 17,4	106,4	+ 7,5	107,4	+ 13,1	102,4	+ 6,7
Nov.	102,1	- 1,0	94,0	- 6,4	118,4	+ 9,0	102,0	+ 1,4	106,8	- 3,3	93,8	- 2,4
Dez.	92,3	- 1,3	83,6	- 4,0	109,7	+ 3,1	89,4	+ 0,3	102,3	- 3,7	81,3	- 0,2
1997 Jan.	102,7	+ 3,1	91,4	- 2,7	125,3	+ 12,8	102,3	+ 2,0	105,8	+ 5,4	97,9	+ 1,3
Febr.	101,8	+ 2,3	90,7	- 1,0	124,1	+ 7,6	101,7	+ 5,3	102,2	- 1,2	101,4	+ 2,0
März	106,6	- 1,7	95,3	- 5,3	129,2	+ 4,1	104,0	+ 2,5	109,5	- 6,1	107,6	- 2,5
April	113,3	+ 13,5	100,9	+ 8,1	138,1	+ 22,4	114,3	+ 14,8	116,4	+ 12,9	105,1	+ 11,3
Mai	98,7	+ 0,5	88,6	- 2,3	118,9	+ 4,9	101,6	+ 3,4	100,3	- 1,4	88,6	- 3,5
Juni	111,9	+ 12,2	98,9	+ 5,0	137,9	+ 24,7	115,7	+ 17,9	114,7	+ 6,0	97,3	+ 10,4
Juli	110,0	+ 7,3	99,2	+ 4,0	131,6	+ 12,8	113,0	+ 12,3	113,3	+ 2,2	96,4	+ 5,0
Aug. p)	97,8	+ 6,1	87,8	+ 0,1	117,7	+ 16,4	100,8	+ 9,6	99,0	+ 6,5	88,0	- 3,2
Westdeutschland												
1992	97,5	- 2,5	97,9	- 2,1	96,7	- 3,3	98,4	- 1,6	96,6	- 3,4	97,2	- 2,8
1993	89,9	- 7,8	88,0	- 10,1	94,0	- 2,8	90,9	- 7,6	89,7	- 7,1	88,1	- 9,4
1994	97,1	+ 8,0	91,9	+ 4,4	107,5	+ 14,4	98,4	+ 8,3	98,0	+ 9,3	92,2	+ 4,7
1995	98,9	+ 1,9	93,6	+ 1,8	109,6	+ 2,0	99,3	+ 0,9	102,2	+ 4,3	92,3	+ 0,1
1996	98,8	- 0,1	90,4	- 3,4	115,4	+ 5,3	96,8	- 2,5	104,4	+ 2,2	93,8	+ 1,6
1996 Sept.	101,7	- 2,5	93,6	- 6,2	117,8	+ 4,0	98,9	- 0,3	105,8	- 6,7	101,4	+ 0,6
Okt.	104,6	+ 10,2	94,9	+ 5,9	124,0	+ 17,8	104,3	+ 7,3	107,3	+ 16,9	100,9	+ 6,4
Nov.	100,4	+ 0,9	90,9	- 3,9	119,4	+ 9,2	99,7	+ 1,2	106,1	+ 2,2	92,0	- 2,6
Dez.	90,6	- 1,1	80,5	- 3,8	110,4	+ 3,0	87,4	± 0,0	100,9	- 2,7	80,0	- 0,6
1997 Jan.	101,2	+ 2,8	88,8	- 2,8	125,8	+ 12,1	100,1	+ 1,7	105,4	+ 5,1	96,5	+ 1,6
Febr.	100,4	+ 2,3	88,0	- 0,9	124,9	+ 7,2	99,6	+ 4,8	101,6	- 1,1	100,1	+ 2,6
März	104,8	- 2,2	92,5	- 5,5	129,2	+ 2,9	101,8	+ 2,3	107,9	- 7,6	106,5	- 2,3
April	111,2	+ 12,9	97,7	+ 7,6	138,2	+ 21,2	111,7	+ 14,3	115,3	+ 11,9	103,0	+ 11,0
Mai	96,6	± 0,0	85,2	- 2,7	119,3	+ 4,2	98,7	+ 2,6	99,2	- 1,6	86,9	- 3,6
Juni	109,8	+ 12,7	95,3	+ 5,3	138,6	+ 24,8	112,5	+ 17,4	114,3	+ 7,8	95,5	+ 10,5
Juli	108,2	+ 7,1	95,9	+ 3,3	132,4	+ 13,1	110,2	+ 11,8	112,9	+ 2,5	94,8	+ 4,6
Aug. p)	96,1	+ 6,1	84,9	+ 0,1	118,4	+ 15,9	98,2	+ 9,7	98,7	+ 6,5	86,5	- 3,4
Ostdeutschland												
1992	91,9	- 8,1	104,7	+ 4,7	62,4	- 37,6	89,2	- 10,8	93,7	- 6,3	95,7	- 4,3
1993	104,9	+ 14,1	120,0	+ 14,6	69,7	+ 11,7	102,4	+ 14,8	104,7	+ 11,7	114,9	+ 20,1
1994	122,6	+ 16,9	147,4	+ 22,8	64,3	- 7,7	128,0	+ 25,0	111,4	+ 6,4	139,4	+ 21,3
1995	141,2	+ 15,2	164,8	+ 11,8	81,0	+ 26,0	147,6	+ 15,3	135,5	+ 21,6	137,5	- 1,4
1996	138,0	- 2,3	159,0	- 3,5	84,3	+ 4,1	152,2	+ 3,1	117,0	- 13,7	161,2	+ 17,2
1996 Sept.	142,8	+ 7,5	166,1	+ 7,9	83,4	+ 5,7	161,8	+ 5,5	113,4	+ 4,8	179,3	+ 24,3
Okt.	138,6	- 7,1	160,0	- 8,9	84,3	+ 3,1	159,9	+ 11,0	109,2	- 30,0	166,1	+ 14,9
Nov.	143,5	- 25,0	164,3	- 29,2	90,3	+ 3,3	159,6	+ 4,2	119,7	- 49,9	170,0	+ 4,7
Dez.	134,7	- 4,9	152,3	- 7,4	90,0	+ 7,8	139,1	+ 5,5	130,0	- 16,6	135,5	+ 7,5
1997 Jan.	139,0	+ 6,4	151,1	- 0,1	108,3	+ 38,5	159,3	+ 7,1	113,3	+ 10,5	156,3	- 6,1
Febr.	136,7	+ 2,5	151,1	- 2,6	100,0	+ 28,5	154,2	+ 11,2	113,5	- 3,7	155,2	- 9,3
März	151,2	+ 9,2	160,2	- 0,1	128,2	+ 55,2	160,9	+ 4,1	140,4	+ 24,2	153,8	- 10,3
April	163,2	+ 25,2	173,6	+ 15,1	136,9	+ 74,6	180,1	+ 22,2	137,7	+ 32,4	193,7	+ 18,3
Mai	148,6	+ 7,4	164,9	+ 1,8	106,9	+ 36,7	172,5	+ 14,2	120,1	+ 1,2	162,3	- 0,6
Juni	162,1	+ 4,9	179,9	+ 0,8	116,6	+ 24,4	197,8	+ 25,1	122,7	- 18,1	170,0	+ 7,7
Juli	154,7	+ 10,8	172,8	+ 12,7	108,5	+ 3,5	185,2	+ 21,7	121,1	- 3,9	161,2	+ 14,2
Aug. p)	138,5	+ 6,3	154,9	+ 0,4	96,8	+ 39,5	167,5	+ 7,9	104,3	+ 4,7	153,6	+ 3,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1 Vergleichbarkeit wegen Umstellung der Erhebung auf eine EU-einheitliche Wirtschaftszweigsystematik gestört.

IX. Konjunkturlage

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

kalendermonatlich

Zeit	Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland				
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:			insgesamt	davon:					
		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau			
1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100			1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100			1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100			
1993	120,9	+ 7,1	151,8	115,6	111,6	108,2	+ 1,6	137,4	100,0	102,4	191,5	+ 29,5	250,4	200,2	158,7
1994	132,0	+ 9,2	188,4	121,8	115,6	112,5	+ 4,0	157,7	101,0	102,4	239,8	+ 25,2	399,4	234,6	183,2
1995	128,3	- 2,8	177,0	119,7	113,8	106,5	- 5,3	136,3	98,4	100,4	248,6	+ 3,7	456,5	235,3	182,1
1996	118,2	- 7,9	179,3	106,7	100,7	96,9	- 9,0	133,1	89,5	86,6	235,6	- 5,2	496,4	200,0	172,9
1996 Juli	129,2	- 2,7	180,9	115,5	119,2	107,2	- 2,0	133,7	99,1	102,8	250,9	- 4,3	505,1	204,4	203,0
Aug.	124,9	- 5,4	185,8	111,7	109,7	103,6	- 5,0	141,5	97,6	90,7	242,9	- 6,1	489,9	187,9	207,2
Sept.	135,3	- 9,4	211,8	112,3	123,4	108,1	- 13,5	156,9	88,9	105,0	285,5	+ 0,7	589,0	239,7	217,4
Okt.	120,6	- 4,5	176,4	102,9	113,0	96,0	- 7,1	130,2	81,1	95,4	256,4	+ 1,3	493,4	221,2	202,8
Nov.	101,2	- 15,4	157,2	90,8	85,2	82,4	- 16,6	116,0	78,1	69,9	204,9	- 12,6	439,9	159,3	163,4
Dez.	109,3	- 3,3	164,1	109,1	82,1	90,1	- 7,1	115,6	93,9	72,5	215,4	+ 7,0	496,8	191,7	131,4
1997 Jan.	80,3	- 15,0	122,7	84,6	54,1	67,9	- 16,0	87,5	73,0	51,5	149,2	- 12,3	363,9	147,0	67,5
Febr.	95,7	- 2,5	148,7	92,3	73,0	82,4	- 0,2	107,4	83,2	68,4	169,0	- 8,2	432,3	141,6	96,3
März	114,9	- 9,1	178,4	103,0	96,9	96,5	- 8,0	131,1	88,9	87,1	216,7	- 11,6	502,9	179,0	146,3
April	110,7	- 3,1	161,9	94,7	103,3	93,9	+ 3,5	123,8	80,7	93,7	203,4	- 16,9	423,9	171,1	152,9
Mai	112,0	- 9,5	160,8	97,8	104,0	95,6	- 5,7	124,4	85,4	92,6	202,5	- 18,1	410,7	164,8	162,6
Juni	131,3	- 6,3	180,8	114,4	125,9	112,8	- 1,7	136,9	101,8	113,3	232,9	- 16,6	482,5	182,9	190,7
Juli	116,7	- 9,7	163,0	98,7	114,3	98,6	- 8,0	129,0	86,8	96,5	216,7	- 13,6	396,2	163,6	205,3

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Werte ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die neuen Wirtschaftszweige „Vorbereitende

Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 1 Einschließlich Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze *)
Deutschland

Zeit	Einzelhandel insgesamt						darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen:									
	einschließlich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen			ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen			Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		medizinische, kosmetische Artikel; Apotheken 2)		Bekleidung, Schuhe, Lederwaren 2)		Einrichtungsgegenstände 2)		Kraftwagen 3)	
	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %		1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %		1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
1996	101,2	+ 1,2	+ 0,2	100,3	+ 0,3	- 0,7	100,1	+ 0,1	103,6	+ 3,6	99,2	- 0,8	98,3	- 1,7	104,7	+ 4,7
1996 Okt.	99,2	+ 0,2	- 0,3	99,5	- 0,7	- 1,0	96,2	+ 2,6	99,4	+ 6,0	107,4	- 7,7	103,0	- 8,7	97,7	+ 3,4
Nov.	106,3	+ 2,3	+ 1,7	107,6	+ 1,6	+ 1,2	101,4	+ 3,7	102,1	+ 5,0	113,2	+ 5,9	114,2	- 8,0	101,7	+ 5,2
Dez.	119,3	- 3,7	- 4,3	125,8	- 3,0	- 3,5	117,2	- 0,1	120,7	+ 3,0	134,1	- 3,9	123,8	-13,1	93,9	- 7,6
1996 Jan.	92,0	+ 3,0	+ 2,3	92,2	+ 1,8	+ 1,1	92,4	+ 3,4	103,0	+10,5	85,1	- 2,0	88,7	- 3,3	92,1	+ 8,2
Febr.	91,5	+ 2,6	+ 1,7	91,0	+ 2,4	+ 1,7	94,3	+ 5,6	100,1	+10,5	73,7	- 6,2	93,8	- 4,6	93,9	+ 3,2
März	104,8	- 1,4	- 2,5	100,7	- 2,4	- 3,4	101,5	- 2,6	105,9	- 0,9	98,0	+ 3,5	104,1	- 6,5	121,6	+ 1,7
April	104,1	+ 5,3	+ 4,2	100,8	+ 3,4	+ 2,4	101,7	+ 1,5	103,8	+ 6,6	107,1	+ 5,3	95,5	+ 0,7	117,3	+13,2
Mai	103,0	- 1,0	- 1,8	99,1	- 2,3	- 3,0	102,4	- 0,8	103,3	+ 2,1	93,3	- 9,7	94,5	- 6,0	118,6	+ 4,4
Juni	96,4	- 2,5	- 3,1	92,7	- 3,2	- 3,9	96,2	- 5,2	100,2	+ 0,1	87,9	- 2,2	86,8	- 5,5	111,1	- 0,1
Juli	101,4	+ 5,6	+ 4,7	98,6	+ 4,1	+ 3,2	99,8	+ 0,3	104,5	+ 8,4	92,2	+ 1,5	95,2	+ 7,7	112,9	+13,0
Aug.	95,7	+ 0,6	- 0,4	96,4	+ 0,2	- 0,9	100,7	+ 0,1	99,9	+ 4,1	88,5	± 0,0	84,9	- 1,5	91,0	+ 1,8
Sept.	96,7	- 0,9	- 2,0	96,7	- 2,0	- 3,3	91,7	- 5,8	99,5	+ 3,5	111,0	+ 0,1	91,8	- 4,3	96,6	+ 3,3
Okt.	104,2	+ 5,0	+ 3,6	104,0	+ 4,5	+ 2,8	101,3	+ 5,3	106,2	+ 6,8	111,2	+ 3,5	105,9	+ 2,8	105,6	+ 8,1
Nov.	106,7	+ 0,4	- 0,8	107,9	+ 0,3	- 1,1	103,7	+ 2,3	100,6	- 1,5	112,6	- 0,5	113,3	- 0,8	102,2	+ 0,5
Dez.	117,8	- 1,3	- 2,3	123,9	- 1,5	- 2,6	115,7	- 1,3	116,3	- 3,6	130,3	- 2,8	124,5	+ 0,6	93,6	- 0,3
1997 Jan.	95,1	+ 3,4	+ 2,1	95,5	+ 3,6	+ 2,1	96,3	+ 4,2	103,1	+ 0,1	89,0	+ 4,6	87,9	- 0,9	93,9	+ 2,0
Febr.	89,1	- 2,6	- 3,2	87,2	- 4,2	- 5,1	89,1	- 5,5	98,3	- 1,8	73,7	± 0,0	90,0	- 4,1	97,0	+ 3,3
März	101,6	- 3,1	- 3,1	98,2	- 2,5	- 3,0	100,5	- 1,0	101,1	- 4,5	98,5	+ 0,5	96,0	- 7,8	115,3	- 5,2
April	106,7	+ 2,5	+ 2,5	102,0	+ 1,2	+ 0,9	101,0	- 0,7	109,4	+ 5,4	99,5	- 7,1	100,0	+ 4,7	126,2	+ 7,6
Mai	100,3	- 2,6	- 3,0	98,3	- 0,8	- 1,7	103,2	+ 0,8	101,9	- 1,4	98,2	+ 5,3	87,4	- 7,5	106,7	-10,0
Juni	100,2	+ 3,9	+ 3,4	95,1	+ 2,6	+ 1,7	97,4	+ 1,2	113,9	+13,7	85,4	- 2,8	90,0	+ 3,7	121,1	+ 9,0
Juli	103,2	+ 1,8	+ 1,2	98,7	+ 0,1	- 0,7	100,9	+ 1,1	104,0	- 0,5	93,4	+ 1,3	93,8	- 1,5	121,2	+ 7,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Angaben ab 1996 vorläufig. — 1 In Preisen von 1991. — 2 Einzelhandel in Verkaufsräumen.

— 3 Einschl. Kraftwagenteile und Zubehör.

IX. Konjunkturlage

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Abhängig Beschäftigte 1)		Beschäftigte 2)		Kurz- arbeiter	Beschäftigte in beschäftigungs- schaffenden Maß- nahmen 4)	Personen in beru- flicher Weiter- bildung	Arbeitslose		Arbeits- losen- quote 5) %	Offene Stellen Tsd			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe				Bau- haupt- gewerbe 3)	Tsd			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	%
		%	Tsd														
Deutschland																	
1994	34 986	- 0,7	- 235	31 399	- 0,9 6)	7 020	1 402	372	338	568	3 698	+ 279	9,6	285			
1995	34 871	- 0,3	- 115	31 248	- 0,5	6 787	1 413	199	384	560	3 612	- 86	9,4	321			
1996	34 460	- 1,2	- 411	30 809	- 1,4	6 531	1 316	277	354	546	3 965	+ 353	10,4	327			
1996 Aug.	34 459	- 1,1	- 393	30 908	- 1,3	6 522	1 346	164	375	519	3 902	+ 324	10,2	332			
Sept.	34 761	- 1,3	- 446			6 515	1 341	201	370	534	3 848	+ 327	10,1	318			
Okt.	34 673	- 1,3	- 473			6 475	1 322	231	363	546	3 867	+ 341	10,1	294			
Nov.	34 493	- 1,5	- 514	30 834	- 1,7	6 452	1 305	216	353	541	3 942	+ 363	10,3	276			
Dez.	34 295	- 1,6	- 543			6 411	1 271	205	330	524	4 148	+ 358	10,8	271			
1997 Jan.	33 750	- 1,8	- 615			6 330	1 144	293	307	502	4 658	+ 499	12,2	297			
Febr.	33 707	- 1,6	- 544	30 105	- 1,8	6 317	1 112	329	311	483	4 672	+ 401	12,2	338			
März	33 835	- 1,3	- 461			6 309 p)	1 149	286	315	478	4 477	+ 336	11,7	372			
April	33 908	- 1,5	- 529			6 296 p)	1 188	239	318	467	4 347	+ 380 8)	11,3	363			
Mai	33 940	- 1,6	- 546	30 275	- 1,8	6 284 p)	1 191	183	311	452	4 256	+ 437	11,1	361			
Juni	34 008	- 1,5	- 533			6 296 p)	1 191	168	303	431	4 222	+ 438	11,0	367			
Juli	7) 33 955	- 1,5	- 508			6 314 p)	1 186	128	298	398	4 354	+ 443	11,4	356			
Aug.	95	296	374	4 372	+ 470	11,4	355			
Sept.	111	295	376	4 308	+ 460	11,2	335			
Westdeutschland																	
1994	28 656	- 1,2	- 346	25 570	- 1,4 6)	6 361	989	275	57	310	2 556	+ 286	8,2	234			
1995	28 466	- 0,7	- 190	25 367	- 0,8	6 168	970	128	72	306	2 565	+ 9	8,3	267			
1996	28 166	- 1,1	- 300	25 055	- 1,2	5 943	897	206	76	308	2 796	+ 231	9,1	270			
1996 Aug.	28 120	- 1,2	- 333	25 101	- 1,3	5 931	912	117	79	288	2 779	+ 236	9,0	274			
Sept.	28 371	- 1,2	- 346			5 924	910	153	77	293	2 749	+ 260	8,9	259			
Okt.	28 315	- 1,2	- 352			5 888	899	183	76	296	2 769	+ 277	9,0	235			
Nov.	28 185	- 1,3	- 372	25 071	- 1,5	5 866	887	171	74	291	2 825	+ 289	9,2	219			
Dez.	28 040	- 1,4	- 386			5 828	865	158	70	281	2 961	+ 284	9,6	222			
1997 Jan.	27 671	- 1,5	- 427			5 769	786	225	62	271	3 266	+ 364	10,6	252			
Febr.	27 650	- 1,4	- 387	24 574	- 1,6	5 757	766	251	70	267	3 258	+ 297	10,6	290			
März	27 749	- 1,2	- 344			5 749 p)	788	210	70	268	3 128	+ 259	10,2	316			
April	27 805	- 1,3	- 369			5 738 p)	817	173	70	265	3 031	+ 262 8)	9,8	315			
Mai	27 840	- 1,3	- 357	24 718	- 1,4	5 724 p)	819	129	69	259	2 960	+ 277	9,6	309			
Juni	27 887	- 1,2	- 342			5 735 p)	820	120	68	250	2 924	+ 258	9,5	307			
Juli	7) 27 829	- 1,1	- 304			5 752 p)	817 9)	92 9)	67 9)	231 9)	2 990 9)	+ 225 9)	9,7 9)	296			
Aug.	62	66	216	2 991	+ 213	9,7	294			
Sept.	77	66	225	2 933	+ 184	9,5	275			
Ostdeutschland																	
1994	6 330	+ 1,8	+ 111	5 829	+ 1,3 6)	659	414	97	280	257	1 142	- 7	15,2	51			
1995	6 405	+ 1,2	+ 75	5 881	+ 0,9	619	443	71	312	254	1 047	- 95	14,0	55			
1996	6 294	- 1,7	- 111	5 754	- 2,2	589	419	71	278	238	1 169	+ 122	15,7	57			
1996 Aug.	6 339	- 0,9	- 60	5 807	- 1,5	590	434	48	295	231	1 123	+ 88	15,0	58			
Sept.	6 390	- 1,5	- 100			591	431	49	293	241	1 100	+ 67	14,7	59			
Okt.	6 358	- 1,9	- 121			588	424	49	287	250	1 098	+ 64	14,7	59			
Nov.	6 308	- 2,2	- 142	5 763	- 2,6	586	418	44	279	250	1 117	+ 74	15,0	57			
Dez.	6 255	- 2,4	- 157			583	406	47	260	243	1 187	+ 74	15,9	49			
1997 Jan.	6 079	- 3,0	- 188			561	358	68	237	232	1 393	+ 135	18,7	45			
Febr.	6 057	- 2,5	- 157	5 531	- 2,9	560	346	78	241	216	1 414	+ 105	18,9	48			
März	6 086	- 1,9	- 117			561 p)	361	76	245	210	1 350	+ 77	18,1	56			
April	6 103	- 2,6	- 160			559 p)	371	65	248	202	1 315	+ 118 8)	17,5	48			
Mai	6 100	- 3,0	- 189	5 557	- 3,3	560 p)	372	54	242	193	1 295	+ 160	17,2	52			
Juni	6 121	- 3,0	- 191			561 p)	371	47	234	181	1 299	+ 180	17,3	60			
Juli	7) 6 126	- 3,2	- 204			562 p)	369 9)	37 9)	231 9)	167 9)	1 365 9)	+ 218 9)	18,1 9)	60			
Aug.	33	230	158	1 381	+ 258	18,3	61			
Sept.	34	230	151	1 375	+ 275	18,3	59			

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit. — * Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige und Abhängig Beschäftigte: Durchschnitte; Kurzarbeiter: Stand Monatsmitte; Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt. — 1 Inlandskonzept; ab 1995 vorläufig. — 2 Einschl. tätiger Inhaber. — 3 Die Ergebnisse beziehen sich auf die neuen Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 4 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und mit Produktivem

Lohnkostenzuschuß (für Ostdeutschland ab April 1993; für Westdeutschland ab Februar 1995). — 5 Gemessen an den Erwerbspersonen insgesamt. — 6 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 7 Erste vorläufige Schätzung. — 8 Ab April 1997 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 9 Veränderung gegen Vorperioden durch Neugliederung der Arbeitsamtsbezirke in Berlin für Westdeutschland unterzeichnet, für Ostdeutschland überhöht.

IX. Konjunkturlage

7. Preise

Zeit	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte						Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau ¹⁾		Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz ²⁾		Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte		Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe ³⁾
	insgesamt	davon:					Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	1991 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	Ausfuhr	Einfuhr	
		Nahrungsmittel	andere Ver- und Gebrauchsgüter	Dienstleistungen und Reparaturen	Wohnungs- und Garagenutzung	1991 = 100									
Deutschland															
1992	105,1	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,4	+ 6,1	+ 10,0	106,1	+ 6,1	101,4	+ 1,4	- 1,2	+ 0,7	- 2,4	- 7,1	
1993	109,8	+ 4,5	+ 0,7	+ 2,7	+ 5,6	+ 10,2	110,7	+ 4,3	101,6	+ 0,2	- 8,3	± 0,0	- 1,5	- 3,3	
1994	112,8	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,6	+ 3,5	+ 5,2	112,9	+ 2,0	102,2	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,2	
1995	114,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,5	+ 4,0	115,3	+ 2,1	104,0	+ 1,8	- 0,1	+ 1,7	+ 0,4	- 2,4	
1996	116,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,9	+ 3,4	115,2	- 0,1	103,5	- 0,5	- 0,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 8,5	
1996 Sept.	116,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,7			103,6	- 0,6	+ 1,2	- 0,5	+ 0,3	+ 13,4	
Okt.	116,8	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,6			103,8	- 0,3	± 0,0	± 0,0	+ 1,6	+ 24,8	
Nov.	116,7	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,6	114,9	- 0,6	103,8	- 0,3	- 2,6	+ 0,1	+ 1,4	+ 17,5	
Dez.	117,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,7			103,8	- 0,3	- 2,7	+ 0,3	+ 2,0	+ 18,2	
1997 Jan.	117,6	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,8			104,1	+ 0,7	- 1,7	+ 0,5	+ 2,6	+ 22,5	
Febr.	118,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,4	+ 2,7	114,8	- 0,4	104,1	+ 0,6	- 2,3	+ 0,8	+ 3,0	+ 22,6	
März	117,9	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,3	+ 2,8			104,1	+ 0,7	- 1,9	+ 0,8	+ 2,7	+ 16,7	
April	117,9	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,9			104,4	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,1	+ 9,5	
Mai	118,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,8	114,6	- 0,6	104,6	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,1	+ 2,8	+ 15,2	
Juni	118,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,9	+ 2,2	+ 2,8			104,7	+ 1,4	- 1,2	+ 1,5	+ 3,3	+ 14,3	
Juli	119,2	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,7			104,8	+ 1,4	± 0,3	+ 1,9	+ 4,2	+ 17,1	
Aug.	119,3	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,8	114,6	- 0,5	105,0	+ 1,5	± 0,5	+ 2,4	+ 5,4	+ 21,1	
Sept.	119,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,6			+ 10,7	
Westdeutschland															
1991	100,0	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,2	100,0	+ 6,8	100,0	+ 2,5					
1992	104,0	+ 4,0	+ 2,4	+ 3,0	+ 5,7	+ 5,4	105,3	+ 5,3	101,4	+ 1,4					
1993	107,7	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,6	+ 5,1	+ 5,8	109,6	+ 4,1	101,4	± 0,0					
1994	110,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 3,2	+ 4,5	111,5	+ 1,7	102,0	+ 0,6					
1995	112,5	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 2,4	+ 3,9	113,9	+ 2,2	103,7	+ 1,7					
1996	114,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,9	113,8	- 0,1	103,1	- 0,6					
1996 Sept.	114,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,6			103,2	- 0,8					
Okt.	114,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,6			103,4	- 0,4					
Nov.	114,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,6	113,6	- 0,5	103,3	- 0,5					
Dez.	114,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,6	+ 2,6			103,3	- 0,5					
1997 Jan.	115,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,8			103,7	+ 0,6					
Febr.	115,6	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,7	113,4	- 0,4	103,7	+ 0,6					
März	115,5	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,3	+ 2,8			103,6	+ 0,6					
April	115,3	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,9	+ 2,8			104,0	+ 0,9					
Mai	115,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,7	+ 2,0	+ 2,7	113,3	- 0,5	104,1	+ 1,0					
Juni	116,1	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,8			104,2	+ 1,3					
Juli	116,6	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,7			104,3	+ 1,3					
Aug.	116,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,7	113,3	- 0,5	104,6	+ 1,6					
Sept.	116,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,6							
Ostdeutschland															
1992	113,5	+ 13,5	+ 1,2	+ 6,3	+ 10,1	+ 123,1	110,3	+ 10,3	102,3	+ 2,3					
1993	125,4	+ 10,5	± 0,0	+ 2,6	+ 10,0	+ 59,2	116,8	+ 5,9	104,2	+ 1,9					
1994	130,0	+ 3,7	+ 1,3	+ 0,7	+ 6,2	+ 10,6	120,2	+ 2,9	105,5	+ 1,2					
1995	132,7	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 4,5	+ 5,3	122,9	+ 2,2	107,0	+ 1,4					
1996	135,6	+ 2,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 3,0	+ 6,7	122,7	- 0,2	108,5	+ 1,4					
1996 Sept.	135,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,6	+ 3,0	+ 2,9			108,9	+ 1,6					
Okt.	135,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,5	+ 2,7	+ 2,7			109,2	+ 1,3					
Nov.	135,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,4	+ 2,7	122,2	- 0,7	109,3	+ 1,6					
Dez.	136,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,7			109,3	+ 1,4					
1997 Jan.	136,9	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 3,1	+ 3,2			109,8	+ 1,8					
Febr.	137,5	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,6	+ 3,3	+ 3,4	122,4	- 0,6	109,8	+ 1,7					
März	137,4	+ 1,6	- 0,1	+ 0,4	+ 3,5	+ 3,4			109,7	+ 1,5					
April	137,7	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 3,2	+ 3,1			110,0	+ 1,6					
Mai	138,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 0,5	+ 3,3	+ 3,2	121,5	- 1,1	110,7	+ 2,4					
Juni	138,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 0,9	+ 3,2	+ 3,1			110,5	+ 2,2					
Juli	139,3	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 2,8			110,5	+ 1,8					
Aug.	139,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,6	+ 2,8	121,2	- 1,0	111,0	+ 2,2					
Sept.	139,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,7	+ 3,9	+ 2,9							

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWA-Institut. — 1 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben

des Statistischen Bundesamtes. — 2 Ohne Mehrwertsteuer. — 3 HWWA-Index der Rohstoffpreise, auf DM-Basis.

IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte
Deutschland

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Öffentliche Einkommensübertragungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Private Ersparnis 6)		Sparquote 7)
	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1991	1 354,7	.	942,5	.	415,3	.	1 357,8	.	1 892,2	.	261,9	.	13,8
1992	1 462,8	8,0	1 000,6	6,2	460,9	11,0	1 461,5	7,6	2 038,0	7,7	282,5	7,9	13,9
1993	1 488,3	1,7	1 017,4	1,7	495,8	7,6	1 513,2	3,5	2 101,2	3,1	272,0	- 3,7	12,9
1994	1 512,2	1,6	1 015,7	- 0,2	515,6	4,0	1 531,2	1,2	2 172,8	3,4	266,8	- 1,9	12,3
1995 p)	1 559,6	3,1	1 021,7	0,6	541,4	5,0	1 563,0	2,1	2 256,4	3,8	277,2	3,9	12,3
1996 p)	1 569,9	0,7	1 044,8	2,3	544,0	0,5	1 588,8	1,6	2 334,6	3,5	289,2	4,3	12,4
1996 1.Vj. p)	356,5	2,6	239,1	0,9	134,8	4,9	373,9	2,3	549,5	3,0	75,1	1,1	13,7
2.Vj. p)	373,1	3,7	241,5	0,5	132,0	4,8	373,5	2,0	549,4	4,8	58,4	2,0	10,6
3.Vj. p)	387,5	3,6	258,6	1,0	135,9	3,9	394,5	1,9	548,5	4,1	58,0	7,4	10,6
4.Vj. p)	442,6	2,6	282,5	0,0	138,7	6,5	421,2	2,1	609,0	3,5	85,8	5,5	14,1
1996 1.Vj. p)	363,6	2,0	246,7	3,2	136,5	1,3	383,3	2,5	572,9	4,3	80,9	7,8	14,1
2.Vj. p)	375,2	0,6	248,2	2,8	134,1	1,6	382,3	2,4	565,8	3,0	61,2	4,9	10,8
3.Vj. p)	389,4	0,5	264,6	2,3	135,5	- 0,3	400,1	1,4	566,9	3,4	58,5	0,9	10,3
4.Vj. p)	441,7	- 0,2	285,3	1,0	137,9	- 0,5	423,2	0,5	629,1	3,3	88,6	3,3	14,1
1997 1.Vj. p)	363,0	- 0,2	243,3	- 1,4	138,6	- 1,5	381,8	- 0,4	581,6	1,5	79,3	- 2,0	13,6
2.Vj. p)	374,7	- 0,2	243,7	- 1,8	133,5	- 0,5	377,2	- 1,3	580,5	2,6	59,9	- 2,2	10,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 0 Geänderte Abgrenzung durch Umstellung bei der Buchung des Kindergeldes. — 1 Einschl. zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber (u. a. für die betriebliche Altersversorgung, aber ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen); Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie der Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen. Ab Anfang 1996 einschl. des an abhängig Beschäftigte zu leistenden Kindergeldes. — 3 Sozialrenten, Unterstützungen und Beamtenpensionen (netto),

abzüglich Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat. Ab Anfang 1996 ohne das an abhängig Beschäftigte geleistete Kindergeld, jedoch weiterhin einschl. des an Nichtsteuerepflichtige gezahlten Kindergeldes. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich öffentlicher Einkommensübertragungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich der Vermögenseinkünfte aller privaten Haushalte sowie der Privatentnahmen der Selbständigen, abzüglich Einkommensübertragungen an das Ausland. — 6 Einschl. der Ansprüche gegenüber betrieblichen Pensionsfonds. — 7 Ersparnis in % des Verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste
Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft						Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)					
	Tariflohn- und -gehältniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 2)		Tariflohn- und -gehältniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 2)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis		1991=100	% gegen Vorjahr	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis		1991=100	% gegen Vorjahr
	1991=100	% gegen Vorjahr	1991=100	% gegen Vorjahr			1991=100	% gegen Vorjahr	1991=100	% gegen Vorjahr		
1991 p)	100,0	.	100,0	.	100,0	.	100,0	.	100,0	.	100,0	.
1992 p)	111,8	11,8	110,9	10,9	110,5	10,5	112,5	12,5	111,4	11,4	114,5	14,5
1993 p)	120,2	7,5	118,2	6,5	115,5	4,6	123,2	9,5	119,6	7,3	119,8	4,6
1994 p)	124,3	3,4	121,6	2,9	118,3	2,4	128,4	4,2	123,3	3,1	124,7	4,1
1995 p)	130,0	4,6	126,8	4,3	122,4	3,5	136,0	5,9	129,8	5,3	.	.
1996 p)	133,4	2,6	129,8	2,3	125,1	2,1	141,3	3,9	133,7	3,0	.	.
1996 1.Vj. p)	121,9	3,6	118,5	3,1	116,2	3,5	128,0	4,5	121,3	3,2	.	.
2.Vj. p)	122,7	2,5	119,4	2,2	119,4	1,9	129,0	4,0	122,1	2,9	.	.
3.Vj. p)	137,8	2,8	134,1	2,4	123,7	1,9	150,7	4,7	142,6	3,5	.	.
4.Vj. p)	151,2	1,8	147,1	1,8	140,6	1,5	157,6	2,5	148,9	2,3	.	.
1997 1.Vj. p)	124,2	1,9	120,8	1,9	118,2	1,7	131,7	2,9	124,4	2,6	.	.
2.Vj. p)	124,5	1,4	121,1	1,4	121,4	1,7	132,0	2,3	124,6	2,1	.	.
1996 Sept. p)	123,4	2,6	120,1	2,2	.	.	130,1	4,5	123,0	3,3	.	.
Okt. p)	123,5	2,1	120,2	2,1	.	.	130,5	3,5	123,3	3,3	.	.
Nov. p)	206,5	1,7	200,9	1,7	.	.	211,9	2,3	200,1	2,0	.	.
Dez. p)	123,6	1,6	120,2	1,5	.	.	130,6	2,1	123,3	1,8	.	.
1997 Jan. p)	124,1	1,9	120,7	1,9	.	.	131,7	2,9	124,3	2,6	.	.
Febr. p)	124,1	1,9	120,7	1,9	.	.	131,7	2,8	124,3	2,5	.	.
März p)	124,3	1,9	120,9	1,9	.	.	131,8	2,9	124,4	2,6	.	.
April p)	124,4	1,6	121,0	1,6	.	.	132,0	2,5	124,6	2,2	.	.
Mai p)	124,5	1,4	121,1	1,3	.	.	132,0	2,3	124,6	2,0	.	.
Juni p)	124,5	1,3	121,1	1,2	.	.	132,0	2,2	124,6	1,9	.	.
Juli p)	169,2	1,5	164,5	1,4	.	.	196,9	2,5	185,9	2,3	.	.
Aug. p)	124,7	1,1	121,3	1,1	.	.	132,1	1,6	124,7	1,4	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt.

X. Außenwirtschaft

6. Kapitalverkehr mit dem Ausland

Mio DM

Position	1994	1995	1996	1996		1997				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 110 937	- 173 669	- 200 921	- 9 979	- 107 733	- 120 323	- 85 218	- 59 587	- 43 921	+ 3 084
1. Direktinvestitionen	- 27 757	- 55 163	- 41 824	- 11 176	- 13 730	- 15 531	- 6 236	- 3 145	- 7 438	- 2 598
Beteiligungskapital	- 24 294	- 45 845	- 31 341	- 8 854	- 9 583	- 11 675	- 3 723	- 1 729	- 6 095	- 2 765
Reinvestierte Gewinne 1)	± 0	- 3 000	- 3 000	- 719	- 859	- 750	- 750	- 750	-	-
übrige Anlagen 2)	- 3 463	- 6 318	- 7 483	- 1 602	- 3 288	- 3 106	- 1 763	- 666	- 1 344	+ 167
2. Wertpapieranlagen	- 87 239	- 31 044	- 57 179	- 11 259	- 13 907	- 43 717	- 46 489	- 23 740	- 28 591	- 8 539
Dividendenwerte 3)	- 11 987	+ 1 526	- 21 310	- 776	- 10 053	- 24 166	- 11 375	- 5 543	- 2 699	+ 690
Investmentzertifikate 4)	- 22 081	- 1 033	- 4 951	- 542	- 64	- 2 097	- 3 323	- 1 099	- 1 626	+ 3 472
Festverzinsliche Wertpapiere 5) darunter	- 27 281	- 24 128	- 21 768	- 5 440	- 3 882	- 13 012	- 26 564	- 13 336	- 19 653	- 4 361
Fremdwährungsanleihen	- 21 675	- 17 110	- 14 289	- 5 372	- 2 269	- 11 874	- 23 398	- 10 316	- 16 975	- 4 723
Geldmarktpapiere	- 8 514	+ 729	- 4 891	- 681	- 3 192	- 2 390	- 1 022	- 188	- 1 680	- 645
Finanzderivate 6)	- 17 376	- 8 138	- 4 259	- 3 820	+ 3 283	- 2 053	- 4 204	- 3 573	- 2 934	- 751
3. Kredite	+ 6 473	- 83 371	- 97 752	+ 13 583	- 78 369	- 60 463	- 31 831	- 32 627	- 7 338	+ 14 744
Kreditinstitute 7)	+ 30 397	- 76 794	- 60 023	- 4 062	- 55 451	- 13 267	- 37 093	- 39 549	- 2 756	+ 1 517
langfristig	- 21 526	- 20 502	- 15 420	+ 3 356	- 9 396	- 4 136	- 10 437	- 4 248	- 3 420	- 5 195
kurzfristig	+ 51 924	- 56 292	- 44 603	- 7 417	- 46 056	- 9 132	- 26 656	- 35 302	+ 664	+ 6 712
Unternehmen und Privatpersonen 7)	- 27 534	+ 3 916	- 36 446	+ 11 505	- 16 738	- 45 480	+ 4 842	+ 7 202	- 2 809	+ 12 228
langfristig	+ 265	- 3 285	- 5 752	- 903	- 3 045	- 96	+ 372	+ 135	+ 248	+ 61
kurzfristig 10)	- 27 799	+ 7 201	- 30 694	+ 12 407	- 13 694	- 45 576	+ 4 470	+ 7 068	- 3 058	+ 12 167
Öffentliche Stellen	+ 3 609	- 10 493	- 1 282	+ 6 139	- 6 180	- 1 716	+ 420	- 280	- 1 773	+ 999
langfristig	- 5 086	- 3 382	- 2 013	+ 190	- 995	- 1 393	+ 342	+ 363	- 1 581	+ 322
kurzfristig	+ 8 695	- 7 111	+ 730	+ 5 950	- 5 185	- 323	+ 77	- 643	- 1 192	+ 1 321
4. Sonstige Kapitalanlagen 8)	- 2 414	- 4 090	- 4 166	- 1 127	- 1 726	- 612	- 662	- 75	- 554	- 523
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 175 579	+ 247 793	+ 221 812	+ 30 953	+ 87 363	+ 135 351	+ 98 925	+ 61 505	+ 24 008	+ 9 499
1. Direktinvestitionen	+ 2 507	+ 17 231	- 4 863	+ 1 334	- 2 474	+ 609	- 1 499	- 143	+ 3 376	+ 602
Beteiligungskapital	+ 6 214	+ 11 223	+ 2 986	+ 959	+ 1 257	+ 1 576	+ 1 027	+ 705	+ 2 005	+ 933
Reinvestierte Gewinne 1)	- 10 000	- 1 000	- 6 000	- 1 500	- 1 500	- 500	- 500	- 500	-	-
übrige Anlagen 2)	+ 6 293	+ 7 008	- 1 849	+ 1 874	- 2 231	- 467	- 2 026	- 348	+ 1 372	- 332
2. Wertpapieranlagen	+ 46 901	+ 87 599	+ 135 320	+ 40 869	+ 30 753	+ 43 745	+ 33 779	+ 28 683	+ 26 842	+ 3 699
Dividendenwerte 3)	+ 1 259	- 1 718	+ 21 464	- 101	+ 5 839	- 1 284	+ 12 083	+ 13 806	+ 14 069	+ 2 370
Investmentzertifikate	+ 5 052	- 843	- 2 354	- 312	- 1 775	+ 1 142	+ 760	+ 333	- 113	- 114
Festverzinsliche Wertpapiere 5) darunter	+ 22 605	+ 86 085	+ 98 257	+ 28 903	+ 28 531	+ 40 705	+ 18 858	+ 13 564	+ 13 342	+ 3 354
Staats- und Gemeindeanleihen 9)	+ 4 119	+ 49 800	+ 40 932	+ 15 261	+ 12 422	+ 18 849	+ 17 070	+ 12 466	+ 10 299	- 3 499
Geldmarktpapiere	- 258	- 2 665	+ 18 171	+ 9 726	+ 4 609	+ 3 718	+ 3 412	+ 604	+ 211	+ 262
Optionsscheine	+ 18 242	+ 6 739	- 219	+ 2 654	- 6 451	- 536	- 1 333	+ 376	- 667	- 2 173
3. Kredite	+ 125 348	+ 143 927	+ 91 465	- 11 318	+ 59 180	+ 91 085	+ 66 707	+ 32 981	- 6 168	+ 5 548
Kreditinstitute 7)	+ 111 357	+ 120 248	+ 55 691	- 16 270	+ 34 266	+ 91 602	+ 55 101	+ 26 350	- 2 448	+ 9 973
langfristig	+ 37 470	+ 60 403	+ 39 246	+ 2 472	+ 12 631	+ 17 486	+ 16 987	+ 6 311	+ 4 030	+ 3 978
kurzfristig	+ 73 888	+ 59 845	+ 16 445	- 18 741	+ 21 635	+ 74 117	+ 38 114	+ 20 040	- 6 478	+ 5 995
Unternehmen und Privatpersonen 7)	+ 10 749	+ 18 384	+ 30 282	+ 2 382	+ 17 556	+ 9 787	+ 13 128	+ 8 058	- 985	- 4 890
langfristig	- 1 998	+ 988	+ 1 992	+ 1 294	+ 85	- 1 089	- 1 486	+ 10	+ 596	- 310
kurzfristig 10)	+ 12 748	+ 17 395	+ 28 290	+ 1 088	+ 17 471	+ 10 876	+ 14 614	+ 8 048	- 1 581	- 4 580
Öffentliche Stellen	+ 3 242	+ 5 295	+ 5 491	+ 2 570	+ 7 358	- 10 304	- 1 522	- 1 427	- 2 735	+ 465
langfristig	- 1 591	+ 2 298	+ 2 169	+ 1 749	+ 3 393	- 3 987	- 910	- 1 429	- 2 558	- 246
kurzfristig	+ 4 833	+ 2 996	+ 3 322	+ 821	+ 3 964	- 6 317	- 612	+ 1	- 177	+ 711
4. Sonstige Kapitalanlagen	+ 822	- 963	- 111	+ 68	- 95	- 88	- 62	- 17	- 43	- 349
III. Saldo aller statistisch erfaßten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)	+ 64 642	+ 74 124	+ 20 891	+ 20 974	- 20 370	+ 15 028	+ 13 707	+ 1 917	- 19 913	+ 12 583

1 Geschätzt. — 2 Grundbesitz und langfristige Finanzkredite. — 3 Einschl. Genußscheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbriefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. Die Transaktionswerte

der Zahlungsbilanz im kurzfristigen Kreditverkehr können daher von den Bestandsveränderungen in den Tabellen X.8 und 9 abweichen. — 8 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — 9 Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt. — 10 August 1997 noch ohne Finanzbeziehungen zu ausländischen Nichtbanken und ohne Handelskredite.

X. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzögl. Spalte 8)
	Währungsreserven						Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 4)	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 5)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte 2)	Forde- rungen an das EWJ 3) netto 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	-	55 010
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	-	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	-	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	-	105 381
1996 Sept.	123 035	121 594	13 688	75 477	10 999	21 432	1 441	16 083	16 083	-	106 953
Okt.	123 765	122 325	13 688	75 555	10 997	22 085	1 441	16 307	16 307	-	107 458
Nov.	124 706	123 265	13 688	76 529	10 964	22 085	1 441	15 956	15 956	-	108 750
Dez.	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	-	105 381
1997 Jan.	120 670	119 230	13 688	72 756	11 214	21 572	1 441	15 766	15 766	-	104 904
Febr.	119 949	118 758	13 688	72 335	11 163	21 572	1 191	16 211	16 211	-	103 738
März	119 148	117 957	13 688	71 658	11 039	21 572	1 191	15 429	15 429	-	103 718
April	118 867	117 676	13 688	71 658	11 001	21 330	1 191	15 459	15 459	-	103 408
Mai	119 672	118 482	13 688	72 455	11 008	21 330	1 191	15 630	15 630	-	104 043
Juni	119 105	117 915	13 688	71 946	10 951	21 330	1 191	15 918	15 918	-	103 188
Juli	116 642	115 451	13 688	69 372	11 028	21 363	1 191	16 020	16 020	-	100 621
Aug.	114 992	114 051	13 688	67 821	11 179	21 363	941	16 108	16 108	-	98 884

Ergänzende Bestandsangaben zu „Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte“ sowie „Forderungen an das Europäische Währungsinstitut“

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte						Forderungen an das Europäische Währungsinstitut				
	Reserveposition im IWF			Sonderziehungsrechte			insgesamt	Guthaben in ECU 9)	Unter- schiede- betrag zwischen ECU-Wert und Buchwert der ein- gebrachten Reserven	sonstige Forde- rungen 10)	
	insgesamt	Ziehungs- rechte in der Reserve- tranche 6)	Kredite aufgrund besonderer Kreditverein- barungen 7)	insgesamt	zugeteilt	Mehr- oder Minder- bestand 8)					9
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1991	8 314	5 408	-	2 906	2 626	280	17 329	29 129	-	11 800	-
1992	8 199	6 842	-	1 357	2 687	- 1 330	33 619	34 826	-	8 040	6 834
1993	8 496	6 833	-	1 663	2 876	- 1 213	36 176	43 663	-	11 787	4 300
1994	7 967	6 242	-	1 726	2 738	- 1 012	31 742	44 433	-	12 692	-
1995	10 337	7 469	-	2 869	2 580	289	28 798	38 406	-	9 607	-
1996	11 445	8 485	-	2 959	2 702	258	22 048	33 214	-	11 166	-
1996 Sept.	10 999	8 178	-	2 821	2 580	241	21 432	32 579	-	11 147	-
Okt.	10 997	8 178	-	2 819	2 580	239	22 085	33 214	-	11 129	-
Nov.	10 964	8 114	-	2 850	2 580	270	22 085	33 214	-	11 129	-
Dez.	11 445	8 485	-	2 959	2 702	258	22 048	33 214	-	11 166	-
1997 Jan.	11 214	8 255	-	2 959	2 702	258	21 572	32 681	-	11 109	-
Febr.	11 163	8 212	-	2 951	2 702	250	21 572	32 681	-	11 109	-
März	11 039	8 088	-	2 951	2 702	250	21 572	32 681	-	11 109	-
April	11 001	8 049	-	2 951	2 702	250	21 330	34 242	-	12 911	-
Mai	11 008	8 049	-	2 959	2 702	257	21 330	34 242	-	12 911	-
Juni	10 951	7 992	-	2 959	2 702	257	21 330	34 242	-	12 911	-
Juli	11 028	8 075	-	2 952	2 702	250	21 363	34 554	-	13 191	-
Aug.	11 179	8 186	-	2 993	2 702	291	21 363	34 554	-	13 191	-

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Aufgliederung s. untenstehende Tabelle. — 3 Europäisches Währungs-institut (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungs-politische Zusammenarbeit – EFZW). — 4 Hauptsächlich Kredite an die Weltbank. — 5 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an

Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind. — 6 Setzt sich zusammen aus den Bareinzahlungen und den DM-Abrufen des IWF zur Finanzierung von DM-Verkäufen des Fonds (netto) an andere Länder. — 7 Einschl. sog. Witteveen-Fazilität. — 8 Mehr- oder Minderbestand gegenüber den zugeteilten Sonderziehungsrechten. — 9 Aus der vorläufigen Einbringung von Gold- und Dollarreserven sowie aus Übertragung von anderen Zentralbanken. — 10 Forderungen aus der sehr kurzfristigen Finanzierung sowie aus dem kurzfristigen Währungsbestand.

X. Außenwirtschaft

10. Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse *)
sowie Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)

Kassa-Mittelkurse in DM / Telegrafische Auszahlung

Zeit	Vereinigte Staaten 1 US-\$	Vereinigtes Königreich 1 £ 1)	Irland 1 Ir£ 1)	Kanada 1 kan\$	Niederlande 100 hfl	Schweiz 100 sfr	Belgien 100 bfrs 1)	Frankreich 100 FF	Dänemark 100 dkr	Norwegen 100 nkr
1988	1,7584	3,124	2,675	1,4307	88,850	120,060	4,777	29,482	26,089	26,942
1989	1,8813	3,081	2,665	1,5889	88,648	115,042	4,772	29,473	25,717	27,230
1990	1,6161	2,877	2,673	1,3845	88,755	116,501	4,837	29,680	26,120	25,817
1991	1,6612	2,926	2,671	1,4501	88,742	115,740	4,857	29,409	25,932	25,580
1992	1,5595	2,753	2,656	1,2917	88,814	111,198	4,857	29,500	25,869	25,143
1993	1,6544	2,483	2,423	1,2823	89,017	111,949	4,785	29,189	25,508	23,303
1994	1,6218	2,4816	2,4254	1,1884	89,171	118,712	4,8530	29,238	25,513	22,982
1995	1,4338	2,2620	2,2980	1,0443	89,272	121,240	4,8604	28,718	25,570	22,614
1996	1,5037	2,3478	2,4070	1,1027	89,243	121,891	4,8592	29,406	25,945	23,292
1996 April	1,5061	2,2822	2,3571	1,1083	89,423	123,448	4,8675	29,475	25,917	23,181
Mai	1,5334	2,3230	2,3971	1,1196	89,443	122,209	4,8649	29,551	25,907	23,311
Juni	1,5274	2,3553	2,4196	1,1183	89,268	121,512	4,8612	29,504	25,934	23,382
Juli	1,5050	2,3384	2,4127	1,0993	89,103	121,971	4,8545	29,531	25,935	23,321
Aug.	1,4828	2,2981	2,3888	1,0803	89,147	123,244	4,8534	29,289	25,868	23,120
Sept.	1,5058	2,3483	2,4254	1,0995	89,199	122,275	4,8565	29,369	25,962	23,319
Okt.	1,5283	2,4242	2,4589	1,1311	89,140	121,438	4,8549	29,574	26,084	23,567
Nov.	1,5117	2,5140	2,5168	1,1293	89,157	118,599	4,8529	29,550	26,038	23,785
Dez.	1,5515	2,5789	2,5750	1,1398	89,123	117,099	4,8518	29,591	26,126	23,981
1997 Jan.	1,6043	2,6630	2,6187	1,1884	89,055	115,322	4,8509	29,631	26,222	24,871
Febr.	1,6747	2,7230	2,6578	1,2361	89,027	115,230	4,8463	29,620	26,218	25,237
März	1,6969	2,7238	2,6535	1,2379	88,865	115,831	4,8470	29,643	26,216	24,923
April	1,7110	2,7873	2,6520	1,2271	88,924	117,043	4,8469	29,689	26,251	24,523
Mai	1,7033	2,7825	2,5801	1,2347	88,918	119,046	4,8450	29,657	26,259	24,092
Juni	1,7273	2,8398	2,6021	1,2476	88,882	119,758	4,8459	29,626	26,261	23,930
Juli	1,7919	2,9937	2,6795	1,3014	88,816	120,944	4,8444	29,640	26,257	24,070
Aug.	1,8424	2,9534	2,6747	1,3260	88,785	121,638	4,8430	29,670	26,250	24,145
Sept.	1,7906	2,8640	2,6490	1,2907	88,792	121,528	4,8444	29,747	26,264	24,446

Abstand des Geld- bzw. Briefkurses vom Mittelkurs in D-Mark

0,0040	0,0070	0,0070	0,0040	0,110	0,100	0,0100	2) 0,080	0,060	0,060	0,060
--------	--------	--------	--------	-------	-------	--------	----------	-------	-------	-------

ECU-Werte 5)

Zeit	Schweden	Italien	Österreich	Spanien	Portugal	Japan	Finnland	1 ECU	
	100 skr	1 000 Lit	100 S	100 Ptas 1)	100 Esc 1)	100 ¥	100 Fmk	= ... DM	= ... US-\$
1988	28,650	1,3495	14,222	1,508	1,219	1,3707	41,956	2,07440	1,18248
1989	29,169	1,3707	14,209	1,588	1,194	1,3658	43,836	2,07015	1,10175
1990	3) 27,289	1,3487	14,212	1,586	1,133	1,1183	4) 42,245	2,05209	1,27343
1991	27,421	1,3377	14,211	1,597	1,149	1,2346	41,087	2,05076	1,23916
1992	26,912	1,2720	14,211	1,529	1,157	1,2313	34,963	2,02031	1,29810
1993	21,248	1,0526	14,214	1,303	1,031	1,4945	28,915	1,93639	1,17100
1994	21,013	1,0056	14,214	1,2112	0,9774	1,5870	31,108	1,92452	1,18952
1995	20,116	0,8814	14,214	1,1499	0,9555	1,5293	32,832	1,87375	1,30801
1996	22,434	0,9751	14,214	1,1880	0,9754	1,3838	32,766	1,90954	1,26975
1996 April	22,415	0,9621	14,219	1,1992	0,9740	1,4047	31,814	1,90332	1,26391
Mai	22,548	0,9845	14,212	1,1983	0,9730	1,4425	32,226	1,91165	1,24668
Juni	22,868	0,9905	14,209	1,1857	0,9713	1,4033	32,722	1,91356	1,25292
Juli	22,651	0,9857	14,210	1,1841	0,9725	1,3767	32,800	1,91083	1,27064
Aug.	22,400	0,9777	14,211	1,1793	0,9741	1,3746	33,111	1,90229	1,28325
Sept.	22,686	0,9907	14,212	1,1864	0,9792	1,3710	33,175	1,91115	1,26907
Okt.	23,154	1,0023	14,214	1,1881	0,9897	1,3595	33,432	1,92291	1,25841
Nov.	22,815	0,9992	14,210	1,1880	0,9893	1,3466	33,209	1,93039	1,27690
Dez.	22,758	1,0153	14,211	1,1879	0,9911	1,3649	33,461	1,94008	1,25025
1997 Jan.	22,739	1,0238	14,214	1,1912	1,0004	1,3611	33,626	1,94959	1,21621
Febr.	22,629	1,0119	14,210	1,1806	0,9954	1,3630	33,649	1,95240	1,16576
März	22,160	1,0015	14,209	1,1789	0,9952	1,3846	33,466	1,95065	1,14976
April	22,278	1,0101	14,208	1,1846	0,9968	1,3627	33,352	1,95870	1,14501
Mai	22,199	1,0127	14,208	1,1849	0,9927	1,4359	33,156	1,95723	1,14934
Juni	22,296	1,0190	14,210	1,1836	0,9901	1,5115	33,371	1,96313	1,13663
Juli	22,936	1,0275	14,213	1,1856	0,9904	1,5563	33,743	1,97881	1,10491
Aug.	23,036	1,0237	14,211	1,1836	0,9868	1,5622	33,445	1,97449	1,07273
Sept.	23,218	1,0249	14,210	1,1854	0,9846	1,4821	33,404	1,96784	1,09992

Abstand des Geld- bzw. Briefkurses vom Mittelkurs in D-Mark

2) 0,080	2) 0,0050	0,020	2) 0,005	2) 0,010	0,0030	0,0015	2) 0,100	1,92573	
0,060	0,0040		0,0040				0,080		

ECU-Leitkurs
(ab 25. November 1996)

* Errechnet aus den täglichen Notierungen. Angaben über Durchschnittskurse für frühere Jahre, über Tageskurse sowie über die Kursentwicklung des US-Dollars im Tagesverlauf siehe: Deutsche Bundesbank, Devisenkursstatistik. — 1 Ab 1994 Notierung mit vier Stellen hinter dem Komma. —

2 Bis Ende 1993. — 3 Vom 26. Januar bis 16. Februar 1990 Notierung ausgesetzt. — 4 Vom 30. Januar bis 5. März 1990 Notierung ausgesetzt. — 5 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, erscheinen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Presse und Information der Deutschen Bundesbank zu beziehen. Außerdem stellt die Bundesbank gegen Kostenerstattung monatlich ein Magnetband (SZM-Band) mit den veröffentlichten Zeitreihen zur Verfügung, das über die Abteilung Statistische Datenverarbeitung zu beziehen ist.

Bestellungen werden schriftlich unter der im Impressum angegebenen Postanschrift oder dem Telefaxanschluß erbeten.

Geschäftsbericht

Monatsbericht

Über die von 1980 bis 1996 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 1997 beigefügte Verzeichnis der Aufsätze.

Oktober 1996

- Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung

- Reaktionen der Geldmarkt- und kurzfristigen Bankzinsen auf Änderungen der Notenbanksätze
- Kreditentwicklung nach Kreditnehmern und Bankengruppen

November 1996

- Die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen seit Anfang der neunziger Jahre
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahre 1995

Dezember 1996

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 1996

Januar 1997

- Geldmengenstrategie 1997/98
- Die Aktie als Finanzierungs- und Anlageinstrument
- Wechselkurs und Außenhandel

Februar 1997

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 1996/97

März 1997

- Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung
- Geldpolitik und Zahlungsverkehr
- Die deutsche Zahlungsbilanz im Jahr 1996

April 1997

- Die Rolle der D-Mark als internationale Anlage- und Reservewährung
- Zur Problematik der Berechnung „struktureller“ Budgetdefizite
- Die Technische Zentralbank-Kooperation der Bundesbank mit Transformationsländern

Mai 1997

- Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1996
- Die längerfristige Entwicklung der Spareinlagen und ihre Implikationen für die Geldmengenpolitik
- Die Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland von Ende 1993 bis Ende 1995
- Zur Problematik internationaler Vergleiche von Direktinvestitionsströmen

Juni 1997

- Neubewertung der Gold- und Devisenreserven
- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 1997

Juli 1997

- Stripping von Bundesanleihen
- Die Bedeutung internationaler Einflüsse für die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse ostdeutscher Unternehmen im Jahr 1995
- Asset-Backed Securities in Deutschland: Die Veräußerung und Verbriefung von Kreditforderungen durch deutsche Kreditinstitute

August 1997

- Überprüfung des Geldmengenziels
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 1996
- Entwicklung und Bestimmungsgründe grenzüberschreitender Direktinvestitionen
- Neuere Entwicklung der Steuereinnahmen

September 1997

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 1997

Oktober 1997

- Zinsbeschluß vom 9. Oktober 1997
- Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen seit Anfang der neunziger Jahre
- Zur Unternehmensrentabilität im internationalen Vergleich
- Der verbriefte Geldmarkt in Deutschland
- Schätzung von Zinsstrukturkurven

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Internationale Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, 4. Auflage, Juni 1992²⁾

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, April 1997²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Juli 1995

Die Geldpolitik der Bundesbank, Oktober 1995³⁾

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Statistische Sonderveröffentlichungen

1 Bankenstatistik Richtlinien, Dezember 1996⁴⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik, Mai 1997⁵⁾
(Die Unternehmensverzeichnisse sind gegen eine Schutzgebühr von derzeit 50 DM auch auf Diskette erhältlich.)

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 1996²⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Westdeutschland 1960 bis 1992, November 1994²⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1990 bis 1996, Juni 1997

5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1991, Oktober 1993¹⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen westdeutscher Unternehmen für 1990, März 1994¹⁾

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis der Außenwirtschaftsverordnung, März 1994²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auflagen auch in französischer, spanischer und russischer Sprache verfügbar.

4 Nur die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“ und „Auslandsstatus“ sind in englischer Sprache erhältlich.

5 Nur die Abschnitte „Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte sind in englischer Sprache erhältlich.

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990

9 Wertpapierdepots, August 1997⁶⁾

10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 1997⁷⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, August 1997

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Mai 1996⁷⁾

13 Bilanzunwirksame Geschäfte deutscher Banken, Oktober 1997⁶⁾

Bankrechtliche Regelungen

2 Gesetz über das Kreditwesen, Oktober 1996

3 Kreditpolitische Regelungen, April 1997

7 Evidenzzentrale für Millionenkredite, April 1996

Veröffentlichungen zur WWU

Informationsbrief zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion⁶⁾

Nr. 1, September 1996

Nr. 2, Oktober 1996

Nr. 3, Januar 1997

Nr. 4, Februar 1997

Nr. 5, April 1997

Nr. 6, Mai 1997

Nr. 7, Juni 1997

Nr. 8, Juli 1997

Nr. 9, September 1997

Der Euro kommt. Wir sagen Ihnen was dahinter steckt. (Faltblatt)⁶⁾

⁶⁾ Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

⁷⁾ Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.